Johannes Agnoli

FASCHISMUS OHNE REVISION

ça ira

Johannes Agnoli

FASCHISMUS OHNE REVISION

Ça ira

Johannes Agnoli – *Gesammelte Schriften* Band 4

Bislang erschienen:

Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik (Band 1)

Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik (Band 2)

Subversive Theorie. „Die Sache selbst" und ihre Geschichte. Eine Berliner Vorlesung (Band 3)

In Vorbereitung:

1968 und die Folgen (Band 5/1998)

Staatlichkeit oder Revolution. Schriften zur politischen Theorie (Band 6/1999)

Weitere Bände folgen

Außerdem erhältlich:

Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag. Herausgegeben von Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann und Clemens Nachtmann (1995)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Agnoli, Johannes
Faschismus ohne Revision / Johannes Agnoli. - Freiburg: Ça ira-Verl. 1997
(Gesammelte Schriften; Bd. 4)
ISBN 3-924727-47-9

Postfach 273
79002 Freiburg

Umschlaggestaltung: Dietrich Roeschmann, Freiburg
Druck: Litosei s.r.l., Sesto di Rastignano, Bologna
ISBN: 3-924627-47-9

Inhalt

Vorbemerkung

Wieder werden ältere und neuere, zum Teil auch bisher unveröffentlichte Schriften zum Faschismus, und zwar hauptsächlich zum italienischen Faschismus, dem geneigten Publikum vorgelegt – wahrscheinlich, nach der bewährten Ansicht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, „am Bedarf vorbei". Ob Studien über den Faschismus noch dem heutigen Bedarf entsprechen und also aktuell sind, ist gar nicht die Frage. Es fragt sich vielmehr, ob sie wieder aktuell werden können. Die Weltmarktgesellschaft lebt gegenwärtig, wenn auch beschränkt auf geringfügige Teile des Erdballs, politisch im Zustand einer konstitutionellen Oligarchie, die sich usurpatorisch Demokratie nennt, wenn auch mit der Einschränkung „liberal". Ob sie künftig konstitutionell bleibt, ober ob härtere Formen der staatlichen Verfaßtheit ins Haus stehen und also eine geschichtliche Variante des Faschismus wieder möglich sein wird, wird die Zukunft zeigen. Die gesellschaftliche Zerrissenheit und die Entgrenzung des Marktes werden Konflikte verursachen, über deren politische Bewältigung wir nichts aussagen können. Der Faschismus indessen, der italienische zumal, war der Versuch, in einer besonders scharfen Konfliktsituation das Weiterbestehen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zu garantieren.

Der Titel des Buchs weist auf das inzwischen europäisch gewordene Thema des Revisionismus hin. Ich selbst habe an meinen älteren Texten nichts zu revidieren; und die zum ersten Mal veröffentlichten revidieren meine ältere Analyse ebensowenig. Indessen: das „Revidieren" bedarf dringend einer Erläuterung. Denn das Wort weist darauf hin, daß das Urteil über geschichtliche Vorgänge zuweilen der Überprüfung und also auch der Richtigstellung bedarf. Diese Art des Revidierens gehört aber zum richtigen Geschäft der Historiographie. Wenn neue Dokumente, neue Probleme, neue Aspekte auftauchen, so muß in der Darstellung einiges dementsprechend geändert werden. Zu dieser Form der Überprüfung gehören zum Beispiel die Arbeiten von Tim Mason und Heinrich August Winkler, die, von einem teils entgegengesetzten Gesichtspunkt aus, einige Urteile über den Nationalsozialis-

mus korrigiert haben. An dieser Art von „Revision" habe ich mich selber durchaus beteiligt – zum Beispiel in der Abweisung pauschalisierender Vorstellungen, die aus dem internationalen Faschismus ein unterschiedsloses, totalitär genanntes System ohne geschichtliche und gesellschaftliche, von Land zu Land divergierende Eigenheiten machen. Italienischer, deutscher, österreichischer Faschismus, das Franco-Regime – das war zwar alles Faschismus, aber in jeweils eigener Erscheinungsform. Meine These, der italienische Faschismus sei den strukturellen Krisen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften am adäquatesten, der Nationalsozialismus jedoch, vor allem in seiner letzten Phase, disfunktional gewesen – wenn man so will, auch eine Revision – brachte mir herbe Kritik ein.

Vor allem war man sich einig in der Notwendigkeit, die berühmte sogenannte Dimitroff-These zu „revidieren", genauer: schlicht abzuweisen, die von Kuusinen auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 mit großem Aufwand verteidigt wurde. („Die faschistische Staatsmacht ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" – eine These, die vorn und hinten nicht stimmte.)

Meine Beschäftigung mit dem italienischen Faschismus ging auf eine Anregung, vielmehr auf eine Aufforderung des meinerseits übrigens sehr geschätzten Ernst Fraenkel zurück. Ich war damals noch Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und durfte von Rechts wegen keine Vorlesungen halten. Fraenkel erwirkte aber bei der Fakultät eine Vorlesungsgenehmigung. Ein Jahr darauf konnte ich in Rom meine Kenntnisse (wie ich Ernst Fraenkel sagte: von innen her) durch Forschungsarbeit im Zentralen Staatsarchiv und in der Biblioteca Nazionale in Rom vertiefen. Die Möglichkeit dazu gab mir Renzo de Felice, der mir auch mit wertvollen Hinweisen für die Benutzung des Materials half. Mit ihm war ich sehr schnell darüber einig, daß auch in Sachen Faschismus Archivarbeit wichtiger sei als theoretisch sich gebende Deutungen. Nicht einigen konnten wir uns allerdings über die Bedeutung von Ernst Noltes Hauptwerk *Der Faschismus in seiner Epoche.*

Somit wäre ich bei den „Revisionisten" angekommen, denen der Titel des Buchs gilt. Die sogenannten Revisionisten wollen gar nicht

das Urteil über geschichtliche Ereignisse richtigstellen. Sie bezwekken vielmehr, den Lauf der Dinge, die Geschichte selbst als Wirklichkeit, also im Grunde, frei nach Riccaut de la Marliniere, „la fortune" zu korrigieren (Lessing, Minna von Barnhelm, Vierter Aufzug, Zweiter Auftritt). Die Geschichte soll so revidiert und umgedeutet werden, daß sie von allen Erscheinungen und von allen Missetaten gereinigt wird, die das Bild einer Hochkultur beflecken. So kappt Furet aus der französischen Geschichte die jakobinische Revolution ab, Nolte aus der deutschen das Verbrechen. Die Jakobiner lägen also zum geschichtlich guten Lauf der Dinge quer, und der Völkermord an den Juden, die Ausrottung der Zigeuner kämen aus der asiatischen Tiefebene und fielen aus der deutschen Tradition heraus.

Mit Ernst Nolte selbst hatte ich allerdings Gelegenheit, im Sommer 1974 auf einer Veranstaltung des Otto-Suhr-Insituts zu Berlin zu diskutieren. Es war eine durchaus freundliche und auch ertragreiche Begegnung, auch wenn wir beide zuweilen aneinander vorbeiredeten. Ich war zu sehr fixiert auf Noltes Epochalität des Faschismus; er seinerseits ging zu sehr von meiner, gar nicht vorhandenen Festlegung auf die marxistische Orthodoxie (eben Kuusinen) aus. 1976 nun sollte ein zweites, öffentliches Gespräch stattfinden. Inzwischen aber wurde ich von den Studenten auf einen Aufsatz von Nolte aufmerksam gemacht, in dem er die bekannte, historisch unbedarfte Äußerung von Jürgen Habermas über den Linksfaschismus der '68iger Studentenbewegung weiter ausgeführt und zur allgemeinen Verunglimpfung hätte werden lassen. Mit einem sehr freundlichen Brief bestand Ernst Nolte auf die Wiederaufnahme des Streitgesprächs und schickte mir, um Mißverständnisse zu vermeiden, seinen Aufsatz *Studentenbewegung und „Linksfaschismus"* (Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 16, 1971, S. 235 ff.). Hätte er das bloß nicht getan. Denn hier stand wörtlich, daß der Marxismus die gleiche Stellung im Verhältnis zu den sozialistischen Utopien einnähme, „wie später Hitler im Verhältnis zu den 'völkischen Wanderscholaren'". Und wenn auch mit der Beigabe von „einigen Körnchen Salz", meinte Nolte mit dem ihm eigenen Ernst, „der Marxismus sei der Faschismus des Sozialismus und insofern der eigentliche Linksfaschismus" (a.a.O., S. 239). Offensichtlich lag da ein Mangel an „Vermögen, unter Regeln zu subsumieren", vor. „Einem solchen Gebrechen" – mein-

te Kant – „ist gar nicht abzuhelfen" (Immanuel Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, Auflage A, 1791, S. 134 Anm.). Und mit einem solchen Gebrechen kann man nicht diskutieren; man kann es nur – und zwar verblüfft – zur Kenntnis nehmen.

In diesen Aufsätzen wird man einen Aspekt vermissen, der gar kein Aspekt ist, vielmehr eine geschichtliche Katastrophe: die Shoah. 1938 wurden in Italien die Rassengesetze verkündet. Die Bevölkerung verstand sie nicht ganz und legte sie – in der Tradition des katholischen Antisemitismus – zunächst religiös aus. Im allgemeinen wurden sie als Hauptakt der durchzügigen Unterwerfung unter die nationalsozialistische Hegemonie verstanden und trugen erheblich zum Bruch des Konsenses zwischen Volk und Regime bei. Italienischer Faschismus und Antisemitismus stellen also ein Problem dar, das mit der Perspektive der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik nicht zu klären ist. Zu diesem letzteren nur eine Bemerkung: Ich bin nicht in der Lage, den Völkermord an den Juden mit irgendwelchen rationalen, marxistischen oder sonstigen Kategorien zu begreifen.

Johannes Agnoli
San Quirico di Moriano, September 1997

Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat

Erstmalig in Deutschland kündigt sich bei Kant „das größte Problem für die Menschengattung" an, „die Erreichung einer allgemein das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft".[1] Das Erstaunliche an Kants Darstellung ist, daß sie bis zu einem gewissen Grade mehr durch Reflexion über Berichte und über künftige Entwicklungen der deutschen Gesellschaft entstanden ist als durch unmittelbare Konfrontation mit einer gegenwärtigen Wirklichkeit – anders als bei Hegel einige Jahrzehnte später. Gewiß war das damalige Königsberg nicht weit von der Kurmark entfernt, in der in den letzten Jahrzehnten des 18. Jhd. rund 40 größere Seidenmanufakturen bestanden – die es übrigens später durch die Rückschläge der Lyoneser und Krefelder Seidenproduktion infolge der revolutionären Wirren zu einer gewissen Blüte bringen konnten.[2] 1784 aber waren die französische Revolution und der Sieg der Großbourgeoisie sowohl zeitlich noch nicht eingetreten wie „geopolitisch" von Ostpreußen sehr weit entfernt. Schon deshalb konnte sich Kant die bürgerliche Gesellschaft, deren Tendenzen er doch analysierte, zugleich nur als Zukunft vorstellen. Spezifisch deutsch-ostpreußisch und am personalen, landwirtschaftlich-handwerklichen Verhältnis von Herr und Knecht orientiert war sein noch rohes Gesellschaftsbewußtsein und ebenso personal daher sein Begriff des Antagonismus. Kant meinte damit die „ungesellige Geselligkeit der Menschen, d. i. den Hang derselben, in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstand, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist."[3] Durch diesen konservativ vermittelten Individualismus antizipierte Kant als Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft etwas, was gar kein Antagonismus war und daher staatlich, mit den Mitteln des absoluten, aber aufgeklärten Königtums geregelt werden konnte: lediglich das relativ friedfertige Konkurrenzverhältnis der Warenproduzenten und der Bodenbesitzer untereinander. Für Kant waren dies notwendigerweise die Kleinwarenproduzenten und die Großgrundbesitzer. Seine Modernität zeigte sich darin, daß er den Konkurrenzkampf in bürgerliche Kategorien faßte,

also auf der Seite der Kleinwarenproduzenten stand. So erklärt sich bei ihm die Hinwendung zu Rousseau („Rousseau hat mich zurecht gerückt") und der jakobinische Einschlag, der immerhin zu einer – noch moralisierenden – Einsicht in die Parteilichkeit der Wissenschaft führte: wahr sei nur das Wissen, das „dem kleinen Manne zu seiner Würde verhelfe". Daß ihm freilich der kleine Mann immer der Kleinwarenproduzent war, nie der Arbeiter: darin zeigt sich Kants Sprung von dem bornierten Konservatismus in die modernere Borniertheit des bürgerlichen Denkens.[4]

Richtig hatte Kant erkennen können, daß der Antagonismus die bürgerliche Gesellschaft charakterisiert und nach einer besonderen Form des Staates verlangt. Er konnte noch nicht sehen, daß gerade für die Notwendigkeit eines besonderen Staates gar nicht das Bedürfnis nach einer rechtlichen Regelung des Konkurrenzkampfes um Anteile am freien Warenverkehr entscheidend war, sondern – in letzter Instanz – der Kampf für oder gegen das ganze System des freien Warenverkehrs stehen sollte. So konnte er ohne sonderliche Schwierigkeiten vom Zustand des gesellschaftlich notwendigen Antagonismus auf den Verfassungszustand eines bürgerlichen Rechtsstaates schließen, wobei er – hier wiederum antizipierend – den Zustand des äußeren Friedens als Voraussetzung für die Schaffung des inneren ansah. „Das Problem der Errichtung einer vollkommenen bürgerlichen Verfassung ist von dem Problem eines gesetzmäßigen äußeren Staatenverhältnisses abhängig und kann ohne das letztere nicht aufgelöst werden."[5]

Hegel stand der Wirklichkeit aber auch der Idee nach der französischen Revolution bekanntlich näher. Er hatte sowohl Adam Smith gelesen, wie am Tübinger Neckarstrand zusammen mit Schelling und Hölderlin den Ausbruch der Freiheit gefeiert. Am 14. Juli eines jeden Jahres ließ er seine Vorlesungen an der Berliner Universität ausfallen, um bei einer Flasche Rotwein des Sturmes auf die Bastille zu gedenken – für einen preußisch-königlichen Professor zwar erstaunlich, freilich zugleich in genialer Weise das Verhalten der deutschen nur intellektuellen Opposition vorwegnehmend.

Die bürgerliche Gesellschaft bedeutete für ihn – kurioserweise in der Ausbildung der Stände – schon klar und deutlich Kapitalismus. Und mit dem Kapitalismus war die Klassenstruktur gegeben, wodurch dem Staat von der bürgerlichen Gesellschaft aus eine ganz andere Auf-

gabe zukam, verdeckt durch eine ganz anders geartete Staatsideologie. Was Hegel über Kant in die Moderne führt, und was daher die Möglichkeit vielfältiger „Hegelvergegenwärtigungen" ausmacht, ist, daß er in der Ökonomie (dem System der Bedürfnisse) den Kern der bürgerlichen Gesellschaft entdeckte und in der Klassenbildung ihre Konsequenz. Er gelangt von dem allgemeinen Abhängigkeitsverhältnis (§§ 182, 188, 198 der *Rechtsphilosophie*) über das Kapital (§ 200), den Massen und der Klassenbildung (§ 201), den „Ständen" der herrschenden Klasse (§ 203 ff.) schließlich zum Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft. Er entdeckt die Arbeiterklasse als Produkt der Marktwirtschaft (§ 243), die Polarisierung der Gesellschaft (§ 244) und die Erzeugung von Armut und Pöbel (§ 245). Der spekulative Begriff füllt sich materialistisch mit dem realen Prozeß des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, in dem die Herrschaftsprivilegien bestimmt werden durch die Eigentums- und Verfügungspositionen in der Produktion und Reproduktion der Güter.

Es ist diese Entdeckung, die den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft – vor allem nach der späteren marxistischen Rezeption – suspekt macht, politisch belastet und die zu einer terminologischen Revision in der Soziologie führt. Leopold von Wiese wird lieber nur vom sozialen Ganzen sprechen; der Franzose Tarde (1843–1904), schon etwas früher, wird den inzwischen gebräuchlich gewordenen Begriff der zwischenmenschlichen Beziehungen vorschlagen. Dieser ist in der Tat manipulativ-antiaufklärerisch brauchbar, denn: sind gesellschaftliche Prozesse und Zustände oder „Katastrophen" auf zwischenmenschliche Beziehungen reduzierbar, so lassen sich Versklavung und Ausrottung nur pathologisch erklären und ihre Voraussetzungen politisch nicht abschaffen.

Mit der Erzeugung des Pöbels und der Armut hatte Hegel das politische Problem schon angegeben – obwohl bei ihm „Pöbel und Armut" in noch wunderlicher Mischung ein mehr intuitiv erspürtes Industrieproletariat und das Lumpenproletariat der sozialen Randbezirke vereinten mit der strukturell nirgends in einer bürgerlichen Gesellschaft – selbst in der „Größten" nicht – abzuschaffenden Gruppe der armen Leute. Die Dialektik von Überproduktion und Unterkonsumtion, der ökonomische Ausdruck der Klassengesellschaft, läßt zum Vorschein kommen, daß „bei dem Übermaß des Reichtums die bürgerliche Ge-

sellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern."[6] Die bürgerliche Gesellschaft wird durch diese ihre Dialektik „über sich hinausgetrieben" (§ 246). Die Lösung konnte sich Hegel nur idealistisch-konservativ vorstellen in der Bildung eines Staates, in dem die Sittlichkeit – notfalls polizeilich verordnet – das besorgen sollte, was sonst spontan nicht vor sich ging: eben dem Übermaß der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern. Daher die Nähe Gentiles zu Hegel. Der *stato fascista*, der Armut und Pöbel erledigte, ist ein *stato etico*, der das Geschäft besser besorgen sollte als der *stato di diritto*. Die moralische Funktion des Staates sollte bei Hegel, Treitschke, Gentile, Röpke oder Spranger den gesellschaftlichen Antagonismus überwinden, schlichten, Egoismen und Partikularinteressen ordnen, formieren. Die Einsicht also, daß die bürgerliche Gesellschaft sich selbst negieren müsse, um humane Zustände herzustellen, führte hier nicht materialistisch-dialektisch zur Praxis der Revolutionierung ihrer ökonomischen Grundlagen. Vielmehr sollte sich nach Hegel die Negation der bürgerlichen Gesellschaft auflösen in der Erkenntnis der Nichtigkeit der materiellen Bedürfnisse gegenüber der höheren Forderung geistig-staatlicher Ordnung. Schon hier wird das Prinzip des „Maßhaltens" vorgebildet, das sowohl im postliberal-faschistischen wie im postfaschistisch-neoliberalen Staat gegen eine Gesellschaftsform mobilisiert wird, die jedem nach seinen Bedürfnissen geben will.

Die ersten Anzeichen einer Krise des bürgerlich sein sollenden Staates glaubte Hegel schon in der englischen Wahlrechtsreform erkennen zu können. In der Tat bahnte sich da – friedlich – eine Entwicklung an, die man mit der Niederlage der Jakobiner (1795) für abgewendet hielt. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft – dies soll festgehalten werden – ist als eine Gesellschaft, die alte Privilegien zerstörte, um sich eigene zu verschaffen, an keiner politischen Form interessiert, die in irgendeiner Weise staatliche Werkzeuge zur Abschaffung der Herrschaftstruktur bietet. Der gemeinte Staat mag rechtsstaatlich sein oder nicht, liberal oder illiberal im Kulturellen und liberalistisch in der Wirtschaftspolitik – dies schon eher bis zu den Grenzen, da die sich selbst überlassene Marktwirtschaft sich selbst verschlingt. Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft aber kann nie bestehen in der Beteiligung der

Massen an der öffentlichen Ausübung von Herrschaft und ihrem zunehmenden Genuß der Freiheit, d.i. im allmählichen Abbau von Herrschaft. Politologisch gesprochen: Eine solche – unsere – Gesellschaft ist immer auf Einschränkungen des Wahlrechts aus, weil erst diese Einschränkungen die Gefahr vermindern, daß sich der gesellschaftliche Antagonismus von Kapital und Arbeit politisch-staatlich reproduziert.[7] Diese Gefahr beschwor jede liberale Verfassung seit der Mitte des letzten Jahrhunderts herauf. „Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und den Klassen, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen können. Von den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den anderen, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen."[8]

Geht man von der Absage an die politische Beteiligung der Massen aus, so stellte sich das Problem im geschichtlichen Einzelfall naturgemäß jeweils anders. Allgemein gilt für die europäische Entwicklung: Je unvermeidlicher die Erweiterung des Wahlrechts wurde, desto notwendiger wurde zunächst die Erhärtung der von der Bourgeoisie durchgeführten Trennung von Volk und Vertretungskörperschaft. Die Verdinglichung der Vertretung zum Repräsentationsprinzip war jetzt um so wichtiger, da unter den Repräsentanten tatsächlich auch Turatis und Bebels saßen, also Vertreter des *demos*. Andererseits aber wurde, weil besagte Turatis und Bebels begannen, sich des Parlaments in einem antibürgerlichen Sinne zu bedienen, der sicherere Weg einer allmählichen Entmachtung und Entleerung der Vertretungskörperschaft beschritten. Diese Umfunktionierung, von Habermas etwa an der Institution der öffentlichen Meinung festgestellt, betraf in Wirklichkeit alle öffentlichen Institute der bürgerlichen Gesellschaft.

Richtig ist es, wenn gesagt wird, das Verhältnis des liberalen Staates (und das ist ursprünglich und der Sache nach der Staat der bürgerlichen Gesellschaft) beginne brüchig zu werden mit der Ausweitung des Wahlrechts. Aber in diesem historisch für den Einzelfall fraglos

richtigen Urteil steckt die gesellschaftliche Abstraktion. Nirgends hat die Ausdehnung des Wahlrechts zu sozialen Umwälzungen geführt. Hier erwiesen sich v. Mohl, Burckhardt, Treitschke auf der einen und Engels auf der anderen Seite als schlechte Propheten; Disraeli, der die Integrationswirkung der zweiten englischen Wahlrechtsreform (1867) sehr wohl erkannte, Bismarck, Lassalle und Louis Bonaparte als gute. Der bürgerlich konzipierte Staat ist nicht zusammengebrochen, sondern hat sich strukturell verändert, hat sich um seiner Funktion willen der veränderten Lage (allgemeines, freies Wahlrecht bei völlig freier politischer Organisation) angepaßt. Dadurch hat er eine geschichtlich bedingte Qualität verloren, aufgehört liberal zu sein. Bürgerlich aber ist er geblieben.

Die Ausdehnung des Wahlrechts – und daran sieht man den sekundären Charakter politischer Institute – ist an sich keine Gefahr für den bürgerlichen Staat, wohl aber dessen mögliche Instrumentalisierung in bestimmten gesellschaftlichen Situationen. Hierin liegt einer der Unterschiede in der Entwicklung der europäischen Staaten. Das allgemeine Wahlrecht wurde zuerst im kaiserlichen Deutschland eingeführt (allerdings nicht in Preußen) und war politisch ungefährlich, teils weil die gewählte Volksvertretung keinen Einfluß auf die Exekutivgewalt besaß, teils – noch wichtiger – weil der Klassenkampf relativ rasch parlamentarisiert und also gesellschaftlich neutralisiert werden konnte. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in England, 1928, zu einem Zeitpunkt schon weit fortgeschrittener Klassenintegration mußte jedoch andere Folgen haben als in Italien, 1913, genau ein Jahr vor Ausbruch der „Roten Woche".

Das heißt: Setzt sich das allgemeine Wahlrecht als Eigenschaft des bürgerlichen Staates durch, so zeigt sich darin auch seine relative, auf besondere Bedingungen zurückführbare Belanglosigkeit. Es kommt nicht so sehr auf das Wahlrecht an. Wesentlicher ist die spezifische Funktion der durch das nunmehr allgemein gewordene Wahlrecht geschaffenen Vertretungskörperschaft. Sie wird nicht nur quantitativ erweitert, weil sie aus breiteren Wählerschichten hervorgeht, sondern auch qualitativ verändert, weil andere Volksmajoritäten sie bestimmen.

Im deutschen Obrigkeitsstaat ist dies nicht so deutlich, weil der Obrigkeitsstaat eo ipso gesellschaftliche Funktionen wahrnahm, sich

gesellschaftlich verstand. In diesem Punkte war er – in der weltgeschichtlichen Perspektive gesehen – pervertiert fortschrittlich. Immerhin: Bismarck hatte die Substanzlosigkeit der liberalen Trennung von Staat und Gesellschaft erkannt, hatte Lassalles Nachtwächterstaat – nicht ohne Zustimmung von Lassalle selbst – in den Bereich der wachen Tagespolitik gezogen. Durch die Sozialgesetzgebung griff der Staat in die, liberal gesehen, nicht zu berührende Sphäre der Beziehung von Kapital und Arbeit ein. Es gab ohnehin schon eine preußische Gewerbeordnung, die auch einen Eingriff in die freie Warenproduktion und den freien Warenverkehr bedeutete. Der Tüchtigkeit des Einzelnen und seiner Expansion waren die Bahnen zwar frei, aber zugleich wurde der Verkehr staatlich geregelt.

Allenfalls ist eines zu beachten, das den viel geschmähten Bismarckschen Staat doch noch auf höherer ökonomischer Ebene in die Reihe der liberalen westlichen Staaten einfügt: Von der staatlichen Reglementierung waren Großwirtschaft und Großfinanz weitgehend ausgenommen. Helmut Böhme hat neuerdings gezeigt, wie sehr die liberale Wirtschaft, d.i. die Großbourgeoisie, an Bismarcks Staat interessiert war und ihn unterstützt hat.[9]

Anders war die Situation im westlichen, später im südlichen Europa. Der liberale Staat ist dort zwar zuständig für die bürgerliche Gesellschaft. Diese läßt sich indes von ihm schützen, jedoch nichts vorschreiben. Fängt der Staat an, allgemeine Vorschriften zu erlassen und dies dazu noch im Sinne einer nicht-großbourgeoisen Mehrheit, dann gerät er in die doppelte Krise: sozusagen er selbst nicht mehr zu sein, seine Funktionen, nicht zu erfüllen und von seinen Trägern verachtet zu werden. Für eine Gesellschaft, die anders als die deutsche frei ist von obrigkeitlich-bequemer Reglementierung, steht dann die Frage zur Beantwortung: Soll die bürgerliche Gesellschaft mit dem allgemeinen Wahlrecht leben?

Wesentlich ist diese Problematik auf das Parlament bezogen – das Herz des liberalen Staates –, in das immer mehr Vertreter der Massen einziehen. Vergegenwärtigen wir uns die dreifache Veränderung:

1. Es ist nicht mehr garantiert, daß die Gesetze bourgeoise Interessen respektieren. Die allgemeine Form der Gesetze kehrt sich gegen ihre Entdecker; hier droht die bürgerliche Revolution ihre Kinder buchstäblich zu verschlingen, wenn die Parole des Proletariats: *chi*

non lavora non dovrá mangiar – wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – allgemeines Gesetz werden sollte.

2. Durch die Vertretbarkeit gewinnen die Arbeitermassen bürgerliche Existenz. Sie brechen in eine Wirklichkeit ein, für die sie nicht existiert und die für sie nicht existieren durfte. Sie werden „Staatsbürger": etwas, das Locke ebenso wie Kant entschieden bestritten hatten.

3. Dadurch aber verliert der Staat seine zweite, nach unten, oder dem Tag zugekehrte Qualität, ohne die er funktionsunfähig wäre. Denn seine Funktion war wohl, den freien Lauf der Wirtschaft rechtlich zu ermöglichen, der kapitalistischen Expansion rechtlich die Bahnen zu öffnen und im übrigen für die Nachtruhe zu sorgen. Aber ergänzender Bestandteil dieser Funktion war es, auch dafür zu sorgen, daß der kapitalistischen Expansion und der Nachtruhe des Bürgers keine Gefahr drohte von unbotmäßigen Kräften. Die Ausdehnung des Wahlrechts kann m.a.W. zum Abbau des repressiven Charakters des liberalen Staates führen.

Dies zeigt die politische Alternative an, vor der die Großbourgeoisie schon 1795 gestanden hatte und die bis heute gilt: Sofern Gruppen, die nicht zur bürgerlichen Gesellschaft gehören (wollen oder dürfen oder können: Proletarier, Ostjuden, Gammler oder gar Kommunisten, bekanntlich die Mischung der drei genannten Kategorien), politisch tätig werden; in den Staat hineinwirken und sich der öffentlichen Gewalt bedienen wollen, nicht um die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern um sie zu verändern; sofern es also eine bewußte Klassengesellschaft gibt und die bürgerliche Gesellschaft von den abhängigen Massen durchschaut wird, muß der Staat die bürgerliche Gesellschaft – und sich selbst – gegen diese Gruppen schützen.

Daß diese Schutzfunktion wichtiger ist als alle rechtsstaatliche und grundrechtliche Beteuerung, werden wir noch sehen. Zunächst allgemein gesagt: Dieser Schutz, die aktuell gewordene Repression eines schon gescheiterten liberalen Staates, muß keineswegs immer terroristische Formen annehmen. Es kann vielmehr ebenso eine Unterdrükkung wie eine Integration der rebellischen Gruppen stattfinden – eine Integration, die allerdings eindeutig repressiv ist, weil sie von den rebellischen Gruppen die schlichte Selbstaufgabe verlangt. Der Staat einer bürgerlichen Gesellschaft ist unvermeidlich repressiv, ungeachtet der möglichen Graduation an Rechtsstaatlichkeit und Liberalität,

die nicht ihn, sondern die – mehrfach sozialgeschichtlich bedingten – Methoden der Ausübung repressiver Gewalt kennzeichnen.

All dies zeigt schon, wie es zur Auflösung des liberalen Staates und zugleich zur Wiederherstellung, nämlich zur Restauration, des Staates der bürgerlichen Gesellschaft im Faschismus kam. Es sei kurz erwähnt, daß der Mussolini von Pareto seinerzeit vorgebildete Weg der Restauration nicht Perennierung des Terrors hieß, sondern Integration, wenngleich Pareto durchaus der Ansicht war, zunächst müsse Blut fließen, Raub und Ausrottung stattfinden (*Trattato di sociologia generale*, § 2191), und er über die Zeitgunst und den Zeitpunkt des faschistischen Zuschlagens offensichtlich klarere Vorstellungen hatte als Mussolini selbst: „Dite a Mussolini: ora o mai piú."[10]

Der Tendenz nach, d. i. nicht nur im historisch dokumentierbaren Einzelfall, liegt das politische Problem der bürgerlichen Gesellschaft – ungeachtet der meist nur ideologischen Aspekte einer Trennung von Staat und Gesellschaft – darin, eine Regelung der öffentlichen Herrschaftsausübung zu finden, in der die Rechtskautelen der individuell-ökonomischen und elitär-kulturellen Freiheit nicht umschlagen in die rechtliche Möglichkeit, solche Freiheiten zugunsten kollektiver, egalitärer Freiheit aufzuheben. Man darf dabei die Konkretheit des Problems nicht aus den Augen verlieren, denn nur sie erklärt die Härte des Kampfes: Von Locke bis Röpke, von den Girondisten bis Erhard bleibt das Grundprinzip der bürgerlichen Gesellschaft und somit das zu schützende Gut des bürgerlichen Staates und der erwähnten Kautelen – das Eigentum. Und das bedeutet, daß – selbst für die Jakobiner – der Staat der bürgerlichen Gesellschaft nur Klassenstaat sein kann, eigens geschaffen zur Sicherung der Klassenstruktur. Schutz des Privateigentums und Klassenherrschaft sind Synonyme. Und es ist bestenfalls ein schlichter Widerspruch, schlimmstenfalls eine schlechte Verschleierung, Klassenherrschaft von sich zu weisen und zugleich auf dem Schutz des Privateigentums zu bestehen. Auch in dieser Hinsicht treffen wir auf das Problem, das uns schon im Zusammenhang mit der Verallgemeinerung des Wahlrechts begegnete: Ändert sich nicht – vom Staate her – der Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, wenn denjenigen Mitspracherecht bei der Bestellung der Herrschaft eingeräumt wird, die nicht zur Gesellschaft der Eigentümer gehören und deren Vertreter möglicherweise den Staat als Instrument des Umsturzes und der Enteig-

nung betrachten? Um so mehr, als hinter solchen Wählern sich nicht einzelne wohlmeinende Bürger befinden, sondern diejenige Mehrheit, die eben die Eigentumsfrage stellt: getrieben durch die „Habsucht des Pöbels, dem nach dem Vermögen gelüstet" – so 1816 der Liberale Lorenz von Stein.[11]

Daher rührt auch die Bereitschaft zum bewaffneten Einsatz gegen die, die dieses Grundgut bedrohen. Das gilt mutatis mutandis auch für die revolutionären Staaten. Formale Unterschiede in der Schutz- und Friedensfunktion des Staates gibt es zwischen einer bürgerlichen und einer proletarischen Gesellschaft nicht, solange aus der Revolution nicht die Emanzipation hervorgeht, die sowohl Staat wie Moral in die Rumpelkammer verweist.

Der repressive Charakter der Moral hängt mit der Moral als solcher, nicht mit deren Prinzipien zusammen: Das Volkseigentum wird dort genauso streng bewacht wie hier das private – und nur revolutionär, d.h. material und auf keinen Fall formal kann man das eine für richtig und das andere für falsch halten. Hier staunt man über Prozesse wegen Schädigung des Volkseigentums, hat aber volles Verständnis für Prozesse wegen Schädigung des Privateigentums – obwohl diese (Diebstahl) unter Umständen nichts weiter ist als der Versuch, egalitäre Zustände mit untauglichen Mitteln (nämlich doch mit elitären) herzustellen. Dort gilt die staatlich exekutierte entschädigungslose Abschaffung von Eigentumsrechten in keiner Weise als unmoralisch. Von der bürgerlichen Gesellschaft aus gesehen wird sie als ungeheuerlich erachtet.

Daß sie repressiv ist, wird allerdings in einer proletarischen Diktatur zugegeben. Es ist das Recht der Revolution, dem Einzelnen die freie Gewalt über sein Eigentum zu entziehen. In der bürgerlichen Gesellschaft gilt die individuell exekutierte, staatlich durch Markt- und Rechtsordnung gestattete, entschädigungslose Enteignung nicht als unmoralisch. Nur daß dies die bürgerliche Gesellschaft nicht repressiv, sondern rechtsstaatlich und frei nennt, sofern bei der Beraubung der freien Gewalt eines Bürgers über sein Eigentum gesetzliche Vorschriften eingehalten werden. Ad exemplum: Die bürgerliche Gesellschaft räumt ihrem Staat keine Befugnis ein, den Lebensmittelhändler A entschädigungslos zu enteignen. Sie verlangt aber von ihrem Staat, daß er eine solche Enteignung des Kleinhändlers A durch das Kettengeschäft

B („Bolle bietet Bestes“) rechtlich regelt und ihr die Weihe des Gerechten gibt. Der Konkurrenzkampf soll fair sein, die Wettbewerbsordnung aufrechterhalten werden.

Hier zeigt sich – auf anderer Ebene als auf der des Wahlrechts, aber mit gleichem Effekt – die Veränderung des liberalen Staates. Die Frage ist und war auch in dieser Hinsicht akut geworden, ob der Rechtsstaat polizeiliche Dienste zu leisten hat nicht nur gegen die Feinde des kapitalistischen Marktes, sondern auch gegen die Nutznießer der dem Markte eigenen Gesetzlichkeit. Und das Problem ist um so aktueller, die Lage um so paradoxer, je mehr es die Nutznießer selbst – das Großkapital – sind, die die Wettbewerbsordnung beiseite schieben.

Vordergründig involviert Wettbewerb einen Sieger, in letzter Konsequenz aber – bei vollkommener Konkurrenz und auch dort, wo sie nur annäherungsweise erreicht wird – führt er dazu, daß am Ende alle Teilnehmer am Wettbewerb schlechter als am Beginn dastehen. Ökonomisch Grund zur Kartellisierung, wirft diese Konsequenz politisch die Frage auf, was denn, nach dem Prinzip der dem Tüchtigen geöffneten Bahn, dem Tüchtigsten zugestanden werden soll. In der eigentümlichen Verquickung von Produktionsprozeß und politischer Verfassung taucht diese Frage auch in der Organisation des Staates auf. Soll die Wettbewerbsordnung, so wie sie Kartelle verbietet, auch Konzerne unter Strafe stellen? Ist die Oligopolisierung des Marktes zu verbieten, um den freien Lauf der Konkurrenten, nämlich zur Monopolbildung hin, zu garantieren? Wo und wie sollen dem Tüchtigsten Schranken gesetzt werden? Oder ist Konzentration (ein ominöses Wort, schlechter Ersatz für den schlichten Umstand, daß – wie Engels schon sagte – die großen Fische die kleinen fressen) als letzte Konsequenz des Wettbewerbs nicht nur unvermeidlich, sondern korrekt und systemgerecht, also vom Staat nicht zu behindern? Evola fand 1928 bittere Worte des Hohnes gegen die "demokratisch" denkenden Liberalen, die, wie er meinte, nicht konsequent genug und nicht zu Ende dachten, was ihre Prinzipien wollten. Er entschied das liberale Konkurrenzproblem zugunsten des Faschismus, den er den wahren Liberalismus nannte: Wenn ein Einzelner im freien politischen Wettbewerb alle anderen aussticht, warum soll er – liberalistisch gesehen – das ganze Volk nicht genauso behandeln, wie ein einzelnes Unternehmen – Montecatini oder IG Farben z. B. – als das tüchtigste die Gesamtheit des chemischen Marktes

eroberte? Das Argument ist bestechend – und bestach auch die deutschen Industriellen: „Es ist logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistung als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß." (Hitler)[12]

Wird dies staatlich untersagt, so kehrt sich der Staat gegen die eigene Gesellschaft, wird dies staatlich nicht untersagt, so kann sich der Staat ebenso gegen die eigene Gesellschaft kehren. Schließlich ist er als bürgerlicher der Staat der Gesellschaft aller Eigentümer, nicht nur jener der Großfinanz und des Großkapitals. Daß sich der Staat gegen die Gesellschaft kehrt, braucht nicht revolutionär zu sein. Er kann dies tun, um sie – in letzter Instanz – zu schützen. Das Koalitionsrecht wird suspendiert und der bewaffnete Einsatz gegen meuternde Arbeiter angeordnet. Aber ebenso kann rechtlich gegen die Haifische vorgegangen werden, die die kleinen Fische verschlingen möchten. Der selbständige Unternehmer, von der Technik und dem eigenen, von ihm in Gang gesetzten Prozeß bedroht, greift auf den Staat zurück, dem er vormals den Eingriff in den Markt verweigert hatte.

Und doch sind das der Tendenz nach Schattengefechte. Die Reste des alten noblen Bürgertums können ebensowenig den Sinn der heutigen bürgerlichen Gesellschaft begreifen (Bosch hat nie begriffen, was die Nazis eigentlich seien) wie die Sansculotten und die Jakobiner 1792 - 1795 die bürgerliche Revolution begriffen. Die Jakobiner wollten die breite Streuung des Eigentums durchgesetzt wissen von einem Staat, den die Manufakturbesitzer eigens gegen die vom Feudalsystem ausgehende Bedrohung der Kapitalexpansion geschaffen hatten. Die Jakobiner, die SA-Linke, die *squadristi* verlangten von einem Staat *égalité*, zu dessen Machtinstituten ihre Vertreter gerade Eingang fanden, um jede Gleichheit unmöglich zu machen. Was die Kleinbürger 1793 nicht begriffen, begriffen die Kleinbürger in Italien 1922 und 1933 in Deutschland auch nicht. Sie mißverstanden den Liberalismus, den sie demokratisch ummünzen wollten, und später den Faschismus, den sie gern nebulös-sozialrevolutionär vorangetrieben hätten. Diesen jakobinischen Fehler, den wir heute zunehmend auch in den Attitüden und Hoffnungen mancher Gewerkschaftsführer finden können, diese radikaldemokratische oder vulgärdemokratische (Fraenkel) Deutung

des Verfassungsstaates muß man vermeiden: Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht dazu geschaffen worden, auf dem Prinzip des Privateigentums egalitäre Zustände herbeizuführen. Daher ist nicht Danton oder Marat, sondern Napoleon der Held der französischen Revolution.

Klügere Faschisten sahen dies übrigens sehr schnell ein. Ideologisch zeigte sich das in der schnell erfolgten Absage an die Gleichheit, politisch wurde die Einsicht praktiziert durch den Einbau der eigenen Führungsgruppen in die bestehende Herrschaftsapparatur. Gesellschaftlich verdienten sie sich – vor den Augen der Bourgeoisie – diesen Einbau durch die Zerschlagung der politischen Arbeiterorganisationen und die Entpolitisierung des Proletariats.

Noch klüger handelten die neoliberalen Führungsgruppen, die die Kneipen vergoldeten, betriebliche Sozialleistungen, von den Nazis erstmalig in großem Stil betrieben, neben der Armee finanzierten und rechtzeitig den Sinn und Wert der sinn- und wertlos gemachten Vertretungsinstitute, mit dem Parlament im Zentrum, erkannten. Sie gingen nicht den integral-terroristischen Weg, sondern den integrativ-konstitutionellen. Die Wiederherstellung des bürgerlichen Staates bedurfte der Zustimmung der Massen, des Konsens. Aber das hieß zweierlei: Zustimmung und Übereinstimmung, gerade derer, die nicht zur Gesellschaft der Eigentümer gehören und somit von neuem die Eigentumsfrage stellen konnten, sofern sie und ihre Parteien den Klassencharakter des bürgerlichen Staates durchschauten und bewußt machen konnten. Dieser politische Weg der unterdrückten Klassen durfte nicht freigemacht werden. Insofern war der geforderte Konsens vorpolitisch, eine „Wertgemeinschaft", wie sie Smend schon 1928 bei der Entdeckung des Integrationsprozesses als Voraussetzung des Staates postulierte. Der politische Kern der Konsensustheorie ist die Passivität der Massen und die institutionelle Regelung des politischen Prozesses als einzuhaltende Spielregeln beim Wechsel der Methoden und der Personen innerhalb eines oligarchischen Zirkulationsprozesses. Die Lösung der Krise des bürgerlichen Staates bringt der Transformismus, die Verwischung der politischen Unterschiede, die „Versachlichung" der Politik im Zweiparteienstaat, die „Sozialpartnerschaft", Vertauschung von Funktion und Position („Wir sitzen alle in einem Boot", wobei es keine Rolle spielen soll, ob am Ruder oder als Steuermann) und Individual-

mobilität, welche die kollektiven Aufstiegsimpulse neutralisiert und der altliberalen Ideologie von der freien Bahn des Tüchtigen zu neuer Würde verhilft. Aus dem Herrschaftskonflikt der Klassen wird ein Führungskonflikt der Oligarchien, nachdem die Führungsgruppen der Arbeiter ins System bürgerlicher Herrschaft eingebaut sind. Von der Avantgarde zur Elite umfunktioniert, sollen sie nun ihrerseits die Massen von der politischen Beteiligung fernhalten.

Derart scheint heute die Marxsche Theorie als „Legende" entlarvt: Nicht Kampf und Polarisierung erweisen sich als Endzustand der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Harmonie und Hierarchie, in deren Mobilität das Gute nach oben kommt. Und als Legende scheint sich die Prophezeiung vom Tod des Kapitalismus zu entlarven, so daß gesagt werden konnte: „Die wirkliche Geschichte des Kapitalismus beginnt erst jetzt, denn Kapitalismus ist keineswegs ein System der Unterdrückung, sondern er stellt vielmehr eine Auswahl vom Wertvollsten dar, eine Gleichstellung der Tüchtigsten (also wohl: Oligopole?), einen stark entwickelten Sinn für individuelle Verantwortlichkeit." Und das ist keineswegs zitiert aus einer Rede etwa Windschuhs bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU), sondern aus der ersten Kammerrede des frischgebackenen Abgeordneten Mussolini am 21. Juni 1921.[13]

Wenn nun in beiden Fällen – dem Faschismus und der liberalen Herrschaftspraxis – das Ziel das gleiche, der Weg beide Male repressiv, die Methode allerdings einmal terroristisch, das andere Mal konstitutionell, beide Male aber manipulativ ist, so kann man schließen, daß beide Wege offenstehen, daß nur besondere Umstände und „Bedingungen" die bürgerliche Gesellschaft auf den Weg des Terrors zwingen. Das Kapital braucht nicht immer den Faschismus. Aber der Zusammenhang zwischen dem repressiven Charakter des liberalen und neoliberalen Staates und den terroristischen Methoden des faschistischen Staates darf nicht übersehen werden. Der liberale Staat beruht auf dem Gleichgewicht von Gewalt und Konsens (oder wie verschleiernd gesagt wurde: auf Macht und Konsens). Wenn die Massen die Freiheit nicht wollen, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt aktuell. Die Staatsgewalt muß jederzeit die Fähigkeit bewahren, gegen Emanzipation konkret zu werden.

In der Form der Frage: Wie verhält sich die bürgerliche Gesell-

schaft – und das ist heute die Gesellschaft der Großeigentümer –, wenn die Integrationspolitik scheitert, die beschworene Sittlichkeit die „Habsucht des Pöbels“ nicht mehr zähmen kann, dem „Pöbel“ vielmehr durch geschichtliche Ereignisse Dialektik eingepaukt wird? Wenn also der von Marx gesehene konstitutionelle Widerspruch ausbricht, „das Bewußtsein des Zusammenhangs des politischen Kampfes mit seiner ökonomischen Unterlage“[14] wieder aktuell wird und die „parlamentarische Republik“ sich nicht als Garant der Klassenstruktur erweist, sondern als Austragungsort des Klassenkampfes?

Rosa Luxemburg sah schon 1899 das Bürgertum seinen eigenen liberalen Staat wegschieben und nach dem Polizeistaat greifen: „Zwar der Form nach dient der Parlamentarismus dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Andererseits ist es doch nur die kapitalistische Gesellschaft, (...) (die sich als Gesamtgesellschaft versteht) die er zum Ausdruck bringt. Die der Form nach demokratischen Einrichtungen werden somit dem Inhalte nach zum Werkzeuge der herrschenden Klasseninteressen. Dies tritt in greifbarer Weise in der Tatsache zutage, daß, sobald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen umzuschlagen, die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden.“[15]

Zweite Stunde der Vorlesung „Bürgerliche Gesellschaft und faschistischer Staat“; gehalten im Sommersemester 1966 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Anmerkungen

1 Immanuel Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, Fünfter Satz (*Werkausgabe*, hrsg. v. W. Weischedel, Frankfurt 1964, Bd. 9, S. 39 ff.)

2 Heinrich Bechtel, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vom Beginn des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts*, München 1952, S. 267.

3 Kant, *Idee*, Vierter Satz (*Werkausgabe*, S. 37 ff.)

4 Kant, *Nachlaß*. Für Kant machten nur bürgerliche Tugenden den Inhalt der menschlichen Würde aus. Aus dem Bereich der Würde schloß er Arbeitsleistung und Handarbeit aus. Vgl. dazu Galvano della Volpe, *Rousseau e Marx*, Roma 1962, S. 70 ff.

5 Kant, *Idee*, Siebter Satz (Werkausgabe, S. 41 ff.)

6 G. W. F Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechtes*, § 245 (*Werke* Bd. 7, Frankfurt 1970, S. 390)

7 Über die Verweigerung des Wahlrechtes als Wesensmerkmal des 'Bürgertums', vgl. Leo Kofler, *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm 1960, S. 126 ff.

8 Karl Marx, *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*, in: *Marx-Engels-Werke* Bd. 7, S. 9-107)

9 *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848 - 1881*, Köln 1966.

10 Brief an Bianchi v. 14. Oktober 1922. Über die Bedeutung dieses Briefs für den Marsch auf Rom vgl. Sinibaldo Tino, *Il Trentennio fascista*, Milano 1965, S. 81.

11 Vgl. Leo Kofler, a.a.O., S. 132.

12 Rede vom 27. Januar 1932.

13 Mussolini, *Reden*, Leipzig 1925, S. 96.

14 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbah und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"*, in: *MEW* 21, S. 302.

15 Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution*, in: *Gesammelte Werke* Bd. 1/1, Berlin (Ost) 1974, S. 398 f.

Zur Faschismusdiskussion

I.

Politische Ereignisse der letzten Zeit (Militärdiktatur in Griechenland; SIFAR-Affäre in Italien; Notstandsgesetze in Westdeutschland; soziale und politische Unruhen; die Abwehrmaßnahmen der gestörten Ruhe und der angegriffenen Ordnung) haben zu einer Reaktivierung der Diskussionen über und um den Faschismus geführt. Das erhöhte Interesse drückt sich nicht nur in der Forderung der Studenten aus, Lehre und Forschung sollten sich mehr als bisher mit dem Faschismus – nicht als historischem Gegenstand, sondern als potentieller Gefahr unserer Gesellschaft – beschäftigen; sondern auch in der erhöhten verlegerischen Bereitschaft, Faschismusliteratur zu veröffentlichen. Wir sind zwar hierzulande von italienischen Zuständen quantitativ wie qualitativ weit entfernt. Bis vor kurzem konnte man durchaus den Eindruck gewinnen, Faschismus sei für die deutsche wissenschaftliche und politische Publizistik eine weit in der Geschichte zurückliegende Erscheinung: im besten Fall ein Problem der historisch-moralischen Bewältigung, auf keinen Fall der Gegenwartsanalyse. Inzwischen hat sich einiges geändert.[1]

Da aber die Reaktivierung politisch bedingt und motiviert ist, kann Faschismusliteratur heute nicht mehr bloß objektivistisch-historiographisch gelesen und benutzt werden.[2] Das Bedürfnis nach Klärung und Orientierung – früher akademisch-literarisch – ist praktisch geworden. Der Gegenstand selbst liefert wissenschaftliche Kriterien und ideologische Mittel für die Austragung politischer Konflikte, so daß die Kritik wie auch die Affirmation unserer heutigen Gesellschaft sich in zunehmendem Maß des Faschismusarguments (und -vorwurfs) bedienen.

An beiden zeigt sich die dringende Notwendigkeit einer Spezifizierung. Zunächst gilt dies für die demokratische Protest- und sozialistische Oppositionsbewegung. Es ist für sie eine praktische Forderung, die eigene Strategie aus einer präziseren Analyse der Wirklichkeit in der Bundesrepublik, allgemeiner in den modernen bürgerlichen Staa-

ten abzuleiten. Sie neigt dazu, unvermittelt (oder bedingt durch schematische, unhistorische Vermittlung) unerfreuliche und unerträgliche Zustände, Institutionen oder Personen als faschistisch zu bezeichnen und begibt sich so der Möglichkeit einer differenzierenden Taktik. Die Schwierigkeit liegt dabei weniger in der Reflexion als in der Unsicherheit, zuweilen in einem schlichten Mangel an historischem Wissen. Die Praktiken der Polizei und die sonstigen Repressionsmaßnahmen des staatlichen Apparates gegen die außerparlamentarische Opposition sind gewiß ein Symptom sich manifestierender gesellschaftlicher Widersprüche (und des antagonistischen Widerspruchscharakters der Gesellschaft). Werden sie aber mit der historisch letzten, extremsten Konsequenz der Widersprüche: mit dem Nazismus, gleichgesetzt, so fehlt offensichtlich sowohl die konkrete Erfahrung (und das heißt: die theoretische Vermittlung des historischen Wissens) wie die unmittelbare Kenntnis des Einsatzes des Polizeiapparates im Nazideutschland. Noch wichtiger freilich ist eine Korrektur an der Umkehrung der polemischen Position – einer Umkehrung, die häufig vorkommt – man vergleicht in affirmativer Absicht unsere politischen Zustände mit früheren und kann anhand der Praktiken des nazistischen Apparates *e contrario* den demokratisch-freiheitlichen Charakter unserer Staatsorgane nachweisen.

Gemessen an Himmler zeigt ohne Zweifel der rüdeste Polizeiminister der Bundesrepublik einschließlich Westberlins, aber auch der italienischen oder der französischen Republik, ein freundliches Gesicht. Nur benahm sich schon Federzoni anders als Himmler, Mussolini anders als Gömbös. Gentiles Erziehungspolitik sah erheblich anders aus als die Blut-und-Boden-Kulturpolitik seines deutschen Kollegen. Faschistisch waren sie beide. Man übersieht also (sofern es sich um wissenschaftliche Analysen handelt: bewußt) die vielen „Formen des Faschismus, die maskierten oder offenen“[3] und dessen vielfältige Möglichkeiten; oder aber man kürzt künstlich die Perspektive ab und schließt aus der eigenen „Faschismusdefinition“ alle staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Komponenten aus, die auf Vorkommnisse und Strukturen des Verfassungsstaates, der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Wirtschaft zutreffen könnten. Wird der Faschismus auf die formalisierte Barbarei von 'totalitärer Herrschaft', 'Eroberung', 'Ausrottung' und 'Vergasung' reduziert, so er-

übrigt sich eine jede Diskussion darüber, was zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen *planification* generell technokratische und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist. Wenn die französischen Planungskommissionen sich in der gleichen Dreierrepräsentation von Gewerkschaften, Unternehmern und Staatsfunktionären strukturieren, die die korporativen Organe des faschistischen Italien charakterisierte, so muß man gerade für eine korrekte und konkrete Spezifizierung des sozialen Inhalts eines Herrschafts- und Organisationssystems nach dem geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhang und nach der möglichen Kontinuität solcher Erscheinungen fragen. Von zufälliger terminologischer Ähnlichkeit oder von einer bloßen historischen Analogie zu reden, ist zwar denkbar und gängig, nur nicht ganz zulässig. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der *planification* und der korporativen Ordnung und die den beiden zugrundeliegenden Strukturen (die privatwirtschaftliche Produktionsweise und die Kollektivität der Produktivkräfte etwa) sind die gleichen. Anders wiederum ist es mit den politischen Aspekten der Dreierrepräsentation bestellt.[4] Es wäre also für eine Weiterführung der Faschismusdiskussion zu klären, inwiefern in der Etablierung solcher besonderen, im 'Verfassungsgebilde' nicht vorgesehenen Entscheidungsinstanzen sich eine allgemeine Tendenz der modernen privatwirtschaftlichen, zugleich aber staatlich gesicherten Produktionsweise organisatorisch verwirklicht, der auch der Faschismus – allerdings vorwegnehmend – unterstand; oder aber ob diese allgemeine Tendenz (des Kapitalismus) eine spezifische Nötigung zu faschistischen Organisationsformen enthält. In diesem Fall wäre der faschistische Versuch keine Vorwegnahme mehr, sondern schon ein Vorbild.

Der Klärung dieser und ähnlicher Probleme – Probleme des Bruchs und der Kontinuität in der Entwicklung unserer Gesellschaft – stehen Versuche entgegen, durch Zusammenstellung sogenannter 'Wesensmerkmale' einen 'Faschismus an sich' philosophisch oder politologisch zu rekonstruieren. Dazu gehören Globalvorstellungen wie etwa die „Revolution des Nihilismus" (Rauschning) oder die „Negation der Transzendenz" (Nolte); aber auch die Aufzählung besonderer formaler Erscheinungen faschistischer Regime: vom Führerprinzip zum Terrorismus. Es steht außer Frage, daß der Faschismus nihilistisch und

terroristisch war. Nur läßt sich – nach altem Brauch der dialektischen Logik – die Urteilsbeziehung nicht dahin umkehren, daß alles Nihilistische und Terroristische jenseits spezifizierbarer geschichtlicher Situationen und Tendenzen faschistisch sei. Ebensowenig läßt sich ausmachen, daß der Faschismus immer nihilistisch – in einem besonderen moralischen Sinn – ist oder sein wird. Franco neigt moralisch nicht gerade zum Nihilismus. Stalin scheute bekanntlich vor der Anwendung des Terrors nicht zurück. Der Stalinismus jedoch baute in Zentralasien Universitäten auf – während der Nazismus Polens Universitäten schließen ließ.

Von gleich geringem kritisch-analytischem Erkenntniswert, wenngleich historiographisch besser abgesichert, ist die zeitliche und räumliche Einschränkung des Faschismus – zum Beispiel auf „das in Italien von 1922 bis 1943 herrschende Regime“ (Carl Schmitt).

Wie bedenklich solche Konstruktionen sich auswirken, zeigt sich deutlich in den Arbeiten, in denen der Faschismus auf die ökonomischen Grundlagen der von ihm beherrschten Nationalgesellschaften zurückbezogen wird; also gerade wenn Faschismus dem ersten Zusehen nach konkret-materialistisch und nicht etwa geistesgeschichtlich untersucht wird. Macht man zeitlich und räumlich lokalisierbare Erscheinungen zu einer 'Bewegung an sich', oder schreibt man eine solche Bewegung einer geschichtlich festgelegten, von ihr geprägten Epoche zu, so läßt sich die Verbindung mit besonderen wirtschaftlichen Situationen und dem jeweiligen Stand des wirtschaftlich-technischen Fortschritts eines Landes nicht mehr herstellen. Die Variabilität politischer Formen verschwindet aus dem Blick, die sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ergeben – und die übrigens auch zu institutionell und ideologisch variablen Typen des Parlamentarismus geführt hat. Unvermeidlich folgen darauf grobe Fehleinschätzungen. So war für Franz Borkenau die faschistische Bewegung, genauer: die objektive Nötigung zum Faschismus, derart an die Bedingungen eines entstehenden Kapitalismus in zurückgebliebenen Ländern mit *„dolce far niente* (...), Unpünktlichkeit (...)“ und einem „zur lebensfrohen Bummelei“ neigenden Proletariat verknüpft, daß er noch im Februar 1933 daraus auf die Unmöglichkeit eines erfolgreichen deutschen Faschismus schloß. „Die deutsche Bourgeoisie kann sich (...) nicht durch eine faschistische Partei vertreten lassen (...). Sie kann

die Herrschaft der einen totalitären Partei nicht brauchen."[5] Aber selbst bei Tasca taucht die Tendenz zur Verabsolutierung historischer Bedingungen gelegentlich auf. Auf der einen Seite fordert gerade Tasca die Spezifizierung: „Es gibt mehrere Arten von Faschismus, und jede enthält vielfältige und manchmal sich widersprechende Tendenzen, die sich entwickeln und sogar einige ihrer Grundzüge ändern können."[6] Andererseits erliegt auch er der Gefahr, aus geschichtlichen Erscheinungen metaphysische Wesenheiten zu machen: „Unter den allgemeinen Bedingungen, die den 'Nährboden' des Faschismus bereiteten, steht die ökonomische Krise an erster Stelle. Ohne ökonomische Krise kein Faschismus."[7] Der Zusammenhang zwischen Krise des Kapitalismus und Entstehung des Faschismus läßt sich sicherlich weder empirisch noch theoretisch leugnen. Indessen zeigt die Vergangenheit – und auch dies nur in einzelnen Fällen – eine zeitliche Abfolge: zuerst Wirtschaftskrise, daraufhin Faschismus, deren Dogmatisierung den ständigen Wandel dynamischer Gesellschaften nicht beachtet. Sie vergißt vor allem, daß durch bestimmte Bedingungen hervorgerufene Veränderungen der Wirklichkeit die eigenen ursprünglichen Bedingungen selbst verändert. Das will heißen: Die Bedingungen, die in der bürgerlichen Gesellschaft zum Faschismus geführt haben, sind heute anders geworden, weil die bürgerliche Gesellschaft durch den Faschismus staats- und gesellschaftspolitische, übrigens auch kulturelle 'Erfahrungen' machte und dabei die Bedingungen des Übergangs des Rechtsstaats zum faschistischen Staat verändert hat. Was unter anderem mit sich bringt, daß eine mögliche neue faschistische Qualität des Staates an diesen neuen Bedingungen zu messen wäre, und nicht an vergangenen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik (einem leider bisher wenig untersuchten Bereich) wird das Verhältnis ohne Schwierigkeiten einsichtig. Einmal 'erfahren', welche Organisationsformen und -methoden der Faschismus in einzelnen Nationalgesellschaften zur Rettung der bestehenden Herrschaftsstrukturen in einer Wirtschaftskrise entwikkelte, verschiebt sich prospektiv die politische Vorsorge für den Krisenfall. Es können zum Beispiel faschistische Modelle übernommen werden, um den politischen Folgen einer wirtschaftlichen Krise präventiv zu begegnen. Altmanns oder Voegelins Vorschläge sind vielleicht aus dem Gedächtnis der meisten entschwunden, aber immer noch aktuell.[8]

Ideologisch allerdings tendiert das Generalisierungsstreben nach der Definition eines 'Faschismus an sich', die gesellschaftlich bedingte Einzelbestimmungen abstreift, spezifische soziale Funktionen einer politischen Bewegung und die sozialen Inhalte einer Herrschaftsmethode nicht berücksichtigt – oder gar als materiale und daher unscharfe, zufällige Besonderheiten (die sogenannten Kontingenzien) abweist. *Omnis determinatio est negatio*. Nur bildet gerade die Negation die Seite der Wirklichkeit. Von Terzaghis oder Pantaleonis Liberalfaschismus über Codreanus „Legion des Erzengels Michael" bis zu Himmlers Ausrottungswut; von De Stefanis Reprivatisierung des Fernsprechdienstes bis zur Schaffung von SS-eigenen Unternehmungen; von der Erhebung des Futurismus zur Staatskunst bis zur staatlich verordneten Zerstörung futuristischer Kunstwerke: so weit reicht die Möglichkeit dessen, was alles im besonderen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Fall Faschismus sein kann – und zwar nicht in einem als denkmöglich vorgestellten, sondern in einem unmittelbar geschichtlich praktizierten Sinn.

Daß zu den 'maskierten' Formen des Faschismus auch die parlamentarisch verdeckten und gedeckten gehören, daß es also auch einen faschistisch funktionierenden Parlamentarismus geben kann, ist zumindest doktrinär in Paretos Beiträgen im *Giornale economico* von 1923 nachzulesen. Eine, allerdings nicht übertragbare, Verbindung von Mehrparteiensystem und Faschismus ging bekanntlich Ungarn unter Horthy ein.[9] Daß die Vorstellung eines faschistischen Parlamentarismus aber auch bei einigen führenden italienischen Faschisten eine beachtliche Rolle spielte, läßt sich an dem harten Konflikt feststellen, der kurz nach dem Matteotti-Mord innerhalb der faschistischen Führungsgruppe über die von Mussolini geplante Wiedereinführung der Mehrheitswahl ausbrach.[10]

Unterschiede – und damit die Varietät der Masken – zeigen sich selbst dort, wo die historischen Formen des Faschismus am meisten untereinander zu ähneln scheinen: in der formalen Methode der Ausübung unkontrollierter Herrschaft. Der etatisierte italienische Faschismus funktioniert anders und entwickelt anders geartete Unterdrückungsmechanismen als der auch nach der Machtergreifung weiterhin als Bewegung tätige Nazismus. Dabei liegt einer der interessanten Aspekte des italienischen Faschismus in einer, für die Beurtei-

lung der politischen und Verfassungsentwicklung bürgerlicher Staaten bedeutsamen Verbindung von totalem Herrschaftsprogramm und Konstitutionalität, die das Regime zwischen 1925 und 1926 einging und die dieses Regime eindeutig vom deutschen abhebt. Ideologisch drückte sich der Unterschied in der Ablehnung des Carl Schmittschen Begriffs des Politischen und seiner doktrinären Begründung des Nationalsozialismus aus.[11] Mussolinis Flucht in den zweiten 'Staatsstreich' vom 3. Januar 1925 – nach der Weigerung des Königs, die Kammer aufzulösen und damit nach dem Scheitern der Mehrheitswahl-Pläne – bedeutete zugleich einen Sprung zurück in den Legalismus: in die Wiederherstellung der Machtbefugnisse staatlicher Instanzen *(prefetti!)* gegenüber der Partei und gegenüber den *squadre d'azione* (den italienischen SA). Bekanntlich verlief die Entwicklung in Deutschland anders. Der 'Führerstaat' wurde in Deutschland durch ein legalistisch zustande gekommenes Ermächtigungsgesetz eingeleitet, das angeblich im Rahmen der Verfassung blieb, in Wirklichkeit den Staat zum Herrschaftsmittel der Bewegung und zum Machtmittel des Volksführers machte.

In Italien begann der 'totalitäre Staat' mit einer Verfassungsänderung, die zugleich das legalistische Ende von Mussolinis Vollmachten und das Ende der bis dahin unmittelbar ausgeübten Herrschaft der Bewegung mit sich brachte.[12] Faschisten entgegengesetzten politischen Temperaments wie der konservative Extremist Kurt Suckert (alias Curzio Malaparte) und der Anführer der sogenannten Revisionisten, Giuseppe Bottai, sahen voraus, daß nach dem 3. Januar 1925 mit dem Ende der demokratischen Parteien auch das Ende der 'faschistischen Revolution' kommen würde. Beide trafen den Kern der Sache: Der Faschismus schaffte es, mit der Eliminierung des bürgerlichen Parteiensystems den bürgerlichen Staat wiederherzustellen. „Es wäre höchste Zeit für die Faschistische Partei zu merken, daß in Italien eine vorsichtige und erdrückende liberale Konterrevolution in vollem Gange ist, die sich des Faschismus (...) bedient, um jene bürgerliche Normalität herzustellen, in der unsere Revolution ohne Rettungsmöglichkeit ertrinken würde." (Bottai)[13] Bottais Argwohn gegen die „Konterrevolution" (der er sich übrigens kurz darauf anschloß) entsprach einige Jahre später – mutatis mutandis – der Argwohn der SA gegen Reichswehr und konservative Ministerien, aber auch gegen die Indu-

strie. Nun unternahmen es in Italien weder die Armee (die sich politisch neutral verhielt, d. i. nach den königlichen Befehlen handelte) noch das Königshaus (dem es nur auf die erneut garantierte verfassungsmäßige Position der Krone ankam) den konterrevolutionären Charakter des Faschismus zu bestätigen, sondern einzig und allein die Industrie. Erst nach der 'Normalisierung', die auf den Matteotti-Mord folgte, begann die offene Allianz des mächtigen Industriellenverbandes, der Confindustria, mit den 'höchsten Hierarchien' des Faschismus; und deren ebenso offen angemeldeter Entscheidungsanspruch in Fragen der Währungs- und Wirtschaftspolitik.[14] Am 2. Oktober 1925 kam es dann zum Pakt des Palazzo Vidoni, der das ganze Verhältnis zurechtrückte und die staatliche Sicherung des Kapitalismus – über die bis dahin gewährte Unterstützung hinaus – einleitete.[15] Korporativistisch-linke Strömungen vermochten in Italien nicht das Gewicht zu erlangen, das in Deutschland die sklavenwirtschaftlich-antiplutokratische Konzeption des SS-Brigadeführers Ohlendorf hatte, auch wenn selbst die SS-Unternehmungen den privatwirtschaftlichen Grundcharakter der deutschen Wirtschaft kaum antasten konnten.[16] In Italien blieb es bei der Produktionsweise, die Himmler schlicht die „totale kapitalistische Wirtschaft" nannte.[17]

Diese Unterschiede zeigen uns wiederum, wie variabel faschistisch-konterrevolutionäre Praktiken sein, ebenso aber, wie variabel sich die Beziehungen zwischen faschistischen Bewegungen und gesellschaftlichen Herrschaftsgruppen entwickeln können. Mit Recht meint Horkheimer, daß man Kapitalismus und Faschismus nur im Zusammenhang behandeln könne. Allein führt die Ungleichmäßigkeit des ersteren zur Wandelbarkeit des letzteren.

Mit der Variabilität des Faschismus sind wir zugleich bei der zweiten Quelle des gesteigerten westdeutschen Interesses am Faschismus angelangt. Es hat im Faschismus schon von Anfang an eine Strömung gegeben, die sozial von Randgruppen des rebellischen Bürgertums, zum Teil von Intellektuellen und Studenten getragen wurde und sich *fascismo di sinistra* nannte. Der Begriff 'Linksfaschismus' besitzt also eine historische Qualität. Leider geriet der Begriff alsbald auf die schiefe Bahn und schließlich – wie es in diesen Fällen meist zuzugehen pflegt – in die falschen Hände. Dieses Begriffs bediente sich Luigi Sturzo schon 1926 in seiner leidenschaftlichen Kampfansage gegen

links und rechts: „Insgesamt kann man zwischen Rußland und Italien nur einen einzigen Unterschied (sic!) feststellen, daß nämlich der Bolschewismus eine kommunistische Diktatur oder ein Linksfaschismus ist und der Faschismus eine konservative Diktatur oder ein Rechtsbolschewismus ist.[18] Sehr differenziert gedacht war das nicht. Don Sturzo, der im Faschismus mehr den politischen Gegner sah als eine Bewegung im gesellschaftlichen Kontext, nahm mit der Kategorisierung beider Systeme als 'Diktatur' gleich am Anfang die ganze Abstraktion und die Konfusion der Totalitarismus-Vorstellung vorweg. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß in Italien der *fascismo di sinistra* sich sozialistische Gedanken und Tendenzen angeeignet hatte – in einer übrigens präziseren und durchdachteren Form als etwa bei dem vergleichbaren Strasser-Flügel der Nazisten.

Inwiefern der sogenannte 'deutsche Sozialismus' der Gebrüder Strasser seinen Ideen und seinen sozialen Inhalten nach zum Linksfaschismus zu rechnen ist, müßte im einzelnen geklärt werden. Die meisten seiner doktrinären Forderungen: Zünfte (die doch etwas anderes waren als Rossonis integralistische Korporationen), Erblehen, Reagrarisierung der Gesellschaft (gegenüber den eindeutig technokratischen Perspektiven etwa Fontanellis) und Kriegeradel (ohnehin ein teutonisches Spezifikum)[19] fügen sich in die linksfaschistische Doktrin nur schwer ein. Unter einen gemeinsamen Nenner lassen sich eher die italienischen und die französischen Bestrebungen am linken Flügel des Faschismus bringen. G. Gressent-Valois' Bewegung der *Faisceau des combattants et des producteurs* erinnert nicht nur dem Namen nach an den *Sansepolcrismo*, also an die teils radikaldemokratische erste Phase der italienischen Bewegung. Seine syndikalistischen Wendungen und seine – allerdings vagen – Vorstellungen eines Bündnisses mit den Kommunisten liegen auf der gleichen Linie wie Ugo Spiritos (des Philosophen des Linksfaschismus) Anspruch auf einen antikapitalistisch-revolutionären Charakter des Korporativismus. Bei beiden: Valois und Spirito, fielen denn auch die *producteurs*, die *producenti*, mit den Arbeitern zusammen und nicht – wie etwa bei Mussolini – mit den Unternehmern, die offiziell als *classe produttrice della nazione* anerkannt wurden.[20] Im geringeren Grade damit verwandt dürften auch Drieu de la Rochelles Auffassungen vom *socialismefascisme* sein, als eines Reformsozialismus, dessen Kritik nicht den Unterneh-

mern als solchen galt, sondern nur der modernen Fassung des Kapitalismus: der Industriekonzentration.[21] Andererseits darf nicht vergessen werden, daß der Faschismus, auch der linke, Konzentration und Kartellisierung eher begünstigte.

Leider geht die deutsche Literatur – wenn man von gelegentlichen Hinweisen auf den Syndikalismus absieht[22] – auf den *fascismo di sinistra* nicht ein. Selbst Nolte, der Begriff und Sache kennt, bringt in seiner sonst breit angelegten Theorienauswahl keinen linksfaschistischen Beitrag. Und das ist angesichts der aktuellen Linksfaschismus-Vorwürfe gegen oppositionelle Aktionen der Studentenschaft um so betrüblicher, als zum Beispiel schon Ugo Spiritos berühmte (und glänzende) Ferrara-Rede auf dem Nationalkongreß der Korporationen 1932 mit ihrer Zentralthese von der *corporazione propietaria* allein genügen dürfte, die Ignoranz deutscher Publizisten in diesem strittigen Punkt zu verdeutlichen: die unglückliche von Habermas und die korrupte der Walden, Zehm und diverser *personarum magnificarum*. Linksfaschismus verstand sich historisch und sollte (sofern man gesellschaftlich-geschichtliche Zusammenhänge als Erkenntnisgegenstand betrachtet und nicht ad hoc produzierte Vorstellungen zum Gegenstand von Vorstellungen macht) begrifflich gefaßt werden auf keinem Fall als eine linke Bewegung, die 'faschistische Methoden' übernimmt oder sich die faschistische Aktivismus- und Voluntarismusideologie aneignet. Die Methodenanalogie (im wesentlichen handelt es sich um die Anwendung von Gewalt in der Politik und um die Taktik der direkten Aktion) ist so offensichtlich brüchig, daß man sie beiseite lassen sollte. Sie streift gesellschaftliche Inhalte völlig ab und vergißt, daß es bei der Gewaltanwendung in der Politik nicht auf die Gewalt ankommt, sondern auf ihren emanzipatorischen oder repressiven Charakter. Es sei denn, man sehe keinen Unterschied zwischen Tyrannenmord und dem von einem Tyrannen verübten Mord; zwischen den Mordtaten der SS und den Aktionen des Widerstands. Der – von Habermas erhobene – ebenso analogisch abgeleitete Voluntarismus-Vorwurf verdiente eine längere Betrachtung. Logisch-empirisch scheint er zuzutreffen. Es steht aber zu vermuten, daß er nur ein unvermitteltes geistesgeschichtliches Denken wirklich bestechen kann.

Der faschistische Voluntarismus kennt weder Theorie noch sonstige Reflexionsvermittlung. Er postuliert Velleität als Substanz der Ge-

schichte und sieht – deutsch gesprochen – immer dort einen Weg, wo es auch einen Willen gibt. Wie weiland bei Johannes Duns Scotus setzt der Wille von sich aus und unbekümmert um objektive, rationale und rational faßbare Voraussetzungen die Bedingungen des Handelns und des Erfolgs. Der heutige 'Voluntarismus' der Linken hat damit im Grunde nichts gemein. Er kennt kein Willenspostulat, weder ideologisch noch politisch – abgesehen von der banalen, dennoch durchaus richtigen Forderung, daß der Revolutionär die Revolution zu machen hat. Vielmehr versucht er, durch eine Analyse des heutigen Verwertungsprozesses des Kapitals und dessen staatlicher Organisierbarkeit eine genauere Einschätzung des subjektiven Faktors für die Revolutionierung der Gesellschaft vorzunehmen. Die Einschätzung weicht in vielem von traditionellen marxistischen Vorstellungen ab. In ihr ist aber das rationale Verhältnis von Theorie und Praxis nicht nur zerstört, sondern – genau besehen – gegenüber früheren, veralteten und daher irrational gewordenen Formen wiederhergestellt. Die Theorie von der punktuell vorangetriebenen Desintegration des bürgerlichen Herrschaftsapparats (des öffentlich-rechtlichen wie des ökonomischen) mag irrig sein. Sie läßt sich aber ebensowenig unter den Voluntarismus subsumieren wie die Marxsche Hypothese von der parlamentarischen Chance der Revolution in bestimmten, fortgeschrittenen Nationalgesellschaften. Ihre Praxis mit dem faschistischen Aktivismus zu vergleichen, ist das Ergebnis einer abstrakten, wiederum weitgehend geistesgeschichtlichen Deduktion (von Bakunin und den Narodniki über Sorel und Mussolini bis zum SDS) oder eines nicht mehr logischen, sondern grob sinnlichen Empirismus: die Analogie der eingeschlagenen Fensterscheiben. Indessen kommentierte Gollwitzer mit Recht Adolf Arndts Kotau vor der *Morgenpost* mit dem Hinweis, ob die Sozialdemokratie oder die Kommunisten, die dem *Völkischen Beobachter* die Scheiben einschlugen, denn auch Faschisten gewesen wären. Was allerdings auch eine analogische Prämisse enthält. Der Linksfaschismus übernimmt vielmehr – ungeachtet der Diskrepanzen und Widersprüche – spezifische sozialistische Tendenzen und vor allem die sozialistische Perspektive, daß gesellschaftliche Veränderungen wesentlich Veränderungen von Produktions- und Eigentumsverhältnissen sind. Deshalb auch das erhöhte Interesse der zumindest theoretisch fundierten Vertreter des Linksfaschismus für Fragen der Ökonomie; ein Interesse,

das bekanntlich den eher dem 'Geist', der Dichtung und der Musik zugetanen Faschisten fast völlig abging.[23]

Nicht etwa, daß man sich dabei gegen die bürgerliche Organisation der Gesellschaft gewendet hätte, so sehr antibürgerliche Parolen auch zum linksfaschistischen Repertoire gehörten. Die Machtfrage galt nicht als Klassenfrage, sondern als Problem der Auslese der tüchtigen Söhne des Bürgertums. Die bekämpfte Bourgeoisie wurde nicht als Klasse verstanden, sondern als *stato d'animo*, als ohnehin sehr vage gedachte, am bequemen Leben orientierte Verhaltensweise. Politiker und Doktrinäre wie Rossini, Spirito, selbst der frühere Linkssyndikalist Rigola, aber auch G. Strasser oder Valois blieben genau in dem Maße faschistisch, in dem für sie die Veränderung im Verhältnis Kapital-Arbeit tendenziell mit der Erhärtung der Abhängigkeit der Arbeiter, programmatisch mit der Existenzsicherung kleinbügerlicher Techniker und 'Führer' verbunden blieb – und also gar keine Veränderung war. Hierin lag – und liegt – denn auch der Widerspruch. Fontanelli – der radikalste von allen – wollte die Kapitalisten abschaffen, das Kapital aber als soziale Funktion der Gesellschaft (nicht nur als Mittel der Produktion), damit als soziales Machtreservat für neue, junge Führungsgruppen aus dem geläuterten Bürgertum beibehalten.[24] All dies machte den leicht instrumentalisierbaren Charakter und die Ambiguität des Linksfaschismus aus. Seine Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus waren moralisch, seine hierarchische Grundtendenz eignete sich ausgezeichnet dazu, die Position der kapitalistischen Herrschaftsgruppen ideologisch zu festigen. Männer wie Falck, Agnelli oder Marzotto konnten sich mit Leichtigkeit als die Vertreter der neuen, modernen, technisch denkenden Führungsschicht ausgeben, ohne auf ihre Kapitalanteile verzichten zu müssen.

II.

Die – in der deutschen Literatur bisher kaum berücksichtigte – modernistisch-technokratische Wendung des italienischen Korporativismus[25] zeigt, wie der Faschismus weder als historische Erscheinung noch als aktuelle Qualität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sich durch einfache Schemata fassen läßt. Dazu war – und ist – der Entwicklungsgrad der einzelnen Staaten zu verschieden: es sei in den quantitativen Beziehungen etwa zwischen Landwirtschaft und Industrie; in den qualitativen, geschichtlich bestimmten Klassenverhältnissen; oder in der Verschiedenheit der Kapitalakkumulation. So konnte sich in den deutschen Agrargebieten kein spezifischer Agrarfaschismus entwikkeln: Er hatte gesellschaftlich keine zureichende Basis, weil es dort kein Tagelöhnerproletariat gab, das sich – wie in Italien – mit den Industriearbeitern identifiziert und revolutionäre Versuche unternommen hätte.

Anders als bei Nolte, der offenbar zwischen Industrialisierungsgrad der einzelnen Nationalgesellschaften und Faschisierungsformen keinen wesentlichen Zusammenhang sieht[26], dürfte vermutlich in einem solchen Zusammenhang eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der einzelnen Faschismen zu suchen sein. Es wäre zum Beispiel einer Untersuchung wert – und diese Untersuchung wäre überdies dringend erforderlich –, inwiefern die besondere Brutalität der nazistischen Expansions- und Eroberungspolitik nicht so sehr mit der deutschen militaristischen Tradition oder mit irgendwelchen mystischen Vorbestimmungen des deutschen Volkes zu tun hatte, als eher mit der Expansionskraft und dem Expansionsbedarf der deutschen Industrie, deren Potential angesichts den bekannten Schwierigkeiten der Rohstoffbasis, der Absatz- und Ausweichmärkte und der Schaffung einer industriellen Reservearmee die koloniale Sicherung und die Möglichkeit des Rückzugs in den kolonialen Binnenverkehr nicht kannte. Hier liegt ohnehin ein zu kurz gekommener, wirtschaftlich nicht gerade sekundärer Aspekt der politischen Krise der Zwischenkriegszeit und deren Lösungschancen. Man führt allerlei Gründe moralischer, politischer, gesellschaftlicher Natur an, um den Mißerfolg des Faschismus in Großbritannien zu erklären. Eines wird übersehen: Großbritannien stand gegenüber den faschistischen Versuchen und Versu-

chungen während und nach der Weltwirtschaftskrise nicht nur ein 'stabiles' politisches System, ein gut funktionierender Rechtsstaat, eine Fülle liberaler Traditionen und eine ganze Menge guter Demokraten im Lande zur Verfügung, sondern auch ein ausgedehntes Kolonialreich.

Solche Unterschiede müßten kritisch unter den konkret-allgemeinen Zusammenhang einer Theorie subsumierbar sein. Erst dadurch ließen sich die Ansätze der älteren Theoretisierungsversuche fortführen und ausweiten, die im Sammelband *Faschismus und Kapitalismus* vorliegen.[27] Und dadurch ließe sich auch der vorerst noch abstrakte Charakter der Formel: „Kapitalismus führt zum Faschismus" überwinden. Unreflektiert übernommen, macht die Formel aus einem dialektischen Vorgang einen unverständlichen und unbegründbaren Willensakt: aus der geschichtlich verschieden auftretenden Nötigung des Kapitalismus, sich in Autoritätsstrukturen und in besonderen Formen der politisch-staatlichen Befehlsgewalt zu organisieren, einen bloßen Plan finsterer Mächte. Das will keineswegs heißen, daß die Herrschaftsgruppen der Produktionssphäre unserer Gesellschaft hell-heitere Mächte darstellen und nirgends Pläne zur Faschisierung öffentlich-rechtlicher Verhältnisse aushecken würden. Daß dies durchaus der Fall ist, hat in letzter Zeit Griechenland gezeigt; und darauf scheint auch einige Tätigkeit des CIA hinzuweisen.[28] Ebenso dürfte es abseits von geplanten Staatsstreichen Instrumentalisierungsversuche geben, wenn sozusagen vom Himmel her (Mussolini galt doch als *l'Uomo della Providenza*) und aus anderen sozialen Gruppen hervorgehend als aus der Oberschicht sich eine antisozialistische Massenbewegung bildet – wie in Italien 1920. Solche Versuche unternimmt der Kapitalismus indessen mit allen bürgerlichen Bewegungen und mit allen vorhandenen staatlichen Institutionen und politischen Organisationen. Seit dem Auftreten proletarischer Parteien, spätestens seit dem Sieg der Oktoberrevolution entwickelt er – aus seiner Sicht legitimerweise – nicht so sehr finstere Pläne, als vielmehr Defensivmechanismen (Eduard März) und erstrebt mit wechselndem Erfolg die Umfunktionalisierung zuweilen völlig fremder Kräfte und Apparate (zum Beispiel gewerkschaftlicher Art) in einen solchen Mechanismus. Insofern werden auch heute vor sich gehende Veränderungen in der staatlichen Organisation nicht nur durch die Veränderung der Produktionsweise, der Klassenlage, der

Bedürfnisse usw. bedingt, sondern ebenso sehr gewollt. Es wäre blanke Verfassungsromantik, wollte man annehmen, die Interorganverschiebungen des modernen bürgerlichen Staates, die zunehmende Autonomie der Exekutive, der Verlust des Öffentlichkeitscharakters politischer Entscheidungen u. ä. hätten sich 'von selbst', aus irgendwelchen verfassungsimmanenten Gründen ergeben. Genau so romantisch, wie der geschichtsästhetische Gedanke, ein Führer sei plötzlich erschienen und habe mit einer Handvoll 'Rabauken' ohne Mitwirkung von Interessierten und ohne sogenannten gruppenspezifischen, also klassenmäßigen Nutzeffekt ein ganzes Volk samt Finanzkapital und Schwerindustrie unterjocht. Ob nun die Defensivmechanismen so funktionieren, wie sie im Sinne des Versuchs sollten, ist eine andere Frage;[29] wieder eine andere Frage, inwieweit einmal geschichtlich entstandene, ausprobierte Mechanismen in veränderter Form beliebig reproduzierbar und machbar werden.[30]

Von Anfang an hat das italienische Großkapital den Faschismus für sich instrumentalisiert, hat sich seiner bedient – hatte ihn aber nicht eingeplant. Daher betrachtete es in der 'Kampf'periode zwischen 1920 und 1925 die *squadre d'azione* als eigene Hilfstrupps, die Gesamtbewegung aber mit einiger Skepsis, obwohl die Skepsis sich lokal mit gesteigertem Wohlwollen paarte (solche geographischen Unterschiede gab es bekanntlich auch im Nazismus, und sie tauchen heute beim Neonazismus wieder auf).

Von einem Plan kann eher bei dem oben erwähnten Agrarfaschismus die Rede sein. Die Großgrundbesitzer begnügten sich nicht, schon vorhandene *squadre* zu finanzieren. Sie gehörten vielmehr zu deren Gründern und Anführern und versuchten, aktiv auch in die politische Entwicklung des Faschismus einzugreifen. Auch Finnland kannte eine Art von Agrarfaschismus, der bis zu einem gewissen Grad ebenso 'eingeplant' war, jedoch – der Struktur der finnischen Landwirtschaft entsprechend – die besondere Form einer Bewegung des bedrohten, selbständigen Bauerntums annahm.

Bei dem politischen Verhalten der deutschen Industrie sah die Sache ganz anders aus. Wie man weiß, war ihre Haltung gegenüber Hitlers Annäherungsversuchen zunächst durchaus zwiespältig. Sie befand sich auf der Suche nach einer autoritären Staatsform und nach deren möglichen neuen Trägern – eine verständliche Haltung und ein ver-

ständliches Programm für gesellschaftliche Gruppen, die traditionell politische Herrschaft selten unmittelbar ausüben, der Regel nach lieber delegieren. Hitler bot dabei höchstens eine neue Führungsgruppe – der italienische Faschismus hingegen lieferte schon ein Modell, das in der Sicht der geforderten staatlichen Sicherung der Produktion als erprobt und erfolgreich galt. Insofern stand die Annäherung an Hitler schon im Zeichen bewußter Politik; vermutlich auch bewußter Übernahme des faschistischen sozialen Experiments. Als bei der Mitgliederversammlung des Reichsverbands der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929 der Berliner Schnaas ausrief: „(...) in Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis 100000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind", gab er sich eindeutig als Faschist zu erkennen. Aus dem Publikum wurde denn auch der Zuruf laut: „Mussolini."[31]

Doch selbst die deutsche Industrie orientierte sich am italienischen Faschismus nicht um der abstrakten Form einer, allem Anschein nach erfolgreichen, terroristischen Disziplinierung der proletarischen Massen willen. Sie hatte gewiß nichts Prinzipielles gegen das gewaltsame Vorgehen staatlicher Organe oder parastaatlicher bewaffneter Gruppen einzuwenden, wenn nur die Funktionalität der Maßnahmen dabei bewahrt blieb. Was jedoch als zwingend notwendig empfunden wurde und was sich auch objektiv für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft als notwendig erwies, hieß nicht offen und in klarer ideologischer Ausprägung: Faschismus, sondern – und eben eher funktional: starker Staat, Autonomie der Exekutive gegenüber kontrollierenden Vertretungsorganen, stabile Regierungen. Dies alles freilich auch verbunden mit einem konterrevolutionären Inhalt: mit der Bekämpfung emanzipatorischer Bestrebungen; und mit einem präzisen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Zweck: nicht etwa der (zuweilen in der Literatur nach vorne geschobenen) Befriedigung von Macht- und Herrschaftstendenzen; sondern mit dem Zweck einer durch den Markt nicht mehr erzielbaren Absatzsicherung und einer mit friedlich-konstitutionellen Mitteln nicht mehr erzielbaren Stabilisierung der Produktivität[32] gegen die desintegrierende Tätigkeit der Streiks, der gewerkschaftlichen Forderungen und so fort.

Darin liegt der Grund, warum langfristig nicht Ideologien, Strafexpeditionen und sonstige Aktionen, sondern die staatlich vorgenomme-

ne Regelung der Arbeitskonflikte und die staatlich mitorganisierte Produktion, also das korporative System als Bestandteil des Faschismus eine zentrale Bedeutung gewann, sich sozusagen vom faschistischen Ursprung frei machte und als gültiges Modell einer modernen, privatwirtschaftlich produzierenden Industriegesellschaft empfahl.[33] Gerade diese Möglichkeit macht den Faschismus in seiner originären, italienischen Prägung viel wichtiger für die Analyse der modernen bürgerlichen Gesellschaft als den in Hinsicht auf Klassenfunktionen atypischen Nazismus.

Fraglos liegt dem Verwandtschaftsverhältnis Kapitalismus-Faschismus in letzter Instanz auch die strukturelle Ähnlichkeit zugrunde, die zwischen der Befehlsstruktur eines kapitalistischen Betriebs und der direkten, nicht konstitutionell vermittelten Ausübung von Herrschaft im faschistischen Staat besteht. Seit der berühmten Äußerung im *Industriekurier* weiß in Deutschland jeder, daß in der Sicht der Unternehmer die Demokratie etwas ist, was mit Wirtschaft und Universität ebensowenig zu tun hat wie mit Zuchthäusern. Danach ließen sich 'Leistungsgemeinschaftem' demokratisch nicht organisieren.[34] Solche Ansichten weisen nicht nur auf bedenkliche, sondern auf eindeutig faschistoide Tendenzen hin, vor allem, wenn man ihre Implikationen mitdenkt: Der Staat selbst nämlich ist – sieht man von dem Wahlsonntag ab – ein Leistungsverband! Dennoch ist die Beziehung vermittelter: Der Kapitalismus will keinen Faschismus, sondern die Sicherung der Profite. Das bedeutet aber eine doppelte Transformation der geschichtlich gesehen anfänglichen Stellung des Faschismus – eine Transformation, deren Berücksichtigung erst es ermöglicht, Sinn und Zweck des Faschismus in der modernen Gesellschaft, seine soziale Funktion also, zu begreifen. Es geht auf der einen Seite ideologisch um die Abkehr von populistischen Tendenzen, die sowohl die italienische wie die deutsche Bewegung ursprünglich charakterisierten; gesellschaftlich geht es darum, die Massenbasis des Faschismus zu verschieben.

Am klarsten hat Otto Bauer das Problem gesehen, das in den Klassenbeziehungen nach einer faschistischen Machtergreifung entsteht: Die Macht wird errungen durch die Unterstützung einer rebellischen kleinbürgerlichen Masse, die aber gerade um der angestrebten Sicherungseffekte willen nunmehr zurückgedrängt werden muß.[35] An die

Stelle des rebellischen Kleinbürgers trat der Ordnungsbürger mit seiner traditionellen Tendenz, sich mit der jeweiligen politischen Herrschaft und mit der herrschenden Klasse zu identifizieren. Studienräte waren weder in Italien noch in Deutschland in nennenswerter Zahl an Strafexpeditionen beteiligt; nach der Machtergreifung wurden sie zu wertvollen Apologeten des neuen Systems. Die zweite Seite betrifft den willkürlich ausgeübten Terror – sozusagen die klassische faschistische Eigenschaft. Sobald der Terror seinen Charakter als punktuell gegen das tätig werdende Proletariat (oder andere, Emanzipation anstrebende Gruppen) anwendbare Waffe verliert und sich als Herrschaftsmethode etabliert, wird er für die Konservation bestehender Strukturen disfunktional. Er überrollt die eigene Brauchbarkeit, die eigene Teilrationalität: Er zerschlägt nicht nur die Arbeiterorganisationen, sondern auch die Organisierbarkeit der Kapitalverwertung. Daher die oben schon behandelte Forderung nach Konstitutionalisierung des Faschismus: Man zielte durchaus auf Rechtssicherheit für die Organisation des Marktes und im (nunmehr geordneten) Warenverkehr, verbunden mit der Rechtssicherheit bestimmter Gruppen – während für andere Gruppen die Rechtsunsicherheit und der geordnete, polizeistaatliche Terror immer aus dem Hinterhalt drohte. Der alte liberale Staat zeigte seine Liberalität immer nur im Verhältnis mit der herrschenden Klasse und mit sonstigen Privilegierten. Der faschistische, auch totalitär genannte Staat ging im Umgang mit Freunden oder (vermutbaren) Auftraggebern sehr differenziert vor. Hier ist noch ein Punkt zu erwähnen. Es scheint immer noch Schwierigkeiten zu bereiten, daß die faschistischen 'Ordnungsvorstellungen' und Praktiken die tradierten Schemata des Kapitalismus durchbrachen; daß der Staat in die Verfügungsgewalt der Privatwirtschaft eingriff.

Es sind dies Schwierigkeiten, die meist mit ungenauen Kenntnissen der Erfordernisse eines organisierten Kapitalismus zusammenhängen und mit der daraus resultierenden Tendenz, Erscheinungsformen einer spezifischen Produktionsweise für Machtgelüste der Politik zu halten. So meint z. B. Nolte: „Zu Anfang der dreißiger Jahre war die totalitäre Natur des Faschismus in der Innenpolitik überall anschaulich geworden: An die Stelle der liberalen und dem Privatkapitalismus günstigen Wirtschaftspolitik De Stefanis war ein staatlicher Dirigismus getreten, der einige Bereiche der Privatwirtschaft ebenso schädig-

te wie er andere förderte (...).“[36] Abgesehen davon, daß de Stefani, ein liberalfaschistischer Professor der Nationalökonomie, durch einen unmittelbaren Vertreter des italienischen Unternehmerverbandes abgelöst wurde (durch den Grafen Volpi di Misurata).[37] Der Dirigismus der dreißiger Jahre fand seine Ursachen keineswegs in einem totalen Führungsanspruch des Staates. Ihn hatte vielmehr das Privatkapital, vor allem das Großkapital ausdrücklich herbeigewünscht. Es versprach sich davon sowohl die Sanierung schwacher Betriebe durch staatliche Beteiligung (IRI), wie auch die Profitsicherung für die Betriebe, die den Markt nicht monopolistisch beherrschten oder (wie in Italien) vom billigen Import bedroht waren. Die Zwangskartellierung sah – wie der Name sagt – nach einem brutalen Eingriff des Staates aus, entsprach aber durchaus den Interessen der Kartellierten.[38]

Bei solchen Sachverhalten befindet man sich schon jenseits der Ideologie, also jenseits der landläufig als zentral geltenden Erscheinungsform. Das will nicht heißen, daß die jeweilige ideologische Begründung und Rechtfertigung der Herrschaft (und der Barbarei) für das Verständnis des Faschismus oder gar für den Faschismus selbst entbehrlich sei. Sie bildet einen festen Bestandteil sowohl auf der Seite der Herrschaft – als politische Formel im Sinne Moscas – wie auf der Seite der Unterdrückten, denen sich zumindest noch als Trost die ideologisch herbeigeführte Identifikation mit der Macht bietet. In diesem Sinn ist Ideologie für den Faschismus – wie für alle Herrschaft – konstitutiv. Sekundär aber dürfte der jeweilige Vorstellungsinhalt sein: Es zeigt sich, daß er auswechselbar ist; sogar, daß gerade seine Auswechselbarkeit für den italienischen Faschismus mitkonstitutiv war. Proletarisch, kapitalistisch, reaktionär, monarchisch, republikanisch, demokratisch, friedliebend, kriegerisch: Nach Auffassung der italienischen faschistischen Führer ebenso wie in der Rezeption bei den Geführten sind dies alles Positionen, die je nach Lage der Dinge ausgetauscht werden können wie die Einstellung zur Religion, die philosophische Ausstattung, die Begründung einzelner Maßnahmen oder Aktionen. Soziale Inhalte gelten zwar nicht als auswechselbar – aber eben weil sie nicht mehr Inhalte der Ideologie, sondern der Praktik darstellen. So gehören Hierarchie und Führerprinzip nicht zur 'Weltanschauung', sondern zur Doktrin der Macht – *dottrina del potere*. Daß die Hierarchisierung der Befehlsstruktur die Form eines ewigen

Gesetzes der gerechten Gesellschaft annahm, ist also materiell begründet: ein Organisationsprinzip und keine politische Formel; ein Verteilungsprinzip für Privilegien und kein Trost in der Misere. Für den Faschismus als soziales Experiment gilt nun das gleiche, was auch seine Herrschaftsmethode kennzeichnet. Er blieb immer an Formen der Integration und des consensus orientiert, die zwar repressiv waren, aber keineswegs durch permanent aktuellen Terror hergestellt werden sollten. Repressiv, weil in faschistischer Sicht das Volk immer den unbotmäßigen Teil darstellt, der nie weiß, was sich ziemt: 'Volkswille' wurde nur als Nachvollzug befohlener Führungsentscheidungen verstanden und praktiziert. Nicht aktuell terroristisch, weil der Faschismus immer manipulativ vorgeht, solange dies möglich ist; den Terror aktualisiert, nur sofern antiintegrative Tendenzen das soziale Experiment selbst ernsthaft gefährden. Die Verfolgung kommunistischer und sozialistischer Arbeiter (in romanischen Ländern kommen die Anarchisten dazu) hörte potentiell nie auf. Aktuell war aber auf der ganzen historischen Strecke der Versuch, die „conati socialististi", d.h. die sozialistischen Versuche durch sozialtechnische Maßnahmen zu verhindern – wie die Enzyklika *Quadragesimo Anno* lobend feststellte. Diese sozialfriedliche Ergänzung zur geheimpolizeilichen Praktik bildete die eigentliche, wenn nicht theoretisch durchdachte, so doch zumindest doktrinär reflektierte Methode zur Steuerung der abhängigen Massen.[39]

Es liegt auf der Hand, welche Bedeutung solche Aspekte des Faschismus für die Analyse der Möglichkeiten gewinnen, die in einer bürgerlichen Gesellschaft stecken. Freilich wird hier zugleich auch das materielle Interesse einer kritisch-materialistischen Behandlung des Gegenstandes deutlich sowie die kritische Perspektive bei der Beurteilung der Faschismusliteratur. Die angedeuteten 'Masken' oder 'Gesichter' des Faschismus (Gesichter, die die polizeistaatliche Grimasse ebenso zeigen wie die partnerschaftliche), die mit den herkömmlichen Totalitarismus- und sonstigen politologischen Schutz- und Trutzkategorien nicht faßbar sind, eignen sich dazu, Pauschalurteile zu zerstören und die scharfe Gegenüberstellung von Faschismus und liberaldemokratischem Staat aufzulösen. Dadurch verliert das quantitative Bild der Unterschiede der einzelnen Faschismen (mehr und weniger Terror; mehr und weniger Totalitarismus; mehr und weni-

ger Militarismus) ebenso an Gültigkeit wie die qualitative Abhebung von anderen Herrschaftsformen, die sich unter dem Kapitalismus entwickelt haben.

Dies gilt aber nicht nur für theoretische Versuche. Selbst für die bloß historiographische Darstellung empfiehlt es sich, die soziale Funktion des Faschismus, seine systemerhaltene Teilrationalität und auch seinen Umschlag in eine totale Irrationalität, die diese Funktion zerstört, zu berücksichtigen. Sonst setzt sich die Historiographie der Gefahr aus, in die Chronik von Staats- und Hauptaktionen zurückzufallen. Damit sollen keineswegs die bekannten halboffenen Türen vollends aufgerissen werden. Vielmehr stellt sich die Gefahr vom Gegenstand her automatisch ein, weil der Faschismus tatsächlich seine eigene geschichtliche Besonderheit mit Vorliebe durch eine ganze Reihe spektakulärer Staats- und Hauptaktionen demonstriert hat. Insofern scheint Noltes Dokumentenband (besser gesagt: kommentierte Bildersammlung) *Faschismus. Von Mussolini zu Hitler*[40] partiell das Richtige zu treffen, indem er meist Uniformierte, Paradierende, Waffenträger, Führergestalten und Untertanenglück zeigt. Nur: Ähnliches wurde schon – in apologetischer Absicht – zum Beispiel im kaiserlichen Deutschland über das kaiserliche Deutschland veröffentlicht, ohne daß durch Bilder die feudal-kapitalistische Gesellschaft hinlänglich erkennbar geworden wäre. Die wirklichen 'Bilder' ließen sich – im kaiserlichen Deutschland wie im Faschismus – doch sehr schlecht photographisch festhalten. Einige Nachrichten und Berichte über die informellen Verhandlungen zwischen Reichsführung und Reichsverband der Deutschen Industrie geben zum Beispiel für eine Analyse des Nazismus mehr her als Prachtphotos, Mussolini in den Krupp-Werken als der 'Waffenschmiede des Reiches' zeigend. Daß – im Gegensatz zur lückenlosen Zerschlagung der alten Gewerkschaften und zur Bildung der Arbeitsfront – der Nazismus beim RDI nur eine 'Neugestaltung' der alten Organisation vornahm, besitzt nicht nur mehr theoretische Bedeutung, sondern hat auch mehr historiographischen Wert als der im Bild festgehaltene Jubel von – sagen wir – Grubenarbeitern beim Besuch des Führers.[41]

Mit einem Wort: Faschismusgeschichte ist immer spannend. Wissenschaftlich ertragreich und politisch erträglich ist sie nur als Sozialgeschichte.

Deutlich wird dies an den Aufsätzen im Sammelband *Internationaler Faschismus 1920 - 1945*. So interessant oder gar bunt sie im einzelnen auch ausfallen mögen: nur selten gelingt es ihren Autoren, den Rahmen herkömmlicher Darstellungen zu überspringen. Meist liefern sie Material, das erst aufgearbeitet werden müßte. So z. B. L. Jedlicka mit seinem Überblick über die ideologischen, partei- und verbandspolitischen Komponenten der österreichischen Heimwehr; oder E. Oberländer mit dem Beitrag zur Allrussischen Faschistischen Partei. Letzteres freilich, sowie P. M. Hayes' Ausführungen über Quislings politische Ideen werden bei den Lesern selbst die Neugier nur knapp befriedigen können, die bei der Begegnung mit einem bis dahin unbekannten Gegenstand entsteht. Brauchbarer sind R. J. Soucys und G. D. Allardyces Beiträge zum französischen Faschismus. Vor allem Soucy geht ausführlich, wenn nicht auf die wirtschaftlichen Hintergründe, so doch zumindest auf das Wirtschaftsprogramm und auf das Wirtschaftsverständnis der französischen Faschisten ein.[42] Von der bloßen Fakten- und Ideologiendarstellung entfernt sich G. L. Mosse am entschiedensten. Auch wenn Sozialgeschichte von ihm methodisch nur als Geschichte klassenspezifischer Kulturtypen verstanden wird, so gelingt es ihm doch, in der *Entstehung des Faschismus* den Bezug Faschismus-Bürgertum überzeugend darzustellen. Aus den kulturellen Widersprüchen bürgerlicher Interessen und Tendenzen gewinnt er beachtliche Einsichten in die Doppelnatur der sozialen Basis und in die dadurch ermöglichte Verschiebung in den Massenträgern des Faschismus. Die daraus sich ergebende Zwangsläufigkeit der Koppelung von 'Chaos' und 'Ordnung' wird klar gezeigt: „Der Schlüssel zum Faschismus ist nicht allein die Revolte, sondern auch die Bindung."[43]

In jeder Hinsicht ärgerlich ist hingegen der Beitrag von E. Weber *Die Männer des Erzengels*, über Rumäniens faschistische Garde also. Ärgerlich schon deshalb, weil eine ganze Menge wesentlicher und brauchbarer Daten in einen derart schiefen Bezugsrahmen gestellt werden, daß man am Ende selbst an der Richtigkeit des vorgelegten Materials zweifelt. Dabei hat Weber die gesellschaftliche Perspektive durchaus im Auge. Sein Versuch, am rumänischen Beispiel die für ihn ominöse Formel Faschismus-Bürgertum aufzulösen, mutet durchaus gerecht an. Leider greift er zu Mitteln, die im besten Falle Naivität beweisen, zuweilen aber den Charakter der Geschichtsklitterung an-

nehmen. Ist die 'menschliche Natur' zwischen Rumänien und China wirklich so unbürgerlich-korrupt, daß die Kommunisten nur durch Terror „jene schlichten bürgerlichen Tugenden wie Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Verantwortung und Fleiß" bei den Slawen einführen konnten?[44] Und das Bemühen, das Bürgertum zu entlasten, mündet am Ende doch in eine verhaltene moralische Rechtfertigung faschistischer Bewegungen, die keineswegs durch das bekannte Denkschema abgeschwächt wird, wonach politische Ideen und Kräfte erst durch die Machtergreifung pervertiert werden.[45] Über Hugh Seton-Watsons Aufsatz *Faschismus – rechts und links* ist nur zu sagen, daß nach ihm faschistische Bewegungen „als politische Kraft eher demokratisch (sind) als oligarchisch", und daß die Neger an allem schuld sind: am nordamerikanischen Faschismus, den sie selbst hervorbringen, und an dem südafrikanischen, den sie durch einen „unglückseligen Druck" auf die Weißen verursachen.[46]

Methodische Mängel kennzeichnen auch die kleine Schrift des kürzlich verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer *Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns*. Sein demokratisches Engagement und seine rücksichtslose Art, mit Nationalgütern umzugehen, riefen im fernen Juli 1962 ein politisches Ärgernis hervor, das sich im rheinland-pfälzischen Landtag hochpolitisch-parlamentarisch fortsetzte.[47] Bauer unternimmt den Versuch, die Kontinuität des Obrigkeitsdenkens der Deutschen an Hand einer ausgesuchten Fülle geistesgeschichtlicher und sozialpsychologischer Beispiele zu begründen. Im Endeffekt wird das kulturelle und seelische Verhalten eines ganzen Volkes als immer noch treibende Wurzel des Nationalsozialismus dargestellt. Dabei nimmt Bauer Einseitigkeiten als Mittel der Aufklärung ausdrücklich in Kauf und will gerade durch sie den bedrohlichen Charakter der Entwicklung klarmachen. Nur hätte genau hier eine sozialgeschichtliche Fundierung auch eine bessere Einsicht in die Bedrohlichkeit ermöglicht: Nicht die einseitige Eindeutigkeit historischer Gestalten und Ereignisse, sondern ihre Zwiespältigkeit hat in der Reflexion Aufklärungswert. Der von Bauer als Modellfall herangezogene Luther bietet sich tatsächlich als Beispiel an: Er gilt für Bauer als ein Wegbereiter des nazistischen Antisemitismus, war aber in sich so widersprüchlich, daß die italienische Geschichtsschreibung faschistischer Observanz ihn als teuflischen Weg-

bereiter der französischen und der russischen Revolution einschätzte. Und eben in dieser Spanne findet sich erst die auch zum Faschismus führende Zerrissenheit der bürgerlichen Gesellschaft.

Freilich kann Ärgernis auch zu einer Negation und Desintegration bestehender Vorstellungen werden und also konstruktiv sein. Weniger aber, wenn man – wie Bauer – bei der Zerstörung von Tabus selbst Vorurteilen zum Opfer fällt. Bauer widerfährt das harte Schicksal, als streitbarer Demokrat in Wirklichkeit ein streitbarer liberaler Individualist zu sein: Er rechnet den *demos* zu den Ursachen des Faschismus und nähert sich so dem bekämpften Gegner. „Die Masse steht moralisch, wie wir aus der Psychologie der Massen seit langem wissen, immer unter den Individuen, die sie bilden. (...) Massen stehen immer am Rande der Kriminalität."[48] Oder ist dies nur ein Mißverständnis, beruhend auf einem verhängnisvollen Übersetzungsfehler? Gustave Le Bon – die Wissenschaft – sprach nämlich von einer Psychologie der zusammenlaufenden Menge, und nicht der Massen. Derart ließe sich eine Beziehung zum Faschismus und zur Kriminalität richtiger und konkreter darstellen. Mussolini war bekanntlich ein großer Freund der Menge: der *folle*, mit denen er als Histrion seine Dialoge führte. Die Massen (die vorhin erwähnten abhängigen) bereiteten ihm Unbehagen: „Ich bin kein Verehrer dieser neuen Gottheit, der Massen. Sie ist eine Schöpfung der Demokraten und Sozialisten. (...) Oft genug ist bewiesen worden, daß (...) die Massen gegen das Recht sind."[49] Mit der Verwechslung von Mengen und Massen weiß jeder Antidemokrat vorzüglich zu arbeiten.

Bauers Schrift ist fraglos anregend. Unreflektiertheit des Urteils mindert leider ihren agitatorisch-aufklärenden Wert. Wie sozialgeschichtliche Faktoren: Ökonomie und Organisation der Gesellschaft einerseits, sozialpsychologisch ermittelte Sachverhalte und Prozesse andererseits ineinandergreifen; und wie daraus sich Differenzierungen in der Beurteilung geschichtlicher Ereignisse und Gestalten (wie Luther, Calvin und Reformation) ergeben, zeigt Erich Fromm in *Escape From Freedom*, deutsch verwandelt in eine *Furcht vor der Freiheit*.[50] Für Fromm bestehen zwischen der Position des aufstrebenden Bürgertums der Reformzeit und der Position des bedrohten Bürgertums in der modernen Gesellschaft sozial-psychische Ähnlichkeiten, die nicht nur geschichtlich relevant sind. Sie gewinnen Aktualität in der von Fromm

klargelegten Verbindung zwischen psychischen „Fluchtmechanismen" und den in westlichen Demokratien auftretenden Anpassungszwängen – beides die Folge der bürgerlichen Entwicklung. Solche Zwänge zu verinnerlichen ist keineswegs – wie Bauer zu meinen scheint – nationales Merkmal der Deutschen. Die Verinnerlichung (in der wissenschaftlichen Terminologie: Internalisation) ergibt sich nach Fromm vielmehr in allen bürgerlichen Gesellschaften als Folge einer vermittelten Identität, in der die kapitalistische Produktionsweise und psychische Struktur der die Massenbasis der bürgerlichen Macht bildenden, zugleich durch den Kapitalismus entmachteten Zwischenschichten sich gegenseitig bedingen. Der Unterdrückte identifiziert sich mit demjenigen, der ihn beherrscht und zugleich bedroht. Das bedeutet sozialpsychologisch eine Annäherung von autoritären Tendenzen, die die Hinwendung zum Faschismus einleiten, und Anpassungsmechanismen, wie sie als besondere Form des Autoritätssyndroms in der westlichen Welt (Fromm denkt vor allem an die USA) auftreten. „Die Hauptstraßen dieser Flucht (vor der Freiheit in die, durch Herrschaft garantierte Sicherheit – J. A.) waren in den faschistischen Ländern die Unterwerfung unter einen Führer und in unseren großen Demokratien eine zwanghafte Gleichförmigkeit", d. h. eine „Automatisierung des Menschen."[51]

Nachdrücklich weist Fromm auf die Hilfsfunktion hin, die die Wissenschaft, vor allem die Psychiatrie und die Psychoanalyse, bei der Zurichtung automatisiert-konformer Menschen ausüben kann; und – wenn auch emphatisch – auf die gleichgeartete Funktion positivistischer Lehr- und Forschungsmethoden.[52] Ein Sozialpsychologe dürfte eher in der Lage sein, Fromms Ausführungen richtig einzuschätzen. Eines läßt sich mit Sicherheit sagen: Aus ihnen ist abzulesen, daß eine gesamtgesellschaftliche Theorie des Faschismus ohne die Aufdeckung psychischer Vorgänge und ihres Bezugs zu Produktions- und Herrschaftsstrukturen nicht mehr auskommen kann.

Gemessen an den bisher besprochenen Büchern, ist *Der Aufstieg des Faschismus in Europa* von Francis L. Carsten nicht mehr (und nicht weniger) als ein nützliches Repetitorium. Carsten, bekannt als Verfasser von *Reichswehr und Politik 1918 - 1933* (1964) bemüht sich redlich um eine sozialgeschichtliche Darstellung der wichtigsten europäischen Faschismen. Am Anfang allerdings, bei der Behandlung

geschichtlicher Voraussetzungen, verliert sich Carsten zu sehr in nationalistischen und antisemitischen Ideologien. Es steht außer Frage, daß der Antisemitismus – zumal für Mitteleuropa – auch zu den sozialen Ursachen faschistischer Bewegungen gehört. Nur läßt der Autor die Gelegenheit verstreichen, endlich einen viel wichtigeren, materialen Aspekt des Antisemitismus zu untersuchen: seine doppelte Rolle bei der Brutalisierung des Faschismus in Deutschland. Einmal müßte die Verknüpfung von klassenintegrierendem Antisemitismus einerseits, rassenideologischer Verblödung und Anstachelung der Bevölkerung andererseits an Hand historischer Fakten dargestellt werden. Zweitens geht es um die Klärung, inwiefern der Antisemitismus die entscheidende Rolle bei jener Form der Brutalität nazistischer Praktiken spielte, an der die (angedeutete) sozioökonomische, auf Expansionstendenzen des deutschen Kapitals zurückgehende Analyse scheitert. Denn diese führt die Eroberungs- und Unterjochungspolitik auf ihren Begriff, deckt den zureichenden Grund für die versuchte Wiedereinführung der sklavenwirtschaftlichen Produktion auf – wird aber vor den Gaskammern machtlos; dort also, wo sich die totale Irrationalität der Herrschaft einstellt.[53]

Am ausführlichsten beschäftigt sich Carsten mit dem Nationalsozialismus. Er kann da auf persönliche Erinnerungen und Erfahrungen zurückgreifen, die ihm bei den anderen Spielarten des Faschismus verständlicherweise fehlen. Offensichtlich fehlt ihm aber auch die unmittelbare Kenntnis des Materials, so daß er auf Sekundärliteratur angewiesen ist. Das führt zuweilen zu einigen, nicht sehr schwerwiegenden Fehlern. So ist es nicht ganz korrekt, die Associazione nazionalista italiana als Partei zu bezeichnen.[54] Der Antisemitismus wurde nicht erst im Verlauf des 2. Weltkrieges aus Deutschland importiert, sondern gleich zu Beginn der italienisch-deutschen Bündnispolitik. Richtig ist allerdings, daß der Antisemitismus keinen nennenswerten Faktor innerhalb des italienischen Faschismus bildete – weder ideologisch noch sozial: ein Sachverhalt, der nicht immer genügend reflektiert wird, so daß die Gleichung Faschismus-Antisemitismus sich zu schnell einstellt und zu schiefen Urteilen sowohl über Personen wie über Bewegungen führt. In Italien wäre die Gleichung schon personell unmöglich gewesen: Man denke an Arias, an die Sarfatti, an Finzi (über dessen Schicksal Carsten selbst berichtet)[55] – nur um die Namen einiger bedeuten-

der jüdischer Faschisten zu nennen. Die Begründung allerdings, die Carsten dafür anführt, verläßt gänzlich den Boden der Sozial- und der Ideengeschichte und wird selbst in skurriler Weise rassistisch: „Rassenideen konnten in einem Lande (wie Italien – J. A.), in dem Juden und Christen gleich aussahen, kaum entstehen."[56]

Dort aber, wo Darstellung sich mit Ansätzen einer Analyse verbindet, zeigt Carsten eine überraschend kritische Einsicht, die die üblichen Klischees zumindest antastet. Während E. Nolte immer noch ungenau meint, „dem Faschismus (sei es) gelungen, den Staat der Partei zu unterwerfen", stellt Carsten im Zusammenhang mit dem politischen Niedergang der spanischen Falange richtig: Wie über die letztere, so ließe sich auch über die „faschistische Partei in Italien und (die) nationalsozialistische in Deutschland sagen: ihre wirklich wichtige Rolle lag vor und nicht nach der Machtergreifung."[57] Und mindestens perspektivisch richtig heißt es: „Die faschistische 'Revolution' wurde nicht auf den Barrikaden ausgefochten sondern in den Ministerien und Regierungsgebäuden. In diesem Sinne gab es eine 'Machtergreifung' die Macht wurde den neuen Führern von den alten leitenden Schichten übergeben, und jene benutzten sie zu ihren eigenen Zwecken."[58]

Damit spricht Carsten am Ende seiner geschichtlichen Darstellung das wichtigste Problem der faschistischen Anfänge an: die Kontinuität und Diskontinuität der politischen Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft. Die 'Revolution' in den Ministerien impliziert jedenfalls den nicht-revolutionären Übergang von der alten in die neue Herrschaftsform, der im bürokratischen Apparat stattfand. Es fragt sich allerdings, ob Carsten das Problem in seiner ganzen Bedeutung erkennt. Der kritische Blick, der dazu erforderlich ist, bleibt versperrt durch eine politische Gesinnung, die sich weigert, die qualitative Gemeinsamkeit – nämlich im sozialen Inhalt – formell konträrer Regierungssysteme überhaupt ins Auge zu fassen. Da aber die Kontinuitätsfrage zugleich eine der wichtigsten Fragen der Nachkriegszeit darstellt und – siehe Anfang dieses Beitrags – dazu noch durch die bekannten Ereignisse an Aktualität gewonnen hat, nimmt es nicht wunder, daß von allen hier besprochenen Büchern das mit den älteren Beiträgen auch das aktuellste ist. Die von Wolfgang Abendroth in dem Band *Faschismus und Kapitalismus* herausgegebenen Aufsätze beschäftigen sich genau mit den Beziehungen zwischen bürgerlicher Ge-

sellschaft und faschistischem Staat und mit dem ihnen zugrunde liegenden Prozeß der Reproduktion und der politischen Organisation des Kapitalismus.

Wie in der Einleitung hervorgehoben wird, handelt es sich keineswegs um Autoren, die ein einheitliches Ganzes bilden. Sie gehen vielmehr von einer kritischen Fassung des Marxismus aus, die in der Methode und in den Ergebnissen sich durch beachtliche Unterschiede auszeichnet. In den Ergebnissen weichen zum Beispiel die Urteile über die parlamentarische Demokratie bei August Thalheimer (*Über den Faschismus*, aus dem Jahr 1930) und Otto Bauer (*Der Faschismus*, 1936) voneinander ab; methodisch bestehen zwischen dem Beitrag von Angelo Tasca (*Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstiegs des Faschismus*, 1938) und dem von Herbert Marcuse (*Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, 1934) erhebliche Differenzen. Allen Autoren gemeinsam ist aber, daß für sie die bürgerliche Gesellschaft sich in einem geschichtlichen Negationsverhältnis zu ihrer eigenen liberalen Verfassungsform befindet; und daß dieses Negationsverhältnis zugleich keine Negation der bürgerlichen, klassenbedingten Qualität des neuen, nicht mehr liberalen Staates mit sich bringt.

Der von der Kommunistischen Internationale vertretenen Auffassung dieses Verhältnisses am nächsten steht Arthur Rosenbergs Beitrag aus dem Jahr 1934 *Der Faschismus als Massenbewegung*. Der Titel selbst weist aber in seiner allgemeinen Tendenz auf den Unterschied zur offiziellen Faschismusdefinition der Komintern hin.[59] Eher schließt sich Rosenberg der Interpretation der italienischen Kommunisten an, ohne deren Differenzierung hinsichtlich der sozialen Ambivalenz des Faschismus zu übernehmen.[60] Kommt dadurch der relativ autonome Charakter der ursprünglich kleinbürgerlichen Revolte auch zu kurz, so wird um so klarer deren Instrumentalisierung durch die Großbourgeoisie herausgestellt. In einem historischen Rückblick will Rosenberg zugleich grundsätzlich die Verfügbarkeit der Zwischenschichten für eine Allianz mit der Großbourgeoisie zeigen. Dabei spielen nach ihm sowohl die soziale Verunsicherung durch die mittlere Klassenstellung eine Rolle wie die dadurch mitbedingte Tendenz, sich mit der Macht zu identifizieren. Vor allem das letztere wirkt sich entscheidend aus: „Der Respekt vor dem Staat und seinen Behörden,

der Glaube an die Kraft der Gesetze ist eine der stärksten Waffen in der Hand der herrschenden Klasse"[61] – eine durchaus zutreffende Feststellung, soweit sie sich auf das Ordnungsbürgertum bezieht. Nur müßte hinzugefügt werden, daß in den Anfängen des italienischen Faschismus wie der deutschen Nazi-Bewegung zuweilen die herrschende Klasse stärker an sozialen Gruppen interessiert war, die an die Kraft der Gesetze nicht glaubten. In der Analyse der sozialen Basis des Faschismus kommen Thalheimer und Bauer zu einem anderen Resultat als Rosenberg. Bei Thalheimer betrifft die Differenzierung vor allem die Klassenbeziehung zwischen Großbourgeoisie und faschistischem Staat. Die Differenzierung lehnt sich an Marxens Theorie vom Bonapartismus an – und korrigiert sie. Erst diese Korrektur macht die Marxsche Theorie anwendbar auf diktatorische Formen der politischen Herrschaft in einer Gesellschaft, deren Reproduktion nicht mehr durch den naiven Konkurrenzkapitalismus bestimmt wird. In diesem Zusammenhang steht auch Thalheimers Hinweis auf die nach seiner Auffassung qualitativen Unterschiede in der „besonderen politischen Form", die den Parlamentarismus vom Faschismus trennen. Nicht etwa, daß die Durchgängigkeit sozialer Interessen geleugnet wäre oder als belanglos betrachtet würde. Für Thalheimer steht fest, daß der Faschismus eine Herrschaftsform des Kapitalismus darstellt. Nur gilt ihm die politische Form, in der sich diese Interessen organisieren und durchsetzen, nicht als sekundär: „Die Form der Staatsmacht ist (...) bei der begrifflichen Bestimmung des Faschismus die spezifische Differenz, das Artmerkmal."[62] Damit hebt sich Thalheimer von der sonst gängigen marxistischen Perspektive ab, die – von der Priorität der sozialen Interessen ausgehend – gerade den bloß quantitativen Unterschied zwischen dem parlamentarischen Regierungssystem und der faschistischen Diktatur hervorhebt. Man denke etwa an Paul Serings (Richard Löwenthal) Aufsatz *Der Faschismus*, der übrigens auf Grund seiner Entstehungszeit und Bedeutsamkeit auch in diesen Sammelband hätte aufgenommen werden müssen.[63]

In einem Punkt schließt sich Thalheimer Marx ohne Vorbehalte an, der in Wirklichkeit bei der Übertragung auf neuere Vorgänge einer Korrektur bedürft hätte: in der Auffassung von der „Verselbständigung der Exekutivgewalt" gegenüber dem sozialen Auftrag, die Marx am Phänomen des Bonapartismus aufgezeigt hatte; und in der damit

zusammenhängenden These von der „politischen Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer."[64] Es geht wieder um die oben angeschnittene Frage nach dem Primat der Wirtschaft oder der Politik, näher auch um den gesamtgesellschaftlichen Realitäts- und Effektivitätsgrad staatlicher Herrschaftsgruppen im Faschismus. In der Tendenz zur Verselbständigung politischer Verbände, Gruppen oder Führer von der herrschenden Klasse ein 'Artmerkmal' bonapartistischer oder faschistischer Staaten zu sehen, zeugt von einer schiefen Einschätzung des Verhältnisses der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrer eigenen staatlichen Organisation. Selbst im früheren liberalen Staat bestand eine relative Autonomonie der politischen Klasse, die genau mit dem vermittelten Charakter der ganzen kapitalistischen Warenproduktion zusammenhängt und bekanntlich zur Doktrin der Trennung von Staat und Gesellschaft ideologisiert wurde. Eine solche Autonomie findet sich in feudal organisierten Gesellschaften nicht, weil da wirtschaftliche Macht, gesellschaftliches Privileg und politische Herrschaft zusammenfielen. Die Regierung eines liberalen Staates besaß zwar nur delegierte Macht – aber diese war streckenweise eine Vollmacht. Es sei hier nur an Disraeli oder an Giolitti erinnert. Im Faschismus vollzog sich in dieser Hinsicht eine Veränderung, die nicht überall die von Thalheimer angegebene Form der Verselbständigung annahm. Während in Deutschland die Trennung von politischer Führung und Industrie – anscheinend – immer stärker wurde, verhielt es sich in Italien damit umgekehrt. Führungsgruppen der Produktionssphäre verfilzten sich mit der Staatshierarchie in einem Maße, das der alte Staat gar nicht kannte.[65]

Am deutlichsten arbeitet Otto Bauer in *Der Faschismus* (1936), die Widersprüchlichkeit der Klassenbeziehungen innerhalb des Bürgertums heraus, aber auch innerhalb der „Kapitalistenklasse", in der er einen pazifistischen, (vorwiegend am Export von Konsumgütern orientierten) Flügel erkennt. Sehr richtig schätzt er den antiplutokratischen Charakter der deklassierten Träger anfänglicher faschistischer Tendenzen ein: keine fundamentale antikapitalistische Einstellung, sondern lediglich Gefühle gegen das „raffende", begleitet von Bejahung des „schaffenden" Kapitals.[66] Von der Geschichtsforschung be-

stätigt wurde seine These, daß der Faschismus nur dort zum Erfolg gelangt, wo sich das Großkapital für die kleinbürgerliche Revolution interessierte. Damit ist die Grenze einer von den Zwischenschichten getragenen politischen Bewegung angegeben, die bei der Beurteilung wieder auflebender, altfaschistischer Parteiversuche in Westdeutschland für die politische Praxis neu reflektiert werden muß.

Mit Thalheimer einig ist Bauer hinsichtlich der bürgerlichen Demokratie – aber nur soweit es sich um eine historisch schon überwundene Form des Parlamentarismus in besonderen Kampfperioden handelt. „Einmal stabilisiert, ist (die bürgerliche Demokratie) zum Herrschaftsmittel der Kapitalistenklasse geworden." Die praxisbezogene Konsequenz bleibt nicht aus: Nach Bauer ist „die Illusion des reformistischen Sozialismus (zerstört), daß die Arbeiterklasse friedlich und allmählich, durch bloße Ausnutzung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne".[67] Sieht Bauer die neuen Widersprüche auch nicht, die sich aus der unmittelbaren Beteiligung des Staates an der Kapitalverwertung ergeben, so öffnet ihm der Faschismus offensichtlich die Perspektive der neuen Verfilzung von Wirtschaft und Politik. Bekanntlich ist die Transformation des bürgerlichen Staates seit dem noch weiter fortgeschritten.

Herbert Marcuses Aufsatz *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung* von 1934 ist der wohl streitbarste und der bestreitbarste. Er ist auch der am weitesten verbreitete. Wie Fromm am Ende des historischen Faschismus, beschäftigt sich Marcuse an dessen deutschen Anfang mit der Kontinuität, überdies mit der Komplizität der liberalen Gesellschaft beim Übergang vom alten Verfassungsstaat und Rechtsstaat zum autoritären Regime. Liest man heute die Dokumente der Zusammenarbeit von Industrie und 'Bewegung' – italienischen wie deutschen Ursprungs – und erfährt man dadurch die Gründe, die zum fatalen (d. i. unvermeidlichen) Bündnis führten, so wird man Marcuse zustimmen müssen: „Der charismatisch-autoritäre Führergedanke ist schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des 'geborenen' Chefs."[68]

An die analytische Schärfe der Autoren des Sammelbandes *Faschismus und Kapitalismus* reichen die Aufsätze nicht heran, die E.

Nolte in seinem Band *Theorien über den Faschismus* herausgegeben hat. Das schmälert natürlich weder Verdienst des Herausgebers noch Bedeutung der Sammlung selbst, die vielmehr für eine Beschäftigung mit dem Faschismus unentbehrlich ist. Ihre Unvollständigkeit scheint zum Teil technische und drucktechnische Gründe zu haben, zum Teil freilich hängt sie mit einer besonderen Ausgangsposition zusammen, die sich zwar um ein weites Spektrum der Meinungen bemüht, das weite Spektrum der wissenschaftlich-methodischen Perspektive aber vernachlässigt oder ignoriert. Fromm und Reich existieren für Nolte nur bibliographisch; die Nationalökonomen W. Koch und A. Bertelè, die sich intensiv mit den liberalistischen und kapitalistischen Komponenten des Faschismus beschäftigt haben[69], existieren gar nicht. Immerhin: Das Spektrum bleibt weit, die Vielfalt der Meinungen vermittelt mit der Verschiedenheit der Faschismus-Interpretationen auch die Vielfalt in dem besonderen Verhältnis der bürgerlichen Reflexion und der bürgerlichen Politik zum Faschismus. Bedauerlich ist allerdings, daß an einem der wesentlichen Punkte nach wie vor die rezensionsbekannte Lücke klafft: Für die Rezeption des italienischen Faschismus in Deutschland steht stellvertretend ein Abdruck aus Joseph Goebbels' Schrift *Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse* (1934) – eine Schrift, die politisch interessant sein mag, deren theoretischer Ertrag sich in der – allerdings niveaumäßig repräsentativen – Formel konzentriert: „Mussolini selbst ist Phänomen des Willens und der Idee." Indessen: Es gab als Vermittler zwischen Mussolini und dem deutschen Bürgertum, zumal dem gebildeten, nicht nur Goebbels, sondern auch Georg Mehlis und – theoretisch keineswegs belanglos – den unscheinbaren W. Müller mit seinen „Briefen" über den „Sozialen Kapitalismus" (bei Nolte wieder nicht existent), m.W. der erste deutsche Autor, der den Faschismus als Versuch einer modernen Organisation des Kapitalismus erkannte.[70]

Lesenswert sind fast alle Aufsätze. Einige zeichnen sich durch Sicherheit des Urteils und analytische Genauigkeit aus und verdienen, hervorgehoben zu werden. G. Zibordi (*Der Faschismus als antisozialistische Koalition* – der Titel stammt von Nolte) gehört zu den ersten Autoren, die den konterrevolutionären und ideologisch 'konvulsen' Charakter des Faschismus dargestellt haben. L. Salvatorelli (*Nationalfaschismus,* 1923) deckt die gemeinsame Wurzel von Nationalis-

mus und Faschismus auf und gibt einen (in den von Nolte veröffentlichten, knappen Teilen seiner Schrift) ersten Überblick über die Faschismus-Interpretation. Borkenau und Sturzo wurden schon erwähnt. Don Sturzos Auszug aus *Italien und der Faschismus* (Köln 1926) liest sich heute wie die Rekapitulation eines tragischen Irrtums, an dessen Ende der politische Tod eines mutigen katholischen Antifaschisten steht.[71] M. J. Bonns *Das faschistische und das demokratische Prinzip* (1928) gibt die ganze Unsicherheit des Liberalismus gegenüber dem Faschismus wieder – und ist überdies als Gegengewicht gegen die marxistische und die marcusische Auffassung von der Verwandtschaft zwischen Liberalismus und Faschismus sehr zu empfehlen – sei es, um apologetisch ein Gegengewicht zu gewinnen, sei es kritisch, um die Inkonsistenz des Gegengewichts näher zu erfahren. Die Auszüge aus Daniel Guerins *Fascisme Et Grand Capital* reichen bei weitem nicht aus, die von Guerin entwickelten (und zum Teil belegten) Thesen zu vermitteln und regen höchstens zu einer deutschen Übersetzung des ganzen Buches an. Von Sering (Löwenthal) wird leider nur ein Abschnitt aus *Jenseits des Kapitalismus* von 1946 geboten, in dem sowohl die Präzision wie das Niveau des früheren Faschismus-Aufsatzes (siehe oben) sich in einigen richtigen, aber gegnerischen Feststellungen auflösen. Im Gegensatz zum Herausgeber meint übrigens der Rezensent, daß Del Noces Aufsatz *Ideen zur Interpretation des Faschismus* (1960) überzeugend die Unfruchtbarkeit, um nicht zu sagen Sinnlosigkeit bestimmter, 'rein' philosophischer Interpretationen des Faschismus unter Beweis stellt.

Damit ist man nicht bei Noltes Hauptwerk angelangt, wohl aber in die Nähe seiner eigenen Problematik. Um auf eine traditionelle Formel zurückzugreifen: Hier ist nicht der Ort, sich eingehend mit der gewichtigsten deutschen Abhandlung zum Thema zu beschäftigen. *Der Faschismus in seiner Epoche* ist inzwischen zu bekannt geworden, um den Leser mit einem bloßen Inhaltsreferat zu informieren, oder ihn durch ein rezensierendes Herausgreifen wichtiger Einzelergebnisse oder verblüffender Fehlinterpretationen zu irritieren. An einem anderem Ort wird eine nähere Auseinandersetzung mit Methode, Systematik und Ergebnissen der – ohne Zweifel mühevollen und verdienstvollen – Arbeit erfolgen. Hier nur so viel: Zunächst wäre es unbillig, Noltes philosophisch-philologischen Interpretationsversuch des Fa-

schismus an dem höheren und zugleich konkreteren Reflexionsgrad etwa der Aufsätze in *Faschismus und Kapitalismus* zu messen. Zwar erheben diese Aufsätze keinen globalen Anspruch, vermitteln aber in präziser Form den konkret-allgemeinen Begriff, unter dem sich Faschismus nicht nur interpretatorisch, sondern auch praktisch subsumieren läßt.

Nur klaffen bei Nolte gerade globaler Anspruch und die eigentümliche Enge der Methode spürbar auseinander. Das betrifft in erster Linie nicht einmal das Endergebnis der Nolteschen Arbeit, die Zusammenfassung der Untersuchung in einer Faschismus-Definition – bekanntlich kein leichtes Unterfangen, denn die kurzgefaßte Definition grenzt die Möglichkeit ein, Diskretion zu konkretisieren, Einzelvorgänge unter einen allgemeinen Begriff so zu subsumieren, daß der Einzelvorgang selbst sich als ein Allgemeines zeigt. Es geht also um eine Definition, die sowohl den *Dopolavoro* wie die KZ, das Kartellgesetz wie den Abessinienfeldzug, die Doktrin und den Pragmatismus in ihrem spezifisch faschistischen Inhalt begreifbar macht – zugleich den Faschismus in der Einzelpraktik des Dopolavoro, der korporativen Organe, der Nürnberger Gesetze und ihrer Verwirklichung, der Bündnispolitik und so fort als Ganzheit fassen läßt.

Von dieser Forderung her werden die drei Definitionen, die Nolte bietet, in sich fragwürdig: Faschismus sei Antimarxismus, „der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen, gleichwohl charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie"; er sei „Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppen"; und er sei „Widerstand gegen die Transzendenz".[72] An ihnen gemessen, erscheint selbst die doch so beschränkte und abstrakte Kuusinensche Formel wie ein Musterbeispiel wissenschaftlicher Verallgemeinerung, die die Erklärung disparatester Phänomene ermöglicht.

Wohlgemerkt: Noltes Arbeit liefert durchaus eine Menge von wichtigen und richtigen Einsichten und Hinweisen. Nolte gelingt es wie keinem anderen, Hitlers Ideologie oder Mussolinis Vorstellungen in einen philosophisch durchdachten und philologisch begründeten Zusammenhang zu stellen. Zuweilen gewinnt er interessante Ausgangs-

positionen für eine gesellschaftliche Doktrin-Analyse – so zum Beispiel in der Andeutung, daß Rassenlehre eine ideologische Verformung der Klassenherrschaft impliziert.[73]

Wichtiger als die Leerformelhaftigkeit der Schlußdefinitionen ist aber die Methode, die dahin – und zu einem fatalen Mißverständnis des Faschismus führt. Das beginnt schon im naiven Anfangsstadium der Untersuchung, wenn Nolte sich rühmt, „keine Anschauung" zu haben, „die nicht jedem Deutschen vertraut gewesen wäre". Er hat von keinem Überlebenden unbekannte Tatsachen erfahren oder zu erfahren versucht. Sein Buch beruht so gut wie ausschließlich auf gedruckten und leicht zugänglichen Quellen. Es ist das genaue Gegenteil aller „Memoirenliteratur".[74] Genau umgekehrt: Es ist eine Systematisierung von Memoirenliteratur; denn die Quellen, von denen Nolte spricht, sind nichts anderes als die, allerdings allen zugänglichen, Reden und Schriften der großen Führer der faschistischen Bewegungen: philologisch analysierbares Reminiszenzmaterial, das über konkrete Inhalte der Politik vieles, aber nicht unbedingt Wesentliches aussagt. Das heißt: Nolte gelingt es nicht, den Faschismus in seiner Totalität (oder 'Epochalität') zu begreifen, weil er methodisch das ·Wesen· des Faschismus – aus den Worten Mussolinis, Hitlers und Maurras' rekonstruiert. Die methodologische Begründung dafür übersteigt allerdings die Verständnismöglichkeit simpler Politologie oder noch simplerer kritischer Theorie. Nolte nennt das, was hier als philosophisch-philologisch bezeichnet wurde, „phänomenologisch" mit der weiteren Spezifizierung: „Es wären also nur diejenigen sozialen Gebilde Phänomene zu nennen, die eine ‚Ideologie' haben. (...) In einer letzten Einschränkung kann der Terminus dann auf jene Erscheinungen beschränkt werden, deren sprachliche Verlautbarung ein unabdingbares Moment epochenbestimmender Wirkung ist."

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht die rein ideologische Auswertung des methodologischen Prinzips folgen würde: „In der Führerbewegung kann nur der Führer verbindliche Aussagen machen (...) das Grundmuster ist ausschließlich den Schriften und Reden Mussolinis und Hitlers zu entnehmen." Sie soll man noch einmal „zum Reden bringen".[75] Wozu gibt es Staatsarchive, Geheimprotokolle, Statistiken, Faschismus-Diskussion, Gesetzestexte, soziale Kräfte, Verbände, Parteien, Bewegungen? Wichtig ist allein, daß es Gesamtaus-

gaben von Schriften und Reden gibt. Die Methode reproduziert so in allem Ernst die faschistische Doktrin.

Daraus erklärt sich die Praxisfremdheit der Definitionen – eine Praxisfremdheit, die nicht einmal in dem praxisfeindlichen Neopositivismus zu finden ist. „Ein Stahlwerk ist", im Nolteschen Sinne, „kein Phänomen". Es hat keine sprachliche Verlautbarung, ebenso wie eine Produktionsweise, gesellschaftliche Verhältnisse, Herrschaftsmechanismen. Gewiß: Sprachlich durchsetzen können sich nur die Herrschenden, aber nicht weil sie sprechen, sondern weil sie herrschen. Es ist sehr zu vermuten, daß der Faschismus konkret im Stahlwerk stattfindet und aus der Organisation der nicht sprechenden, sondern produzierenden Wirtschaft zu ermitteln ist. Es ist ebensosehr zu vermuten, daß in dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit der Faschismus Widerstand gegen die Wirklichkeit leistet: Widerstand gegen alle Emanzipationsbedürfnisse und -bestrebungen.

Widerstand gegen die Transzendenz? Wenn aus dem Widerstand der Herrschenden gegen die Emanzipation ein doktrinärer, philologisch rekonstruierter Widerstand gegen die Transzendenz wird; aus dem Klassenkonflikt und dessen Verschleierung (Nolte scheint weder Einzelheiten noch das notwendigste Allgemeine aus der korporativen Praktik zu kennen) der pseudotragische 'Todeskampf' kriegerischer Gruppen herauspräpariert wird; wenn der Kampf gegen den Sozialismus zurückgeschraubt wird auf die banalste Formel pseudodialektischer kommunizierender Röhren der berühmten zwei Extreme, die sich berühren und doch nicht berühren – so hat es den Anschein, als ob einem geschichtlichen Prozeß die Würde einer existenzialontologischen Situation verliehen würde. Bei näherem Zusehen wird die Wirklichkeit zum Philosophem verflüchtigt: Wie aus der Politik die bloße 'Führerrede' wird, wird aus dem Prozeß die bloße Vorstellung. Bekanntlich braucht man in der Welt der philosophischen Vorstellungen zur Überwindung widriger Zustände deren Veränderung nicht. Man braucht sie bloß freundlicher zu interpretieren.

Noltes Hauptwerk ist eine vorzügliche Fundgrube für interessante, in einen interessanten Zusammenhang gebrachte Äußerungen der bedeutendsten Faschisten unserer spätkapitalistischen Epoche.

Literarischer Nachtrag

Die Redaktion der Berliner *Zeitschrift für Politologie* bat mich, im Rahmen dieses Berichts zur Faschismusdiskussion auch auf Noltes letzte Veröffentlichung, *Faschismus. Von Mussolini zu Hitler*, einzugehen. Auf den Band habe ich schon hingewiesen. Eine ausführliche Rezension erübrigt sich. Wer unter „Dokumenten" Protokolle, Briefe, Gesetzestexte, sonstiges Archivmaterial, Berichte über Praktiken versteht, sieht sich wieder mit Reden konfrontiert. Was die Bilder betrifft: Nach ihnen zu urteilen, besteht der Faschismus wesentlich aus Aufmärschen, Paraden, Führer; gelegentlich aus Ausrottung. Der Antifaschismus besteht wesentlich aus Karikaturen der faschistischen Führer. Eine Fülle von Bildern zeigt Führer und Volk, jubelnde 'Massen'. Kein einziges Bild dokumentiert die Verbindung des Faschismus zu den herrschenden wirtschaftlichen Kreisen – obwohl gerade in Italien in der Hinsicht bestes Bildmaterial vorliegt.

Der Verlag sollte das Buch aus dem Verkehr ziehen. Es kann aber auch sein, daß es zu einem weihnachtlichen Verkaufsschlager wird.

Anmerkungen

1 Ernst Noltes großangelegtes Interpretationswerk *Der Faschismus in seiner Epoche* (München 1963) erschien noch in einer Zeit relativer öffentlicher Ruhe. Daß es in Deutschland selbst Epoche machte, ist wahrscheinlich eher auf die berühmte vorhandene Lücke zurückzuführen als auf den kritischen Ertrag der Interpretation. Immerhin bildete die umfangreiche Arbeit einen ersten Ansatz zur Ausweitung der Perspektiven, den Nolte selbst erfreulicherweise weiterentwickelte in *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Enstehung der Faschismen*, München 1966. Noch wichtiger ist die von Nolte besorgte Auswahl der *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967). Sie empfiehlt sich als Pflichtlektüre für alle, die sich mit dem Faschismus beschäftigen – politisch wie wissenschaftlich. Ebenso empfiehlt sich aber, diese Auswahl durch andere Aufsatzsammlungen zu ergänzen, z.B. durch die deutsche Buchausgabe des 1. Heftes des *Journal of Contemporary History: Walter Laquer/George L. Mosse (Hg.), Internationaler*

Faschismus 1920 - 1945 (München 1966); vor allem aber durch den bei der Europäischen Verlagsanstalt erschienenen Sammelband *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus,* hrsg. von Wolfgang Abendroth, eingeleitet von Rüdiger Griepenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem (Frankfurt 1967), der die lange vermißten theoretischen Aufsätze von Thalheimer, Marcuse, Rosenberg und Otto Bauer wieder zugänglich macht und den Schlußteil von Tascas *Nascita e avvento del fascismo* bringt (dt. Ausgabe: *Glauben, gehorchen, kämpfen. Der Aufstieg des Faschismus in Italien;* mit einem Vorwort von Ignazio Silone, Wien 1986, hier S. 359 ff.). Die EVA – von ihrem politischen Engagement her verständlich – bemüht sich sehr um Faschismusliteratur. Francis L. Carstens *Der Aufstieg des Faschismus in Europa* (Frankfurt 1968) kann als Ergänzung zu Noltes *Faschistischen Bewegungen* benutzt werden; Fritz Bauers gewollt politisch-polemischer Vortrag *Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns,* Frankfurt 1965, kann wiederum Noltes bewußt philosophisches Hauptwerk um einige geistesgeschichtliche und sozialpsychologische Aspekte ergänzen. Lobenswert ist es, daß die EVA Erich Fromms *Die Furcht vor der Freiheit* wieder aufgelegt hat (1966): Mit W. Reichs *Massenpsychologie des Faschismus. Zur Sexualökonomie der politischen Reaktion und zur proletarischen Sexualpolitik* (Kopenhagen 1933) – wenn auch ohne Reichs Prägnanz und Parteilichkeit – der wichtigste spezialpsychologische Beitrag zur Analyse der Faschismus-Syndrome spätkapitalistischer Gesellschaften.

2 Verbindungslinien zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart bieten sich von selbst zwingend an, auch wenn sie nicht immer stimmen. Bei den Texten von Thalheimer und Marcuse drängen sich historische und unhistorische Vergleiche mit heutigen Zuständen geradezu auf. Gartens gelegentliche Skizzen über Aktionen faschistischer Studenten gegen unliebsame Professoren werden den Analogiekonstrukteuren à la Zehm und Ahlberg zusätzliches Material für gutachtliche Skurrilitäten liefern. Und so weiter.

3 Angelo Tasca, *Allgemeine Bedingungen der Entstehung und des Aufstiegs des Faschismus,* in: *Faschismus und Kapitalismus*, S. 169.

4 Hier wären die Beziehungen zwischen Industrie und Staatsapparat in beiden politischen Systemen genauer zu untersuchen. Noch wichtiger: das Verhältnis Gewerkschaften-Staat in der doppelten Sicht der Integration und des Klassenkampfes. Die faschistischen Arbeitersyndikate standen unter der unmittelbaren Kontrolle des Staats- und Parteiapparats – was man von den französischen nicht sagen kann.

5 Franz Borkenau, *Zur Soziologie des Faschismus*, in: Nolte, *Theorien*, S. 156 ff; S. 179.

6 Tasca, a.a.O., S. 170.

7 Ebd.

8 Vor allem Voegelin hat sich in der Diskussion um die formierte Gesellschaft faschistisch-korporativen (was nicht heißen soll terroristischen) Vorstellungen angenähert, vgl. *Die dritte Phase der Industriegesellschaft*, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 11 (1. Juni 1965).

9 Nolte, *Die faschistischen Bewegungen*, S. 204 ff.

10 Dazu: Renzo de Felice, *Mussolini il fascista*, S. 717 ff. Über die Entwicklung der Verhältnisse in Italien und über die Mehrheitswahl vgl. den Bericht des Staatssekretärs (*sattosogretario*) Suardo im *Archivo Centrale dello Stato Segreteria part. del Duce, Carteggio riservato (1922 - 1943) fasc. 379/R.* Die Diskussionen über die Wiedereinführung der Mehrheitswahl dauerten seit 1923 an. In der 10. Sitzung des Gran Consiglio del Fascismo am 26. April 1923 war die Mehrheitswahl mit 21 Stimmen gegen 2 und bei zwei Enthaltungen abgelehnt worden. Mussolini aber, hierbei vom Führer des rechtsextremistischen Flügels Farinacci unterstützt, versuchte immer wieder zum *collegio uninominale* zurückzukehren; vgl. dazu die Protokolle der besagten Sitzung in „Il Gran Consiglio nei primi dieci anni dell'Era Fascista", *Nuova Europa Roma XI* (d. i. 1911 Sergio Panunzio, *Teoria generale dello Stato fascista*, Padova 1937, nahm den Pluralismus in Schutz. A. Volpicelli erteilte in der Einleitung zu einer italienischen Schmitt-Auswahl (Carl Schmitt, *Principii politici del nazionalsocialismo*, Firenze 1935) dem „Begriff des Politischen" und der Orientierung des Nationalsozialismus an Volk und Bewegung – anstelle des Staates – eine prinzipielle Absage.

12 Vgl. die dramatischen Rundschreiben des Innenministers Federzoni und des *Capo del Governo* an die Präfekten des Königreichs über die Disziplinierung der *squadre d'azione* und die Wiederherstellung der staatlichen Autorität vom 3., 4., 5. u. 10. 1. 1925, abgedruckt in: Alberto Aquarone, *L'organizzazione dello stato totalitario*, Torino 1965, S. 347 ff.

13 Zitiert nach: de Felice, a.a.O., S. 726.

14 Vgl. *Atti dell'Assemblea generale dell'industria italiana*, Roma 28. - 29. Aprile 1925.

15 Text des Paktes des Palazzo Vidoni bei Aquarone, a.a.O., S. 439. Mit dem

Pakt begann die 'Dreierrepräsentation' zu funktionieren. Wichtigster Punkt: Die Arbeitersyndikate verzichteten auf die *Commisioni interne*, auf die Betriebsräte.

[16] Vgl. Enno Georg, *Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS*, Stuttgart 1963.

[17] Ebd., S. 146.

[18] Sturzo, *Italien und der Faschismus*, Köln 1926, (ein Auszug auch in Nolte, *Theorien*, S. 221 ff.).

[19] Vgl. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 412.

[20] Über den französischen Linksfaschismus: Nolte, *Die faschistischen Bewegungen*, S. 290 f. und 295 f.

[21] Darüber am besten: R. J. Soucy: *Das Wesen des Faschismus in Frankreich*, in: *Internationaler Faschismus*, S. 46 ff. und S. 59.

[22] Nolte, *Die faschistischen Bewegungen*, S. 65 f; *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 329.

[23] Sehr prägant über diesen ideologischen Aspekt des Faschismus: George L. Mosse, *Einführung: Die Entstehung des Faschismus*, in: *Internationaler Faschismus*, S. 39 f.

[24] Luigi Fontanelli, *Logica della Corporazione e relative polemiche*, Roma 1941 (in der siebten Auflage!); vor allem darin: *La tecnica come classe dirigent*, S. 83 ff.

[25] Vgl. den Hinweis in Anm. 24. – Der faschistische Korporativismus wurde in der Vergangenheit und wird heute immer noch mißverstanden. Er fand in Österreich, Spanien und Portugal 'Nachahmungen' ständestaatlicher Prägung, die mit dem Original nur teilweise etwas zu tun hatten. Ständische Elemente lassen sich zwar im italienischen System erkennen; seinen Kern bildeten aber die institutionalisierte Regelung des Klassenkonflikts und die staatliche Mitwirkung in der Produktion. Die bei den Korporativisten gängige Terminologie unterscheidet sich entsprechend erheblich von der romantisch-ständischen Sprache der Nachahmer. Da ist von Produktivität die Rede, von Kapazität, teilhaberischer Mitarbeiterschaft von Kapital und Arbeit, Betriebsselektion, Kapitalverteilung, Normierung der Produktionstypen u. ä. Vgl. Gino Arias, *Die faschistische Staatsform*, in: C. S. Gutkind (Hg.), *Mussolini und sein Faschismus*, Heidelberg 1928, S. 189 ff. und Alfredo Gioffi, *Istituzioni di diritto corporativo*, Milano 1933. – Gino Arias galt als der bedeutendste Theoretiker

des faschistischen Korporativismus und war einer der schärfsten Gegner linksfaschistischer Abweichungen.

26 Nolte, *Die faschistischen Bewegungen*, S. 242.

27 Siehe die in Anmerkung 1 enthaltenen Literaturangaben. Wir verweisen auch für die nachfolgenden Anmerkungen auf diese Angaben und werden die einzelnen Titel nur noch abgekürzt aufführen.

28 Es bleibt selbstredend der politischen Betrachtung überlassen, die griechischen Ereignisse liberalistisch und die Tätigkeit der CIA als Verteidigung des freien Westens zu interpretieren.

29 Die Frage wäre also, wer wen in letzter Instanz ausgenutzt hat und ausnutzen kann. Dazu vgl. die Auseinandersetzung über die Stellung der Industrie im Nazireich: Eberhard Czichon, *Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht,* S. 168 ff. und Tim Mason, *Primat der Industrie? – eine Erwiderung,* S 193 ff., in: *Das Argument*, 10. Jahrgang, 3. Juli 1968.

30 Über den Modellcharakter faschistischer Organisationsformen vgl. Teil 1 dieses Aufsatzes.

31 Veröffentlichungen des RDI, Nr. 50, Januar 1930; dazu K. D. Bracher, „Parteienstaat, Präsidialsystem, Notstand", in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/3 (September 1962), S. 219 f.

32 Die Auffassung, daß Emanzipationsbestrebungen und Produktivitätssteigerung sich nicht vertragen, scheint zum festen Bestandteil der kapitalistischen Ideologie zu gehören. Dahinter steht in Wirklichkeit die Befürchtung, daß herrschaftsfreie Produktion zwar möglich sei, jedoch die Abschaffung des Profitsystems zur Voraussetzung habe.

33 Dr. Zirano von der Confindustria in einem Interview mit dem Verfasser (am 17. 7. 1967 in Rom): „Wenn die korporative Formel frei funktioniert, verwirklicht sie in der friedlichen Konfrontation der Kräfte die wahre Demokratie." Unter dem Faschismus hätte es „zuviel Direktiven von oben gegeben. Wir werden aber auf jene Organisationsschemata zurückgreifen müssen."

34 Zur Demokratie in der Wirtschaft: „Vor allem im Betrieb zerstört sie die Einheit und Raschheit unternehmerischer Entscheidungen. (...) Für die egalitäre Demokratie ist überhaupt in allen Leistungsgebieten kein Raum" (Josef Winschuh, *Die Politik bleibt das Schicksal*", in: *Jahrbuch des deutschen Unternehmers 1964*, Freudenstadt 1964, S. 73).

35 Am klarsten – es versteht sich, unter den hier besprochenen Autoren: Otto Bauer, *Der Faschismus*, in: *Faschismus und Kapitalismus*, S. 157 f.

36 Nolte, *Die faschistischen Bewegungen*, S. 261. Wichtig wäre z. B. eine nähere Untersuchung, welche Bereiche der Privatwirtschaft gefördert wurden. Diese Klärung scheint Nolte aber für belanglos zu halten.

37 Volpi di Misurata war ein führender Vertreter der Banca Commerciale, Präsident der Vereinigung der Aktiengesellschaften und Präsident der Compagnie Italo-Belge pour Entreprises d'Electricité. Später wurde er Präsident der Confindustria.

38 Vgl. für Italien Gualberto Gualerni, *La politica industriale fascista*, vol. I (1922 - 1935), Milano 1956, S 31 f.; in Deutschland spielte die Bejahung der Kartelle durch die Nazisten eine Rolle in der Annäherung zwischen ihnen und der Industrie, vgl. Schreiben von W. Reichert an Friedrich Flick v. 19. Oktober 1931 über einen Diskussionsabend „Nationalsozialismus und Wirtschaft"; jetzt veröffentlicht in: Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967, S. 60 f.

39 Neuerdings meinte K. L. Shell in einer Sendung des Senders Freies Berlin, dieser (von mir häufig verwendete) Begriff der abhängigen Masse sei „unqualifiziert". Ich vermute, das Urteil kommt durch die panische Angst vor dem Wort 'Masse' zustande: eine wissenschaftstheoretische Angst, nicht empirisch-wissenschaftlich genug zu erscheinen, wenn man den Gebrauch des Begriffs nicht rügt; und eine politische Angst, solche Begriffe durch ihre Anwendung praktisch zu machen. Ein 'differenzierender' Begriff würde also lauten: „die große, in sich durch eine Vielfalt der schichtenspezifischen Verhaltensweise ebenso wie durch zuweilen konträre Interessen strukturierte Gruppe der Arbeitnehmer (oder: der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten)." Dieser Begriff ließe sich empirisch noch weiter teilen und schließlich in der Pluralität der Verbände auflösen. Und doch würde die ganze Rede im Prinzip eines meinen: die Masse derjenigen, die in den industriellen, administrativen, wissenschaftlichen Arbeits-, Leistungs- und Produktionsvorgängen unserer Gesellschaft a) nur vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit leben können (auch wenn sie drei Volksaktien als Spargroschen für Notfälle ihr Eigen nennen); b) ohne durch diesen Verkauf sich Führungsbefugnisse und die unmittelbare Führungsfunktion des Kapitals ('leitende Angestellte') einhandeln zu können; c) dabei also sich in einer verfestigten Abhängigkeitsstellung befinden und in besagte Vorgänge nicht selbsttätig eingreifen dürfen. Es handelt sich in der BRD um etwa 80 %

der arbeitenden Bevölkerung. Und diese 80% bilden in einer gesamtgesellschaftlich präziseren Qualität ausgedrückt eben die abhängige Masse.

[40] E. Nolte, *Der Faschismus. Von Mussolini zu Hitler. Texte, Bilder und Dokumente*, München 1968.

[41] „Man hätte (...) in den Jahren nach dem nationalen Umbruch eine Organisation der gewerblichen Wirtschaft auf völlig neuer Grundlage errichten können. Daß man es nicht tat, sondern stattdessen den Weg einer sinnvollen Überleitung der in der Vergangenheit entstandenen Zusammenschlüsse wählte, zeigt die Lebensnähe der nationalsozialistischen 'Staatsführung'" (Karl Guth, *Die Reichsgruppe Industrie. Standort und Aufgabe der industriellen Organisation*, Berlin 1941, S. 15 f.).

[42] R. J. Soucy, *Das Wesen des Faschismus in Frankreich*, in: *Internationaler Faschismus*, S. 58 ff. Gegen Soucys Darstellung nehmen sich Noltes Ausführungen in *Die faschistischen Bewegungen*, S. 289 ff, sehr dünn aus.

[43] G. L. Mosse, a.a.O., S. 31.

[44] E. Weber, *Die Männer des Erzengels,*, in: *Internationaler Faschismus*, S. 149 f.

[45] Ebd., S. 173.

[46] H. Seton-Watson, *Faschismus – rechts und links*, in: *Internationaler Faschismus*, S. 254 u. S. 273.

[47] In der Broschüre werden Auszüge aus dem stenographischen Bericht der 61. Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz (9. Juli 1962) mitveröffentlicht. Sie sind für die Beurteilung der von F. Bauer gemeinten Kontinuität des Obrigkeitsdenkens nicht minder wichtig als Bauers Schrift selbst: eine von der Obrigkeit unfreiwillig ins Haus gelieferte Bestätigung. Eine Kostprobe: Kultusminister Dr. O., CDU: „.... (ich) bin der Ansicht, daß auf Grund der Stellung des Vaters innerhalb der Familie (...) von dem Recht (sc.: der Kinder), über den Vater zu lachen, nicht die Rede sein kann." (Fritz Bauer, a.a.O., S. 54)

[48] Ebd., S. 31 f.

[49] Rede von Udine am 20. September 1922, in: Mussolini, *Reden. Eine Auswahl aus den Jahren 1914 bis August 1924*, Leipzig 1925, S. 103.

[50] Die erste deutsche Ausgabe erschien schon 1945, blieb aber – vermutlich wegen der von Fromm geäußerten Kritik an den westlichen Demokratien,

die damals zu Recht als Befreier galten – ohne Resonanz. Zur Reformation siehe S. 70 ff. und insbesondere S. 88 f.

51 Ebd., S. 135.

52 Ebd., S. 239 ff.

53 Vgl. dazu die Arbeitsergebnisse eines Seminars über Faschismus und Antisemitismus, das unter der 'Leitung' von Margherita v. Brentano und Peter Furth stattfand, in: *Diskussion* 6/16, April 1965, S. 14 ff. Vgl. auch Hermann Huss/ Andreas Schröder, *Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit Beiträgen von Fritz Bauer, Margherita von Brentano u. a. Was sich dort sozialpsychologisch über Funktion und Rolle der Führungsgruppen des Nazismus und über die psychische Struktur Hitlers findet (S. 17 f.), enthält schon Ansatzpunkte für eine Gesamtanalyse der psychischen Mechanismen auch der Bevölkerung. Die Analyse liegt jetzt verdienstvollerweise als Raubdruck vor: Autorenkollektiv, *Faschismusanalyse. Bürgerlicher und faschistischer Antisemitismus*, Underground Press I, Berlin 1968; hier S. 22 ff und S. 29 f.

54 Carsten, a.a.O., S. 22.

55 Ebd., S. 82.

56 Ebd., S. 25.

57 Ebd., S. 241.

58 Ebd., S. 280.

59 „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", vgl. O. Kuusinen, Referat auf dem XIII. Plenum des E-KKI, Dezember 1933: *Faschismus, Kriegsgefahr und die Aufgaben der kommunistischen Parteien*, Moskau 1934, S. 39. Die Beschäftigung des XIII. Plenums mit dem Faschismus verlief nicht so undifferenziert, wie die Schlußformel es vermuten lassen könnte. In der Agitationsarbeit wurde die Formel allerdings verkürzt im Sinne einer Agententheorie verwendet.

60 Vgl. A. Gramsci, *I due fascismi,* in: *L'Ordine nuovo* vom 25. August 1921, jetzt in: Gramsci, *Socialismo e fascismo*, Torino 1966, S. 297 ff.; das wichtigste Dokument der Faschismus-Diskussion in der italienischen KP ist leider schwer zugänglich – und eines Raubdruckes durchaus wert: *Il Fascismo in Italia* (Leningrado 1926). *Studio inedito per i quadri della Internazionale comunista*. Die Studie wurde 1965 auf Grund von

Photokopien des Leningrader Originals von de Felice vervielfältigt herausgegeben.

61 Arthur Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung,* in: *Faschismus und Kapitalismus*, S. 89. Was Rosenberg über faschistische Pogrome sagt, liest sich wie ein Kommentar zu jüngsten Ereignissen und zu Forderungen einer bekannten Berliner Zeitung, politisches Ausmisten nicht der Polizei allein zu überlassen: „Die Regierung und die Behörden selbst vermeiden den direkten Angriff gegen die Revolutionäre, Demokraten, Sozialisten oder Juden. Aber eines Tages erwacht der 'Volkszorn', der ehrliche Mann aus dem Volk, der noch an Gott, Kaiser und Vaterland glaubt, erhebt sich, zertrümmert die verruchten Rebellen und stellt die Macht der rechtmäßigen Ordnung wieder her". Für eine nähere Einschätzung der faschistischen Qualität von Terror wichtig, weil inzwischen vergessen: „Die Terrorbanden konnten nur siegen weil sie immer, wenn es ernst wurde, die Staatsmacht hinter sich hatten." (ebd., S. 79)

62 August Thalheimer, *Über den Faschismus,* in: *Faschismus und Kapitalismus*, S. 29.

63 Paul Sering, *Der Faschismus,* in: *Zeitschrift für Sozialismus*, Jg. 2, Nr. 24/25 und Nr. 26/27, Karlsbad 1935, vor allem S. 775 ff.

64 Thalheimer, a.a.O., S. 31.

65 Der Wechsel von Führungsposition in der Wirtschaft zur politischen Führung – und die entsprechende Rückkehr in die Wirtschaftsführung – war in Italien relativ häufig, wenn auch nicht so relevant wie in den USA. Rosenberg, a.a.O., S. 79, erinnert: „Die Kapitalisten produzieren nicht selber und überlassen auch das Verkaufen anderen. Sie können auch nicht selbst ihr Militär, ihre Polizei und ihre Wählerschaft sein. Sie brauchen Helfer und Diener, um zu produzieren, um zu verkaufen und zu regieren. Nun, zuweilen regieren sie doch unmittelbar."

66 O. Bauer, a.a.O., S. 145. Ergänzend wäre das unterschiedliche Verhalten gegenüber dem nationalen und dem fremden Kapital. Auch emotional richtet sich der Kleinbürger nicht gegen die Kapitalisten, die er als Repräsentanten nationaler Größe bewundert. In Krupp oder Flick sieht er nicht das Profitinteresse personalisiert, sondern deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit.

67 Ebd., S. 166 f.

68 Herbert Marcuse, *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung,* in: *Faschismus und Kapitalismus*, S. 53, sowie in:

ders., *Kultur und Gesellschaft 1,* Frankfurt 1965, S. 17 ff. Über die ideelle Verwandschaft und die strukturelle Identität von Liberalismus und Faschismus in dieser Hinsicht vgl. in diesem Band die Zitate in *Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat*.

69 Waldemar Koch, *Die Staatswirtschaft des Faschismus*, Jena 1935; Aldo Bertelè, *I tre sistemi economici. Liberalismo, Socialismo, Corporativismo*, Torino 1940.

70 W. Müller, *Sozialer Kapitalismus. Grundsätze einer Wirtschafts- und Arbeitskultur*, Berlin 1930.

71 Luigi Sturzo – von den Faschisten *und* der römischen Kurie zur Emigration gezwungen – wurde nach dem Krieg vom Vatikan genötigt, in Rom mit der berühmten „Operation Sturzoo" eine Allianz zwischen Democrazia Cristiana und dem faschistischen MSI herbeizuführen. Sturzo selbst scheiterte, die Allianz kam zustande.

72 Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, S. 515.

73 Ebd., S. 497.

74 Ebd., S. 5. – „Unbekannte Tatsachen" ans Licht zu fördern, wäre für eine Theorie doch von einer gewissen Bedeutung.

75 Ebd., S. 54. Über Mussolini sei nur die, freilich auch einseitige, aber belegte Schlußfolgerung von Salvatorelli-Mira erwähnt: durch die formelle Konzentration der Macht in seinen Händen „kam Mussolini dazu, überhaupt nichts mehr zu dirigieren" (L. Salvatorelli, G. Mira, *Storia d'Italia nel periodo fascista*, Torino 1964).

Zur Faschismusdarstellung und Methode Ernst Noltes

Ich finde es nicht richtig, Ernst Nolte zu einer Art bewußtlosen Protagonisten eines neuen Faschismus hochzustilisieren, obwohl gewiß und ironischerweise er selbst die Handhabe dazu gibt, sei es durch die bei manchen Autoren anscheinend unvermeidliche Identifikation mit dem Forschungsgegenstand, sei es durch einige unbedachte Äußerungen, die er in letzter Zeit getan hat. Wenn er zum Beispiel die Meinung äußert, daß „politische Diskussionen in Lehrveranstaltungen ohne Zweifel nichts zu suchen" hätten, so begibt er sich erstens auf eine Ebene, auf der die sonst von ihm beschworene objektive Wissenschaft nicht mehr stattfindet, vielmehr schon eine parteiliche Position sich abzeichnet.[1] Sodann: Ihn, als den historischen Kenner des Faschismus, müßte der inhaltliche Charakter einer solchen Position bewußt sein: politische Diskussionen in der Öffentlichkeit zu untersagen, war der Inhalt eines der ersten Plakate des italienischen Faschismus in öffentlichen Lokalen.

In der Polemik mit Nolte und um ihn ist aber auch eine gewisse menschliche Schwäche zu berücksichtigen. Ich kann Nolte gut verstehen, wenn er sich nicht eines besseren belehren lassen kann hinsichtlich seiner These von der reinen Epochalität des Faschismus. Sie ist – er selber betont es immer wieder – sein ureigenes Produkt. Und es ist einfach unzumutbar, daß jemand seine eigene Theorie restlos aufgibt. Die gleiche menschliche Schwäche liegt vermutlich auch in Noltes übermäßiger Betonung des Gebots der Wissenschaftlichkeit. Ich mache häufig die Erfahrung, daß gerade verunsicherte Dozenten sich mit Vorliebe Studenten und Kollegen gegenüber des Vorwurfs der Unwissenschaftlichkeit dort bedienen, wo ein souveräner Wissenschaftler etwa von Verkürzung oder etwa von nicht genügend reflektierten Resultaten sprechen würde.

Aber dies nur einleitend. Zunächst möchte ich einiges über den Begriff der Epochalität klarstellen. Nicht allein, weil dies der zentrale

Begriff der nolteschen Theorie ist, sondern auch wegen der Verallgemeinerbarkeit, die in einer solchen Theorie stecken könnte.

Epochalität kann für das Problem einer kontinuierlichen historischen Entwicklung und der möglichen Veränderung von gesellschaftlichen Funktionen entweder das Festmachen eines geschichtlichen Prozesses an einem bestimmten, spezifizierbaren Zeitraum bedeuten. Dann bedeutet Epochalität inhaltlich gar nichts. Oder aber die Epochalität liegt in der formellen Identifikation einer Geschichtsperiode mit einer bestimmten, diese Periode charakterisierenden Ereignis. Eben in diesem Sinne definiert Nolte die Epochalität des Faschismus. Aber auch das bedeutet eigentlich gar nichts. In beiden Fällen sagt die Spezifizierung – sei es die zeitliche, sei es die an einem bestimmten Ereignis festgemachte – gar nichts darüber aus, ob und inwiefern Prozesse oder Ereignisse, die eine Epoche charakterisieren, in die Entwicklungslinie der Geschichte als dauerhafte Komponente eingehen. Das heißt: Einmal festgestellt, daß eine Epoche ein Spezifikum darstellt, sagt dies noch gar nichts darüber aus, inwiefern dieses Spezifikum seine Fortsetzung in der nächstfolgenden Epoche findet: Das, was Epoche macht, wirkt sich weiter aus. Die Epoche der großen Französischen Revolution war vermutlich mit der Machtergreifung Napoleons beendet. Die von und in der Französischen Revolution entwikkelten Strukturen und Gegenstrukturen gingen jedoch in die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in dem Maße ein, in dem sie nicht bloß zufälliger Ausdruck revolutionärer Ereignisse waren, sondern notwendige Ausdrucksformen des Anstiegs des Kapitalismus und der Bourgeoisie.

Hört also eine Epoche auf, faschistisch zu sein, so bedeutet dies keineswegs, daß der Faschismus aufhören würde zu existieren und weiterzuwirken. Die Epoche hört zwar auf, die faschistische zu sein, wenn der Faschismus aufhört, ein Spezifikum zu sein – und das kann eben bedeuten, daß er zum allgemeinen Zug oder zu einer irreversiblen Komponente der kapitalistischen Gesellschaft geworden ist.

So gesehen, ist es sehr die Frage, ob Nolte den geschichtlich*spezifischen* Charakter des Faschismus „entdeckt“ hat. Fraglos sind von ihm einige Erscheinungsformen des Faschismus aufgezeigt worden, und er hat sie auf dem Wege einer methodologischen Eingrenzung dingfest gemacht. Es ist aber interessant, daß sein epochemachendes

Werk, daß schon im Titel die Epochalität des Faschismus gewissermaßen bekanntgeben sollte, in italienischer Übersetzung unter einem ganz anderen, viel angemesseneren, weil bescheideneren Titel erschienen ist. Die italienischen Herausgeber haben nämlich sehr simpel aus der Epoche des Faschismus die „Gesichter des Faschismus" gemacht. Es handelt sich also im italienischen Verständnis des Werkes von Nolte nicht um die Analyse einer ganzen Epoche, geschweige denn um die begriffliche Fassung einer Totalität, sondern lediglich um die Beschreibung und Analyse der wesentlichen „Gesichter", die der Faschismus in Europa angenommen hat. Danach handelt es sich dabei also nur um wichtige Äußerlichkeiten und nicht um das „Wesen", um den konkret-allgemeinen Begriff der Sache.

Berechtigt erscheint diese Reduzierung auf das bescheidene Maß, wenn man an die drei berühmten Definitionen denkt, mit denen Nolte die von ihm beschriebenen Erscheinungsformen des Faschismus in einen allgemeinen Begriff einzufangen versucht. Die drei Definitionen des Faschismus sind:

1. Der Faschismus ist „Antimarxismus ..., der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen, gleichwohl charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet."

2. Der Faschismus ist der „Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe."

3. Er ist „Widerstand gegen die Transzendenz".[2]

Das Scheitern der Begriffsbestimmung hat zunächst gar keine politischen, sondern methodologische Gründe. Die an sich so gut wie nichts sagenden Ideologismen sind Konsequenz einer *Methode*, die Nolte die „phänomenologische" nennt. Sie wird dadurch charakterisiert, daß Nolte sich auf der Suche nach dem Wesen des Faschismus Nolte nicht an konkreten Ereignissen orientiert, nicht hinter den Verlautbarungen des Faschismus steckende Prozesse analysiert, nicht etwa die ökonomischen Probleme der Kapitalakkumulation und des Klassenkonflikts zuerst in Italien und dann in Deutschland unter die Lupe nimmt, daß er also nicht gesellschaftliche und ökonomische Vorgänge und Kräfte überprüft. Vielmehr hört er sich nur das an, was an verbalen faschistischen Verlautbarungen vorliegt. Er macht sich daraus sogar einen Ehrentitel und sagt ausdrücklich, daß es ihm bei der

theoretischen Fassung des Faschismus nur darauf ankäme, was faschistischerseits *gesagt* worden sei.

Es gibt für seine Methode eine Begründung, die zwar seltsam klingen mag, zugleich aber zeigt, daß er durchaus philosophisch in sich reflektiert vorgeht. Den Faschismus phänomenologisch rekonstruieren, heißt schlicht, ihn als „Phänomen" zu begreifen: „Es wären also nur diejenigen sozialen Gebilde Phänomene zu nennen, die eine Ideologie haben ... Ein Stahlwerk ist in diesem Sinn kein Phänomen und im allgemeinen ebensowenig eine Stadt oder eine Provinz. In einer letzten Einschränkung kann der Terminus dann auf jene Erscheinungen begrenzt werden, deren sprachliche Verlautbarung ein unabdingbares Moment Epochen bestimmender Wirkung ist."[3]

Im Sinne einer solchen Methode schränkt er selber das Wesentliche der Epochalität des Faschismus auf das dokumentarisch Feststellbare des Faschismus ein. Dabei vergißt er übrigens selbst in Erwägung zu ziehen, inwiefern die Äußerungen faschistischer Politiker und Ideologen überhaupt in sich systematisch waren und nicht etwa abhängen von der jeweiligen gesellschaftlichen Konstellation; ob sie überhaupt *wirklich* Ausdruck einer allumfassenden Totalität der faschistischen Bewegung gewesen sind.

Nolte gelingt es also gerade nicht, das Wesen des Faschismus, seine Totalität oder in Noltes eigener Sprache eben: seine Epochalität, einzufangen, weil er den Faschismus in methodologischer Eingrenzung förmlich zusammenbasteln will aus den Verlautbarungen seiner Vertreter. Insofern kann man bei Nolte nicht von einer Faschismus*theorie* sprechen, sondern von einer philologisch korrekt vorgenommenen, philosophischen Interpretation faschistischer Reden und Aufsätze – als eines interessanten Teilaspektes umfassender geschichtlicher Prozesse und Probleme.

Selbst diese Methode wäre akzeptabel, wenn sie lediglich von dem philologisch-historischen Bewußtsein getragen wäre, tatsächlich nur Schriften zu analysieren. Nolte leistet aber darüberhinaus etwas, was schon einer *ideologischen* Ausrichtung gleichkommt, die auf der Ebene der *methodologischen* Prinzipien stattfindet. Nolte meint: da in der Führerbewegung nur der Führer verbindliche Aussagen machen könne, sei das Grundmuster des Faschismus ausschließlich den Schriften von Mussolini und Hitler zu entnehmen. Ausschließlich – das bedeutet

unter anderem, daß er sich nicht einmal die Frage stellt, wie – sagen wir – durchaus auf der simplen Ebene des sinnlich Wahrnehmbaren eine solche Schrift oder Rede zustandekommt. Auf diese Weise erklärt er den puren „Geist" des Faschismus und mehr nicht.

Das wäre für uns so bedenklich nicht, wenn nicht für Nolte darin die durchaus günstige methodologische Ausgangsposition läge, um in der Rekonstruktion des Faschismus seinen diesem angeblich so nahestehenden Gegner zu treffen, nämlich den Marxismus. Auf dem Wege zu dieser selbstgestellten Aufgabe hat Nolte eine Reihe von Etappen hinter sich gebracht. Als er das Buch *Der Faschismus in seiner Epoche* schrieb, war er noch nicht mit der aktualisierten Realität der doktrinären Position des „linken" Flügels der faschistischen Bewegung konfrontiert. Die Problematik, die Implikationen und die gegen Links gerichtete Kampfperspektive des Begriffs „Linksfaschismus" konnte er damals noch nicht ahnen. Als dann 1967, nach der Erschießung von Benno Ohnesorg, Jürgen Habermas auf die unglückselige Idee kam, der Studentenbewegung „Linksfaschismus" vorzuwerfen, durfte Nolte gewissermaßen den Begriffsapparat vervollständigen, um auf dem Umweg über die Faschismusanalyse den Marxismus anzugreifen.

Der Umweg, oder die begriffliche Vermittlung, liegt in seiner These (die allerdings historisch, wenn man sie aus dem luftleeren Raum der Phänomenologie herunterholt, sehr interessant sein kann), daß der Faschismus als Bewegung eine „linke Rechtspartei" gewesen sei – wobei er als „links" an einer Rechtspartei das spezifische Moment begreift, das wir gerade nicht als links bezeichnen würden: daß der Faschismus prinzipiell gewalttätig sei. Er sieht also die Verbindung von einer linksgerichteten gewalttätigen Massenbewegung mit der klassischen konservativen Rechten als Kennzeichen für den Faschismus. So lassen sich für ihn Gewalttätigkeit und Terror als die linken Momente im Faschismus festmachen: eine neuartige, jenseits der Totalitarismustheorie liegende Annäherung zwei entgegengesetzter Pole.

Diese These wird selbst innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft keineswegs allgemein akzeptiert. Sie stößt zum Beispiel mit der These des Amerikaners Seymour Lipset zusammen, der im Faschismus keine rechte Position sieht, sondern einen Extremismus oder Radikalismus der Mitte. Lipset denkt soziologisch: an den *Mittel*stand, der sich radikalisiert und den Faschismus hervorbringt. Der Faschismus als Radi-

kalismus der Mitte – das ist eine fraglos interessante Definition.[4] Daß Nolte aber keineswegs ganz bewußtlos verfährt, daß er sogar bereit ist, wenn es darum geht, seinen Gegner zu treffen, die eigene Theorie von der Epochalität zu verlassen, ist an der Art zu ersehen, wie er die Beziehung zwischen der Linken und dem Faschismus näher zu bestimmen sucht. Nachdem er selber den Faschismus als eine epochale Erscheinung deklariert hat, die in der Geschichte zwar eine Vorgeschichte hat (Liberalismus) und eine Nachgeschichte, die von der Niederlage des Faschismus her zu begreifen ist, aber historisch einmalig auftritt, überwindet er hinsichtlich der „Relation" zum Marxismus seinen eigenen Begriff. So kommt er 1973 in seinem Aufsatz *Studentenbewegung und 'Linksfaschismus'* zu der Entdeckung, daß jede soziale Bewegung einen radikalen Flügel entwickelt, der zur Gewalttätigkeit bereit und also im gewissen Sinne als Ausdruck eines permanenten Faschismus zu betrachten sei.

„Im Verhältnis zu Fourier, Owen und Cabet nimmt der Marxismus, was die Betonung der Entschlossenheit, der Organisation und des Kampfes angeht, die gleiche Stellung ein wie später Hitler im Verhältnis zu den 'völkischen Wanderscholaren'. Mit einigen Körnchen Salz könnte man zur Verdeutlichung dieser Relation die These aufstellen, der Marxismus sei der Faschismus des Sozialismus und insofern der eigentliche Linksfaschismus ..."[5]

Durch die antimarxistische Frontstellung genötigt, führt er sich selber ad absurdum: die von ihm gemeinte Epochalität wird durchbrochen und der Begriff „Faschismus" soweit ausgeweitet, daß sich Nolte auf diese Weise die ausgezeichnete Möglichkeit verschafft, jeweils das als Faschismus zu bezeichnen, was er als Gegner wissenschaftlich oder politisch bekämpft.

Mir scheint es nunmehr wichtig für die „Gründlichkeit", mit der Nolte methodologisch verfährt, einige konkrete Beispiele zu geben. Denn Noltes Werk hatte doch eine beachtliche akademische Wirkung und setzte in der Faschismusforschung Maßstäbe, erhob also einen beachtlichen wissenschaftlichen Anspruch. Ich hingegen möchte gerade diesbezüglich einige Zweifel anmelden. Ich frage mich manchmal, ob Nolte – um dies schöne Wort zu gebrauchen – jemals ein *Sachkundiger* des Faschismus gewesen ist.

Zweifel an seiner Sachkunde sind mir nicht unmittelbar bei der

Lektüre seines Hauptwerks gekommen, das zunächst auf solide Dokumenten- und Faktenkenntnisse sich zu stützen scheint; Zweifel sind mir nachträglich gekommen bei einer näheren Betrachtung der von ihm benutzten Analogie. Am Ende des erwähnten Aufsatzes widerlegt Nolte Marxens Theorie vom gesellschaftlichen Antagonismus allegorisch: nicht der antagonistische Konflikt erscheint ihm als das richtige Muster zur Erklärung der Auseinandersetzungen, sei es zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern. Vielmehr will er den in der Gesellschaft und in der Welt stattfindenden edlen Wettbewerb am schönen Bild des Bergsteigens erklären. Nicht also gewalttätige Konfliktstrukturen bestimmen – wie Marx meinte – das gesellschaftliche Leben, dessen Kräfte vielmehr „einer Anzahl von Bergsteigern" ähneln, „von denen die vordersten allerlei Bequemlichkeiten und sogar ganz unnütze Dinge wie etwa Gedichtbände bei sich tragen, während die folgenden angestrengt und unter Schimpfreden, nur mit dem Notwendigsten ausgestattet, zu folgen, ja zu überholen versuchen."[6]

Diese Allegorie verblüfft mich. Genossen, ich bin ein altgedienter Bergsteiger. Ich habe schon mit dreizehn Jahren bei mir zu Hause den Pelmo, einen Dreitausender, bestiegen. Ich kann euch versichern, daß Bergsteiger, vor allem die „vordersten", sich hüten, schöne und unnütze Dinge im Rucksack mit sich herumzuschleppen, geschweige den Gedichtbände. Der Vordere, der trägt Haken, der trägt Karabiner, der trägt das Seil, aber auf keinen Fall schöne Bücher. Und da sind mir eben Zweifel gekommen, ob Nolte in seinen Analysen genauso „sachkundig" verfährt wie bei seiner Allegorie des Bergsteigens. Und um diese Zweifel zu konkretisieren, gehe ich nunmehr auf drei emblematische „Phänomene" aus dem Bereich des italienischen Faschismus und auf deren Noltesche Verarbeitung ein.

Zunächst das Phänomen Mussolini. Eine von Noltes wichtigsten Thesen liegt in der Behauptung und der Betonung der sozialistischen Vergangenheit Mussolinis. Nolte geht dabei als Historiker nicht ohne eine gewisse Souveränität mit den Sachverhalten um. In einem neulich in der *Frankfurter Allgemeinen* erschienenen Aufsatz ernennt er Mussolini nachträglich zum früheren Führer der Sozialistischen Partei Italiens.[7] Nun war Benito Mussolini zwar Führer eines Flügels der Sozialistischen Partei Italiens; er war eine Zeitlang auch Chefredakteur des Parteiorgans Avanti; es steht außer Frage, daß er vor dem Ersten

Weltkrieg eine besonders wichtige Rolle in der sozialistischen Bewegung gespielt (förmlich *gespielt*) hat. Daraus macht Nolte aber schlichtweg den Führer der Sozialistischen Partei. Nicht anders verhält es sich mit Noltes Hinweis auf die "marxistische" Vergangenheit Mussolinis. Es sind dies alle wichtige Aspekte, die gewissermaßen das Terrain vorbereiten für die von Nolte behauptete Verwandtschaft oder gar analogische Identität von Linksfaschismus und Marxismus. Gewiß liegt da historiographisch ein Problem vor: Mussolini hat sich mehrfach als Marxist bezeichnet und sich zu Karl Marx bekannt. Andererseits war er bekanntlich darauf stolz, nie eine Zeile von Marx gelesen zu haben. Er bedient sich denn auch bei der Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse einer Sprache, die eher bei Vilfredo Pareto zu finden ist, aber bestimmt nicht bei Marx oder einem Marxisten. Nur einige Beispiele: Mussolini übernimmt Napoleons Vorstellung, daß die Revolution eine Idee sei, die Bajonette gefunden habe; sich auf Marx beziehend, meint er, die Geschichte sei immer die Geschichte der Kämpfe der führenden Eliten der einzelnen Klassen; von den Massen meint er, sie seien immer die Aggregate des politischen Machtkampfes der Eliten. Wohlgemerkt: es handelt sich hier um Aussagen des „Marxisten" Mussolini. In Wirklichkeit drückt er sich in einer Art aus, die weder inhaltlich noch terminologisch marxistisch ist. Aber es ist sehr interessant, daß Nolte sich keineswegs um diese „Verlautbarungen" seines Phänomens Mussolini kümmert; sondern nur um die in der Tat bei Mussolini sehr stark ausgeprägten Attacken gegen das italienische Bürgertum, genauer gegen die bürgerlichen Sitten und Gebräuche der damaligen Zeit – was übrigens wiederum nicht marxistisch ist.[8]

Viel wichtiger scheint mir für die Beurteilung der Nolteschen Analyse allerdings die Fehldarstellung und die Fehlinterpretation zu sein, die sich auf das Entstehen des faschistischen Staates und auf die faschistische Wirtschaftspolitik in Italien beziehen. Ich stelle sie an zwei wiederum emblematischen Fällen dar.

Orientiert man sich strikt an Schriften und Dokumenten, so hätte Nolte doch feststellen müssen, daß nicht Mussolini der „Vater" des faschistischen Staates gewesen ist; Protagonist der großen Verfassungsreform von 1925/26 war vielmehr der Justizminister Alfredo Rocco. Das kann als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis gelten,

daß Rocco der große Schöpfer des, wie es damals hieß, „Modernen Staates" in Italien gewesen ist, während Mussolini nur der wortgewaltige Propagandist dieser Entwicklung hin zur sogenannten Modernisierung gewesen ist. Das scheint aber Nolte entgangen zu sein. Es ist bezeichnend, daß Nolte Alfredo Rocco durchaus einmal in seinem großen Hauptwerk über den Faschismus erwähnt. Er vergleicht ihn kurz mit Carl Schmitt. Schmitt, nachträglich verstanden als der Rechtsphilosoph des Nationalsozialismus, spielte in der ideologischen Rechtfertigung des NS-Regimes fraglos eine gewichtige Rolle; für die politische Führung des Nazireiches hatte er allerdings eine kaum nennenswerte praktische Bedeutung. Er war zwar der ideologische Rechtfertiger des Führers als des Herrn des Rechtes; aber er hat in keiner Weise in die Politik eingegriffen, weder Maßnahmen angekündigt noch vorgeschlagen, weder Gesetzentwürfe präpariert noch durchgesetzt. Wie kann man also als „Sachkundiger" einen Philosophen des Dritten Reiches gleichsetzen mit dem eigentlichen Schöpfer des faschistischen Staates, der jahrelang das innenpolitische Geschick Italiens praktisch bestimmt hat, und dessen Auswirkung bis auf den heutigen Tag nicht etwa ideologisch, sondern in den Gesetzbüchern des Landes noch zu spüren sind?

Nun ein Fall aus der Wirtschaftspolitik. Der Faschismus begann in Italien mit einer etwa drei bis vier Jahre dauernden liberalen und liberalistischen Phase der Wirtschaftspolitik unter dem Liberalen de Stefani. Im Zuge der erwähnten Verfassungsreform 1926 wurde de Stefani von einem Wirtschaftsdirigisten abgelöst, dem Grafen Volpi di Misurata. Nolte nun sieht in dieser Ministerablösung, in dieser Maßnahme das Zeichen, daß an Stelle des freien Marktes nunmehr eine dirigistische Wirtschaftspolitik mit Kontingentierung und Planifikation, mit verbandlicher Bindung und Staatsinterventionismus eingetreten sei. Er schließt sofort kurz, daß von nun an nicht nur die Freiheit der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer eingeschränkt worden sei. Nolte hat schlicht vergessen, sich dokumentarisch zu vergewissern, wer Graf Volpi di Misurata gewesen ist. Selber ein Großkapitalist, übte dieser Graf während seiner Zeit als Minister das Amt eines Präsidenten des Vereinigung italienischer Aktiengesellschaften aus. Abgekürzt ausgedrückt: Nolte behauptet, wenn in einem politischen System ein Großkapitalist Wirtschaftsminister wird, bedeutet dies,

daß das politische System seine Autonomie gegenüber der Ökonomie durchgesetzt hat. – Soweit zur Sachkunde.

Mit dem letzten „Phänomen" sind wir wieder bei dem für uns wesentlichen angelangt; bei der von mir vorhin genannten Kontinuitätsfrage. Für uns heute, abgesehen von dem Kampf gegen eine mögliche Latenz des historischen Faschismus, für uns heute ist die *historiographische* Frage des Faschismus relativ belanglos geworden. Für uns ist es wichtig zu untersuchen, inwiefern bestimmte Etatisierungstendenzen, die den Faschismus charakterisiert haben: die Zurücknahme gesellschaftlicher Prozesse zunächst unter die Kontrolle des Staats, sodann in die Sphäre der reinen Staatlichkeit, ob diese Verstaatlichung der sozialen Beziehungen und Klassenkonflikte und die Regulierung der Klassenkonflikte ebenso wie die Tendenz zur Regulierung der Ökonomie (das also, was unter Korporativismus verstanden wird), ob diese Komponenten, die der Faschismus zum ersten Mal verwirklicht hat, in die kapitalistische Gesellschaft eingegangen sind. Nicht weil kapitalistische Gesellschaften an sich faschistisch wären, sondern weil die heutige kapitalistische Gesellschaft ihre eigenen ökonomischen und sozialen Krisen und ihre eigene Reproduktion ohne Anwendung und Fortführung dieser irreversiblen faschistischen Komponenten gar nicht mehr bewältigen kann.

Anmerkungen

1 Der unverdächtige Otto Heinrich v. d. Gablentz sah in der Absage an das Politische die Ideologie des Konservativen

2 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus,* München 1963, S. 515

3 Ebd., S. 53

4 Der Verleger Axel Springer hat vor drei Jahren ein bedeutsames Buch geschrieben und es mit der Bemerkung vorgestellt, er – Springer – sei ein Radikaler der Mitte. Also in der Definition von Lipset: ein Faschist. Vgl. Axel Springer, *Von Berlin aus gesehen,* Stuttgart 1971, S. 17

5 Ernst Nolte, *Studentenbewegung und 'Linksfaschismus'*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 16. Jg. 1973, S. 239

6 Ebd., S. 249

7 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Juli 1976

8 „Borghesia" bedeutet sowohl im früheren Verständnis Mussolinis wie im späteren faschistischen (vor allem bei der ideologischen Ausrichtung der faschistischen Jugend) nicht eine Klasse noch eine sonstwie ökonomisch definierte Gruppe, sondern „stato d'animo", d.h. eine Verhaltensweise.

J. C. Papalekas, ein epigonaler Ideologe des Faschismus

Bei einer Würdigung möglicher faschistischer Komponenten der Durchgängigkeit faschistischer Ideologie in einem Denksystem sind einige wichtige Voraussetzungen zu beachten:

1. Es ist zu unterscheiden zwischen dem sogenannten historischen Faschismus, der sachlich und zeitlich zusammenfällt mit den faschistischen Regimen in Italien und dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland bis 1945 und dem Faschismus als einer generellen sozialen und politischen Ideologie und Bewegung, die überall auf der Welt aufgetreten ist infolge sozialer und ökonomischer Krisensituationen der bürgerlichen Gesellschaft. Der historische Faschismus bildet nur einen; freilich den wichtigsten Aspekt, innerhalb des im allgemeinen Sinne faschistisch zu nennenden Lösungsversuchs der erwähnten gesellschaftlichen Schwierigkeiten. Als allgemeinste Linie kann genommen werden, daß der Faschismus die durch den Einbruch der Massen in den politischen Entscheidungsprozeß erfolgte Störung tradierter Herrschaftsmechanismen beheben will durch die Zurückdrängung und Neutralisierung dieser Massen, d.h. durch deren politische Entmachtung.

2. Da diese Einbruchsmöglichkeit sich institutionell im demokratischen Massenstaat konkretisierte, bedeutet Faschismus soviel wie Rückgängigmachung politischer Demokratisierungsvorgänge und die Rekonstruktion eines Staats, in dem politische Macht in die Gewalt von Minderheitsgruppen (Eliten) gelegt wird bei tendenzieller Ausschaltung von Öffentlichkeit und von Massenbeteiligung. So gesehen stellt sich das Problem der faschistischen Ideologie heute in zwei Hauptaspekten dar, die auch für die Einschätzung des Papalekasschen Denksystems wichtig sind.

3. Da die gesellschaftliche Krise historisch noch nicht aufgehoben ist (der Zusammenstoß zwischen Massenbedürfnissen auf der einen Seite, Führungsanspruch und Privilegien von sozialen und ökonomischen Minderheiten auf der anderen Seite), besteht nach wie vor im

bürgerlichen Staat eine eigentümliche, auch institutionell faßbare Kontinuität hinsichtlich der eben dargestellten allgemeinen Linie. Mit anderen Worten: Der erste Aspekt, der zu beachten ist, liegt im Problem der Kontinuität des bürgerlichen Staats und der Fortführung von faschistischen Komponenten, die in die politische Entwicklung eingegangen und als irreversibel zu bezeichnen sind. Der zweite Aspekt ist nicht der (allgemeiner) Art von faschistischen irreversiblen Komponenten, sondern der besondere Aspekt des historischen Regimes und der politischen Tendenz zu dessen Wiedereinführung. Man kann in diesem Sinne von einem offenen Faschismus sprechen, der das Regime wiederhaben will; und von einem latenten Faschismus, der nicht terroristische Politik betreibt, sondern im Sinne einer institutionellen Strategie die durch die sozialen Konflikte aufgeworfenen Probleme zugunsten der Aufrechterhaltung bestehender ökonomischer und sozialer Ordnungen lösen will,

4. Als wesentlicher Zusammenhang der beiden Aspekte gilt gemeinhin das korporative System als politisch-gesellschaftliches Ordnungsgefüge, wie es teilweise im Hitlerschen Regime, noch mehr allerdings im italienischen faschistischen Regime verwirklicht wurde. Das korporative System in seiner weitreichenden Bedeutung für die Regelung von Konfliktsituationen und die Strukturierung politischer Entscheidungsprozesse kann als bekannt vorausgesetzt werden. Hier kommt es nur darauf an, daß dieses System, das zu Recht zum gesellschaftspolitischen Kern des Faschismus gezählt wird, als Zentralkriterium den Zusammenhang von historischem Regime und Kontinuitätskomponenten herstellt und also die wesentlichen Parameter einer wissenschaftlichen Analyse bietet.

I.

Für die Einschätzung des ideologischen Inhalts eines Denksystems können hier also das Problem der Kontinuität auf der einen Seite und das Problem des Regimes auf der anderen Seite genommen werden. Es wird also darum gehen, die Schriften von Herrn Professor Dr. Papalekas auf mögliche faschistische Komponenten oder gar auf tendenzielle Identifikation mit dem Regime zu untersuchen. Methodolo-

gisch handelt es sich sachgemäß um eine rein begriffliche Analyse. Die politischen Praktiken des Anklägers interessieren hier nicht.

Ebenso irrelevant ist aber die Frage, ob ein manifestes Bekenntnis zum Faschismus vorliegt, da notorischerweise heute der Faschismus als politisches Programm nur ein Programm der Machterschleichung sein kann, als politisches Bekenntnis der Notwendigkeit der Verdekkung und Verdunkelung unterliegt, da er gesellschaftlich tabuisiert und bis zu einem gewissen Grad auch rechtlich, d.h. verfassungsgerichtlich verboten ist.

Zur Analyse werden im wesentlichen Schriften des Herrn Professor Dr. Papalekas herangezogen aus dem Zeitraum zwischen 1959 und 1969. Die 1945 verfaßte Dissertation wird nur marginal in Betracht gezogen, da der Zeitpunkt ihres Entstehens geschichtlich eine auch menschliche Verstrickung erwarten läßt. Sachlich gesehenkommt noch hinzu, daß über den faschistischen Inhalt der Dissertation nach Ansicht des Gutachters gar nicht diskutiert zu werden braucht. Bekanntlich enthält die Dissertation eine offene, ehrlich antidemokratische Tendenz, eine entschiedene Absage an politische Parteien des parlamentarischen Typs und eine ebenso entschiedene Bejahung des korporativen Staats. Von Interesse sind allerdings die Kategorien und Begriffe der Dissertation. Sie bilden genau jene Parameter, deren Weiteranwendung in den späteren Schriften eingeschätzt werden soll. In der Dissertation wird von Herrn Professor Dr. Papalekas der korporative Staat als institutionelle Errettung aus einem parlamentarisch-demokratischen System gesehen, das schlechtweg als Kalamität dargestellt wird – eine Perspektive, die von ihm.Papalekas weiterentwickelt wird als mögliche Rettung Griechenlands aus den Kalamitäten des politischen Klientelesystems (*Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur*, 1962).

Massenfeindlichkeit, Herrschaftsbezogenheit und rigides Eliteprinzip stehen neben der Verachtung demokratischer Regelungen, und zwar in den beiden geschichtlich bekannten Formen von Demokratie: sowohl in der bürgerlichen (Papalekas Antiparlamentarismus) wie auch in der proletarischen (Papalekas Antikommunismus).

II.

Indessen: So leicht es ist, die Dissertation als stark faschistisch einzuschätzen, so schwierig ist es, bei den anderen vorliegenden Texten eine eindeutige politische Ideologie auszumachen. Das hängt keineswegs damit zusammen, daß Herr Professor Dr. Papalekas in der Bestimmung der Inhalte seiner Ideologie zweideutig verfahren würde, obzwar gewisse terminologische Verschiebungen, auf die noch kurz einzugehen sein wird, eine „Ermittlung der Wahrheit" erschweren. Vielmehr liegt die Schwierigkeit darin, daß Papalekas Texte im großen und ganzen aus einer Aneinanderreihung von verbalformalen Begriffsklärungen ohne konkret vermittelte und vermittelbare Wirklichkeitsbezogenheit bestehen. Inhaltliche Analysen und Aussagen werden weitgehend vermieden. Als Beispiel sei die Schrift *Das Problem der sozialen Leitbilder unter den Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft* aus dem Jahre 1959 genommen: Nur am Rande beschäftigt sich Herr Professor Dr. Papalekas mit den Inhalten solcher sozialen Leitbilder und mit dem Problem dieser Inhalte; er bringt vielmehr lange Ausführungen über Sinn und Bedeutung der einzelnen Begriffe wie Leitbild, soziales Leitbild, Urbild, Bild überhaupt usw. Das weitgehende Fehlen material ausgedrückter Gedanken zwingt dazu, an Hand allgemeiner Aussagen eine eventuell vorhandene, verdeckt politische Perspektivwahl erst ausfindig zu machen.

III.

Damit ist nicht gesagt, daß dieses Ausfindigmachen besonders schwerfiele, denn die Schwierigkeiten sind – wie schon oben erwähnt – nicht interpretatorischer, sondern eher technisch-quantitativer Art. Die Feststellung des ideologischen Inhalts ist mit anderen Worten keine Frage der Exegese, sondern der akribischen Lektüre der Texte. In den seltenen Fällen, in denen inhaltliche Äußerungen vorliegen, sind sie im Grunde von eindeutigem Charakter. Wir lassen die terminologischen Aspekte beiseite, obwohl auch sie Auskunft über Inhalte geben können. Es sei nur die häufige Verwendung von Termini erwähnt, die zumindest historisch im Zusammenhang mit dem Auftreten und der Ent-

wicklung faschistischer Gedankengänge zu sehen sind. Als pars pro toto könnte man auf den Aufsatz *Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur* von 1962 hinweisen, der übrigens neben einer Fülle faschistischer Termini („völkische Substanz“ ist einer davon) die Entwicklungskrise Griechenlands teilweise auf eine ideologische Perspektive zurückführt, die der nazistischen von „Volk ohne Raum“ sehr nahekommt. Wichtiger sind die in den Texten verstreuten Bemerkungen, die eine eindeutige Perspektivwahl bei der Lösung sozialer und politischer Konflikte, Probleme und Krisen erkennen lassen. Die zwei entwickelten Hauptkriterien der Faschismusfrage: Kontinuität und Regime, scheinen dabei ständig verzahnt. Was die Kontinuität betrifft, steht für den Gutachter eindeutig fest, daß Herr Professor Dr. Papalekas sowohl die stattfindende wie die stattgefundene Transformation des Verfassungsstaats in die autoritäre Richtung, die historisch im Faschismus zum Ausdruck kam, bejaht bzw. fordert. Das trifft vor allem zu für die Verlagerung der Macht von öffentlichen Instanzen demokratischen Charakters mit möglichem Massenzugang auf geschlossen herrschende, dem Masseneinfluß entzogene elitäre Minderheiten. Dabei geht Herr Professor Dr. Papalekas einen Weg, an dessen Ende die Notwendigkeit der Fortsetzung faschistischer Komponenten steht. Im Zusammenhang mit der „Regeneration einer gewandelten Staatlichkeit“ (damit wird die Transformation des Verfassungsstaats genau formuliert) reduziert Herr Professor Dr. Papalekas die Gesamtgesellschaft: die Klassen, die verschiedenen Interessen, die mehrfach strukturierte Masse, also den *demos* der Demokratie, auf „agierende Verbände“, um die agierenden Verbände noch weiter zurückzuführen auf die „aktivistischen Führungskräfte“ (*Wandlungen im Baugesetz*). Der Hinweis auf die aktivistischen Kräfte ist so offenbaren politischen Ursprungs, daß eine Spezifizierung sich erübrigt. Diese Bejahung zeigt ihren programmatischen Charakter in der von Herrn Professor Dr. Papalekas entwickelten Sicht einer Gesellschaft, als einem „Industriesystem“, das „noch nicht (sein) Gleichgewicht gefunden hat“ (*Das Problem der sozialen Leitbilder*). Es ist eben auf der Suche nach diesem fehlenden Gleichgewicht, daß Herr Professor Dr. Papalekas ausgesprochen faschistische Parameter entwickelt. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß in dem Aufsatz *Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur* aus dem Jahr 1962 Herr Professor Dr.

Papalekas im Rahmen korporativer Gedanken politisch die „Entwicklungsdiktatur“ für Griechenland fordert – immerhin einige Jahre vor der Machtergreifung der Athener Obristen. Die faschistischen Parameter offenbaren sich aber auch bei der Betrachtung voll entwikkelter sogenannter Industriegesellschaften. Die für die faschistische Ideologie sowohl entscheidende wie verräterische, vehemente Absage an die Emanzipationsbestrebungen, die sich praktisch politisch in der Rückgängigmachung der Demokratie konkretisierte, fand bekanntlich ihren historischer Ausdruck in der scharfen Ablehnung des bürgerlichen Fortschritts. Das gleiche läßt sich bei Herrn Professor Dr. Papalekas feststellen, der sowohl in der Schrift *Zur Soziologie der Automatisierung* wie in dem Aufsatz *Zur Herrschaftsstruktur und Elitebildung* die industrielle Revolution und die bürgerliche Revolution als negative Erscheinungen der Geschichte kritisiert (vgl. *Automatisierung*, S. 6 und *Herrschaftsstruktur,* S. 63). Ähnlich erscheint eine faschistische Komponente in seiner allerdings sehr allgemein gehaltenen Betonung der Notwendigkeit hierarchischer Gliederungen (*Automatiseirung*, S. 12).

Verblüffend ist allerdings, daß das Prinzip der Hierarchie, vom Faschismus als Instrument der Disziplinierung abhängiger Massen verstanden und benutzt, von Herrn Professor Dr. Papalekas eher ausgegeben wird als ein Instrument der Auflösung von Klassenverhältnissen. Das ist keineswegs widersprüchlich, denn gerade die Auflösung der Klassenverhältnisse wurde faschistisch verstanden als der notwendige Schritt zur Wiederherstellung der ungetrübten und ungebrochenen Herrschaft. Gewiß verändert sich der faschistische Parameter oder allgemein das System formell bei Herrn Professor Dr. Papalekas; andererseits ist gerade bei dem Problem der Kontinuität die Seite der gesellschaftlichen Inhalte abzuheben von der geschichtlichen Formkontingenz. Dadurch erst wird der Zusammenhang von Form und Inhalt hergestellt: Bei der Veränderbarkeit und Auswechselbarkeit institutioneller Regelungen oder deren terminologischer Systematisierung muß der gesellschaftspolitisch gleichbleibende Inhalt im Auge behalten werden. Das gilt vor allem in einem Fall wie dem unsrigen, bei dem die schon erwähnte soziale Tabuisierung bestimmter Ideologien wissenschaftlich zum Ausdruckswandel nötigt. Schon in der Dissertation gibt es Vorzeichen dieser Methode: Der Verfasser kritisiert darin die

Demokratie, den Kommunismus und das parlamentarische Parteiensystem, stellt die geschichtliche Notwendigkeit von Faschismus und Nationalismus fest, deckt aber gleichzeitig deren schwere Mängel auf, um sich schließlich zum korporativen Staat zu bekennen, der in Österreich durch die Dollfuss'sche Verfassung eingeführt wurde.

Nicht ausdrücklich erwähnt wird, daß erstens Dollfuss als „Austrofaschist" in die Geschichte einging, zweitens und wesentlicher, daß nach faschistischem Selbstverständnis eine Trennung von korporativem Staat und faschistischem Regime höchstens terminologisch stattfinden kann. In den späteren Schriften sind verbale Verschiebungen durchaus zu beobachten; auch solche institutionell programmatischer Art, die die historisch faschistischen Institute in angemessener Form neu fassen, ohne an deren sozialem Inhalt etwas zu ändern. Ein Beispiel: Spricht der historische Faschismus von einer in Korporationen gegliederten Nation, so verwandelt sich dieser Ausdruck bei Herrn Professor Dr. Papalekas in das „verbandsmäßig formierte Sozialvolk". Zur Krönung der Kontinuitätslinie, und gewissermaßen um Fehlinterpretationen zu vermeiden, wird dann weiterhin das „Sozialvolk" als „Nicht-Klasse" näher bestimmt – eindeutig eine Wiederholung der faschistischen Auffassung, daß die Nation oder die Volksgemeinschaft die Klassenschranken überwinden und die soziale Einheit (die „Nicht-Klasse") herstellen soll (*Wandlungen im Baugesetz*).

Noch eindeutiger zeigt sich bei Herrn Professor Dr. Papalekas die Notwendigkeit, den Verfassungsstaat in faschistische Richtung zu transformieren, in der Vehemenz, mit der er sich gegen zwei Grundelemente demokratischer Bewegungen richtet, gegen die „Destruktion und Abwertung der Herrschaft und des Herrschaftsbegriffs" (*Herrschaftsstruktur und Elitebildung,* S. 65).

Es braucht kaum daran erinnert zu werden, daß gerade in der Richtung der „Rekonstruktion der Herrschaft" der Faschismus seine ersten doktrinären Schritte unternahm (vgl. Ungari, Alfredo Rocco). Diese Vehemenz aber signalisiert zugleich eine bedeutsame Wendung über die Bejahung faschistischer Komponenten hinaus. Bekanntlich entwickelt Demokratie immer den Versuch, die Herrschaftsausübung einzuschränken, in der Erkenntnis, daß nur durch Abbau und Kontrolle von Herrschaft gesellschaftlicher Fortschritt und Humanisierung möglich sind. Anders Herr Professor Dr. Papalekas: „Die Herrschaft ist sozu-

sagen das Herz der Gesellschaft, die Herrschaftsspannung der Motor der gesellschaftlichen Wirklichkeit. (...) Das menschliche Zusammenleben, die Gesellschaft, ist auf Herrschaft angelegt!" (*Herrschaftsstruktur und Elitebildung*, S. 60)

Hier wird auf dem Weg einer doktrinär gehaltenen Theoriebildung die Linie der bloßen autoritären Transformation des Verfassungsstaats aufgegeben und entschieden eine institutionelle Strategie intendiert, die nicht nur faschistische Komponenten will, sondern schon in Richtung auf das Regime geht.

Bei einem Sozialwissenschaftler kündigt sich das Regime naturgemäß nicht in der offenen Form von gesetzlichen Regelungen oder außergesetzlichen Maßnahmen an. Vielmehr entwickelt sich das Denksystem zu Schlußfolgerungen, die notwendigerweise die bestehende institutionelle Ordnung nicht nur transformieren, sondern durchgängig ersetzen möchten. Das klang schon an in dem Ausdruck „Regeneration einer gewandelten Staatlichkeit". Im Zusammenhang mit dieser Regeneration verweist Herr Professor Dr. Papalekas auf den „Kreislauf der Eliten" (Pareto), d.h. auf einen spezifischen gesellschaftspolitischen Mechanismus der Herrschaftsausübung und der Herrschaftsnachfolge, der im vollen Umfang in die Mussolinische „Doktrin des Faschismus" einging. Die Wandlung zum Regime tritt aber eindeutig und mit begrüßenswerter Klarheit in der Schrift *Herrschaftsstruktur und Elitebildung* in Erscheinung. Nicht nur steht der ganze Aufsatz im Zeichen korporativer Strategien, vielmehr wird als Schlußfolgerung schlicht erklärt: „daß diese Integration (gemeint ist das korporative Ordnungsgefüge, J.A.) nur auf dem Wege über einen Umschlag des neutralen Rest-Staates in einen entschieden führenden Voll-Staat erfolgen kann, ergibt sich zwingend."

Das ist nichts weiter als die kurze Zusammenfassung der Rede, mit der Alfredo Rocco 1925 in Italien die faschistische Verfassungsreform einleitete, und stimmt in der gesellschaftlichen Perspektive, wenn auch nicht in der wörtlichen Formulierung überein mit dem von den Nationalsozialisten ausgesprochenen Todesurteil über das sogenannte Weimarer System, das von den Nazis auch als bloßer Rest-Staat betrachtet wurde. Der „entschieden führende Voll-Staat" Papalekasscher Doktrin fügt mühelos die auseinandergehenden Pole des historischen Faschismus zusammen: den „totalitären Staat" Mussolinis und Hitlers „Füh-

rerstaat". Die Frage, ob diese Zusammenhänge für Herrn Professor Dr. Papalekas erkennbar sind, gehört nicht hierher. Es muß aber gutachtlich zumindest die Vermutung ausgesprochen werden, daß Herr Professor Dr. Papalekas durchaus weiß, was er programmatisch anvisiert. Anders ist es nicht zu erklären, daß in der Schrift *Führungsschicht und Industriegesellschaft* (1965) selbst der – sozialwissenschaftlich gesehen – willkürlichste Aspekt der faschistischen Programmatik Eingang gefunden hat. In dieser Schrift wird nicht nur die jederzeit diskutierbare Problematik von Führungsschichten dargestellt und nicht nur darüber hinaus beklagt, daß die moderne Gesellschaft „keine eigentliche Führungsschicht hervorzubringen vermag" (S. 222). Ergänzend wird der kühne Plan entworfen, „ob man nicht gezwungen sein wird, solche übergreifenden Institutionen, eine Führungsschicht zu *machen*". Das ist der faschistische Traum von der Schaffung eines „Führerordens" (Ordensburgen in Deutschland; *scuola di mistica fascista* in Italien) auf einen soziologisch entzauberten und erträglich gemachten Begriff gebracht.

Bestätigt wird diese Linie zusätzlich noch in der spezifisch ideologisch-wissenschaftlichen Orientierung von Herrn Professor Dr. Papalekas an Autoren, die für ihn durchgängig die Eigenschaft von Autoritäten haben. Es ist also keineswegs als wissenschaftlicher Zufall zu werten, sondern als wesentlicher Aspekt, in dem sich politische Gesinnung und Orientierung durchaus inhaltlich anmelden, wenn Herr Professor Dr. Papalekas seine autoritativen Autoren im Umkreis notorischer Vorbereiter und Ideologen des Faschismus sucht und findet. Gemeint sind nicht etwa die konservativen Denker, denen er sich verpflichtet weiß und die (wie Hans Freyer) in dem bedenklichen Zwischenraum zwischen Bewahrung des Alten und modernistisch-faschistischer Neuordnung angesiedelt sind. Hier ist vielmehr die Rede von eindeutig faschistischen Autoren entweder des bekannten Typs des Apologeten (Carl Schmitt) oder des Wegbereiters des Faschismus (Vilfredo Pareto).

Schlußbemerkung

Gutachtlich läßt sich feststellen, daß die durch die inkriminierte Fotomontage erfolgte Annäherung des Herrn Professor Dr. Papalekas an den Führer des nationalsozialistischen Unrechtsstaats und an die Ge-

danken des Faschismus keine grobe Mißachtung der abgebildeten Person darstellt, sondern ein selbst in der verschärften Form zulässiger Versuch der Aufklärung verdeckter Sachverhalte und Gedanken. Gewiß muß der Gutachter ebenso feststellen, daß die von Herrn Professor Dr. Papalekas vollzogene Synthese der historischen Faschismen gemessen an der geschichtlichen Realität zu dünn und substanzlos gerät, um ihrerseits geschichtliche Relevanz zu entwickeln. Herr Professor Dr. Papalekas ist Epigone und nicht Vorreiter; politisch verläßt er nie die Ebene der alltäglichen Wiederholung autoritär-totalitärer Topoi. Aus diesem Grunde aber liegt hier die Aufklärung über Person und Situation im Interesse einer demokratisch verstandenen, also offenen und freien Öffentlichkeit.

Im Oktober 1972 stellte der Bochumer Soziologieprofessor Papalekas Anzeige wegen Verleumdung gegen die Redakteure einer Fachschaftszeitung der Ruhr-Universität. Obwohl erklärter Parteigänger der sog. „institutionsfaschistischen" Soziologie etwa eines Hans Freyer, fühlte er sich doch durch eine Fotomontage beleidigt, die ihn Hand in Hand mit Hitler zeigte, darunter die Schlagzeile: „Unser Kampf – oder der gewöhnliche Faschismus an einer deutschen Universität". Im Juni 1973 kam es zum Prozeß; die sechs Angeklagten wurden wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz verurteilt. In diesem Prozeß trug Johannes Agnoli als sachverständiger Gutachter vor. – Wie angemessen und sachlich die studentische Würdigung des Soziologen Papalekas war, zeigt dessen spätere publizistische Karriere mit Titeln wie *Strukturwandel des Ausländerproblems* oder *Die Ausländerfrage.* (Anmerkung des Verlags)

Literatur

Agnoli, J., *Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat,* in diesem Band

Ders., *Zur Faschismusdiskussion* , in diesem Band

Aquarone, A., *L'organizzazione delle Stato totalitario*, Torino 1965

Clemenz, M., *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, Frankfurt/Main 1972

Bracher, K. D., *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969

Cioffi, A., *Istituzioni di Diritto Corporativo*, Milano 1933

Fijalkowski, J., *Die Wendung zum Führerstaat*, Köln/Opladen 1958

Forsthoff, E., *Der totale Staat*, Hamburg 1933

Hitler, A., *Mein Kampf*, München 1925/1928

Hoche, W., *Die Gesetzgebung des Kabinetts Hitler*, Berlin 1933

Hohefeld, J. (Hrsg.), *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte*, Bde. 4 u. 5, Berlin 1954

Kühnl. R., *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus-Faschismus*, Hamburg 1971

Ders., *Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus*, München 1969

La Legislazione fascista, hrsg. von der Abgeordnetenkammer, Roma 1922-1928

Mansilla, H. C. F., *Faschismus und eindimensionale Gesellschaft*, Neuwied Berlin 1971

Müller, W., *Das soziale Leben im neuen Deutschland*, Berlin 1938

Mussolini, B., *Der Faschismus. Lehre und Grundgesetze*, Roma 1935

Nolte, E., (Hrsg.), *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systeme und die Entstehung der Faschismen,* München 1967

Ders., Theorien über den Faschismus, Köln/Berlin 1967

Papalekas, J., *Das Problem der politischen Massenparteien*. Dissertation, Innsbruck 1946 (unveröffentlichtes Manuskript)

Ders,, Ausländische Arbeiter in Deutschland – ein europäisches Problem, in: *Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung*, Herford/Bonn 1969

Ders,, Führungsschicht und Industriegesellschaft, in: *Festschrift zur Eröffnung der Ruhr-Universität Bochum*, 1965

Ders., Das Problem der sozialen Leitbilder unter den Bedingungen der entwickelten Industriegesellschaft, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaften*, 4/10, 1959

Ders., Herrschaftsstruktur und Elitebildung – ein bleibendes Problem der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in: *Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft*, Göttingen 1964

Ders., Wandlungen im Baugesetz der industriellen Gesellschaft, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 115. Band (1959)

Ders., Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur, in: *Griechische Entwicklungsprobleme*, Köln 1962

Ders., *Zur Soziologie der Automatisierung der Produktion* (Veröffentlichung der Vereinigung zur Förderung der Höheren Wirtschaftsfachschule Dortmund e.V., 1963)

Pareto, V., *Trattato di Sociologia generale*, Firenze 1916

Ders., *Trasformazioni della democrazia*, Milano 1920

Ders., Economia e demagogia, in: *Giornale economico*, Januar 1923

Ders., *Pochi punti di un futuro ordinamento constituzionale*, a.a.O. (posthum), September 1923

Poliakov, L.,/Wulf, J., *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959

Reden, gehalten beim Gran Consiglio del Fascismo, in: *Il Gran Consiglio nei prima dieci anni. Protocolli delle Sedute*, Roma 1933

Rocco, A., *La formazione delle Stato fascista*, Roma 1938

Schmitt, C., *Der Begriff des Politischen*, München 1932

Ders., *Principii politici del nazionalsocialismo*, Firenze 1935

Ders., Nehmen, Teilen, Weiden, in: *Gemeinschaft und Politik*, hrsg. vom Institut für Geosoziologie und Politik, Bad Godesberg 1953

Ungari, P., *Alfredo Rocco e l'ideologia giuridica del Fascismo*, Brescia 1963

Alfred Sohn-Rethels *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus**

I.

Alfred Sohn-Rethels in *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus* zum ersten Male geschlossen veröffentlichte Beiträge zur Analyse des deutschen Faschismus vereinigen historische Zeugnisse über wesentliche Momente der Entstehung und Entwicklung der faschistischen Diktatur in Deutschland mit einem theoretischen Ansatz zur Faschismusanalyse, der seine Bedeutung der Vermittlung von empirischer Anschauung und marxistischer Theorie verdankt.

Damit ist Sohn-Rethels Arbeit für die marxistische Faschismusanalyse in jener doppelten Hinsicht von Bedeutung, in der diese gegenüber der bürgerlichen Geschichtsschreibung forschungsstrategisch „benachteiligt" ist:

1. Theoretisch hat sie die sehr viel schwierigere und komplexere Aufgabe zu lösen, gegen den oberflächlichen Augenschein und gegen die sich ständig verstärkende Flut bürgerlicher Forschungsresultate die scheinbar hermetische Diktatur einer „totalitären" Partei über die Gesellschaft als Erscheinungsform kapitalistischer Herrschaft aufzudecken und zu erklären. Dabei werfen vor allem die genetische Erklärung der einzelnen faschistischen Diktaturen und die Frage nach der Möglichkeit einer Theorie faschistogener gesellschaftlicher Entwicklungen Probleme auf, die längst noch nicht gelöst sind.

2. In der Forschungsarbeit steht die marxistische Faschismusana-

---

* Mit Bernhard Blanke und Niels Kadritzke. Die Autoren beziehen sich auf den Titel der vergriffenen Suhrkamp-Ausgabe von 1973. Sohn Rethels Aufsätze sind unter dem Titel *Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag" (Berlin 1992)* verfügbar (Anmerkung des Verlages).

lyse vor der Schwierigkeit, daß die Evidenz ihrer Aussagen nur schwer aufzuweisen ist, weil weder Akten noch Memoiren den Faschismus aus der Sicht und im Interesse seiner Opfer zu dokumentieren pflegen.

So hat einer der maßgeblichen Apologeten der Ruhr-Industrie, August Heinrichsbauer, schon 1948 das Bemühen, die konkreten Verbindungen zwischen Vertretern des Kapitals und der faschistischen Partei vor 1933 nachzuweisen, mit dem Argument für aussichtslos erklärt, „daß wirklich vertrauliche Dinge, wie sie gerade die Befassung mit wichtigen politischen Fragen darstellt, nur in vertrautestem Kreise behandelt zu werden pflegen, ohne Hinzuziehung von Gewährsmännern industriefeindlicher Kreise und Zeitungen oder gar der kommunistischen Presse. (...) Dinge, die man nicht einmal über einen ganz kleinen Kreis eigener Berufsgenossen hinaus bekannt werden ließ, hat man bestimmt nicht Außenstehenden anvertraut."[1]

Was hier mit der typischen Arroganz der Macht festgestellt wird, ist in der Tat richtig: „Industriefeindliche" und „kommunistische" Kreise bleiben bei ihrer Analyse des Faschismus im allgemeinen auf indirekte Beweise und theoretische Deduktionen angewiesen, weil die erreichbaren Dokumente meist aus formellem, in öffentlich-rechtlichem oder verbandlichem Interesse archivierten Material bestehen, wohingegen in Entscheidungsprozessen das Wichtigste informell (wenngleich in geregelter Weise) und in nicht archivierbaren Formen festgemacht und beschlossen wird. Dies gilt vor allem für den politischen Kernbereich bürgerlich verfaßter Gesellschaften, für welche rechtliche Regelungen politischer Entscheidungen konstitutiv sind und dennoch die Wirklichkeit wesentlich nicht ausmachen. Diesen Kernbereich bildet das funktionale und institutionell-organisatorische Verhältnis von Ökonomie und Politik, das sich zwar in den Beziehungen zwischen Einzelkapitalen und Kapitalgruppen (und deren Repräsentanten) einerseits, politischen Führungsgruppen andererseits jeweils widerspiegelt, durch diese Beziehungen allein jedoch nicht hinreichend zu bestimmen ist. Aber selbst die gespeicherte Information über diese Beziehungen sagt in der Regel über den wirklichen informellen Entscheidungsgang wenig aus. Entsprechend weist die Archivdokumentation ein naturwüchsiges Übergewicht an formellen Entscheidungen, also an staatlich-politischen Willensbildungsakten und Maßnahmen auf, das eine dokumentarische, für den „exakten Historiker" da-

mit aber scheinbar „bewiesene“ Disproportionalität zwischen Politik und Ökonomie erzeugt, die materialistisch nur auf dem Wege der Ableitung aus generellen theoretischen Prämissen über die wesentlichen Strukturen kapitalistischer Gesellschaften (über die gerade selbst im Faschismus nicht „entschieden“ wird) wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Anders gesagt: Das Übergewicht des formell-staatlichen Quellenmaterials führt stofflich in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft zur interpretatorischen Feststellung eines Primats der Politik im Umgang mit der Ökonomie. Für den Faschismus heißt dies in der Schlußfolgerung, daß nicht spezifische Forderungen und Erfordernisse der kapitalistischen Akkumulation und Reproduktion die politische Fälligkeit des Regimes erzwungen und seine politischen Handlungen langfristig und wesentlich bedingt haben, sondern, umgekehrt, daß das politische Programm des Faschismus die „Industrie" in seinen Bann gezogen und dem Regime hörig gemacht habe. Der Logik ihres Erkenntnisinteresses folgend zieht die bürgerliche Analyse des Faschismus aus dem vorhandenen Archivmaterial den Schluß, den Publikationen à la Heinrichsbauer nahelegen wollen, und postuliert so die „totale“ Herrschaft des faschistischen Staates über die ökonomisch herrschende Klasse.

Was einer materialistisch-dialektischen Analyse von der stofflichen Seite her fehlt, ist, schlicht gesagt, das Gegenstück zum Staatsarchiv: die ebenso dokumentarische Ausweisung des informellen Prozesses. Eine solch eklatante „Beweislücke“ ist für die marxistische Analyse immer nur punktuell zu schließen. Um so wichtiger ist es, wenn es gelingt, diese Lücke durch authentische Einblicke von Einzelpersonen an zentralen Punkten des Umschlags von ökonomischen Interessen in politische Entscheidungen zu füllen, wie dies in den Aufzeichnungen von Sohn-Rethel der Fall ist.

So gesehen ist es einer der folgenreichsten Zufälle für die Faschismus-Forschung, daß ein marxistisch geschulter Wissenschaftler in den entscheidenden Jahren der Faschisierung quasi ungestört Einblick in wichtige interne Vorgänge und politische Überlegungen verschiedener Kapitalfraktionen erlangte und damit befähigt worden ist, ihre ökonomische Interessenlage und ihre Schwierigkeiten theoretisch zu erfassen und mit empirischer Beweiskraft darzustellen, wie diese die politische Tendenz zur faschistischen Diktatur vorangetrieben haben.

II.

Die besondere inhaltliche Leistung von Sohn-Rethel besteht darin, daß er die Beziehungen zwischen Industrie- und Finanzkapital und Faschismus stringent aus den Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und im nationalen, die internationale Konkurrenz reflektierenden Rahmen zu entwickeln und daraus die Interessenrichtung zu bestimmen vermag, die sich politisch, d. h. auf die Formen und Träger staatlicher Herrschaft bezogen, artikulierte. Damit wird „die Industrie" weder idealtypisch auf einen Machtblock unter mehreren reduziert[2], noch werden ihre verschiedenen Fraktionen wie in der Monopolgruppen-Theorie der DDR-Autoren letztlich als reine Machtgebilde beschrieben, die ihre politische Durchsetzungsfähigkeit allein ihrem ökonomischen Gewicht (und damit ihrer als Macht begriffenen ökonomischen Stärke statt ihrer relativen, durch die Krise bestimmten Reproduktionsschwäche) verdanken. Bei Sohn-Rethel erscheinen Interessendifferenzierungen vielmehr von vornherein vermittelt, d. h. nicht erst der „Gesamtkapitalist" oder die stärkste Monopolgruppe als politischer Repräsentant erzwingen den Interessenausgleich, sondern dieser entwickelt sich aus den Problemen der Kapitalverwertung am Kulminationspunkt der Reproduktionsschwierigkeiten des ökonomischen und politischen Systems insgesamt.

Daß dieser Interessenausgleich nur auf der Linie einer faschistischen Krisenlösung liegen konnte, geht aus der Darstellung Sohn-Rethels eindeutig hervor. Dabei sind es vor allem zwei politische Leistungen zur Lösung der ökonomischen Probleme, die das faschistische Regime zu erbringen verspricht und die deshalb das gemeinsame kapitalistische Interesse an diesem Regime begründen. Erstens die langfristige Durchsetzung einer politischen Expansion im Dienste der Markterweiterung für die deutschen Kapitale vor allem in Richtung Südosteuropa. Zweitens die terroristische Disziplinierung der deutschen Arbeiterschaft auf einem Lohnkostenniveau, das die Akkumulationsmöglichkeiten der deutschen Kapitale sprunghaft verbessert.

Beide Leistungen wurden von einem Regime erwartet, das die veränderten Voraussetzungen bürgerlicher Herrschaft herrschaftsmethodisch auf eine qualitativ neue Formel brachte, insofern sie das genaue

Gegenstück zur reformistisch abgesicherten Herrschaftsform der „stabilen" Jahre der Weimarer Republik darstellte, deren nichtgewaltsame, auf sozialpolitischen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft basierenden Integrationsmöglichkeiten die Weltwirtschaftskrise gerade zerstört hatte.

Die faschistische Lösung der ökonomisch verursachten Systemkrise der ersten deutschen Republik mußte um so wahrscheinlicher werden, je mehr die Arbeiterbewegung ihre Unfähigkeit zur revolutionären Wendung der Systemkrise erwies[3], je eindeutiger alternative Lösungsversuche einer kapitalistischen Krisenlösung eine Rückkehr zur Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften implizierten, und je mehr sich infolgedessen die Interessen der unterschiedlichen Kapital-Fraktionen auf der Linie der skizzierten politischen Erwartungen vereinigten und darüber hinaus den traditionellen Gegensatz zwischen Großagrariern und Exportindustrie auszugleichen imstande waren.

Die in der historischen Forschung inzwischen kaum noch bestrittene Vereinigung unterschiedlicher Kapital-Interessen auf der faschistischen Linie[4], die Ende 1932 das ehemalige Brüning-Lager der exportorientierten Industrie aufgelöst hatte, wird in der Darstellung Sohn-Rethels in ihren wesentlichen Interessenrichtungen plausibel gemacht und damit aus dem ökonomischen Gesamtprozeß, insbesondere aus dem Zerfall des Weltmarktes, erklärt. Drei Schwerpunkte seiner Darstellung sind dabei für die marxistische Faschismusanalyse ihrer exemplarischen Qualität wegen von besonderer Bedeutung: Expansionspolitik, Unterdrückung der Arbeiterbewegung und Verbindung von Industrie- und Agrarpolitik.

Die strategischen Planungen im Rahmen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), die Sohn-Rethel aus eigener intimer Kenntnis schildern kann, setzten für ihre Realisierung eine politische Führungsgruppe voraus, die nicht nur entschlossen und in der Lage war, die Störungen des Akkumulationsprozesses außen- und handelspolitisch rigoros zu beseitigen, sondern die auch innenpolitisch ein Programm durchzusetzen vermochte, das einen für alle Kapitalfraktionen annehmbaren Kompromiß darstellte. Bei einer Identifikation von Kapital und Gesellschaft war, so gesehen, die NS-Diktatur in der Tat eine „Regierung der nationalen Einheit", ihr Programm ein Programm der

„nationalen Erneuerung". Sohn-Rethel weist aber gerade nach, daß die Richtung und politische Perspektive dieses Programms nicht etwa durch die Zwangslage vorbestimmt ist, die erst dazu geführt hat, die handlungsunfähigen Führungsgruppen der Präsidialkabinette durch die in dieser Richtung handlungswillige faschistische Führungsgruppe zu ersetzen. Damit löst er die immer wieder künstlich herausgestellte Priorität von ökonomischer bzw. politischer Herrschaft (theoretisch gefaßt: von Autonomie oder Heteronomie faschistischer Regime)[5] auf: Die für das Kapital notwendig gewordene Strategie stellt den Zusammenhang mit einer politischen Gruppe her, die in genau derselben Richtung marschiert und über einen für ihre Durchsetzung ausreichenden Massenanhang verfügt. Eine gleichgerichtete Verlötung von Industrieinteressen und politischen Ambitionen einer zunächst selbständig entstandenen Bewegung hatte sich schon in der Faschisierung Italiens vollzogen: Die Industrie mußte die nach 1920 unterbrochene Akkumulation beschleunigt und außen wie innenpolitisch abgesichert fortsetzen; das faschistische Regime wollte Italien weltpolitisch und „historisch" stark machen. Diese Darstellung einer strategischen Transmission zwischen Ökonomie und Politik durch ein dazu notwendiges und hinreichend starkes politisches Regime verweist die berühmte Primatfrage[6] auf die Ebene eines formell-heuristischen Problems. Denn ohne der Frage nach einem Primat von Politik bzw. Ökonomie auf der personellen Ebene ihrer Entscheidungsträger nachzugehen, will Sohn-Rethel gerade zeigen, daß die ökonomisch zwingend gewordene Krisenlösungsstrategie des deutschen Kapitals den Zwang zur terroristischen Diktatur des Faschismus setzt, der als politischer Garant dieser Krisenlösung seinerseits die ökonomischen Zwangsgesetze vollstreckt, welche damit auf irreversible Weise in Gang gebracht sind. Indem Sohn-Rethel schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges darlegte, daß der faschistisch abgesicherte Vollzug kapitalistischer Reproduktion die ständig neu produzierten ökonomischen Schwierigkeiten letztlich nur durch militärische Expansion zu lösen versuchen kann, hat er überzeugend den Raub- und Eroberungskrieg als notwendigen Bestandteil der Krisenlösungsstrategie nachgewiesen und seines von bürgerlichen Historikern oft auf die „persönliche Dämonie" Hitlers zurückgeführten „irrationalen" Charakters entkleidet. Die Raison des Weltkrieges bleibt bei ihm weder exzentrisch zu den Interessen des

deutschen Kapitals noch gilt sie als glatter Ausdruck der Summe konkreter ökonomischer Interessen (wie in der DDR-Literatur vorherrschend), sie liegt vielmehr unverrückbar auf der Linie und in der Logik des einmal eingeschlagenen Ausweges aus der ökonomischen Krise. Für den Faschismus bleibt also durchgängig konstitutiv, was für jede Form kapitalistisch organisierter Reproduktion der Gesamtgesellschaft gilt: daß die Erfordernisse der Kapitalverwertung – die gerade nicht unbedingt identisch sind mit der Summe der Einzelförderungen „der Kapitalisten" – sich durchsetzen. Am Unvermögen, der Kapitalverwertung einen alternativen Weg zu bahnen, scheiterten denn auch die bürgerlich-parlamentarische Politik der Weimarer Endphase wie alle Versuche einer bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus, deren innere Unmöglichkeit in der deutschen Situation Sohn-Rethel überzeugend darstellt.

Gewiß bedeutet diese Verlötung von sozialer Herrschaft und politischem Regime keineswegs lückenlose Übereinstimmung. Darin ein Spezifikum des Faschismus zu sehen, ist nur ein verbreiteter Fehler in der doktrinären „marxistischen" Analyse bürgerlicher Gesellschaften. Eher ist ein Unterscheidungsmerkmal gerade in dem Versuch des korporativen Staates zu erblicken, die Übereinstimmung so weit wie möglich auch institutionell zu sichern. Tatsache bleibt aber auch unter solchen Bedingungen, daß die „ideologische" faschistische Großraumpolitik die gleichgerichteten ökonomischen Forderungen nach Markterweiterung, neuen Rohstoffquellen und Arbeitskräften ausdrückte und daß ihr nicht zufällig die militärischen Planungen des Generalstabs entsprachen. Was später zu Differenzen zwischen diesen verschiedenen „Machtgruppen" führte, war nicht die langfristige Perspektivplanung, sondern es waren die unterschiedlichen Vorstellungen über Voraussetzungen und zeitlichen Ablauf ihrer Durchführung.

III.

Die terroristische Form der faschistischen Diktatur ist jedoch nicht nur Ausdruck gesellschaftlicher Militarisierung in außenpolitischer Absicht, sondern sie dient zunächst und vor allem dem Zweck, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu zerschlagen beziehungsweise

unterdrückt zu halten. Denn die Erschließung neuer Märkte und Rohstoffquellen für die deutschen Kapitale setzt eindeutig voraus, daß die durch die Weltwirtschaftskrise blockierte Kapitalreproduktion erneut in Gang kommt und auf dem gegebenen Stand der Technologie wieder Profite abwirft. Dies erfordert für das Kapital entscheidend veränderte Verwertungsbedingungen, die nur auf Kosten der Arbeiterklasse geschaffen werden können. Die Strategie zur wirtschaftlichen „Erholung" ist demnach allein als eine politische Strategie wirksam, die die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durchsetzt und garantiert. Genau an diesem Knotenpunkt ökonomischer Erfordernisse und politischer Leistungen der Diktatur setzt Sohn-Rethels zentrale These zur Funktionsbestimmung des Faschismus an.

Ihre entscheidende Formulierung, der Faschismus bedeute die „Rückkehr" zur absoluten Mehrwertproduktion, trifft einerseits den Kern einer materialistischen Faschismustheorie: Der Faschismus wird abgeleitet aus der materiell-ökonomischen Basis des Klassenverhältnisses, d. h. der Notwendigkeit einer drastischen Erhöhung der Mehrwertrate angesichts der Krisensituation, in der sich besondere nationale Kapitale im Rahmen des kapitalistischen Weltsystems befanden. Andererseits kann diese Verwendung des Begriffs des „absoluten Mehrwerts" zu Mißverständnissen führen, weil damit bei Marx eine allgemeine Form der kapitalistischen Produktion gemeint ist, die ebenso wie die Form des „relativen Mehrwerts" (deren Basis sie ist) nicht zur Unterscheidung historischer Phasen der kapitalistischen Produktionsweise dienen soll, sondern in allen Phasen existiert.

Der Sachverhalt, den Sohn-Rethel mit dieser Formulierung kennzeichnet, stellt eine besondere, historische Situation der kapitalistischen Mehrwertproduktion dar, in welcher die ökonomischen Methoden und – was wesentlich ist – die klassenpolitischen Konstellationen der absoluten Mehrwertproduktion aufgrund besonderer Bedingungen das Übergewicht erhielten: gewaltsame Ausdehnung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit bei gleichbleibendem Preis der Arbeitskraft, d. h. staatlich sanktioniertem Einfrieren der Löhne.

Darüber hinaus ist es die in der faschistischen Konjunktur in Deutschland eintretende Zerreißung des Zusammenhanges von Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und Senkung des Werts der Arbeitskraft, die die Verwendung der Kategorie des absoluten Mehr-

werts zur Analyse der faschistischen Krisenlösung nahelegt. Obwohl nach der zunächst – durch Kapitalvernichtung in der Krise und die ungeheure Arbeitslosigkeit ermöglichten – rein quantitativen Ausdehnung der Produktion auf gleichbleibender technologischer Grundlage (diese Aussagen gelten nur im Durchschnitt) für das deutsche Kapital mit der Erreichung der „Vollbeschäftigung“ (1937/38) die Notwendigkeit einer auch qualitativen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eintrat, wurde durch die Rüstungsproduktion ein wachsender Teil des steigenden gesellschaftlichen Wertprodukts quasi außerhalb des „normalen“ Reproduktionsprozesses verbraucht. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit setzte sich kaum in die Sektoren der deutschen Wirtschaft fort, die die notwendigen Lebensmittel produzierten. Eine der steigenden Produktivkraft entsprechende Senkung des Werts der Arbeitskraft trat nicht ein. Gleichzeitig fiel der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert, da der durch höhere Arbeitszeit und steigende Intensität der Arbeit erhöhte (und zwar überproportional erhöhte) Verschleiß der Arbeitskraft nicht durch eine entsprechende Erhöhung des Lohns kompensiert wurde. Die staatlich organisierte Umlenkung des Wertprodukts und des zu akkumulierenden Mehrwerts in die Rüstungsproduktion (garantiert durch eine „Verstaatlichung“ des gesamten Kreditwesens) hatte eine ungeheure Verzerrung der Produktionsstruktur zur Folge: ein überproportionales Anschwellen der Produktionsmittel- und eine Stagnation der Konsumtionsmittelindustrie. Dieser Prozeß wird von keynesianisch orientierten makroökonomischen Analysen des deutschen Faschismus nach 1945 bestätigt.[7] Nach 1935/36 löste diese Entwicklung verschiedene Konflikte aus, die von Sohn-Rethel z. T. geschildert werden, wie die Nahrungsmittelkrise, später auch Konflikte innerhalb der Deutschen Arbeitsfront und zwischen dieser und anderen Machtgruppen des Regimes. Sohn-Rethels Formulierung, die faschistische Konjunktur löse sich „von den Bedingungen der ökonomischen Wertbildung und des Krisenzyklus“, könnte verallgemeinert werden, indem man den skizzierten Prozeß als nationalstaatlich beschränkten Versuch der Ausschaltung des Wertgesetzes in seiner regulierenden Funktion bezeichnet. Sohn-Rethel macht an anderer Stelle eine entsprechende Andeutung, dort nämlich, wo er auf die Folgen der Abschließung vom Weltmarkt und der Aufhebung seiner intervalutarischen Kontrollfunktion zu sprechen kommt.

In der Tat waren Verlauf und Struktur der faschistischen Konjunktur nur möglich auf der Basis einer – andererseits für die Erhaltung des deutschen Kapitalismus notwendig gewordenen – Abschließung vom Weltmarkt, weshalb die Rückkehr zu einem relativ freien Weltmarkt auch den Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Deutschland bedeutet hätte. Daß diese Abschließung vom Weltmarkt und der Versuch, sich dessen regulativer Kontrolle zu entziehen, nur ein vorübergehender, in Krieg und Nachkriegskatastrophe endender sein konnte, ist klar. (Man vergleiche dies mit dem „Verfall des Dollar" auf dem Hintergrund des Vietnamkrieges). Deshalb muß hier auch offen bleiben, ob Sohn-Rethels zweite zentrale These vom Widerspruch zwischen Produktions- und Marktökonomie – soweit sie zur Charakterisierung von Verlauf und Struktur des Akkumulationsprozesses dient – nicht ebenfalls von dieser spezifischen Krisenlage des kapitalistischen Weltmarktes geprägt ist. Immerhin führte gerade der Zweite Weltkrieg zu einer Reorganisation des kapitalistischen Akkumulationsprozesses im Weltmaßstab, die gerade durch die Internationalisierung der Produktion und die Verdichtung der Weltmarktbeziehungen einen enormen Aufschwung ermöglichte. Damit ist nicht gesagt, daß sich ähnliche Krisensituationen nicht wiederholen können.[8] Auch kann hier nicht die Fruchtbarkeit dieses Teils der Faschismustheorie Sohn-Rethels für eine allgemeine Theorie des gegenwärtigen (Spät-)Kapitalismus, d. h. für die Frage nach den Veränderungen der Formen der Vergesellschaftung und ihrer Widersprüche, geprüft werden.

Daß die Entwicklung im faschistischen Deutschland zwangsläufig auf den Raubzug durch Europa hindrängte, macht Sohn-Rethel überzeugend klar. Die Vernichtungstendenz wurde im Innern erst möglich, nachdem die Tarif- und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse ausgeschaltet waren. Die terroristisch erzwungene Steigerung der Mehrwertrate zeigte eine der zerstörerischen Logik der absoluten Mehrwertproduktion (Ausdehnung des Arbeitstages auf 24 Stunden) entsprechende Konsequenz im SS-Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit", das während des Krieges KZ-Insassen, andere Häftlinge und Kriegsgefangene traf. Der „deutsche Arbeiter" hatte demgegenüber den marginalen „Schutz" der DAF; die stärkere Einbeziehung der „deutschen Frau" in den Rüstungsproduktionsprozeß während des Krieges wurde durch den Zwangseinsatz von über 7 Millionen auslän-

discher Arbeiter gebremst. Diese Zusammenhänge machen deutlich, daß die Wiederingangsetzung der kapitalistischen Akkumulation nach der Weltwirtschaftskrise und die nationalstaatlich-imperialistische Perspektive der Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals (insbesondere auf der Basis einer mitteleuropäischen Großraumpolitik) für die Allianz von Kapital und Faschismus nicht nur eine rein ökonomische Begründung abgibt, sondern bei der faschistischen Bewegung und dem faschistischen Regime eine spezifische geschichtliche Qualität voraussetzt: nicht nur die machtpolitische Eroberung und Absicherung eines erweiterten Marktes, sondern primär die Schaffung der klassenpolitischen Voraussetzungen dafür, daß diese Expansionsstrategie überhaupt möglich wurde, die Garantie einer Klassensituation, die gewissermaßen die ganze Arbeiterbewegung seit dem Kampf um den „Normalarbeitstag" rückgängig machte. Die sich eröffnende Perspektive einer erneuten Weltmarktpräsenz hatte zur Bedingung, daß die Nazis im voraus, institutionell, terroristisch oder anders, die Gefahr ausschalteten, daß die dazu nötige Arbeitskraft nicht zur vollständigen Verfügung gestanden hätte. Dies ist die materialistische Ableitung für die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung und gilt gleichermaßen für Italien.

Ein anderes Moment der Herstellung der inneren Voraussetzungen für die neue Expansionsstrategie des Kapitals stellen die internen Auseinandersetzungen in der faschistischen Bewegung selbst dar. Von der Anfangsidentität zwischen Generalstabsplanung, Kapital und Regime war schon die Rede. Historisch fand diese Identität ihren spektakulären Ausdruck in der Zerschlagung der kleinbürgerlich-rebellischen Bewegung der SA – im sogenannten „Röhm-Putsch". Sohn-Rethel versucht, diesen Konflikt in die Klassenanalyse des deutschen Faschismus zu stellen. Eindeutig zeigt sich bei dieser Darstellung die Koppelung politischer Ereignisse mit der sozialen Bewegung einerseits und den spezifischen Erfordernissen der Kapitalbewegung andererseits. Gewiß sind soziale Inhalte und Widersprüche der ganzen SA-Bewegung, die zum Teil auf ähnlich gelagerte sozialrebellische Inhalte des ursprünglichen, städtischen Faschismus in Italien hinweisen, weitgehend bekannt. Gleichwohl bleiben Erklärungen meist abstrakt-allgemein, indem sie sich festmachen an einem formellen Widerspruch zwischen kleinbürgerlicher Auflehnung einerseits und dem machtpoli-

tischen Zwang zur Allianz der faschistischen Führung mit Großkapital und Reichwehr andererseits. Sohn-Rethel deckt die materielle Allianz auf, die über die bloße Zerschlagung potentiell jakobinisch-kleinbürgerlicher Tendenzen hinausweist und die im deutschen Faschismus dieselbe Tendenz ausdrückt, wie sie für die „institutionelle Strategie" des italienischen Faschismus kennzeichnend war. Es ging nicht nur um eine machtpolitisch kontingente Allianz zwischen faschistischem Regime und Kapital, so zeitgebunden und (in illusorischen, teils allerdings bestätigten Zukunftsperspektiven des Großkapitals) interessengebunden diese Allianz auch war. Es ging vielmehr, wie bei der Verstaatlichung der faschistischen Bewegung in Italien 1926/27, um die schlichte Wiederherstellung der spezifisch bürgerlichen, nämlich verrechtlichten, legal-formalisierten Qualität des Staates, wenngleich in der pervertierten Form des „Führerstaates". Der Führerstaat ging – im Gegensatz zum SA-Staat – insofern in die Bürgerlichkeit zurück, als in ihm der Zugang zum Machthaber (Carl Schmitt) geregelt wurde, wobei diese Regelung nur die formelle Seite des. wichtigeren Inhalts war, daß – selbst informell – die Garantie der Kapitalreproduktion auch im Faschismus als zentrale Aufgabe staatlicher Maßnahmen gewährleistet wurde. Die kleinbürgerliche Revolte hatte sicher nicht die für das System zerstörerische Komponente der proletarischen Klassenbewegung, aber sie war geeignet, den Reproduktionsprozeß, der mittels des Faschismus wieder in „geregelte" Bahnen gelenkt werden sollte, zu stören. Der „Röhm-Putsch" stellt, so betrachtet, nichts machtpolitisch Zufälliges dar, ist auch mit dem Konflikt Reichswehr-Monopolanspruch versus SA-Einbruch in das staatliche Gewaltmonopol nicht hinreichend beschrieben, sondern eben wesentlich für die Konsolidierung des faschistischen Regimes als einer spezifisch bürgerlichen Herrschaftsform.

IV.

Im Widerspruch zur materiellen Identität von Faschismus und den Zwängen der kapitalistischen Reproduktion in einer spezifischen Krisensituation scheint die Agrarpolitik des deutschen Faschismus zu stehen. Oberflächlich gesehen, fixiert sich der Faschismus in starkem

Maße ideologisch an tradierten Vorstellungen eines gesunden „Bauerntums". Von der sozialen Basis her bilden agrarische Bevölkerungs- und Interessengruppen ebenso einen Teil der faschistischen Bewegung wie das städtische Kleinbürgertum. In einzelnen Fällen, wie in Finnland nach dem Ersten Weltkrieg, ist Faschismus ausschließlich Agrarfaschismus; ebenso hatte sich in Österreich eine regionale Front der Agrargebiete gegen das rote, industrielle Wien gebildet. Hatte sich im italienischen Faschismus auch literarisch das „Land" gegen die „Stadt" gestellt, so drückte sich diese Wendung im deutschen Faschismus am stärksten in der „Blut-und-Boden-Mythologie" aus. Der Widerspruch war allerdings auch hier in erster Linie nicht ein ideologischer, sondern ein ökonomischer, vor allem in Deutschland mit seinem Vorsprung der Industrie vor der Landwirtschaft. Die Subventions- und Entschuldungspolitik bedeutete schon seit längerer Zeit eine Profiteinbuße und damit eine Hemmung der Akkumulation, die zumal in der Weltwirtschaftskrise den Widerstand des Kapitals hervorrufen mußte. Den entscheidenden Aspekt aber schildert Sohn-Rethel: die sich aus der Konsequenz der kapitalistischen Expansionspolitik (Mittel-Südosteuropa-Pläne) entwickelnde Stoßrichtung der Agrarpolitik. Die als Hinterland für die Eroberung einer neuen Weltmarktposition zu erschließenden Länder standen als Agrarexporteure in Konkurrenz zur deutschen Landwirtschaft. Hier mußte das faschistische Regime einen Perspektivenwechsel vollziehen. Es gehört zu den – auch von der informellen und Personalseite her – spannendsten Teilen der Analyse von Sohn-Rethel, wie es dem deutschen Großkapital in dieser Situation gelang, das Regime zu einem regelrechten „Bauernlegen" zu veranlassen, und wie im Gefolge der faschistischen Konjunktur die Landwirtschaft voll der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen wurde (Erbhofgesetzgebung als Basis für die Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie etc.). Gewiß nahm das Regime Rücksicht auf „die Landwirtschaft", aber eben auf die Interessen der kapitalistisch produzierenden Großagrarier, nicht auf diejenigen der „Bauern", wie es die Ideologie vorgab. Auch hier lassen sich Parallelen zu Italien ziehen, wenngleich die spezifischen Unterschiede zu berücksichtigen sind, die sich aus dem relativ niedrigen Stand der kapitalistischen Entwicklung in Italien, dem niedrigen Stand der Vergesellschaftung der Arbeit und aus der Dominanz der Landwirtschaft ergeben. Was aber

für den deutschen Faschismus wesentlich war, die Durchsetzung der Expansion des Kapitals und ihrer Voraussetzungen, hatte der italienische Faschismus bereits in Gestalt der beschleunigten Akkumulation des Kapitals, der staatlichen Eingriffe zur Rettung der Industrie während und nach der Weltwirtschaftskrise, vorexerziert. Jeweils waren das Landproletariat und die *mezzadri* (Pächter) ebenso die Leidtragenden wie das Industrieproletariat.

Die doppelte Stoßrichtung des deutschen Kapitals (Mittel- und Südosteuropa als Expansionsraum, in der Kompensation zugleich Exportraum für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Deutschland) dient schließlich zur Klärung der Widersprüche, die ökonomisch bei der außenpolitischen Bündnispolitik (Achse Berlin-Rom) der beiden historischen faschistischen Regime ausbrachen und in Italien zur Kündigung der Allianz zwischen Kapital und Agrariern einerseits, faschistischem Regime andererseits führten. Für die italienische Landwirtschaft bedeutete die Orientierung des deutschen Markts an den „Balkanländern" einen schweren Einschnitt in die eigenen Exportmöglichkeiten nach dem Deutschen Reich. Gerade in den Folgewirkungen der kolonialen Politik des faschistischen Italiens und als Ausweg aus der französisch-englischen Sperre gegenüber den italienischen Produkten hatte die italienische Landwirtschaft zunächst im Reich den Ausweichmarkt gefunden. Noch wichtiger und noch dramatischer war diese neue Lage aber für das auf dem Weltmarkt ohnehin schwache, durch die Absperrung gegen den Westen doppelt getroffene italienische Kapital, das von Anfang an auf Exporte stark angewiesen war. Für das italienische Kapital bot der Donauraum die sozusagen natürliche Expansionsmöglichkeit. Außenpolitisch versuchte das Regime in der Zeit vor dem „Stahlpakt", genau diesen Raum gegenüber Deutschland abzuschirmen (Beistandspakte mit Ungarn, Jugoslawien etc.). Der Plan einer umgestellten Exportpolitik ließ aus dem deutschen Kapital den stärksten Konkurrenten werden – und aus dem Stahlpakt in der Sicht des italienischen Kapitals die widernatürliche Verbindung eines schwachen mit einem stark expansiven Konkurrenten. Ökonomisch hätte eine Bündnispolitik mit England für die italienischen Exporte eher den Charakter einer flankierenden außenpolitischen Maßnahme gehabt. Hier soll die weitere Entwicklung der italienischen Situation nicht analysiert werden. Wesentlich bleibt der Aspekt, wie ökonomi-

sche Gründe zur Desintegration der Basis des italienischen Regimes führen mußten: Seit 1938 befand sich die faschistische Diktatur in Italien auf dem Weg zum Untergang, da zu dem nur kurzfristig während des Abessinienfeldzuges übertünchten Dissens vor allem der Arbeiterklasse, aber zunehmend auch anderer Bevölkerungsgruppen der Entzug des „Vertrauens", d. i. des Konsenses der Großagrarier und der Industrie, hinzukam.

V.

Insgesamt läßt sich die soziale Funktion des Faschismus zusammenfassen als imperialistische Expansion mit militärischen Mitteln auf der Grundlage einer doppelten Garantie für das kapitalistische System: der Garantie seiner ökonomischen Reproduktion zu optimalen Konditionen des Kapitals, insofern der Faschismus die Arbeiterklasse selbst am reformistischen Kampf um die Lohn- und sozialpolitischen Bedingungen ihrer Ausbeutung hindert; und der Garantie seiner durch die ökonomische Entwicklung gefährdeten politischen Reproduktion, insofern der Faschismus die Arbeiterbewegung insgesamt zerschlägt und damit ihren revolutionären Kampf gegen das ganze System der Mehrwertproduktion mit terroristischen Mitteln präventiv unmöglich macht.

Während die auch gegen die reformistische Arbeiterbewegung gerichtete Gewalt ein Spezifikum der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft darstellt, ruft die gleichzeitige gewaltsame Repression der revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse den gemeinsamen Nenner aller bürgerlichen Herrschaftsformen in Erinnerung und stellt die Faschismustheorie in den Zusammenhang der allgemeinen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer „normalen" Staatsform, deren soziale und politische Funktion eben darin liegt, kapitalistische Akkumulation sowohl wirtschaftspolitisch abzusichern (Funktion des „Staatsinterventionismus") als auch mit dem stets latenten staatlichen Gewaltmonopol vor einer revolutionären Bedrohung zu schützen (Funktion der „präventiv-permanenten Konterrevolution"). Sohn-Rethels Analyse weist genau auf die noch unausgefüllten Stellen einer umfassenden konkret-allgemeinen Theorie über den Faschismus, für

die mit dem für Deutschland doppelten ökonomischen Zwangscharakter des Übergangs zur faschistischen Diktatur erst die eine Seite ihres zentralen Problems geklärt ist. Denn diese Entwicklung läßt sich weder für Deutschland noch für Italien ohne gleichzeitige Analyse des Zustands der Arbeiterbewegung und ihrer Aktionen im Klassenkampf hinreichend erklären. Eine umfassende Faschismustheorie steht also vor dem großen Problem, daß, je nach dem geschichtlichen Stand der Akkumulation auf der einen und der Klassenkämpfe auf der anderen Seite, der Zusammenhang zwischen Kapitalbewegung und Klassenbewegung erst jeweils konkret ausfindig gemacht werden muß. Wichtigster Punkt einer allgemeinen Faschismustheorie wird dabei die adäquate Einschätzung des Zwangs zur Integration der Arbeiterklasse sein, der zum wesentlichen, von Staats wegen zu lösenden Problem der Kapitalreproduktion geworden ist, seit es eine Arbeiterbewegung gibt und erst recht seitdem diese sich in einem Lande auf revolutionärem Wege durchsetzen konnte.

Sowohl in Italien 1920 als auch in Deutschland mit der Weltwirtschaftskrise scheiterte das reformistische Konzept der Integration (Giolittismus in Italien, sozialdemokratische Politik in der Weimarer Republik) an dem Widerspruch zwischen Integrationskosten und Akkumulationszwang. In Italien brach dieser Widerspruch an den besonderen Akkumulationsschwierigkeiten des italienischen Kapitals nach dem Ersten Weltkrieg auf, in Deutschland an den besonders gravierenden Folgen der Weltwirtschaftskrise; in beiden Fällen hätten die hohen reformistischen Integrationskosten zum Zusammenbruch der erweiterten Kapitalreproduktion führen müssen. Daher rührt die Notwendigkeit einer Integrationsstrategie, die weniger Kosten verursacht, sei sie terroristisch wie in den Anfängen aller faschistischen Bewegungen, sei sie institutionell wie im ausgebauten korporativen System, die aber, wie Sohn-Rethels Ausführungen über die tendenzielle Rückkehr zur absoluten Mehrwertproduktion zeigen, ebenso Zwangscharakter annimmt wie die Anstrengung, das Problem der abgeblockten Profitrealisierung auf dem Weltmarkt politisch zu lösen.

Mit Sohn-Rethels Darstellung und theoretischer Reflexion der tatsächlichen Entstehung des deutschen Faschismus ist der Ausgangspunkt für eine die geschichtlichen Unterschiede und die widersprüchlichen Erscheinungen zusammenfassende materialistisch-dialektische

Theorie des Faschismus erreicht. Unter Marxisten wird dieser Beitrag die weitere Diskussion über eine materialistische Faschismus-Theorie vorantreiben und darüber hinausgehenden Fragen – wie die nach den allgemeinen Bedingungen der institutionellen Strategie des Kapitals in unterschiedlichen Phasen der Klassenauseinandersetzungen – klären helfen. Gewiß werden sich an Sohn-Rethels Ansatz auch innermarxistische Kontroversen entzünden. Die herrschende Richtung der bürgerlichen Faschismus-Forschung freilich wird mit den Analysen Sohn-Rethels wenig anfangen können, da sie an einer wirklichen Klärung der geschichtlichen, also über die sogenannte „Epoche des Faschismus" hinausreichenden, Bedeutung des Faschismus nicht interessiert sein kann.

Anmerkungen

1 August Heinrichsbauer, *Schwerindustrie und Politik*, Essen 1948.

2 Wie bei Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944* (engl. 1944), Köln/Frankfurt 1977, und Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964.

3 In den nach 1933 verfaßten Analysen Sohn-Rethels wird diese Bedingung des Faschisierungsprozesses nicht mehr erörtert, weil die Eingriffsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung sich mit der faschistischen Diktatur fast völlig erledigt hatten. Die Darstellung kann deshalb als ökonomistisch verkürzt erscheinen, wenn man sich den Zusammenhang nicht vor Augen führt, wie er in dem Aufsatz über *Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus* entwickelt ist. Vgl. dazu Niels Kadritzke, *Faschismus als historische Realität und unrealistischer Kampfbegriff*, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 8/9 (3. Jg. 1973, H. 3), S. 103 ff.

4 Vgl. insbesondere Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?* Köln 1967, und die sehr aufschlußreichen Erinnerungen von G. Gereke, *Ich war königlich preußischer Landrat*, Berlin (DDR) 1971. Wie weitgehend diese Tatsache auch in der westdeutschen Geschichtswissenschaft akzeptiert wird, zeigt exemplarisch Hans Mommsen, *Art.: Nationalsozialismus*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Freiburg 1971.

[5] Zur Alternative Heteronomie vs. Autonomie vgl. Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967 (Einleitung), sowie ders., *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen,* München 1968. Zur Kritik dieser Alternative vgl. Johannes Agnoli, *Zur Faschismusdiskussion* (in diesem Band) sowie Bernhard Blanke, *Thesen zur Faschismusdiskussion*, in: *Sozialistische Politik*, 1. Jg. 1969, Heft 3, S. 52 ff.

[6] Vgl. Tim W. Mason, *Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus,* in: *Das Argument*, Nr. 41 (8. Jg. 1966 H. 6, S. 473 ff. und die Kontroverse in: *Das Argument* Nr. 47 (10. Jg. 1968, H. 3): Eberhard Czichon, *Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht* (S. 168 ff.); Tim Mason, *Primat der Industrie? Eine Erwiderung* (S. 193 ff.), Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, *Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945* (S. 210 ff.).

[7] René Erbe, *Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-39 im Lichte der modernen Theorie*, Zürich 1958; Gerhard Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958. Daß diese keynesianischen Analysen eine Alternative zur faschistischen Konjunktur in einer innenpolitisch sozialpartnerschaftlichen und außenpolitisch friedlichen Form des „Staatsinterventionismus" ex post für möglich halten, liegt an ihrer Unfähigkeit, die wesentliche Basis der kapitalistischen Produktion und Reproduktion, die Produktion von Mehrwert, zu erkennen, und an ihrer Mißachtung der Weltmarktzusammenhänge. Zum allgemeinen theoretischen Rahmen der hier diskutierten Probleme vgl. Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, *Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung,* in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 2 (Februar 1972), S. 1 ff.

[8] Vgl. hierzu Christel Neusüß/Bernhard Blanke/Elmar Altvater, *Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise*, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 1 (November 1971), S. 5 ff., sowie Christel Neusüß, *Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals. Kritik der Leninschen Imperialismustheorie und Grundzüge einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen,* Erlangen 1972.

Krise und Krisenbewußtsein im Deutschland der Zwischenkriegszeit

Es geht mir hier nicht um eine allgemeine historiographische Bestandsaufnahme der Epoche, noch um eine sozioökonomische Vertiefung ihrer Probleme, ihrer Konflikte und ihrer Krisenanfälligkeit.[1] Meine Fragestellung ist – ausnahmsweise – anders: Was hat sich in Deutschland auf der Ebene der Ideologie tatsächlich abgespielt, wie wurde die Krise wahrgenommen – und inwiefern kam sie auch zum Bewußtsein. Dabei interessieren mich die Weimarer Verwicklungen nur am Rande. Es gilt eher, die Auswirkungen bestimmter Erfahrungen und Erscheinungen jener Zeit auf das heutige Deutschland genauer zu fassen. Dies um so mehr, als in der gängigen deutschen Diskussion bei jedem Anzeichen von Unordnung oder einer vermuteten Gefährdung des ordentlichen Gangs der ökonomischen, politischen, sozialen Dinge das „Gespenst von Weimar" hervorschaut; oder umgekehrt auf die „Lehre von Weimar" hingewiesen wird.

Da tut sich freilich ein weites Feld auf. Ich beschränke mich auswählend auf ideologische Positionen und auf Personen, die in meiner Sicht emblematisch sind. Ich unterscheide zwei Phasen der deutschen Reflexion auf die europäische Krise, die zwei klar getrennten Abschnitten der historischen Wirklichkeit entsprechen: erstens die Phase von Weimar, wobei ich den Nationalsozialismus vernachlässige, weil er die Folge der Krise, nicht ihre Ursache ist; und zweitens die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, in der ich auf das kritische Nachdenken über Weimar und die „Fatalität" des nationalsozialistischen Auswegs eingehe – ein Nachdenken, das sowohl für die Wiedererrichtung des bürgerlichen Staates in Westdeutschland wie für die grundlegenden politischen Entscheidungen der deutschen politischen Kräfte und Parteien nach 1945/48 eine besondere Bedeutung gehabt hat.

Es scheint mir allerdings nötig, auf ein anderes Problem hinzuweisen. Wir sprechen bisweilen ziemlich unbefangen von der Tiefe und Radikalität der nach 1919 ausgebrochenen Krise: eine Welt, die zusammenbricht, ein gesamtes Wertesystem, das seine historische Gel-

tung verliert, soziale Verhaltensweisen, die verschwinden, Strukturen, die sich auflösen. Betrachten wir aber mehr aus der Nähe, was nach dem 1. Weltkrieg, auch angesichts des Aufstieges des Faschismus in Italien, gesagt und gedacht wurde, dann merken wir, daß die damalige Reflexion sich weniger auf eine Krise von großer historischer Tragweite, als auf bestimmte politische Erscheinungen bezog, die einen momentanen, lokalen Charakter zu besitzen schienen und sich somit nicht in jener Radikalität präsentierten, die *wir* heute in ihnen erblikken. Ich gebe ein klassisches Beispiel: Carlo Sforza und seine Analyse der *Dittature Europee* in dem in England, in London 1931 herausgegebenen Werk *European Dictatorships*. Sforza sah Hauptursachen und Kernpunkte einer Krise, die er als vorübergehend beurteilte, in drei Momenten: in der Offensive der im Gewand neuer diktatorischer Regimes agierenden alten Autokratie gegen die auf dem Vormarsch befindliche Demokratie; im Kampf der Industriellen und Großgrundbesitzer gegen die bolschewistische Gefahr – in Wirklichkeit, wie er hinzufügte, gegen jede Art Sozialismus und Arbeiterbewegung – und schließlich, bezogen auf die Staaten Mitteleuropas, im Antisemitismus. Sforza bleibt also auf der ideologisch-politischen Ebene und sieht die Krise nicht so sehr als Zusammenbruch eines Wertesystems, einer Kultur, vielmehr als Kampf und Reaktion der alten Kräfte gegenüber jener neuen geschichtlichen Realität, die durchbrechen, sich durchsetzen will: Arbeiterbewegung und Demokratie.

Die Frage stellt sich also, ob zwischen 1919 und 1939 unter den Kräften in Europa, die das soziale, politische und kulturelle Leben dieser Zeit bestimmten, das klare Bewußtsein einer radikalen Krise bestand. Oder ob jene Vergegenwärtigung des Krisen- und Übergangshaften der Zeit nicht eher eine quaestio post festum ist, auf die wir kommen, nachdem die Epoche schon in der Geschichte verschwunden ist und von ihr nichts bleibt als die Folgen – die ertragen und korrigiert, vor allem aber erkannt werden müssen.

Tatsächlich decken sich unsere Analysen nur teilweise mit dem, was von den Protagonisten der Krise selbst gesagt und gedacht wurde. Denn jene setzen die Bedingungen und die Kriterien eines intellektuellen Prozesses voraus, der erst nach 1945, teilweise sogar erst in den sechziger Jahren begann. Dies besagt, daß unser Krisenbewußtsein den hegemonialen Kräften der Weimarer Zeit, um beim deutschen

Beispiel zu bleiben, nicht interpoliert werden kann. Denn erst nach 1945 stellte sich die Aufgabe, ein umfassendes, komplexes System sozialer und politischer Strukturen und Werte, das vom Faschismus zerstört worden war, wieder herzustellen. Und um von der materiellen Basis der heutigen Gesellschaften zu sprechen: erst nach 1945 tauchte das Problem auf, den im Krieg fast völlig zerstörten Weltmarkt zu erneuern; in einer ökonomisch-politischen Situation, die das Herausfallen weiter Gebiete aus dem Markt selbst und das Ende jenes internationalen politischen Szenariums verzeichnete, das bis 1939 der weltweiten Reproduktion der Kapitale auf internationaler Ebene wirksam gedient hatte. Ich bezweifle nicht, daß auch nach 1919 eine ökonomisch kritische Situation vorlag. Aber ihre Komponenten waren deutlich andere. Lyttelton hat darauf hingewiesen, daß sich z.B. die ökonomisch-merkantile imperialistische Stellung Londons nach dem 1. Weltkrieg merklich geschwächt zeigte.[2] Gleichwohl haben wir keinen der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg vergleichbaren Einschnitt in der Entwicklung des Kapitalismus. Vielleicht gab es aus diesem Grund auch keinen kapitalistischen Wiederaufschwung im Weltmaßstab, demjenigen ähnlich, der sich nach 1948/49 ereignet hat. Auf jeden Fall unterlag das kolonial-imperialistische System nach 1919 allein quantitativen Veränderungen; Verschiebungen, die auf ökonomischer Ebene die Beherrschung des Marktes, auf politischer die Vorherrschaft bestimmter imperialistischer Staaten über andere betrafen und die dann jene Konkurrenzsituation reproduzierten, die schon die Zeit des „klassischen" Vorkriegsimperialismus geprägt hatte.

Weil sich also der Zusammenbruch des Kolonialsystems, und mit ihm die Zerstörung der alten Weltmarktordnung imperialistischer Art, 1919 noch gar nicht ereignet hatten, konnte daraus in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg auch kein klares Bewußtsein dessen entstehen, daß das Jahr 1919 einen historischen Übergang nicht kontingenten, sondern epochalen Charakters markieren könne.

Dies gilt auch im Bereich der Politik. Es ist bekannt, was in Frankreich und England geschah: gewiß bedeutsame Verlagerungen, die aber das Gesamtsystem unangetastet lassen. In England ereignete sich sicherlich auch ein qualitativer Sprung, als die Labour Party die Macht erlangte. Aber gerade dieser qualitative Sprung bestätigte die Funktionsfähigkeit des englischen parlamentarischen Systems, die Tauglich-

keit des bürgerlichen Staates für eine Gesellschaft, die kapitalistisch produziert. Er brachte daher keine soziopolitische oder ökonomische Veränderung mit sich, die die Vorstellung einer radikalen Krise bedingt oder ihr Nahrung gegeben hätte.

Ich sage all dies auch, um die gänzlich andere Situation schärfer herauszuheben, die sich in jenen europäischen Ländern zeigte, für die die Niederlage von 1919 wirklich den Untergang und Zusammenbruch einer ganzen politischen Kultur mit sich brachte. Wenn nicht den Zusammenbruch, so zumindest die Auflösung der historischen Macht einer Klasse (in Deutschland der Junker), eines langen Klassenbündnisses (zwischen Junkern und den großen Industriebaronen der Ruhr) und schließlich den sozialen Zerfall der bürgerlichen Welt: jener, wenn man will, großen Welt der Kultur, Wissenschaft und Kunst, die die Zeit des Kaiserreichs prägte.

Aber auch für Deutschland selbst ist es wohl angebracht, eine weitere Unterscheidung zu treffen, die uns zum Kern der Frage führt.

Der Zusammenbruch jener alten deutschen Welt, die nach 1870 geschaffen worden war und sich politisch konstituiert hatte, war durchaus real. Doch hinterließ er Sieger und Besiegte: Sieger, die zweifellos vorläufige waren, die zuerst zu Hauptfiguren einer neuen Epoche aufzusteigen schienen, um dann im bürgerlichen Gegenangriff niedergeschlagen zu werden. Und Besiegte: die alten sozialen Schichten, die vordem die politische Macht besaßen, d.h. die politisch führende Klasse im eng staatlichen Sinne, welche nach der Rückeroberung ihrer Positionen und expressis verbis nach politischer Rache trachten (die kapitalistische Großbourgeoisie blieb zunächst bloß Zuschauer). Sie wird sich dann wiederum mit jenen Forderungen und Revanchebedürfnissen verbinden, die in den großen Massen der Kleinbürger verbreitet waren – einer Schicht, die zuerst durch die Niederlage, dann durch die Inflation hart geprüft worden war.

Für die deutsche Arbeiterbewegung hingegen, für die schon betagte Sozialdemokratie und für die schmalen liberaldemokratischen Teile der Bourgeoisie bedeutete 1919 keineswegs eine Krise der Werte, sondern einen neuen Anfang: die Perspektive einer demokratischen, republikanischen Neugestaltung und der experimentellen Errichtung eines „Sozialstaates" zeichnete sich ab; eines Sozialstaates, der mit tiefreichenden Strukturreformen die Probleme eines Kapitalismus lösen

sollte, dessen historisches Ende nahe bevorzustehen schien. Das deutlichere Bewußt- und Überzeugtsein von einer politisch-sozialen Krise finden wir eher auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung, der sich als kommunistische Partei konstituieren wird. Aber auch für die Kommunisten bestand die Krisensituation nicht im Sturz der alten Werte, der als Sieg der Freiheit empfunden wurde, sondern im ihrer Ansicht nach ungelösten Problem einer strukturellen sozialen Kontinuität des alten gesellschaftlichen Gefüges in Deutschland, das, wenn auch bisweilen in demokratischer Verkleidung, in der Republik fortlebte. Die (kommunistische) Linke stellte nicht nur die Tatsache fest, daß der staatlich-bürokratische Apparat durch den politischen Einschnitt des Jahres 1919 nicht tangiert worden war, sondern erkannte das wesentlichere, daß mit dem Verschwinden von Kaiser und Junkern weder die kapitalistische Produktionsweise noch die hegemoniale Stellung der Großbourgeoisie irgendeine Veränderung erfahren, geschweige denn eine Niederlage erlitten hatten.

Völlig entgegengesetzt, und für unser Thema um einiges interessanter und faszinierender, war das Verhalten der deutschen Rechten angesichts der 1919 entstandenen Lage. Nicht die Arbeiterbewegung, nicht die demokratischen Kräfte, sondern die im 1. Weltkrieg Besiegten entwickelten ein relativ ausgeprägtes Bewußtsein, daß 1919 und die Folgezeit keine bloß militärische, dynastische Niederlage, das rein institutionelle Ende eines Systems darstellten, sondern den Untergang einer geschichtlichen Totalität. Gleichzeitig sahen sie die Möglichkeit der Abhilfe (und der Revanche) nur in der radikalen Umkehrung jener Situation, die dem Sturz der alten Werte gefolgt war. Die historische Notwendigkeit eines *Umbruchs* präsentierte sich – ein Schlagwort, das wir in der rechten Jungendbewegung, in der intellektuellen Bourgeoisie, in sämtlichen konservativen Milieus und Organisationen finden und das später zu einem der Referenzpunkte und bevorzugten ideologischen Begriffe der „Revolution" der Nationalsozialisten werden wird.

Die Rechte sieht also in der Revolution von 1919 (die sie andererseits, gleich der Ideologie des italienischen Faschismus, als Fortsetzung der französischen Revolution begreift) eine Tat, die die Welt weniger geändert als vielmehr gestört hat. Hierdurch werden offensichtlich die politischen Präferenzen und ideologischen Richtungen,

die der *Überwindung* der aktuellen Krise ihren spezifischen Inhalt verleihen, entscheidend bestimmt: 1919 schafft eine historische Aporie, und die Aufgabe der Rechten wäre es, den Ausweg zu finden, indem sie zum wahren Umbruch, zur wahren Revolution vordringen. Nebenbei bemerkt sprach man in der geistigen Welt der Weimarer Zeit oft von der „konservativen Revolution", die bestimmt sei, das zu restaurieren, was 1789, der russische Oktober und der deutsche November zerstört hätten oder zerstören wollten. Im Versuch, die Krise zu meistern, kam man zu der explosiven Mischung zweier scheinbar verschiedener Elemente, die beide als spezifische Kategorien des Krisenbewußtseins in der Rechten vorhanden waren: des Kulturpessimismus auf der einen, der heroisch-barbarischen Lösung auf der anderen Seite. Ich sage explosiv, weil Weimar gerade durch die Verbindung dieser zwei Elemente tatsächlich die ideologische Atmosphäre schafft, die dem zukünftigen Aufstieg der Nationalsozialisten zuträglich sein wird. Was ich die heroisch-barbarische Lösung nenne, ist auch in Italien relativ bekannt, zumindest in seinem literarisch-ästhetischen Niederschlag. Ich denke z.B. an die Werke von Ernst Jünger, eines ihrer bedeutendsten Exponenten. Am Rande sei bemerkt, daß sich in Jüngers Lebensauffassung zum Teil jene Erfahrung der Frontsoldaten ausdrückt, die die Existenz einer internationalen Solidarität der Kämpfenden feststellen wollte, die von der Arbeiterbewegung nicht verstanden und somit politisch vernachlässigt worden wäre. Daß sich die Rechte darum kümmerte, ist ein Punkt, über den wir uns einigen können. Hingegen habe ich angesichts der positiven Wertung der Fronterfahrung ziemliche Bedenken. Es ist das nationalistische (und sicher nicht internationalisierte) Denken der Bewegung der „Frontsoldaten", dem in Deutschland die politische Option einer auch militärischen Revanche entspringt. Jedenfalls handelte es sich um eindeutig eversive Zielsetzungen, die einer konkreten Kenntnis der Schwierigkeiten geschuldet waren, welche die neue deutsche Demokratie den reaktionären Kräften bereitete.

Um zu erläutern, was Krisenbewußtsein bedeutet, fasse ich die Positionen zweier seiner wichtigsten Vertreter zusammen. Der bedeutendste Denker des Kulturpessimismus ist bekanntlich Oswald Spengler. In seinen Betrachtungen über den „Untergang des Abendlandes" konkretisiert sich ein breit angelegter Interpretationsentwurf der Welt-

geschichte: eine Geschichtsphilosophie, die für Spengler die überkommenen Schemata (aufklärerisch, hegelianisch und marxistisch) eines stetigen Fortschritts der Kultur zu ersetzen hätte. Das Spenglersche System hat einen ausgesprochen kulturalistischen Charakter. Es entfaltet sich scheinbar in einem bloß ideologischen, dem Überbau zugehörigen Bereich. In Wirklichkeit hat es aber insoweit einen ökonomisch-sozialen Grund, als der Untergang des Abendlandes, den Spengler während der Jahre der europäischen Krise zu erkennen glaubt, auch mit einer soziopolitischen Krise der Macht (von der ich schon sprach) und dem ökonomischen Abstieg weiter Teile der Mittelschichten zusammenfällt. In beiden Fällen sind jene sozialen Klassen betroffen, die vor dem Kriege auf der einen Seite die Subjekte, die Träger der tatsächlichen politischen und sozialen Macht waren, auf der anderen dem System gegenüber den Massenkonsens sicherten – eben die Zwischenschichten. Der „Untergang", der sich auch bei Spengler mit der historischen Notwendigkeit des „Umbruchs" verbindet, führt ihn zu einem politischen Denken, das im grob wörtlichen Sinn sicher nicht nationalsozialistisch ist.

Gleichzeitig entwickelt es jedoch Gehalte, die sich den faschistischen Plänen unschwer einfügen lassen. Der Ausweg aus der Krise, die „Morgendämmerung" einer neuen Welt, zeigen sich als politisches Projekt, als politische Entscheidung, die es vermag, erneut ein geordnetes, nicht länger gestörtes System zu errichten, und die zu diesem Zweck politische Mittel anwendet, die sozusagen bar aller von der Krise affizierten Elemente sind. Es handelt sich noch nicht um den „nationalen Sozialismus" oder „Nationalsozialismus", aber immerhin um einen „preußischen Sozialismus". Es handelt sich um eine interessante, wenn auch seltsame Vorstellung eines Sozialismus ohne Emanzipation der unteren Klassen; eines Sozialismus, der auf die Fähigkeit des Proletariats zu politischer Artikulation und sozialer Befreiung überhaupt nichts gibt und auf den Prozeß der Selbstbestimmung und Autonomisierung der unteren Klassen verzichtet. Spenglers Vorschlag stellt einerseits entschieden auf die hierarchisch-militärischen Kreise, andererseits auf die elitär-aristokratischen ab (eine Vorwegnahme der neuen Techno-'Aristokratie') und versucht, die Gesellschaft in Auflösung, die Kultur im Untergang dadurch zusammenzuhalten, daß er die in die Krise geratenen autoritären Strukturen wiederbelebt. An diesem

„Preußentum" können wir auch bestimmte Ansichten Robert Michels zum hierarchischen Charakter der Gesellschaft verifizieren, die dieser bezeichnenderweise aus der Organisationserfahrung der preußisch-deutschen Sozialdemokratie abgeleitet hatte. Ich füge hinzu, daß in der Konzeption des preußischen Sozialismus in einem bestimmten Sinne die Gestalt des Arbeitenden (wie übrigens auch bei Jünger) rehabilitiert wird, nicht als Subjekt revolutionären Bewußtseins und Handelns, sondern als die ein wenig mystifizierte Figur des deutschen Arbeiters: diszipliniert, gehorsam, subaltern und fleißig. Des Arbeiters nämlich, der als stets bereites Ausführungsorgan von Befehlen die ökonomische Basis einer Macht wieder aufbaut, die nicht seine eigene ist, das Fundament einer Kultur, an der er selbst nicht einmal teilhat.

Spengler konzipiert den Ausweg aus der historischen Aporie (die neue „Dämmerung" nach dem „Untergang") und den Beginn einer neuen Kultur ganz klar als Prozeß einer Re-Hierarchisierung und Neustabilisierung der Macht- und Befehlsstrukturen. Der allgemeine, philosophische Charakter seiner Ideen hindert ihn jedoch daran, genauere politische Parameter anzugeben, die die Umsetzung der Lehre in politisches Handeln ermöglichen könnten.

Ein detaillierterer Lösungsvorschlag zur politischen Erneuerung – als notwendige Bedingung für das Wiedererstarken der Kultur und der „verlorenen" Werte – wird von Carl Schmitt entwickelt und für die praktische Politik, d. h. für die nationalsozialistische Bewegung (verstanden als „Überwindung" der Krise) verwendbar gemacht. Schmitt erlangt für die weiteren Geschicke Deutschlands ein theoretische und geschichtliche Bedeutung, die jene des öfter gefeierten Spengler deutlich übersteigt.

Schmitt wird von einigen (so z. B. von E. Nolte) als der Alfredo Rocco des Nationalsozialismus betrachtet. In Wahrheit besteht zwischen beiden ein grundlegender Unterschied. Rocco war eine historische Figur von großer Bedeutung für die faschistische Politik, während Schmitt über die ideologische Ebene nie hinauskam. Rocco war der Erbauer des faschistischen Staates (ein Faktum, das in Deutschland nicht einmal den Historiographen des Faschismus geläufig ist); Schmitt mußte sich mit der Rolle des Schöpfers und Koordinators der Ideologie des nationalsozialistischen Rechts zufriedengeben. Dagegen ist die Differenz auf rein intellektueller Ebene sicherlich nicht be-

deutend. Auch Schmitt ist einer der faszinierendsten und wirkungsreichsten Denker der deutschen Rechten. Ist, und nicht: war. Dies ist ein weiterer Unterschied zwischen ihm und Rocco, der mir beachtenswert scheint.

Rocco dauert heute nur noch als historische Figur fort, und nur in der Form seiner bisweilen veränderten Gesetzbücher, die durch die historische Entwicklung jedenfalls überholt sind. Schmitt hingegen bleibt sowohl in der politischen Praxis der heutigen Gesellschaft in Deutschland wie auch in den Theorien des gegenwärtigen bürgerlichen Staates, des Spätkapitalismus, präsent. Und nicht nur in Deutschland, wo sein Denken allenthalben wieder aufkeimt, sondern auch im Ausland.

Es ist Schmitt, der im Deutschland der Zeit nach dem 1. Weltkrieg die ideologischen Grundlagen der Krise als solcher zusammenfaßt, um – ihm zufolge jenseits von historischen Zufälligkeiten oder Epochalitäten vollendeter Zyklen (Spengler) – ihre ersten Ursachen ebenso wie den Weg zu ihrer Überwindung zu bestimmen – in einer Perspektive, welche die Restauration der Machtstrukturen mit dem verbindet, was als Konstruktion einer modernen, einem neuen Typus zugehörigen und der Massengesellschaft angemessenen Form der Herrschaft gedacht war. In einer weniger philosophischen, aber radikaleren Sichtweise als der Spenglers bedeutet Krise für Schmitt das Ende einer Totalität und den Übergang in eine andere. Nur handelt es sich für ihn nicht um die Krise der alten Welt und des Wertesystems im Vorkriegsdeutschland, sondern eher um die Zersetzung fundamentaler sozio-politischer und moralischer Strukturen, eine Zersetzung, die seiner Ansicht nach einerseits durch das pluralistische, liberaldemokratische, andererseits durch das klassengeprägte, sozialistische System bewerkstelligt und, institutionell gesehen, vom Parlamentarismus verursacht wurde. Schmitt begibt sich also auf eine Ebene, die um vieles konkreter und in ihren Konsequenzen unmittelbarer reaktionär ist als selbst die Ideologie vom „Untergang des Abendlandes“.

Ich sagte, daß Schmitt eine totale, alles umgreifende Vorstellung der Krise hat. Für ihn kommt der gesellschaftlichen Totalität eine ihrem Wesen nach ideelle Qualität zu, die zwar die ökonomische Realität mit einbezieht, sich aber in der politischen Ordnung entwickelt und konkretisiert, theoretisch gesehen im *Begriff des Politischen*. Was für

Schmitt durch die Krise gefährdet wird, ist das Politische, als totale Konkretion der Wirklichkeit, als – um verständlicher zu formulieren – strukturelle Basis des allgemeinen Prozesses der sozialen Reproduktion. Demzufolge kann die Auflösung der sozialen Aporie allein in der Rekonstruktion des Politischen bestehen.

Was bedeutet Rekonstruktion des Politischen bei Schmitt? Er versteht die Krise als einen Prozeß des Auseinanderfallens, in welchem der Staat – kategoriales Phänomen, das das Politische in der Geschichte verwirklicht – seine wesentliche Zweckbestimmung als integrative soziale Kraft verliert, daher seine raison d'être verfehlt und dessen Scheitern das Fundament von Gesellschaft, Kultur und sämtlichen Werten in Frage stellt. Die Funktion des Politischen liegt also substantiell darin, die Gesellschaft zu integrieren, die ohne jene politische Qualität auf ein die Ordnung sprengendes, destruktives Konfliktniveau zusteuern würde. Hier besteht eine klare Rückbindung an den klassischen Strang der bürgerlichen Staatsvorstellung: eine offene, ziemlich freimütige Anerkennung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates, der zu einer kategorialen Totalität erhöht wird. Und in diesem Sinne gehört es (weiterhin nach Schmitt) zur Funktion des Staates, innerhalb seiner institutionellen Strukturen jene Formen zu schaffen, die dem Politischen gestatten, dauerhafte nationale Einheit und nationalen Konsens zu erzeugen. Er eliminiert dabei alle Formen des Konflikts zwischen Einzelinteressen, Gruppen und Klassen. Und dies bedeutet: *auch die Emanzipation der Gesellschaft vom Staat wird aufgehoben.* Betrachten wir nun in knapper Form einige der wichtigsten Punkte von Schmitts Lehre, die sich, nebenbei bemerkt, um Wirtschaft und soziale Prozesse nicht sonderlich kümmert. Bekanntlich vernachlässigt die Rechte gerne die ökonomische Basis der Politik.

Die Behauptung, der Staat sei nicht länger in der Lage, eine fragmentierte und zerrissene Gesellschaft zu integrieren, die in Einzelkonflikte – ob von Gruppen im allgemeinen Sinne, ob im besonderen von Klassen – zersplittert ist (ein Punkt, über den Schmitt und Rocco vollkommen einer Meinung wären) bedeutet, daß Schmitt in der *Krise der zentralen Autorität* die Hauptursache der politischen und geistigen Auflösung ausmacht. Dadurch gelingt es, kategorial die *Form des Politischen* zur entscheidenden Instanz aller einzelnen geschichtlichen Phänomene und Prozesse zu verabsolutieren. Wenn die zentrale

Autorität in die Krise gerät, kommt es überall zu Veränderungen; sie schlagen in allen Bereiche von Kultur und Gesellschaft, und, im Falle des Kommandos über die Arbeit, auch in der Produktionssphäre durch. Die Krise der Zentralautorität beschränkt sich also nicht auf den Staat und seine verfassungsmäßigen Organe, wenngleich letztere in Schmitts Darlegung ein Übergewicht erhalten, das sowohl vom Primat des Politischen wie auch aus der institutionellen Situation der Weimarer Republik herrührt. Sie trifft Organisationen und Gruppen, die an sich keinen streng staatspolitischen Charakter tragen, beispielsweise religiöse Gemeinschaften und dergleichen, und ergreift auch die Wirtschaft, in der die Krise sich nach Schmitt als Zerbrechen der einzig möglichen Produktionsordnung – der unternehmerbestimmten – zeigt. In diesem Bereich werde also die zentrale Kommandoposition des Unternehmers gegenüber den Arbeitern untergraben. Hier haben wir das antisozialistische Moment: wir befinden uns in der Zeit der Wirtschaftsdemokratie der Weimarer SPD.

Die Krise der zentralen Autorität besteht nicht nur in einer Schwächung und einem Machtverlust von politischen Apparaten, die eigentlich ein Monopol auf Befehlsgewalt und Ermessensfreiheit innehaben müßten. Hinzu kommt – und dies wäre ein zweiter Punkt, in welchem Schmitt für die Diskussion um die Natur des Politischen zu einem sehr aktuellen Denker wird – der Zerfall und die *Zerstörung der Dezisionsmacht*. Jenseits ihres sozialen Charakters und somit der Frage nach ihrem Inhalt (um welche Dezisionsmacht geht es, und welche praktischen Perspektiven könnte die Entscheidung selbst betreffen) handelt es sich auch hier um eine auf einem äußerst generellen, totalisierenden Niveau entwickelte Kategorie – um die Dezisionsmacht als solche.[3]

Um es recht zu verstehen: Eine solche These entspräche der Vorstellung, es sei im politischen Leben notwendig, daß auf alle Fälle jemand Entscheidungen trifft, auch ohne auf deren Richtigkeit zu schauen; gemäß dem berühmten Satz, eine falsche Entscheidung sei allemal besser als gar keine.

Zerstörung der Dezisionsmacht bedeutet für Schmitt, daß das wahre Subjekt der Gesellschaft, der wahre Souverän[4] durch „besondere" Gruppen und Klassen entthront wird, die die Dezisionsmacht für sich fordern, um sie zu usurpieren: die Gesellschaft emanzipiert sich vom

Politischen und von der Form Staat. Hier finden wir den Grund, weshalb die deutsche Rechte Weimar – in Wirklichkeit den Modellfall einer bürgerlichen Republik – als marxistische Republik bezeichnete, die eben jene Suprematie der Form Staat gebrochen habe. Die Krise, verstanden als soziale und kulturelle Dekomposition, die den Übergang der Macht vom Politischen zum Sozialen und eine Verflüchtigung der Dezisionsmacht in die Autonomie einzelner Gruppen mit sich bringt, ist in ihrem Wesen Zerstörung der menschlichen Totalität, *was gleichbedeutend ist mit der Zerstörung des Politischen.* Im Kontext einer politischen Doktrin also beklagt Schmitt den Verlust des Begriffs des Politischen; eines Begriffes, der das methodische Konzentrat der Entscheidungsautonomie der Machtzentren bildet, welche durch die „unnatürlichen" Entwicklungen der modernen Gesellschaft in Frage gestellt wird.

Wie entkommt man der Krise und ihren verderblichen Folgen? Für Schmitt gibt es nur einen tauglichen Weg: die *Rekonstruktion der Autonomie des Politischen* gegenüber und entgegen jeder Schwächungstendenz durch die Gesellschaft; eines Politischen also, das sich als autonom erkennt und seine eigene Souveränität und die Ermessensfreiheit gegenüber allen sozialen Klassen und Partikularinteressen zurückerobert. In diesem Zusammenhang macht Schmitt auch die Methode des Politischen fest. Auch die Methode ist aus dem Auflösungsprozeß herleitbar, der, wie ich andeutete, für Schmitt im wesentlichen in der auf den Klassenkampf gestützten Autonomisierung der *sozialen* (nicht im engeren Sinne politischen) Konflikte besteht, einer Autonomisierung, die sich eben den Mängeln der zentralen Autorität verdankt.

Das ideologische Instrument, das Schmitt entwirft, um rings um die Zentralautorität einen neuen, allumfassenden Konsens zu stiften, finden wir in seiner bekannten Konzeption des „Freund-Feind-Verhältnisses" – im Grunde keineswegs, wie allgemeinhin angenommen, Kern der Schmittschen Lehre, sondern nur Erscheinungsform des Dezisionismus. Indem es eine allgemeine Konfliktualität erzeuge, werde dieses Verhältnis zur Basis der Politik, auf welcher sich dann jener totale Konsens entwickeln beziehungsweise wieder zusammenwachsen könne, der in den partikularistisch-pluralistischen Konflikten zwischen Klassen und Interessengruppen zerbrach. Das Freund-Feind-

Verhältnis entwickelt plebiszitäre Züge, die sich auf die Totalität selbst, d. h. auf das Politische beziehen: auf die autonome, zentrale Dezisionsgewalt. Auf diese Weise gelangt man zur dogmatischen Konstruktion eines verallgemeinerten „Freundes", der gänzlich auf den Inhaber der politischen Macht hin orientiert ist (daher die „plebiszitäre Demokratie" des *Führerstaates*), und eines ebenso marginalisierten „Feindes", der schließlich aus der plebiszitären Gemeinschaft der Nation ausgeschlossen wird. Ob als „innerer" oder „äußerer", im Ergebnis ist er der klassische Staatsfeind.[5]

Zusammenfassend kann man sagen: Bei Schmitt läßt sich die Dezisionsmacht als eine die Totalität verbürgende, autonome Kraft nur dann wiederherstellen, wenn die Gesellschaft, in direktem Bezug auf das Politische, das Verhältnis Freund – Feind (der Gemeinschaft) als einzige Konfliktsituation akzeptiert. Verwerfen muß sie hingegen alle anderen Formen von Kampf und Auseinandersetzung, die nur als Umsturz und prinzipieller Dissens erscheinen und die zu neutralisieren und zu vernichten sind.

Die weitere deutsche Geschichte wird die praktische Wirkung der Schmittschen Positionen demonstrieren, in denen sich gleichwohl Machtmechanismen und -prozesse widerspiegeln, die allen bürgerlichen Gesellschaften gemeinsam sind. Im Nationalsozialismus wird tatsächlich die genaue Identifizierung des inneren (der Jude) und des äußeren Feindes (der Kommunist) – beide übrigens verbunden in der Vorstellung der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung – zu einem der Hauptinstrumente der Integration und Manipulation auf Massenniveau; das Regime setzte es erfolgreich ein, um den Entscheidungen der Reichsführung einen breiten plebiszitären Konsens zu verschaffen.

Die nationalsozialistische Machtgruppe wird Dezisionismus und Autonomie des Politischen (auf welcher materiellen Basis sei hier nicht diskutiert) zu zwei ideologischen Kernpunkten ihres Projekts einer Rettung der deutschen Nation aus der „Krise von Weimar" machen, einer Krise, die jetzt endlich als solche erkannt wird. Der Nationalsozialismus faßt die Lehre Carl Schmitts zusammen und treibt sie ins Extrem. Und er vereint im „Untermenschen", einer Vergröberung nietzscheanischer Reminiszenzen (die sich bei Schmitt nicht findet), der nichts als Objekt der Ausrottung ist, den inneren mit dem äußeren

Feind. Die Vorstellung des „Untermenschen" schließt sich dann mit der des „Übermenschen" als Verkörperung der absoluten Ermessensfreiheit kurz, d.h. mit der nationalsozialistischen Bewegung als Held der großen Lösung, eines Umbruchs, der sich (im erneuten Rekurs auf Schmitt) nicht erst auf 1919, sondern, was noch aufschlußreicher ist, schon auf 1789 bezieht. Nicht zufällig sprach Goebbels am 1. April 1933 in einer Radiorede, die historische Bedeutung der hitlerschen Machtergreifung zusammenfassend, von dieser als von der endgültigen Niederlage des Untermenschen, einer „Erfindung der französischen Revolution".[6] Wir haben es mit jenem Versuch einer auch gegen die rationalistische Aufklärung gerichteten *restauratio magna* zu tun, der auch einen Gutteil des italienischen Faschismus charakterisierte.

Zur Haltung der Linken und der Arbeiterbewegung gegenüber der Krise einige Bemerkungen. Wie gesagt, hatte die Linke, in ihrer Gesamtheit betrachtet, kein Bewußtsein einer radikal kritischen Situation. Meines Erachtens glaubten weder die sozialdemokratischen Theoretiker (den Austromarxismus lasse ich beiseite) noch die Kommunistische Partei, einem „Untergang" oder einem „Umbruch" von rechts gegenüber zu stehen. Ein Beispiel dazu bietet die Analyse des italienischen Faschismus durch Franz Borkenau, Ex-Kommunist, jedenfalls Soziologe marxistischer Provenienz. Die Existenz einer Krise im europäischen Maßstab, die sich etwa im italienischen Faschismus zum ersten Mal hätte manifestieren können, verneinte Borkenau. Vielmehr sah er im Faschismus das Produkt einer rückständigen, anormalen Gesellschaft, und hielt ihn in einem gewissen Sinne für geschichtlich gesehen effizient, um ein ans „dolce far niente" gewöhntes Volk zur Produktivität einer modernen Gesellschaft zu führen. Er folgerte dann (man beachte, im November 1932), daß der Faschismus als spezifisch italienische Form der Krise in der deutschen Gesellschaft, mit ihrem hohen Akkumulationsstand und ihren fortschrittlichen sozialen Organisationsformen (Gewerkschaften, Unternehmer), undenkbar sei und daß Hitler für Deutschland folglich keine Gefahr bedeute. Die Krise wurde also auf Italien beschränkt. Die persönliche Tragödie Borkenaus als Sozialwissenschaftler bestand nun darin, daß seine derart optimistische Abhandlung zum Faschismus und zur italienischen Krise, wegen der bekannten Verzögerungen im Verlagswesen, erst März 1933 publiziert wurde, einen Monat nach Hitlers Aufstieg zur Macht.

Eine überzeugendere Zeitanalyse boten die Faschismusstudien Hermann Hellers, die von 1931 stammen. Seine Analyse ist insofern reich an neuen Motiven, als Heller, obwohl er die terroristischen, illegalen Aspekte des faschistischen Regimes in die Betrachtung einschloß, dessen Gefährlichkeit vor allem in scheinbar legalistischen Tendenzen sah – die meiner Ansicht nach gegenwärtig noch eindeutiger erkennbar sind als damals: Tendenzen, das soziale Leben auf juristische Formalisierungen zu reduzieren. Hermann Heller bestimmte die Krise der Demokratie in den 30er Jahren als Begrenzung von Demokratie (im Sinne der Volkssouveränität, um uns richtig zu verstehen) zugunsten einer Nomokratie – was zum Teil allerdings auch in der Lehre Carl Schmitts und in den politischen Positionen und Entscheidungen Alfredo Roccos auftaucht.

Es soll hier auch auf die Frankfurter Schule hingewiesen werden, die im Rahmen einer Analyse der mit dem Faschismus gekoppelten europäische Krisen, vom marxistischen Standpunkt gesehen, einen eigenen Stellenwert hat. Im Unterschied zu Borkenau, aber auch zur bürgerlichen Soziologie, in Übereinstimmung jedoch sowohl mit den gewiß mystifizierenden Thesen der Komintern wie den von einem Teil der Sozialdemokratie (siehe Austromarxismus) geleisteten Untersuchungen bildet sie vermutlich im intellektuellen und wissenschaftlichen Umkreis in Deutschland jene Strömung, die das Verhältnis zwischen Krise, Kapitalismus und Faschismus mit der größten Klarheit gesehen hat. Dies zeigt ein berühmtes Diktum Horkheimers, das 1968/69 als ein Katalysator der Protestbewegung und der neuen Linken in der Bundesrepublik fungierte: „Wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, soll vom Faschismus schweigen."

In der Arbeiterbewegung selbst waren die beiden großen Parteien, die SPD und die KPD, zu verstrickt in das Problem der politischen Spaltung der Arbeiterklasse und zu engagiert im Versuch, diese Spaltung durch den Sieg über die jeweils andere Partei zu überwinden, als daß sie die Entwicklung klar verstanden hätten, die im Gange war. Beide Parteien bekämpften sich gegenseitig aufs äußerste, ohne ein historisches Bewußtsein der Krise – wodurch deren Eskalation offensichtlich gefördert wurde. Der Bündnisvorschlag der Kommunisten kam zu spät – und die Sozialdemokraten nahmen ihn nicht einmal an.

Wie schon erwähnt, scheint es mir überflüssig, sich im Rahmen

unseres Themas mit dem Nationalsozialismus zu befassen. Denn dieser repräsentiert weniger die Krise als die spezifische Form ihrer Überwindung durch die Perspektive einer extremen Rückwärtsentwicklung. Natürlich bleibt die Art und Weise ihrer Bewältigung auch in besonderem Maße sinnbildlich für die Natur der Krise selbst.

Es scheint mir wichtiger, kurz bei der zweiten Phase der Beschäftigung mit der europäischen Krise zu verweilen: jener in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg stattfindenden Reflexion auf Weimar und auf eine historische Epoche, die schließlich von allen als Krisenzeit erkannt wird. Wie ich anfangs schon sagte, setzt diese Reflexion sowohl die Niederlage des Faschismus wie den Verfall des imperialistischen Weltmarktes voraus. Ihre Prämissen sind also das reale geschichtliche Ende der liberalen Ordnung und die Schwierigkeiten, die das politische, soziale und ökonomische bürgerliche System im Weltmaßstab antrifft, die Veränderung des Imperialismus nach Form und Substanz, die Entstehung eines ökonomisch und sozial verschiedenen internationalen Blocks, und schließlich, auf Deutschland selbst bezogen, das Ende der nationalen Einheit.

Zu der Diskussion, die sich in Deutschland, in unserem Fall in Westdeutschland, entwickelt hat, muß folgendes vorausgeschickt werden. Was in ihr unverändert erhalten bleibt, ist die nationale Orientierung, d.h. die Reflexion in Deutschland richtet sich nur auf die deutsche Vergangenheit und hat eher die spezifische Krise von Weimar als eine Situation auf europäischem oder gar Weltniveau im Blick. Das gilt auch für Denker und Politiker, die nicht mehr an die nationalen Grenzen gebunden sind. Und das Nachdenken über Weimar geht zwar von der Erfahrung des Faschismus und der politischen Perspektive des Antifaschismus aus, wird aber stark von der Tatsache beherrscht, daß in Deutschland der massenhafte Widerstand gegen den Nationalsozialismus ausgeblieben war. Dies führt zu Positionen, die zwar nicht direkt Carl Schmitt folgen, aber doch von den Wertungen beeinflußt werden, die dieser über den „totalitären" Charakter der Massendemokratie getroffen hatte. Das Verhalten der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Hitlerregime schien, im ganzen gesehen, Schmitt recht zu geben. Der Versuch einer Kritik an Weimar und einer aktuellen Anwendung dessen, was nicht zufällig „die Lehren von Weimar" hieß, ging somit schon an seinem Anfang von einer ziemlich

verqueren, schlecht greifenden Vorstellung über die Gegenwart der Massen in der Politik aus, über die Beziehung zwischen den Massen und ihrer Artikulierung einerseits, den Institutionen des Staates und seiner parlamentarischen Verfassung andererseits.

Ein weiteres Element begünstigte die Reduktion des Problems der Krise auf das Scheitern der Weimarer Republik, verstellte für lange Zeit den Horizont jeder Möglichkeit zur Selbstkritik und trug merklich dazu bei, daß kein kritisches Bewußtsein entstand: das beschleunigte Tempo des Akkumulationsprozesses während der Phase, die unmittelbar auf die Wiederherstellung von kapitalistischer Ökonomie und bürgerlichem Staat in Westdeutschland folgte. Das sogenannte Wirtschaftswunder brachte der Bonner Republik, im Verlauf von etwa anderthalb Jahren, eine Produktivitätsrate, die jene des Jahres 1936 übertraf.

Die offenkundige Leistungsfähigkeit einer vom Krieg halb zerstörten Gesellschaft, die darüber hinaus in ihrem sozialen Gefüge durch die Einwanderung von Millionen von Ostflüchtlingen geschwächt, also auch in den ethnographischen Verhältnissen durcheinander geraten, aus dem Weltmarkt verbannt und auf internationaler Ebene machtlos war, diese Fähigkeit, sich zu erholen, wiederaufzubauen und dank der beschleunigten Akkumulation nach kurzer Zeit zu Wohlstand zu kommen, brachte es mit sich, daß in jener Zeit (der Ära Adenauer bis zur ersten Rezession 1966) für eine Debatte über die eventuelle radikale Krise von und in Europa jede raison d'être fehlte. Denn wie hätte sich – in der öffentlichen Meinung, den herrschenden Gruppen der drei größten Parteien, den wirtschaftlichen Führungsgruppen – an ein Hinschwinden der bürgerlichen politischen Formen und der kapitalistischen Produktionsweise, an einen neuen „Untergang des Abendlandes“ denken lassen, während man in Deutschland mit großem Erfolg dabei war, eine Marktwirtschaft ohne soziale und konjunkturelle Zerklüftung, eine extrem effiziente Gesellschaft ohne Klassenkampf und einen liberal-parlamentarisch verfaßten Staat zu konstruieren, der damals wie später als der freiheitlichste Staat apostrophiert wurde, den die deutsche Geschichte je gesehen habe.

So schenkten also die Überlegungen der zweiten Nachkriegszeit den hier angeschnittenen Problemen keine Beachtung, obwohl die Situation objektiv dafür Anlaß bot. Sie beschränkten sich darauf, die

sogenannten „Fehler von Weimar" aufzuspüren, denen man teilweise den Aufstieg des Nationalsozialismus und dessen Folgen zur Last legte. Und die umfassende Erschütterung, die uns so interessiert, den Nationalsozialismus eingeschlossen, wurde nicht als Konsequenz tiefgehender Brüche und Fragmentierungsprozesse begriffen, sondern als Ergebnis von institutionellen und konstitutionellen Fehlern, Irrtümern der Strategie und der politischen Entscheidungen, zeitbedingten, unseligen Mängeln, die der Unreife und bestimmten, für zu utopisch befundenen Orientierungen der Hauptakteure der Weimarer Republik geschuldet seien. Unzulänglichkeiten folglich, die sich leicht vermeiden ließen, wenn ihre Ursachen einmal erkannt wären; wie denn auch eine neofaschistische Wiederkehr und ein Rückfall in die Krise durch eine Korrektur der „Fehler von Weimar" leicht vermeidbar wären. Die kritischen Überlegungen bewegten sich auf eng institutioneller Ebene oder in der Sphäre der politischen Kultur – und dies trifft auf einen großen Teil der Politik- und Sozialwissenschaft immer noch zu. Um hierfür ein Beispiel zu geben: das Wahlsystem von Weimar – das reine Verhältniswahlrecht – wird aus einer solchen Perspektive als eine der Hauptursachen der Krise angesehen und erhält demzufolge eine weit wichtigere Rolle als z.B. das Problem der ökonomischen Konzentration, des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik, der sozialen Konflikte usw.

Auch nach 1945 geht die kritische Reflexion von konservativen Kräften und Tendenzen aus und beschäftigt bald darauf auch die Sozialdemokratie. Auf eine Annäherung an Carl Schmitt, eine Beeinflussung durch seine Lehre, habe ich kurz schon hingewiesen. Und tatsächlich, auch wenn der Grundfehler der Weimarer Republik nicht gerade als Zerfall der zentralen Autorität definiert wird, so identifiziert man ihn – in gewisser Weise die Schmittschen Thesen auf den Kopf stellend – im Wachsen des plebiszitären Elements und der entsprechenden Verstärkung der unmittelbaren politischen Artikulation der Massen und Massenbewegungen. Gegenüber dem Prozeß ihrer Autonomisierung (und nicht mehr, wie bei Schmitt, dem der Gesellschaft im umfassenden Sinne des Wortes, worunter beispielsweise auch die Autonomie der wirtschaftlich beherrschenden Gruppen fällt) habe es der politischen Macht sowohl an der praktischen Fähigkeit wie an einem geeigneten institutionellen System der Neutralisierung gefehlt.

Man kann sagen, daß die Krise von Weimar als Konsequenz eines Einbruchs der Massen in die Politik vorgestellt wurde und wird: als *Vermassung*. Gegenstand der Kritik wird daher das Verfassungssystem von Weimar, mit seiner angeblichen strategischen Disfunktionalität, und Gegenstand des Nachdenkens die Ausarbeitung einer institutionellen Strategie, die einer Begrenzung und Minimalisierung der Gefahren der Vermassung dienen soll. Die Mehrheit der nach 1945/48 aktiven politischen Kräfte sah die Massendemokratie weder als historisch zu lösende Frage noch als politisches Ziel, das in einem kontinuierlichen Emanzipationsprozeß zu realisieren wäre, sondern als ein tendenziell verderbliches, gefährliches Phänomen: als *Nährboden der Diktatur*.[7]

Weimar hatte also nicht verstanden, das Hereinbrechen der Massendemokratie zu verhindern und damit dem plebiszitären System Hitlers den Weg gebahnt. Diese Vorstellung ist zwar merkwürdig, nichtsdestoweniger symptomatisch für weite Bereiche der öffentlichen Meinung und der Welt der deutschen Politik.

Ich beschränke mich auch hier auf eine emblematische Darstellung und erwähne kurz zwei Vertreter des westdeutschen politischen Denkens, denen eine große Bedeutung in der Ausarbeitung der politischen Doktrinen und Strategien der Adenauerzeit zukam: Röpke, ein deutsch-schweizer Wirtschaftswissenschaftler, und Schumpeter, der als Klassiker der Theorie des Parlamentarismus gilt. Röpke war einer der Lehrer von Erhard und gleichzeitig einer der größten Lehrmeister der westdeutschen politischen Klasse in den 50er Jahren. Schumpeter hat zur Entwicklung der offiziellen Ideologie der neuen deutschen Demokratie einen beachtlichen Beitrag geleistet. Beide nehmen von der kritischen, oder genauer, unterschiedslos negativen Parteinahme gegenüber den Phänomenen der „Vermassung" ihren Ausgang, in denen sie die Hauptursachen der Weimarer Krise (Schumpeter), ja sogar, mit Blick auf die Zeit des Faschismus und auf die kommunistische Bewegung, des vorübergehenden Sieges des Bösen über das Gute ausmachen (Röpke). Und für beide wird der liberaldemokratische Restaurationsversuch auf autoritärem Hintergrund zentral, selbstverständlich verbunden mit der Idee des Rechtsstaates: Marktwirtschaft mit Entscheidungs- und Funktionsfreiheit des Unternehmers auf der einen, parlamentarische Demokratie mit weitreichender Autonomie der

„Volksvertreter" gegenüber den Regierten auf der anderen Seite. Beide zielen an erster Stelle auf die Verbindung dieser zwei Begriffe ab: auf das gesellschaftliche und historische Zusammenfallen von Kapitalismus und parlamentarischem System. Das Festhalten an dieser Verbindung wird für Röpke zum Fundament einer politischen, moralischen und ökonomischen Stabilität, die jede weitere kulturelle Auflösung verhindert. Und was den elitär-repräsentativen Staat Schumpeters betrifft, so soll dieser die endgültige Korrekturform der Fehler von Weimar und folglich eine stabile Garantie gegen alle Eventualitäten einer Krise darstellen.[8]

Die Arbeiterbewegung ihrerseits wiederholt, auf der Suche nach den Fehlern von Weimar, die Strategiefehler jener Epoche. Gespalten in eine große Sozialdemokratie und eine kommunistische Partei, die aus der Verfolgung durch die Nazis verkleinert und extrem geschwächt hervorgegangen war, gelangte die westdeutschen Arbeiterbewegung nicht darüber hinaus, die Irrtümer in der politische Linie und der Ideologie zu kritisieren, und fixierte sich schon seit 1945 auf der Warte gegenseitiger Vorwürfe und Verratsbeschuldigungen. Hinzuzufügen ist allerdings, daß eine objektive, zumindest gelassene Bewertung der Weimarer Vorgänge durch die Existenz eines sogenannten Übergangsstaates im Osten Deutschlands massiv beeinträchtigt bzw. im Ursprung verunmöglicht wurde. Wir haben es hier mit einem der Schlüsselprobleme Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg zu tun, das im Ausland oft vernachlässigt wird – mit einer ausgeprägten Sondersituation, die jede Klarheit des Nachdenkens über die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verhindert und seinerzeit auch den Versuch blockierte, auf der Basis eines gemeinsamen Antifaschismus jene Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen, deren Fehlen zum Erfolg des Faschismus in Deutschland unzweifelhaft beigetragen hatte.

Das, was hier die Fixierung auf Weimar genannt werden kann, bestimmte in beachtlichem Ausmaß die verfassungsmäßige Gestaltung der Bonner Republik. Um abzukürzen: die hauptsächliche Sorge des *Parlamentarischen Rates*, der westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung (die übrigens keineswegs eine vom deutschen Volk gewählte Konstituante, sondern aus Vertretern der einzelnen, schon vorher konstituierten Länder zusammengesetzt war und darüber hinaus einem ständigen Druck seitens der Besatzungsmächte unterlag), galt

dem Problem der Massen in der Politik. Man diskutierte die institutionellen Möglichkeiten, ihre Wirkung zu beschneiden – genau gemäß jener „Lehre von Weimar“! Am Ursprung der zahlreichen Auffassungen und Deutungen glaubte man ernsthaft, daß die Ursachen eventueller Systemkrisen und diktatorisch-totalitärer Versuchungen nur durch den Ausschluß jeder Art direkter Präsenz der Wählerschaft in den Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozessen der konstitutionell verfaßten Macht eliminiert werden könnten – eine Bestätigung der Schmittschen Lehre von der notwendigen Autonomie des Politischen gegenüber den Kräften der Gesellschaft. Zurecht ist bemerkt worden, daß die im Bonner Grundgesetz verfaßte Demokratie eine „Demokratie ohne *demos*“ sein sollte, die streng repräsentativen Charakter trägt, vor allem die Unabhängigkeit des Gewählten vom Wähler betont (die Autonomie des Politischen!) und jeden unmittelbaren Ausdruck direkter oder plebiszitärer Demokratie – nach Art eines Referendums beispielsweise – als verfassungswidrig verwirft. Einige Urteile des Verfassungsgerichtes in Karlsruhe haben inzwischen das reine Repräsentationsprinzip der Demokratie in Deutschland bestätigt.

Ich wies schon auf jenen Erfolg in der Wirtschaft hin, der eine ernsthafte, gründliche Analyse der europäischen, vor allem der deutschen Krise der Zeit von 1919-1939 verhinderte und eine sinnreiche Debatte über Perspektiven der Veränderung und Erneuerung verstellte. Heute ist die Situation zum Teil eine andere. Die ökonomische Lage auf der einen, die vieldiskutierte Legitimationskrise des bürgerlichen Staates – die auch in die Protestbewegung der sechziger Jahre führte – auf der anderen Seite erwecken auf der politischen Bühne Bonns erneut das Gespenst von Weimar zum Leben.

Konzeptuell hat sich jedoch an der Diskussion nichts geändert. Das Gespenst einer totalen Krise existiert nicht, ebensowenig, um es positiv zu fassen, das Bewußtsein, daß möglicherweise tiefreichende ökonomische, soziale und auch institutionelle Wandlungen im Gange sind. Nur das Gespenst des Wiederaufflammens einer Krankheit lebt fort, der gleichwohl heilbaren Krankheit von Weimar, die es nun mit angemessenen „prophylaktischen“ Strategien zu vermeiden gilt.[9]

Aus dem Italienischen von Ulrike Hoffmann

[1] Das heißt in der Perspektive des Gesamthemas *Correnti ideali e forze politiche in Europa* (Hg. Paolo Pombeni, Bologna 1979).

[2] Adrian Lyttelton, *La crisi delle democrazie liberali,* in: *European Dictatorships,* London 1931, S. 261.

[3] Die gleiche Art Formalisierung können wir in den soziologischen Analysen Paretos über die politischen Eliten feststellen, deren konkreter, gesellschaftlicher Charakter ihm von zweitrangiger Bedeutung ist. Nur impliziert eine lückenlose Formalisierung sowohl bei Pareto wie bei Schmitt im Grunde eine reaktionär geartete Lösung und schließt qua Vorherrschaft der Form emanzipative und fortschrittliche Wege aus.

[4] Ich erinnere an eine der grundlegenden Definitionen Carl Schmitts: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt“ (*Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (1934), Berlin [3]1979, S. 11) – selbstverständlich in konservativer Lesart nur die politische Zentralgewalt, sicher nicht eine revolutionäre Instanz der Masse.

[5] Diesem Motiv entspringt der Vergleich zwischen Carl Schmitt und Rousseau, der dazu beigetragen hat, daß die politische Klasse in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg jede Art Massendemokratie ablehnte.

[6] „Und damit wird das Jahr 1789 aus der Geschichte getilgt“. Zu 1789 als Revolution des Untermenschen siehe auch *Das Schwarze Korps,* die Zeitschrift der SS, vom 22. August 1940.

[7] Siehe die Einschätzung in dem „klassischen“ historiographischen Werk von Hans Herzfeld, *Die moderne Welt 1789-1945,* Bd. II, 1960, S. 206. In den Jahren nach 1968/69 kamen diese Thesen, gerichtet gegen die Bewegung zur Demokratisierung der Gesellschaft, wieder zur Blüte und gipfelten in der Ineinssetzung von Demokratisierung, Vermassung und Totalitarismus bei Hennis, Voegelin und anderen bekannten Vertretern einer Politikwissenschaft konservativer Couleur. Von Hennis wurde der Ausspruch berühmt: „Die Demokratisierung der Gesellschaft ist der Hauptfeind der Demokratie.“ Man versteht darunter: des politischen Systems, wie es im Bonner Deutschland herrscht. Doch auch diese Art „Modell Deutschland“ hat in Italien beachtlichen Erfolg.

[8] Die Verbindung zwischen Kapitalismus (zu deutsch: „Marktwirtschaft“) und Parlamentarismus ist immer noch ein programmatisches Kernstück

der deutschen Christdemokraten und der Liberalen – auch mit Blick auf die Europawahlen. Die Sozialdemokratie zeigt in diesem Punkt eine beunruhigende Gespaltenheit und Verunsicherung. Gerechterweise sei hinzugefügt, daß das Karlsruher Verfassungsgericht, sicher nicht Inbegriff des Fortschritts, in einem seiner Urteile kategorisch feststellte, daß im parlamentarisch-repräsentativen Verfassungssystem keine Vorentscheidungen über Wirtschaftspolitik und Produktionsweise enthalten sind.

[9] Auf diese „Prophylaxe" bezog sich letzthin Kohl, in einer Fernsehsendung in den Niederlanden. Um die Berufsverbote zu verteidigen, berief er sich auf die „Erfahrung von Weimar" und behauptete, daß die Weimarer Republik nicht das Opfer einer politischen Krise geworden wäre, hätte der damalige Staat die Berufstätigkeit der Nationalsozialisten und der Kommunisten im Öffentlichen Dienst verboten.

„Jenseits von Liberalismus und Sozialismus" Korporatives System, Kapitalismus und Faschismus in Italien

I.

Zum vierzigsten Jahrestag der Sozialenzyklika *Rerum Novarum* des Leo XIII. verkündete am 15. Mai 1931 Pius XI. seine *Quadragesimo Anno*. Der Hauptgedanke der Enzyklika galt der „Wiederherstellung der sozialen Ordnung" und das Hauptinteresse der vom faschistischen Regime in die Wege geleiteten korporativen Reorganisation des Staats. Die katholische Kirche selbst, so sehr sie mit den Lateranverträgen von 1929 zufrieden war, hatte mit dem totalitären Anspruch des Faschismus ihre Schwierigkeit. Mussolinis Parole „Alles im Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat", geriet mit dem Hegemonialanspruch der Kirche in spiritualibus, also auch bei Fragen der Moral und der gesellschaftlichen Ethik in Widerspruch. Pius XI. hatte am 18. September 1930 in einer Ansprache an Mitglieder der französischen christlichen Gewerkschaft dazu eindeutig Stellung genommen. Im faschistischen Anspruch läge eine „große Usurpation, denn wenn es schon ein totalitäres Regime gibt – faktisch und rechtlich totalitär – so ist dies ein Kirchenregime, denn der Mensch gehört der Kirche in totaler Weise."[1] Der Papst setzte damit im Grunde die theokratische Linie fort, die von Aegidius Romanus in der Schrift *De ecclesiastica potestate* (1301) begonnen und vom Papst Bonifazius in seiner Enzyklika *Unam sanctam* (1302 – dem ersten Dokument totalitären Denkens) verkündet wurde. Andererseits war Mussolini für den Papst der „Mann der Vorsehung" der mit dem Konkordat 1929 Cavours liberales Prinzip: „Libera chiesa in libero Stato" (Freie Kirche im freien Staat) beiseite geschoben und den Katholizismus zur Staatsreligion gemacht hatte. Die gesellschaftspolitische Seite wog schwerer als der verbale Totalitätsanspruch. Für die päpstliche Einschätzung der neuen Ordnung waren zwei Punkte wesentlich: positiv die korporative Ordnung selbst, die man als Verwirklichung der traditionellen katholi-

schen Gesellschaftslehre betrachtete; und auf der anderen Seite die faschistische Negation des Sozialismus. Ein großer Vorteil der neuen Ordnung – hieß es – sei: „die Unterdrückung der sozialistischen Organisationen und Versuche".

Der Hinweis auf diese Seite des Faschismus hatte im Zusammenhang mit dem korporativen System eine eigene Bedeutung. Gewiß stand auch der faschistische Korporativismus in einer langen europäischen Tradition, die sich von der politischen Romantik her an Vorstellungen über das mittelalterliche Zunftwesen anschloß.[2] Aber Othmar Spanns *Der wahre Staat* (1921), also der theoretische Versuch einer Wiederbelebung des Ständestaats, häufig als Bindeglied zwischen katholischer Soziallehre und Faschismus erwähnt, hatte mit dem faschistischen Experiment nichts zu tun. Nicht die mittelalterlichen Zünfte noch der Ständestaat waren gemeint, sondern sehr genau und aktuell das Verhältnis von Arbeit und Kapital. Daher auch das Lob des Papstes für die faschistische Unterdrückung des Sozialismus.

Die Weichen für die „Wiederherstellung der sozialen Ordnung" und für die Regelungen, die im April 1927 in der *Carta del Lavoro* (Charta der Arbeit) kodifiziert wurden, waren aber schon im sogenannten Patto di Palazzo Chigi (Dezember 1923 – Abkommen von Palazzo Chigi) festgelegt. Dieser denkwürdigen Versammlung waren lange Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und der faschistischen Führung sowie Besprechungen mit faschistischen Gewerkschaftsfunktionären, allen voran mit Edmondo Rossoni, Generalsekretär des „Bundes der syndikalischen Korporationen" (Confederazione delle Corporazioni Sindacali) *innerhalb* der Führung selbst vorangegangen. Es ist ohnehin zu bemerken, daß die Hagiographie zwar immer in solchen Fällen von der Initiative und den Direktiven des Duce sprach; in Wirklichkeit aber beschränkte sich Mussolini darauf, die Ergebnisse solcher Verhandlungen und Besprechungen zu bestätigen. Die wichtigste Vorverhandlung fand am 17. Juli 1923 statt, bei der 24. Sitzung des Gran Consiglio del Fascismo.[3] Zum ersten Mal nahmen die Industriellen Stefano Benni und Olivetti an einer solchen Sitzung teil, obwohl sie gar nicht der faschistischen Partei angehörten. Bei der Beschlußfassung wurde einerseits mit „Genugtuung" die Verfestigung der faschistischen Arbeiterorganisationen festgestellt, die „die arbeitenden Massen von der ökonomiefeindlichen und zerstöreri-

schen Ideologie des Marxismus ferngehalten haben". Auf der anderen Seite nahm man die Bereitschaft der Industriellen zur Kenntnis, „eine dauerhafte Verbindung zwischen faschistischen Korporationen und der Confederazione Generale dell Industria herzustellen." Das bedeutete eben Klassenzusammenarbeit.[4] In einem Interview mit der Zeitung *Nuovo Paese* erklärte dementsprechend Olivetti: „Das Programm der Zusammenarbeit bildete seit jeher die Grundlage unserer Handlungsweise. Endlich kam es zur Entstehung von Organisationen, die in ihrem Programm grundsätzlich sich nicht als Zweck setzen, die Industriellen zu enteignen."[5] Im Palazzo Chigi trafen sich Vertreter der faschistischen Bewegung und der faschistischen Gewerkschaften mit Vertretern der italienischen Industrie, die – im Gegensatz zu den faschistischen Gewerkschaftlern – durchaus historische Namen trugen: Benni, Leiter der Confindustria (des Industriellenverbands), Olivetti, Agnelli, Pirelli.[6] Schon das personelle Übergewicht zeigte die Richtung an. Das Abkommen bezog sich im Wesentlichen auf drei Punkte: 1. Bei den Verhandlungen zwischen Arbeit und Kapital sollten die Verhandlungskommissionen paritätisch zusammengesetzt werden; 2. Als Verhandlungspartner wurden auf der einen Seite die Confindustria, auf der anderen Seite die Vertreter der *faschistischen* Arbeitersyndikate festgelegt; 3. Nur die Confederazione dell'Industria wurde als Arbeitgeberorganisation anerkannt. Diese Ergebnisse wurden vom Patto di Palazzo Vidoni (Oktober 1925 – ein weiterer Schritt zur korporativen Ordnung) erhärtet. In diesem letzten Abkommen erkannte die Confindustria nur den Bund der faschistischen Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter an (bei formeller Weiterexistenz anderer Gewerkschaften); Tarifverhandlungen durften nur zwischen der Confindustira und den faschistischen Gewerkschaften stattfinden; schließlich und am wichtigsten: die *Commissioni interne di fabbrica* (Betriebsräte) wurden abgeschafft, ihre Aufgabe den Gewerkschaften delegiert, die sie nur gegenüber der entsprechenden Industriellenorganisation zu erfüllen hatten.[7]

Auffallend dabei ist nicht etwa die Entscheidung, nur die *faschistischen* Gewerkschaften anzuerkennen. Dies verstand sich – nach dem faschistischen Selbstverständnis – eben von selbst. Wichtigeres liegt in der Bestätigung des Klassencharakters der Gesellschaft, die sich sowohl im Prinzip der paritätischen Zusammensetzung der Kommis-

sionen äußert, wie auch im Weiterbestehen gewerkschaftlicher Organisationen. Hier zeigt sich schon ein beachtlicher Unterschied zur nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, die von der nebelhaften Vorstellung einer Volksgemeinschaft ausging und deren Organisationsprinzip lediglich in der Befehlsstruktur von Führung und Gefolgschaft bestand. Der Faschismus leugnete also die Existenz der Klassen nicht und betrachtete den Interessenkonflikt der Klassen als eine Wirklichkeit, die anders als in der Form des Klassenkampfs zu bewältigen sei. Durchaus im Sinne der traditionellen katholischen Soziallehre setzte man nicht auf die Aufhebung, sondern auf die Zusammenarbeit der Klassen: *collaborazione di classe.* Vom Abkommen des Palazzo Chigi gingen in die korporative Ordnung Strukturelemente einer umfassenden Gesellschaftsplanung ein. Dazu gehörte die klare Polarisierung zwischen Confindustria und Arbeitersyndikaten. Es deutet schon auf das Ungleichgewicht hin, daß die Confindustria selbst unangetastet blieb, nicht einmal ideologisch gleichgeschaltet wurde[8], während die gewerkschaftliche Autonomie sich auf das Verbale beschränkte.

Klassenzusammenarbeit und Anerkennung der Polarität blieben indessen keineswegs im Ideologischen stecken. Es ging vielmehr ein umfassender Prozeß vor sich in dem Versuch, das gesellschaftliche Verhältnis von Arbeit und Kapital zu *institutionalisieren.* Hier ist der Punkt, an dem der Unterschied zum Nationalsozialismus deutlich wird. Die Verrechtlichung des Konflikts bildete den Kernpunkt des korporativen Systems. Im Gegensatz zu Deutschland entwickelte der italienische Faschismus eine institutionelle Strategie mit dem klaren, erkannten und ausgesprochenen Zweck, der Gesellschaft und ihren Kräften eine rechtlich fixierte und staatlich durchsetzbare Ordnung zu geben. In diesem Zusammenhang tauchte die Idee des „dritten Weges" auf, einer Lösung der sozioökonomischen Probleme und einer auch juristisch gefaßten Bewältigung des gesellschaftlichen Antagonismus, in der sowohl die wesentliche Seite des Kapitalismus (Akkumulation, Profit, Produktivität) wie auch die sogenannte „höhere soziale Gerechtigkeit" versöhnt werden sollen.

Eine andere Frage ist, ob dieser dritte Weg eine bloße Vorstellung (im hegelschen Sinne[9]) bleibt oder ihm eine eigene Begrifflichkeit und Wirklichkeit zukommt. Das soll später noch geklärt werden. Wenn

aber der Kapitalismus sich mit gesellschaftlichen Konflikten konfrontiert sieht, ganz gleich welcher Art: eindeutiger Klassenkonflikt, gesellschaftliche Zerrissenheit von Arm und Reich, Spaltung der Gesellschaft in Herren und Knechte, Massenmarginalisierung in und trotz der Anhäufung von Reichtum, so stellt sich unausweichlich das Problem eines gesellschaftlichen Regelsystems. Die Sicherung des sozialen Friedens, sei es mit den Mitteln eines ideologischen Apparats, sei es mit den Mitteln der Repression, gehört zu den Erfordernissen einer kapitalistisch produzierenden, bürgerlich organisierten Gesellschaft. Und dies verschafft dem faschistischen Experiment des korporativen Systems einen wegweisenden Charakter für den Kapitalismus. Gewiß wird dieses System jeweils durch die verschiedenen geschichtlich-gesellschaftlichen Varianten bedingt und entlang der Entwicklung der Akkumulation sich verändern. Sein Kern entspricht aber durchaus den Erfordernissen des Kapitalismus und den Forderungen des Kapitals. Und der Kern findet sich eben in dem Versuch der Institutionalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen, in der soziale Konflikte in Rechtsformen gegossen und formalisiert werden. Im Laufe dieses Jahrhunderts (und wahrscheinlich noch mehr in der Folgezeit) kommt die kapitalistische Produktionsweise immer weniger ohne Klassenkollaboration bis hin zur Neutralisierung der Konfliktualität aus. Das hat übrigens mit dem sonst häufig erwähnten Prinzip der zentralen Kommandowirtschaft nichts zu tun, auch wenn dabei dem Staat als dem wirklichen Organisator der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion die Hauptrolle zukommt.

Dessen waren sich die Schöpfer des korporativen Systems durchaus bewußt. Und bei allem Höhenflug der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital blieb es doch bei einer Arbeitsteilung, die sich nach wie vor am Appell des Menenius Agrippa an die sezessierende Plebs orientierte. Der bürgerlichen Gesellschaft ist die Ungleichheit als Wesenselement eigen. Suum cuique tribuendi – das heißt: dem Herrn der Knecht, dem Knecht die Last; dem Kapital die Arbeitskraft, der Arbeitskraft die Ausbeutung.

Dieses Verhältnis, oder – genauer gefaßt – die unterschwellige korporative Berufung des modernen Kapitalismus zeigte sich deutlich und eindeutig bei den Vorarbeiten für die *Carta del Lavoro* und in der weiteren Ausarbeitung des korporativen Systems. Die rechtliche An-

erkennung der (faschistischen) Gewerkschaften schien diesen mit der Form des Rechtsinstituts und folglich der Verstaatung ein größeres Gewicht, mit dem Paritätsprinzip eine konkrete Entscheidungsmöglichkeit zu gewähren. In Wirklichkeit bedeutete Verrechtlichung nur Disziplinierung. In ein festes gesetzliches System eingebaut, wurden sie kontrollierbar. Hier konnte sich Alfredo Rocco, ohnehin an der Confindustria orientiert, klar gegen den alten Gewerkschaftler Rossoni durchsetzen. Auch wenn seine Vorschläge für die *Carta del Lavoro* nicht gänzlich verwirklicht werden konnten (sie waren dermaßen konservativ, daß Mussolini die nicht hätte akzeptieren können, ohne das Gesicht zu verlieren) und Bottais Vermittlungen am Ende sich als entscheidend erwiesen, bildeten Roccos Hauptgedanken doch die Grundlage der neuen Arbeitsordnung.[10] Aus dem endgültigen Text der *Carta del Lavoro* selbst nur zwei Stellen: „III: Die gewerkschaftliche und Berufs-Organisation ist frei. Aber nur das rechtlich anerkannte und staatlich kontrollierte Syndikat hat das Recht, die ganze Kategorie der Arbeitgeber und der Arbeiter rechtlich zu vertreten (...) VII: Der korporative Staat betrachtet die Privatinitiative auf dem Gebiet der Produktion als das wirkungsvollste und für die nationalen Interessen nützlichste Instrument. Da die private Organisation der Produktion ein Aufgabe von nationalem Interesse ist, trägt der Organisator des Unternehmens die Verantwortung der Produktionsentscheidungen gegenüber dem Staat (...). Der Werktätige (prestatore d'opera), Techniker, Angestellte oder Arbeiter, ist ein aktiver Mitarbeiter des ökonomischen Unternehmens, dessen Führung dem Arbeitgeber zusteht, der dafür die Verantwortung trägt."[11]

Es wird noch zu sehen sein, was inhaltlich die theoretische, zum größten Teil jedoch ideologische Seite der faschistischen Reorganisation der Ökonomie und des Staates bedeutete und was sie praktisch bewerkstelligte. Die Frage ist indessen, ob der Faschismus die „soziale Ordnung wiederherstellen" (*Quadragesimo Anno*) oder eine neue aufbauen sollte. Theoretisch lag in der Idee des korporativen Systems die Möglichkeit einer von der Fortsetzung gegebener Zustände gänzlich abweichenden Perspektive – dem Umstand geschuldet, daß ein „neues" Verhältnis von Arbeit und Kapital als Ziel feststand. Schon die Ausarbeitung einer institutionellen Strategie führte zu einer breiten Diskussion, die wohl auch im nationalsozialistischen Deutschland

stattfand, etwa bei Julius Binder und Carl Schmitt, doch gewiß nicht bei den führenden Nationalsozialisten, die sich eher an Alfred Rosenberg hielten. Binder und Schmitt spielten als Denker kaum die Rolle, die wir in Italien bei dem Philosophen Giovanni Gentile feststellen können. Und Gentile hatte ohnehin eine ganz andere intellektuelle Dimension als Rosenberg.

Am Rande dieser Diskussion nun entwickelte sich eine theoretische Linie durchaus innovativer und rebellischer Art. Es handelt sich um den sogenannten *Fascismo di sinistra,* um den Linksfaschismus also. Sein Hauptvertreter, der Denker, der die ganze Diskussion auf Jahre hinaus bestimmte, war der Hegelianer Ugo Spirito. Schon in seinem früheren Aufsatz *La proprietà privata nella concezione di Hegel* (Das Privateigentum in Hegels Auffassung) hatte Spirito, der sich stark an Hegels Lehre vom objektiven Geist orientierte, auf einen Widerspruch in Hegels Staatslehre hingewiesen – einen Widerspruch, auf den nicht einmal Karl Marx gekommen war. Wenn es bei Hegel im objektiven Geist zur Aufhebung der reinen Individualität im Gemeinwesen, in der politischen Form des Staats kommt, müsse dieser dialektische Prozeß auch das Eigentum einbeziehen. Hegels Fehler sei also, die Dialektik unterbrochen und am Privateigentum festgehalten zu haben.[12] Das war aber nur der vielversprechende Anfang. Vom 5. - 8. Mai 1932, also fünf Jahre nach der Verkündung der *Carta del Lavoro,* kam es in Ferrara zum „II. Congresso di Studi Sindacali e Corporativi", einem überaus bemerkenswerter Kongreß, auf dem die vielen, teils widersprechenden Positionen des Faschismus zusammenstießen. Ugo Spiritos Referat *Individuo e Stato nell' economia corporativa* (Individuum und Staat in der korporativen Wirtschaft) sorgte nicht nur für Aufsehen, sondern auch für Konflikt. Es handelte sich um nichts geringeres als um eine hegelianisch-idealistisch gerichtete radikale Absage an das Privateigentum. Immer noch in der Hauptrichtung der Überwindung von Sozialismus und Liberalismus löste Spirito das privatwirtschaftliche Prinzip auf und sprach von der „corporazione proprietaria" – die Korporation als Eigentümer.[13] Und das bedeutete nichts weiteres als Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wohlgemerkt: die Grundidee blieb faschistisch, aber die Richtung war anders als in der offiziellen Version verkündet. Das Referat schloß mit den Worten: „Der Faschismus hat die Pflicht, sich als eine konstruktive

Kraft darzustellen, die historisch sich zur Avantgarde macht und hinter sich Sozialismus und Bolschewismus läßt, nachdem er Sozialismus und Bolschewismus in sich aufgenommen hat."[14] Das war natürlich ein Skandal. Von einem „kommunistischen Korporativismus"[15] konnte beim inzwischen etablierten Faschismus keine Rede sein. Giuseppe Bottai erklärte auf dem Kongreß, gewissermaßen amtlich, daß Spiritos Ausführungen „keinen Schritt vorwärts im Korporativismus bedeuten, sondern einen Schritt aus dem Korporativismus hinaus". Bottai bezog sich auf die *Carta del Lavoro*. Spiritos Erwiderung: „Wenn die Carta del Lavoro nur an dem Prinzip des Privateigentums festhielte, so wäre sie die Carta nicht del Lavoro, sondern der rein orthodoxen, klassischen liberalen Ökonomie."[16]

Der Linksfaschismus wurde 1932 offiziell ad acta gelegt. Er lebte unterschwellig weiter, vor allem in der studentischen faschistischen Jugend. Dort hatte er eine erhebliche biographische Bedeutung.[17] Das gilt selbst für Ugo Spirito. Nach 1945 näherte er sich, nach Besuchen in der Sowjetunion und in China, immer mehr dem historischen Kommunismus an, ohne sich jedoch dem Marxismus anzuschließen und seinen Versuch aufzugeben, den Kommunismus idealistisch zu begründen.

Am legendären Tag der Gründung Roms, dem 21. April, wurde 1927 die *Carta del Lavoro* vom Gran Consiglio del Fascismo verabschiedet. Das korporative System trat zumindest verbal in Kraft. Die Wirklichkeit dieses rhetorischen Akts soll nunmehr geklärt werden.

II.

Die *Carta del Lavoro* und die Gesetze über die Korporationen, vor allem das Reformgesetz 206 vom 30 März 1930[18], erfüllten fraglos in erster Linie einen politisch-ideologischen Zweck. Schon der Ausdruck *Carta* sollte geschichtliche Erinnerungen wachrufen, durchaus in der von Alfredo Rocco vertretenen Anmaßung, der faschistische Staat bedeute die Totalisierung des Rechtsstaats angelsächsischer Tradition.[19] Das Regime bedurfte dringend sozialpolitischer Deklamationen, wollte es national wie international seine Glaubwürdigkeit nicht verlieren, die mit seinem Modernitäts- und „Revolutions"anspruch zusammen-

hing. Es fragt sich nun, ob es sich beim korporativen System lediglich um bloße Demagogie gehandelt hat (in diesem Falle wäre zusätzlich zu fragen: zu wessen Nutzen), oder auch um ein konkretes und konkretisierbares Programm (und auch hier wiederum: zu wessen Nutzen konkretisierbar). Hinter der von Giuseppe Bottai[20] formulierten, von Mussolini verkündeten Phrase: Der faschistische Staat sei entweder korporativ, oder er sei nicht faschistisch, das heißt: hinter der Forderung, der Faschismus müsse endlich sein Versprechen einlösen und Kapital und Arbeit in der höheren, plural gegliederten Einheit der Nation versöhnen[21], verbarg sich zugleich die Drohung, die in den gesellschaftlichen und staatlichen Implikationen dieser Friedensstiftung für die abhängigen Massen lag. Auf den sozialen Inhalt, den der Korporativismus nach Ansicht der wirtschaftlich mächtigen Gruppen haben sollte, machte die Confindustria, der italienische Industriellenverband, Regierung und Partei oft aufmerksam: dränge man den Versuch nicht zurück, die Arbeiter organisatorisch und ideologisch als Klasseneinheit agieren und für „libertäre Velleitäten" agitieren zu lassen, verlöre der Faschismus seinen geschichtlichen Sinn – und das wollte wohl heißen: er verlöre die Sympathien und die Unterstützung der italienischen Unternehmerschaft. Die *supreme gerarchie*, die höchsten Hierarchien (Sammelbezeichnung für die Staats- und Parteiführung), mögen nicht vergessen, daß das Wohl der Nation, das höhere Interesse der Produktion und der Erfolg der Produktivitätspolitik[22] stünden und fielen mit der „Disziplin in den Betrieben und mit der Möglichkeit des Arbeitgebers, seine Führungsfunktion uneingeschränkt und ungestört auszuüben".[23]

Nicht minder heftig wehrte sich Korporationsminister Bottai gegen „integralistische" Interpretationen, die, „kratzt man das faschistische Bekenntnis weg, am Ende doch an Stelle führender verantwortlicher Persönlichkeiten (in der Betriebsführung) die roten Massen (sic!) setzen wollen".[24] Hier wird eine Spezifizierung deutlich, die ein für das Gesamturteil über den Faschismus wichtiges Moment liefert. Es steht außer Frage, daß die staatliche Organisation einer antagonistischen Gesellschaft unter anderem – ungeachtet des Problems eines gruppen- oder klassenorientierten Nutzeffekts – die Aufgabe hat, Frieden zu stiften. Die historische Koppelung von Faschismus und korporativer Ordnung führt aber zu einer besonderen Fassung der staatlich betrie-

benen Pazifizierung: faschistisch ist diejenige Stiftung des sozialen Friedens, die in einer dynamisch gewordenen und insofern emanzipatorische Kräfte freisetzenden Gesellschaft durch eine spezifisch „korporative", das heißt auf die Partnerschaft von Privatkapital und Kollektivarbeit angelegte Organisationsform der Wirtschaft jedwede Emanzipation verhindern will. Das legale Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern setzte sich im Korporativismus real in die Entmündigung der abhängigen Massen und in ihre Trennung von den Produktions- (und Emanzipations)-mitteln um. Italienischer Tradition entsprechend fand allerdings auch diese Trennung ihre gesetzliche Form.[25]

Nicht, daß der Korporativismus, gerade in seinen doktrinären Teilen, sich gänzlich der gesellschaftlichen Dynamik hätte entziehen können. Er bot einige Einbruchstellen, die einer linksfaschistischen Interpretation durchaus Chancen gab, wenngleich nur intellektuelle. Davon war oben die Rede. In dieser Hinsicht traten sowohl bei den staatliche Behörden wie bei der Confindustria einige Befürchtungen zutage. Mussolini teilte sie auch, obwohl bei ihm – wie schon häufig – das ganze Problem sich in der bloßen Schwierigkeit auflöste, rhetorisch die richtige Mitte zwischen der Doktrin der Volksnähe und der tatsächlich praktizierten Verachtung des Volkes zu finden. Er fand jedenfalls, daß der korporative Versuch von den Unternehmern unterstützt, aber von denjenigen Faschisten gefährdet werde, die, vom Prinzip der Volksnähe verführt, sich in die Nähe der *sviolinature alle masse* begaben. Vorbeugend schlug er vor, die Kontakte mit den Arbeitern auf seinen „Dialogo con le folle" zu reduzieren und die Arbeitersyndikate keine Massenversammlungen mehr abhalten zu lassen[26]. Das Regime sah allerdings seit Anfang der dreißiger Jahre das korporative System nicht nur durch integralistisch genannte, linksfaschistische Publikationen gefährdet. Noch bedenklicher schienen die Wirkungsmöglichkeiten und die mögliche Zersetzung durch die entristische Taktik der illegalen KPI zu sein, die die Einbruchstellen ausnutzte und sich selbst in den Funktionärsapparat der Arbeitersyndikate einnisten konnte.[27] Es ging den Faschisten indessen nicht um eine nachträgliche Korrektur an der korporativen Doktrin angesichts der kommunistischen Instrumentalisierungs- und Infiltrationsversuche. Schon in einer Sitzung des Ministerrats Anfang Dezember 1928 gab Bottai in seiner Kritik am

Integralismus die Grenzen an, die die korporative Sozialpolitik strikt einzuhalten hätte. Er warnte vor der „Aktuierung einer höheren sozialen Gerechtigkeit (der *più alta giustizia sociale*, Parole und Anspruch der faschistischen Revolution), die sich in einen Angriff gegen die Grundstrukturen unserer Wirtschaft umsetzen möchte" – und das hieß: die sich gegen die privatwirtschaftliche Grundlage des Korporativismus wandte.[28]

Mit der Zunahme der kommunistischen Wühlarbeit und im Zusammenhang mit entsprechenden Unruhen in der Arbeiterschaft[29] spitzte sich zunächst selbst die öffentliche Diskussion immer mehr auf den Kampf gegen massenfreundliche Interpretationsversuche zu. Sie zielte geradewegs auf den gleichen Punkt hin, den Bottai 1929 gemeint hatte: auf die Klärung des Verhältnisses des Faschismus zum Privateigentum, zum Kapital und damit zur Bourgeoise. Es ging also um den bürgerlichen Charakter der faschistischen Bewegung.

Der Präsident der Landwirte-Confoderation, Elio Lusignoli, ein „Faschist der ersten Stunde", der sich aktiv an der Zerschlagung der roten Kooperativen in der Po-Ebene beteiligt hatte und dem schon aus diesem Grunde jede „linke" Auslegung des Faschismus wie Verrat vorkommen mußte, stand 1934 gegen Luigi Fontanellis technokratische Tendenzen auf. Fontanelli, ebenso Faschist der ersten Stunde, der von der Gewerkschaftsbewegung kam und zur Führung der Arbeitersyndikate innerhalb der Korporationen gehörte, hatte im gleichen Jahr den Technikern die Aufgabe zugesprochen, anstelle der Eigentümer die Leitung der Produktion und die Elitefunktion gegenüber den arbeitenden „grauen" Massen zu übernehmen. In einer leidenschaftlichen Antwort an Fontanelli betonte Lusignoli die volle Identität von Faschismus und Bürgertum und beanspruchte das volle Eigentumsrecht für das Bürgertum. „Die Bourgeoisie, die den Faschismus hervorgebracht hat, die die Revolution macht und fühlt und an die Revolution glaubt, weiß, daß das Unterscheidungsmerkmal ihrer Revolution gegenüber der kommunistischen, ganz gleich in welcher Gestalt diese sich vorstellt oder verstellt (...) in der Aufrechterhaltung des Privateigentums liegt."[30]

Lusignolis Antwort ging allerdings über diese Richtig- oder Feststellung hinaus und nahm eine Differenzierung im Begriff des Kapitalismus vor, die uns hier weiterführen kann. Denn Fontanellis Angriffe

gegen die „Kapitalisten", wohl in der Nachfolge von Ugo Spiritos Vorschlag der „corporazione proprietaria", konnten sich zum Teil durchaus faschistischer Argumente bedienen und sich an die antiplutokratische Agitation des früheren städtischen Faschismus anschließen.[31] Es handelt sich übrigens um die gleichen agitatorischen Argumente, deren Gebrauch Mussolini in der erwähnten Sitzung des intersyndikalen Zentralausschusses scharf gerügt hatte.

Lusignoli differenzierte in einer Hinsicht, die inzwischen in der Kapitalismusdiskussion gang und gäbe geworden ist. Der Kapitalismus als wirtschaftliches und gesellschaftliches System bedeute zweierlei: einmal eine besondere historische Größe, die der Vergangenheit angehöre – und gegen die gerade der Faschismus mit besserem Erfolg als der Bolschewismus seinen revolutionären Kampf führe. Davon sei aber zweitens „das Kapital zu unterscheiden als ein politisch-ökonomisches System moderner Art, das durch die neue Funktion gekennzeichnet ist, die die Kapitalisten im korporativen Regime übernehmen können und sollen (gegenüber der Vergänglichkeit historischer Formen) ist diese Funktion essentiell und unersetzlich."[32]

Die Intensität der Diskussionen und die politische Schärfe, mit der die Korporationsfrage in der Perspektive des Verhältnisses zwischen (Privat-)Kapital und (Kollektiv-)Arbeit behandelt wurde – vor allem in den nichtöffentlichen Sitzungen der Führungsgremien des Regimes – zeigt, daß hinter der bloßen Deklamation, hinter den Charten und Doktrinen etwas anderes steckte, das dahinter sich Gesellschaftspolitisches abspielte. Noch deutlicher erscheint diese Seite, wenn man bedenkt, daß die internen Gremien der Unternehmerverbände nicht weniger heftig über die korporative Ordnung debattierten und unablässig mit Eingaben, Vorschlägen, Protesten und Ermahnungen bis hinauf zu den *supreme gerarchie*, vorstellig wurden. Gewiß wurden auch hier viele große Worte gemacht: über Produktionsverantwortung, nationale Pflicht, Selbstdisziplin der „produzierenden Kategorien" (gemeint sind die Industriellen gegenüber der habituellen Undiszipliniertheit der „arbeitenden Kategorien"). Die Unternehmer paßten sich einfach dem Verbalismus des Regimes an. Als nicht verbal, sondern als sehr real konnten sich aber zum Beispiel bestimmte Programmierungselemente erweisen, die das korporative System vorsah und in deren Verwirklichung gerade die neue, faschistisch genannte Qualität der pri-

vatwirtschaftlichen Produktion bestehen sollte. Auf alle Fälle: daß sich mit der industriellen Programmierung das soziale Programm des Klassenfriedens verband, ging über die verbale Beteuerung hinaus. Vergessen wir nicht, daß die friedliche Regelung der Klassenbeziehung, und zwar in der genauen Form der Befriedung potentiell revolutionärer Massen, das Versprechen darstellte, das der Faschismus gegenüber seinen industriellen Freunden und Unterstützern einlösen mußte. Und daß die vorgesehene Regelung nicht bloß eine ideologische Manipulation der Abhängigen bezweckte, sondern auch eine konkrete Verteilung von Machtpositionen miteinschloß. Das Interesse der *Confindustria* am korporativen System war also konkret: ihm lag ein objektives, durch unmittelbar betroffene Pofit- und Herrschaftsinteressen bedingtes Erfordernis zugrunde, das sich ohnehin ausgewirkt hätte, ganz gleich, ob die neue staatliche Organisation der Wirtschaft als Rettung des Kapitalismus oder als angeblich anders geartete Weise des Produzierens ausgegeben wurde.

Eine klare Aufteilung von Kompetenzen und von Macht, und zwar in der verfestigten Form der rechtlichen Regelung, schien besonders der *Confindustria* schon deshalb geboten zu sein[33], weil das korporative System – im Grunde die ganze Widersprüchlichkeit des Kapitalismus übernehmend – potentiell genau den Konflikt enthielt, den es schlichten sollte: sei es zwischen den Klassen, denn diese sollten kollaborieren und sich nicht gegenseitig aufheben; sei es zwischen Staat und Wirtschaft, denn man sprach sowohl von der Notwendigkeit des staatlichen Eingriffs in Produktion und Distribution, als auch von der vollen Freiheit der einzelnen Unternehmer und Unternehmungen.[34] Noch komplizierter erschien diese doppelte Konfliktsituation dadurch, daß, *doktrinär* gesehen, die Präsenz der Korporationen im Betrieb auch den Zugang der Belegschaft in die Domäne des Eigentümers hätte mit sich bringen können, da in den korporativen Gremien auch die Arbeiterschaft vertreten war. Wir werden gleich sehen, wie diese widersprüchliche Lage aufgelöst wurde. Im Prinzip zeigt der faschistisch-korporative Versuch in nuce schon alle Elemente (und Unsicherheiten), die viel später in scheinbar ganz anderen Modellen der modernen kapitalistischen Organisation voll zur Entfaltung kommen werden. Es sei hier etwa an die französische *planification* erinnert. In erster Linie trifft dies für die Vorstellung einer Dreierstruktur von Unternehmern,

Arbeitersyndikaten und staatlicher Exekutive als den eigentlichen Trägern wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu („treppiede" – Dreifuß). Über die in dem korporativen Modell enthaltene, schon erwähnte Machtimplikation herrschte sowohl bei den Exponenten des Regimes wie bei den Unternehmerverbänden durchaus Klarheit: man ließ sich auch da vom Verbalismus der nationalen Harmonie keineswegs betören. Im Gutachten der Confindustria zur *Carta del Lavoro* hieß es denn auch: Es müsse um des sozialen Friedens und um der Produktion willen genau auf die Stellung und das Gewicht der drei Partner in den einzelnen korporativen Organen geachtet werden; gerade die angestrebte Symmetrie müsse naturgegebene Unterschiede „in der Funktion" berücksichtigen. Und es hieß weiter, daß die Partnerschaft die Priorität der unternehmerischen Leistung nicht in Frage stellen, vor allem das Anstellungs- und Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht antasten dürfe. Es fehlte auch nicht der zarte Hinweis auf eine gemeinsame Basis – vielmehr Interessenlage – von Exekutive und Unternehmerschaft: das im Konfliktfall nämlich „die Weisheit der Staatsfunktionäre und die Erfahrung der Unternehmer" einen, auch für die Abhängigen (dipendenti) nutzbringenden Ausweg finden würden. „Und so werden eines Tages alle Länder erkennen, daß diese Partnerschaft unsere Zivilisation vor dem Untergang retten wird. Der Faschismus zeigt der klassischen Ökonomie den Weg in die Zukunft"[35]. Edmondo Rossoni, der „integralistische" Führer der Arbeitersyndikate, argwöhnte in solchen Vorschlägen ein direktes Bündnisangebot der Confindustria an den Staat, gegen die Arbeitersyndikate. Er wurde bald darauf selbst das erste Opfer dieses natürlichen Bündnisses. Das Regime war anscheinend gewillt, die Machtfrage und damit die Widersprüchlichkeit des ganzen Systems im Sinne der Unternehmerverbände zu lösen – das heißt im Sinne der nunmehr rechtlichen Entmachtung der Abhängigen, erzielt durch ein gesetzlich verankertes „Recht" der Arbeitersyndikate, in allen Entscheidungsgremien anwesend zu sein.[36] Daß dadurch die Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft sich auf einer anderen Ebene reproduzierte und die Lösung der anstehenden Probleme nur verschoben wurde, konnte weder faschistisch noch kapitalistisch begriffen werden.

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Regime und den Unternehmerverbänden, und das ist der Zusammenhang zwischen der neu-

proklamierten korporativen Ordnung und der privatwirtschaftlichen Produktionsweise, enthüllte sich nicht ohne brutale Direktheit kurz nach der Verabschiedung der *Carta del Lavoro*. Der *Gran Consiglio del Fascismo* (der faschistische Großrat) beschloß die Zerschlagung von Rossonis Einheitsgewerkschaft, vor der die Unternehmerverbände im Grunde mehr Respekt hatten, als vor der faschistischen Staatspartei[37]. Die verkündete „symmetrische Ordnung" zwischen Arbeit und Kapital[38] (die „notwendige Voraussetzung für die Errichtung der Korporationen") wurde also mit einer grundlegenden Schwächung der Stellung der Arbeiter innerhalb der neuen Vertretungskörperschaften eingeleitet. Genau besehen stellte diese Schwächung nichts weiteres da als die Fortsetzung der ursprünglichen Faschismuspolitik der Unternehmer mit anderen Mitteln. An die Stelle der von ihnen finanzierten *Squadre* mit ihren Knüppeln und Pistolen trat jetzt der geordnete konstitutionelle, autoritäre Staat mit seinem ganzen Machtapparat und mit der Macht seiner Gesetzgebung. Die „Freisetzung" der Einheitsgewerkschaft, deren Pluralisierung und Aufteilung in voneinander getrennten Berufskategorien erfolgte genau nach dem von der Confindustria vorgelegten Plan. Nicht von ungefähr gilt sie noch heute für viele italienische Unternehmer als eine wichtige Errungenschaft, die nunmehr in der nachträglichen Rechtfertigung sauber vom Faschismus selbst getrennt und als wünschenswerte Organisationsform der Abhängigen in der modernen „Industriegesellschaft" gepriesen wird.[39] Es versteht sich: unter Beibehaltung der korporativ geregelten Machtaufteilung, das heißt der gesicherten Vormachtstellung der Vertreter des Privatkapitals. Dazu gehörte aber als konstituierendes Element und zugleich als mögliches Unterscheidungsmerkmal zu nichtfaschistischen, spezifischen technokratischen Organisationsformen die Tatsache, daß in den Organen der Korporationen die Drittelparität (Arbeiter, Kapital, Staat) verfälscht wurde: die Vertreter der Unternehmer durften von den Unternehmern selbst bestimmt werden, die der Arbeiter hingegen wurden von den staatlichen Instanzen aus den Reihen der faschistischen Partei ernannt.[40]

III.

Liegen die Gründe für die Zustimmung der Unternehmerverbände[41] zur korporativen Regelung der *Rapporti di lavoro*, der sogenannten Arbeitsverhältnisse, offen zutage, so mag es zunächst in der historischen Perspektive als ungereimt erscheinen, daß sie sich so willig von der liberistischen auf eine korporativ programmierte und kontrollierte Wirtschaftspolitik des Regimes umstellten. Gerade die wichtigsten Gesetze des korporativen Systems: vom Gesetz Nr. 563 vom 3. April 1926 über die Kollektivarbeitsverträge, über das Gesetz Nr. 834 vom 16. Juni 1932 über die Zwangskartelle bis zum entscheidenden planwirtschaftlichen Gesetz vom 12. Januar 1933 über die Genehmigungspflicht von Betriebsneugründungen und -ausweitungen, bestätigen beim ersten Hinsehen die These von C. J. Friedrich, daß im faschistischen Italien nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso die Unternehmer ihre Freiheit eingebüßt hätten. Hinzu kamen noch die der Industrie und der Landwirtschaft jährlich gegebenen „Direktiven" des Regimes[42]. Vom Faschismus selbst wurde die Einführung des korporativen Systems mehrfach öffentlich als die Vollendung einer Revolution bezeichnet, deren sozialer Inhalt „antiplutokratisch" und insofern auch antiliberistisch sein sollte – eine Revolution, die am Anfang allerdings unter dem Zeichen des offenen Manchestertums stand. In der Tat wurde das Bündnisangebot der Confindustria an den Faschismus nach dem Marsch auf Rom von Mussolini mit der Ernennung des Nationalökonomen Alberto de Stefani zum Finanzminister beantwortet. De Stefani konnte zwar nicht als ein „Mann der Industrie" gelten; seine persönliche Auffassung und seine Verbindung (und Verbundenheit) mit Matteo Pantaleoni[43] bürgten aber hinlänglich für eine den Wünschen der Industrie entsprechende Politik. Sie ging bekanntlich bis zur Reprivatisierung des Fernmeldewesens. Andererseits trat seit der Währungsreform 1926 in den Beziehungen zwischen den Unternehmern im weitesten Sinne und dem Regime eine beachtenswerte Differenzierung ein. Sie hing fraglos mit den Diskriminierungen zusammen, die die „Difesa della lira" (so der offizielle Ausdruck für die Währungsreform) erstmalig in der Form des unmittelbaren staatlichen Eingriffs in das Wirtschaftsleben mit sich gebracht hatte: der staatliche Eingriff setzte Begünstigungsakzente und gewährte der Großindu-

strie Privilegien. Es wiederholte sich derart auf der wirtschaftspolitischen Ebene die Differenzierung, die gleichzeitig bei der Konstitutionalisierung des Regimes an der sozialen Basis (vom rebellischen Bürgertum zum Ordnungsbürgertum) stattfand. Sie folgte in gestrafftem Tempo durchaus der Entwicklung der industriellen Expansion und damit den Modernisierungstendenzen des italienischen Kapitalismus. Rein liberistisch kann eine Wirtschaftspolitik nur in einer Periode beginnender Akkumulation sein, in der die bürgerliche Gesellschaft zwar nicht nur aus Kleinwarenproduzenten besteht, in ihnen aber ihre eigene Basis, in ihren Ausweitungstendenzen ihr eigenes Gesetz hat. Ebenso liberistisch kann sie sein wenn die Zerrissenheit der Gesellschaft und ihr „Antagonism" (Immanuel Kant) keine nationale oder internationale, konfliktuale Artikulation finden und das Kapital schalten und walten kann, wie es ihm beliebt; oder auch in einer Periode des Wiederaufbaus, wie sie für das Nachkriegsitalien zwischen 1920 und 1923 charakteristisch war. Danach machte sich in der italienischen Industrie der Druck zur Monopolbildung stark bemerkbar, ebenso der Wunsch nach einer zunehmenden Kartellierung und geordneten Marktaufteilung.[44] Der Widerstand der Industrie gegen die *Zwangskartellierung* kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gesetzliche Regelung und die fiskalische Begünstigung von Kartellierung und Konzentration immer mehr in den Vordergrund der industriellen Forderungen an das Regime rückten. Insofern unterlag auch in dieser Hinsicht der Faschismus der Normalität einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft - und zeigte sich zugleich als deren historisch (das heißt in dem gegebenen Land und zum gegebenen Zeitpunkt) günstigste – Organisationsform.

Das bedeutet aber keineswegs, daß die Nachgiebigkeit des Regimes gegenüber den Forderungen der Produktionssphäre einen rein parasitären Charakter des Faschismus beweisen würde. Viel präziser klärt sich dadurch seine gesellschaftlich-geschichtliche Funktion und seine Vermittlerrolle. Da – mit anderen Worten – die weitere Industrialisierung und die Marktexpansion zum Programm sowohl des Kapitals wie des Regimes gehörten; und da diese Industrialisierung in faschistischer Perspektive auf privatwirtschaftlicher Basis zu erfolgen hatte, kam es unvermeidlich zu einer Machtsymbiose und dabei zur gesellschaftlichen Festigung der Vorherrschaft wirtschaftlicher Füh-

rungsgruppen – und eben zur Durchsetzung ihrer Wünsche. Die korporative Struktur der Entscheidungsgremien konsolidierte die Machtposition der Unternehmer. Die korporative Form der Programmierung knebelte die Unternehmer gar nicht, weder durch die formelle Präsenz der Arbeiter-„vertreter, noch durch die Präsenz des Staats. Erstens war des Staat nur beteiligt am Entscheidungsprozeß, und keineswegs dafür allein zuständig; zweitens konnten sich gerade durch die vorgesehene Struktur andere als Industrieinteressen generell nicht durchsetzen. Das faschistische Italien kannte keine Zentralkommandowirtschaft. Auch hierin erblickten die politischen und kulturellen Apologeten des Systems dessen Überlegenheit gegenüber sozialistischen Lösungen.[45]

Selbst personell, in der Zusammensetzung der Regierungsmannschaft, brachte der Übergang von der liberistischen zur korporativen Wirtschaftspolitik einen Machtzuwachs der Confindustria mit sich. Man kann sogar sagen: daß die Symbiose sich durch die Verabschiedung de Stefanis und die Einsetzung des Grafen Volpi di Misurata als Finanzminister anmeldete. Volpi di Misurata war Vertreter der Banca Commerciale und Präsident der Vereinigung der Aktiengesellschaften und der Compagnie Italo-Belge pour Enterprises d´Electricité.[46]

Volpi sollte kein Einzelfall bleiben[47], so daß die Frage der Symbiose zwischen politischer Klasse (der faschistischen Bewegung) und herrschender Klasse im weiteren Verlauf der Entwicklung noch interessanter wurde. Historisch gehört diese Erscheinung zu den personellen Kennzeichen eines Regimes, das gesetzgeberisch und in der Regierungspraxis die Regelung und Begünstigung der Konzentration ebenso systematisch betrieb, wie es staatlich für die geordnete und dadurch gesicherte Expansion sorgte und für die rechtlich gesicherte und daher risikoarme Marktaufteilung.[48] Dies alles war eindeutig eine staatlich geförderte, allerdings gesetzgeberisch gestaltete, plural gegliederte (und keineswegs „totalitäre") Organisation des Kapitals. Als aber während der Organisierung die Weltwirtschaftskrise ausbrach und mit ihr Klassengegensätze sich international manifestierten; das heißt: als im Zuge der Weltwirtschaftskrise der Kapitalismus sein wahres Gesicht zeigte, mußte der Faschismus gegenüber der Gesellschaft, in der er wirkte, und gegenüber den eigenen Anhängern Farbe bekennen. Schlug im Korporativismus nur eine allgemeine Organisationstendenz

des Kapitalismus *jenseits* des faschistischen Experiments durch[49]; oder war der Faschismus als ganzer das Experiment der Organisation des Kapitals – und bot sich also gerade der kapitalistischen Welt als Ausweg dar. Propagandistisch freilich bereitete das Problem keine großen Schwierigkeiten. Als Mussolini die berühmte, in Italien schnell zum geflügelten Wort gewordene Frage stellte, ob die Weltwirtschaftskrise eine Krise *des* Systems oder *im* System sei, einigte man sich schnell auf die Lösung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Selbst die Confindustria trug dazu bei, die Verbindungslinie zwischen Korporationen und Privatwirtschaft zu eskamotieren, die sie selbst als fundamental in die *Carta del Lavoro* hatte einbauen lassen.[50] Innerhalb einiger Wochen wurde aus der Krise des System etwas, was die faschistische Wirtschaftspolitik nicht tangierte, denn diese war auf einmal nicht mehr „Kapitalismus", sondern die moderne „Überwindung des Kapitalismus".[51]

Damit wären wir bei der Selbsteinschätzung des Korporativismus angelangt. Hier muß man unterscheiden zwischen dem ideologisch-doktrinären Aspekt – wie er sich etwa niederschlug in den Reflexionen der italienischen Nationalökonomie – auf der einen Seite, und andererseits dem funktionalen Aspekt einer solchen Selbsteinschätzung. Daß beides in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang in eins fällt, ist zwar anzunehmen, macht aber auch das Dilemma aus. Man kann schlecht den Kapitalismus ideologisch überwinden und ihn praktisch stützen. Die praktische Politik (und das hieß in Italien massenhafte Entlassungen und drastische, staatlich verordnete Kürzung der Löhne) schlug der Ideologie tagtäglich ins Gesicht. Für unseren Zweck erhält jedoch die klare begriffliche Scheidung von (subjektiver) Absicht und (objektiver) Rolle durchaus eine eigene Bedeutung. Anders gesagt: wenn der Faschismus angesichts der Weltwirtschaftskrise sich doktrinär umstellt, sich als einen dritten Weg „jenseits des Liberalismus und des Sozialismus" vorstellt und das korporative System als eine höhere, krisenfeste Form der Wirtschaftsverfassung anbietet, so ist es wichtig, nicht nur den ideologischen Charakter (oder den sozialen Betrugscharakter) dieser Aussage zu enthüllen.[52] Ebenso gilt es, die objektiv dahinter stehenden Gründe zu erkennen, sei es in Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Folgen dieser Ideologiebildung; sei es hinsichtlich der praktischen Seite des „dritten Weges für die Wirtschaft selbst,

für die in der korporativen Gesellschaft lebenden Menschen – einer Seite, die durch die ideologische Kruste hindurch sich in der anscheinend historischen Nötigung zeigt, den Kapitalismus tatsächlich zu verändern. Man denke etwa an die Politik des New Deal. Denn es geht nicht nur darum, daß der Faschismus *vorgab*, einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise gefunden zu haben; sondern auch darum, daß die kapitalistische Produktionsweise und die marktwirtschaftliche Distributionsweise *in der Tat* sich modernisieren mußten. Der Faschismus schien das Modell einer staatlichen Organisation der Ökonomie (und nicht nur der ökonomischen Organisation des Staates) zu liefern, von dem Shepard B. Clough immerhin sagen konnte, es habe dazu beigetragen, den Privatkapitalismus zu retten.[53] Die Parole der linken Antifaschisten, der Kapitalismus führe zum Faschismus, findet ihr Gegenstück in der Ansicht, daß der Faschismus die Rettung des Kapitalismus mit sich brächte.[54] Nun ging es bei der korporativen Überwindung oder, wenn man so will, bei der faschistischen Rettung des Kapitalismus im wesentlichen darum, teils die Krisenerscheinungen staatlich-legislativ zu unterlaufen, teils Produktionskrise und (international gesehen) Konkurrenzschwäche durch staatliche Maßnahmen zu kompensieren. Dennoch zeigt eine solche Überwindung und Rettung keine spezifisch faschistische Eigenschaft, wenn sie abstrakt betrachtet und nicht mit gesellschaftspolitischen Parallelmaßnahmen in Verbindung gebracht wird. Mit Recht rechnet die *Confindustria* (heute noch) nicht nur die korporativen Gesetze zu den für sie positiven Maßnahmen des Regimes. Vielmehr steht für sie fest, daß die Sicherung, auch die Krisensicherung der Wirtschaft, eher in der Koppelung solcher Gesetze mit der vom Faschismus vorgenommenen, straffen Einordnung der arbeitenden Massen in das Produktionssystem besteht.[55] So gesehen, gehört zum historischen Faschismus und zu dessen Verbindung zwischen Korporativismus und Kapitalismus die sowohl gesetzlich verankerte, insofern staatlich-polizeilich durchsetzbare, wie auch erzieherisch-moralisch durchgesetzte Verhinderung von Arbeits- und, allgemein, Emanzipationskämpfen. Bekanntlich gehört dazu auch die (heute immer noch mehrfach versuchte) Entpolitisierung: Streiks waren verboten, und in den Kneipen des Landes hing die berühmte Tafel: „Qui non si parla di politica“ – „Hier wird nicht über Politik geredet“.

Ist vorhin von subjektiver Absicht und objektiver Rolle die Rede gewesen, so scheint nun der Punkt erreicht zu sein, in dem sie zusammenlaufen. Sehr leicht lassen sich hier vor allem der moralische und der technische Aspekt verquicken: auf der einen Seite wird der Arbeiter moralisch verpflichtet, um der höheren Einheit der Nation, aber auch der Produktion willen nicht zu streiken. Auf der anderen Seite aber, und nicht minder wichtig: eine Wirtschaft, die „jenseits von Liberalismus und Sozialismus" sich entwickelt und zugleich kapitalistisch bleibt, hat die ungestörte, durch Arbeitskämpfe nicht behinderte, überdies gesetzlich gestützte, organisatorische Reproduzierbarkeit zur Voraussetzung.[56] Eines ist festzuhalten: die Grundtendenz, die im faschistischen Verständnis des Verhältnisses von „forza" und „consenso" liegt, kommt auch bei der Beurteilung des Arbeitskampfes und bei der Überredung zum Arbeitsfrieden zur Geltung: Es genüge nicht, Streiks unter Strafe zu stellen. Es sei besser und wichtiger, daß die Arbeiter selbst die gewaltsame Durchsetzung ihrer Forderungen moralisch ablehnten. „Wenn wir das erreichen, kann sich der Korporativismus entfalten, ohne Intervention staatlicher Kontroll- und Disziplinarorgane"[57]. Daß solche Organe wachsam im Hintergrund bleiben sollten, werden wir noch sehen.

IV.

Der italienische Faschismus wechselte zuweilen seine innen- und außenpolitischen Positionen, häufiger die Ideologie und die ihr entsprechende Terminologie. Das machte es der italienischen Nationalökonomie schwer, im Rahmen der (halbwegs freiwillig übernommenen) nationalen Pflicht eine in sich geschlossene Theorie der faschistischen Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Ihre Schwierigkeiten hatten aber auch andere Gründe. Der einzige große Nationalökonom des Faschismus, und zugleich der einzige wirklich extremistische Faschist unter den Nationalökonomen, Maffeo Pantaleoni, trug im ersten Jahr nach dem Marsch auf Rom entscheidend zur liberistischen Weichenstellung des ersten Kabinetts Mussolini bei. Mutmaßlich inspirierte er Mussolini auch bei der Abfassung der programmatischen Rede von Udine am 20. September 1922, in der der zukünftige Duce ankündigte,

„den Staat von allen wirtschaftlichen Attributen entkleiden“ zu wollen[58]. Gerade in der Nachfolge Pantaleonis brauchte sich die italienische Nationalökonomie also an veränderte Bedingungen nicht anzupassen: der Übergang von der liberalen zur faschistischen Zeit erfolgte bruchlos, auch durch eine zusätzliche Liberalisierung in der Wirtschaftspolitik. Die für die Protagonisten zum Teil schmerzlichen Konflikte waren politischer, und nicht wirtschaftswissenschaftlicher Natur. Höchstens ergaben sich Differenzen in der falschen Richtung. Der Liberale Luigi Einaudi etwa kritisierte die, nach seiner Ansicht überzogene liberistische Richtung des Faschismus und kehrte - aus der heutigen Sicht - die Positionen um: Mussolinis Absage an die wirtschaftlichen Kompetenzen des Staates sei unannehmbar, „es ist nicht möglich, die Aufgaben des Staats (derart) einzuschränken“, wie Mussolini in Udine proklamiert hatte.[59]

Mit der Verkündung des korporativen Programms änderte sich die Lage. Das Regime schwor dem Wirtschaftsliberismus offiziell ab, bot indessen der Wissenschaft sehr wenig Material zur theoretischen Aufarbeitung des neuen Konzepts, dafür aber eine Menge von Unstimmigkeiten und Ungereimtheiten. Schon die eigentümliche korporative Praxis grenzte die Chancen selbst einer affirmativen Reflexion ein. Am wenigsten konnte man dabei mit der Vorstellung des „dritten Weges“ anfangen, da in den Grundfragen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse das Regime offensichtlich den alten ausgetretenen Pfad gar nicht verlassen wollte. Es war nicht einsichtig, warum die Potenzierung der eigenen Industrie, Schutzzölle, Militarisierung und dergleichen mehr etwas grundsätzlich anderes darstellen sollten als die wirtschaftliche Expansionspolitik der Großmächte. Und ganz *jenseits* des nunmehr verdammten Liberalismus schien der Faschismus wohl auch nicht zu geraten, zumindest was dessen gesellschaftliche Voraussetzungen betraf. Vielmehr blieb er mit erstaunlicher Energie im Diesseits – was die Ungereimtheit des Anspruchs nur unterstrich, mit dem Korporativismus eine soziale Revolution vollenden zu wollen. „Es ist eine feststehende Tatsache, das die Koexistenz zweier gesellschaftlicher Klassen, des Kapitalismus und des Proletariats, der Arbeitgeber und der Arbeiter, der Fabrikherren (padroni) und der Abhängigen, das Wesensmerkmal der modernen Gesellschaft und daher unaufhebbar ist; (...) ein ebenso unaufhebbarer Tatbestand (ist) das System des un-

terschiedlichen Entgelts für Kapital und Arbeit, das sich im proportional unterschiedlichen Beitrag beider Teile zum Produktionsprozeß gründet." So Bottai, der Korporationsminister.[60] Wenn dem aber so ist, wenn nicht einmal eine ideelle Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit (sondern nur deren materielle Koexistenz) angestrebt und das ungleiche Recht auf Profit als unaufhebbar bezeichnet wird: wie sollte die Wissenschaft spezifisch faschistische Formen der Ökonomie entdecken, die etwas anderes wären als eine kapitalorientierte Reform des Bestehenden? In diesem Sinne bezeichnete der Nationalökonom Pasquale Jannacone jedweden Versuch als „antiwissenschaftlich", das korporative System mit neuen Kategorien analysieren und nach neuen Maßstäben charakterisieren zu wollen[61]. Selbst de Stefani, ohnehin daran interessiert, seine liberistische Vergangenheit korporativ zu rechtfertigen, meldete sich zu Wort: Auch für die korporative Verfassung seien „die ewigen Wahrheiten der klassischen Ökonomie" bestimmend.[62] Da es aber nicht nur ewige Wahrheiten der klassischen Ökonomie gab, sondern sehr spürbar auch soziale Forderungen, denen die ökonomische Klassik, das heißt die bürgerliche Gesellschaft nicht gerecht geworden war, mußte die Theoretisierung des korporativen Anspruchs auf Innovation auch diese Forderungen berücksichtigen. Mussolini selbst nahm die idealistische Dialektik zu Hilfe und fand die rhetorische Mitte: „Die korporative Wirtschaft stellt die harmonische Synthese der beiden antithetischen Wirtschaftsformen dar: der liberalen und der sozialistischen."[63] Diese Sentenz wurde von der Nationalökonomie einfach übernommen und die Analyse auf die ebenso einfache Vorstellung gebracht: liberal sei am korporativen System die Potenzierung der Privatinitiative und der Führungsrolle des Kapitals; sozialistisch das Streben nach höherer Gerechtigkeit; faschistisch aber die Verpflichtung der Unternehmer gegenüber der Nation, die soziale Funktion des Eigentums und die Eingliederung der Arbeiter in den nationalen Staat.[64]

Erst 1940, als das Regime seinem Ende entgegen ging, lieferte der Turiner Nationalökonom Aldo Bertelè retrospektiv eine brauchbare Darstellung der korporativen „Synthese – brauchbar in dem Sinne, daß durch den typischen Verbalismus und die obligaten Zitate hindurch das Verhältnis von Korporativismus und Kapitalismus nüchtern und von der Ökonomie her analysiert wird. Bertelè ging von dem

offiziellerseits betonten Bruch zwischen liberaler und korporativer Wirtschaftsform aus und versuchte zugleich die Vermittlung beider zu finden. Sicherlich liegt in diesem doppelten Aspekt der Kern des Problems: die besondere *ökonomische* und insofern grundlegende Seite des gleichen widersprüchlichen Verhältnisses von Bruch und Kontinuität, die man *politisch* am Übergang vom liberalen zum faschistischen Staat feststellen kann. Im Gegensatz zu anderen Autoren verglich Bertelè nicht die *programmatischen* Perspektiven des Korporativismus mit den liberalen Wirtschafts*theorien*, sondern untersuchte konkret die „Ursachen der liberalen Transformation" und inwiefern diese mit den „wirksamen Faktoren des entstehenden Korporativismus" zusammenfielen. Er rückte also die tatsächliche Entwicklung der italienischen Wirtschaft und ihre Wachstumsschwierigkeiten in den Vordergrund und koppelte sie mit der Veränderung der wirtschaftlichen Organisation – zum Beispiel auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes, auf dem altertümliche Formen des direkten Arbeitskraftverkaufs neben moderneren der amtlichen Arbeitsvermittlung (uffici di collocamento) bestanden. Monopoltendenzen und Monopolzwang bedingen derart die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur, daß nach Bertelè der Streit um liberale oder antiliberale Gehalte rein doktrinär bleibt. Er sah die korporative Wirtschaft vielmehr als Fortsetzung der liberalen in einer Periode zunehmender industrieller, finanzieller oder organisatorischer Konzentration.[65] Den umfassenden, internationalen Charakter des Phänomens wollte er unter anderem am Beispiel des New Deal nachweisen. Er rechnete ihn interessanterweise dem *korporativen* Experiment zu und vermutete lediglich auch Einschläge politisch-ideologischer Art, die spezifisch an die *faschistische* Doktrin erinnern.[66]

Die interpretatorische Perspektive tritt hier eindeutig hervor: der Übergang zum korporativen System leitet sich von der Notwendigkeit der privatwirtschaftlichen Produktion ab, sich in Richtung auf eine „programmierte und kontrollierte" Ökonomie zu organisieren.[67] Derart aber sprach Bertelè dem Korporativismus die allgemeine Qualität des organisierten Kapitalismus zu, wobei er der faschistischen Wirtschaftspolitik eine bahnbrechende Rolle bescheinigte – zielte der Faschismus doch nicht auf die Behinderung oder Zerschlagung, sondern vielmehr darauf, Konzentration und Kartellierung zu begünstigen

(Kartellgesetze und Gesetz über die Betriebsneugründung und -ausweitung)[68]. Bekanntlich vollzog sich mit der Faschisierung des Staates ein Bruch in der liberalen Qualität des Staats selbst, der aber in seiner Funktion kontinuierlich bürgerlich blieb. Ähnliches stellte Bertelè nun für die Wirtschaft fest. Alles, was im faschistischen Italien geschah: von der Verstaatlichung der Arbeitersyndikate zu den Schutzmaßnahmen für die einheimische Industrie; von der Regelung des Arbeitsmarktes (die auch Eingriffe in die absolute Herrschaft der Unternehmer vorsah) bis zu gewissen Kontingentierungen im Warenmarkt, betrachtete er als Folge „des Übergangs des Kapitalismus von der liberalen zur korporativen Phase". Der Korporativismus bricht also mit liberistischen Formen, „pfropft sich aber in den alten kapitalistischen Stamm ein, bildet dessen weitere Evolution, zugleich dessen Überwindung und Negation." Die Negation wurde freilich nur historisch verstanden; „negiert" wird nur ein besonderer Umstand: der Kapitalismus als nicht organisierte Produktionsform hört auf, im „evolutiven Prozeß des Liberalismus in Richtung auf eine ökonomische Organisation des Staates" zu existieren. Aber gerade diese Evolution setzt voraus, daß „die organisatorische Technik des Staates (...) die Faktoren des Kapitalismus am Leben erhält, sie koordiniert, ihnen eine rationale Ausweitungsmöglichkeit bietet und daher ihre Effektivität multipliziert."[69] Die ganze Thematik des modernen Kapitalismus, der sich programmiert und rationalisiert, um effektiver zu werden, ist in dieser Theorie der korporativen Wirtschaft schon enthalten. Zugleich wird die Zuordnung vom Korporativismus zum Kapitalismus deutlich – um so deutlicher übrigens, wenn man sich vergegenwärtigt, welches nach faschistischer Auffassung die „Faktoren" sind, die der Staat aufrecht erhalten soll: Privateigentum, Privatinitiative, Hierarchie von Verantwortung und Entgelt, Sicherung der Profite und der Befehlsstruktur des Betriebs.

Eine andere Frage ist, ob die Theorie auch auf die Wirklichkeit zutraf, nicht so sehr hinsichtlich des kapitalistischen Charakters des korporativen Systems, sondern hinsichtlich der Übereinstimmung zwischen Anspruch und Verwirklichung. Carlo Rosselli, ein führender Vertreter der antifaschistischen Bewegung *Giustizia e Libertà* (Gerechtigkeit und Freiheit), konnte 1934 (und von da an bis zum Zeitpunkt der Bertelèschen Analyse hatte sich kaum etwas verändert, auch

wenn mit dem Beginn der Kriegsepoche die Notwendigkeit der staatlichen Programmierung deutlicher hervortrat) auf den illusorischen Charakter des staatlichen Eingriffs hinweisen - nicht, weil die faschistische Regierung nicht in die Wirtschaft hätte eingreifen wollen, sondern weil die Wirtschaft sich nicht hätte in ihre Angelegenheiten hineinreden lassen.[70] „Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß die Wirtschaftspolitik des Regimes ernsthaft eine (...) kontrollierte Ökonomie anstrebe. In den wesentlichen Fragen herrschen der Wirtschaftsindividualismus und die Privatinitiative, sofern sie die Ausübung der Diktatur nicht behindern. Die berühmten Zwangskartelle (...) sind nie verwirklicht worden (...), die staatliche Intervention ist nie planmäßig erfolgt, sondern immer nachträglich als Rettungsmaßnahme für gefährdete Betriebe (...) Australien bietet seit dreißig Jahren das Beispiel eines viel entschlosseneren und organischeren staatlichen Eingriffs als das faschistische."[71]

Nun war die Wirklichkeit etwas komplexer, als Rosselli aus der Emigration es beurteilte, und zugleich durchsichtiger. Gewiß scheiterte das Gesetz über die Zwangskartelle jämmerlich. Damit scheiterte die staatlich befohlene Organisation, keineswegs aber die Funktion des Staates, Bedingungen und wenn nötig Rahmengesetze für die Kartellierung zu schaffen. Die *Confindustria* leistete gegen die Zwangskartellierung in der vorgesehenen Form Widerstand, weil sie vom Staat mehr und anderes wollte: die fiskalischen und Kreditvorteile, die für die Kartelle, wie auch für die Konzentration vorgesehen waren, ohne daß der Staat vorschreiben dürfe, welche Unternehmungen Absprachen treffen sollten. Der Zwang sollte die Form des Sachzwanges annehmen.[72] Die Folge war eigentümlich und kennzeichnend zugleich: die Kartelle kamen, wurden steuerlich und finanziell begünstigt und breiteten sich aus. Die Verhandlungen darüber aber, die Ausarbeitung der Statuten, die Beschlußfassungen fanden innerhalb der Confindustria statt ohne die vorgeschriebene Hinzuziehung der Arbeitersyndikate und der Staatsfunktionäre. Das bedeutet also, daß infolge der staatlich angestrebten Wirtschaftspolitik es der Confindustria durchaus gelang, sich und die Produktion zu organisieren und dabei abermals die korporative Ordnung zu ihren Gunsten einseitig zu balancieren. Nicht ohne Ironie berichtet der Minister Guarneri, wie sein Kollege vom Korporationsministerium, der mächtige Bottai, nach dem

Wortlaut des Gesetzes zuständig für die Kartellabkommen, „mit großem Interesse der Entwicklung der Absprachenpolitik folgte, die die Confederazione dell´Industria betrieb.“[73]

Fraglos lag auch bei der etwas illegalen Verwirklichung der Normen des Kartellgesetzes wiederum ein Sozialbetrug vor. Nur ist der eigentliche Kern des Ganzen: die in jeder Hinsicht durchsichtige Legalisierung der Marktpraxis des Spätkapitalismus genauso beachtenswert. Generalisierend wäre es bestimmt falsch oder zumindest stark verkürzt, zu sagen: die gesetzliche Befugnis zur Kartellbildung sei faschistisch. Wohl aber: in der Begünstigung der Kartelle findet sich ein Nachweis für den bürgerlich-kapitalistischen Charakter des Faschismus und eine Bestätigung der von Bertelè entwickelten Thesen. Und ebenso legitim ist die weitergehende Frage, inwiefern die Tendenz zur Kartellierung (und zur Konzentration) das Kapital zwingt, in bestimmten gesellschaftlichen und geschichtlichen Situationen auf die faschistische, mit korporativen Mitteln staatlich durchgesetzte Form des Kartellschutzes zurückzugreifen.

Und der „Sozialismus“? Was bleibt in der korporativ-faschistischen Synthese vom zweiten, sozialistischen Pol übrig? Denn im idealistisch-dialektischen Sinne sollten beide antithetischen Pole, Liberismus und Sozialismus, in der Synthese aufgehoben werden.

Mit dem Problem des „Sozialismus“ beschäftigte sich Bertelè in der vom Gegenstand gebotenen Kürze ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Nachdem derart die materielle Seite der „Synthese“ kapitalistisch voll besetzt war, mußte sich der sozialistische Beitrag mit der spirituellen Seite begnügen. Bertelès Darstellung entsprach auch hier durchaus der Wirklichkeit: der Sozialismus lieferte den schönen Schein der Idee, die aus dem organisierten Kapitalismus den Sozialkapitalismus macht. „Die verteilende Gerechtigkeit, die Garantie des Lohnminimums und eine gewisse Tendenz zur fortschreitenden Erhebung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen, also die grundlegenden Forderungen des sozialistischen Kampfes, werden zu einer Ehrenpflicht der faschistischen Wirtschaftspolitik. Diese wird aus Sorelschen Reaktionen gegen den marxistischen Materialismus eine reiche Ernte an ethischen Motiven zu übernehmen wissen.“ Interessant dabei ist, daß die Bezeichnung „Sozialer Kapitalismus“ für das faschistische Wirtschaftssystem schon lange vor Bertelè verwendet

wurde – 1930 in Deutschland[74] Bei Bertelè freilich griff selbst das Spirituelle zu weit. Bei den Verhandlungen über die *Carta del Lavoro* war es der *Confindustria* schon 1926 gelungen, die einzige „sozialistische" Komponente zurückzuweisen: die Forderung nach dem Lohnminimum.[75] Diese Verschiebung innerhalb des korporativen Systems: die Übernahme der ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Praxis des Kapitalismus auf der einen, die Übernahme der „ethischen Motive" des Sozialismus auf der anderen Seite, konkretisierte sich schließlich auch in der Art, wie durch die Vermittlung der Korporationen sich die Beziehungen zwischen den Klassen und den staatlichen Organen gestalteten. Im Sinne der von Mussolini verkündeten sozialen Symmetrie fand die Delegierung der öffentlichen Macht an die gesellschaftlichen Gruppen paritätisch statt. Es gab keine einzige Korporationsinstanz, in der die Vertreter der Arbeiter numerisch von den Vertretern der Unternehmer hätten majorisiert werden können. Daß die Majorisierung in der Regel durch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Staatsfunktionären erfolgte, ist eine andere Frage. In Wirklichkeit gelang es den Unternehmerverbänden mit Leichtigkeit, diese Regelung zu unterlaufen, die den gleichen Zugang zur Macht garantieren sollte. Sie hielten sich außerhalb der Korporationswege einen Weg und einen Zugang zu den politischen Machthabern offen. Durch diese informelle Korrektur verloren die Korporationen genau ihre Vermittlungsrolle zwischen der Konfliktsphäre der Produktion und der nationalen Integrationssphäre des Regimes. Gerade dieser Punkt war für das Interesse der Unternehmer am guten Funktionieren des korporativen Systems zentral: Korporationen als Organe der öffentlichen Ordnung. Der kapitalistische Charakter des Korporativismus kann an einem anderen Tatbestand zusätzlich exemplifiziert werden. Während auf der Seite der Unternehmer sowohl der direkte Verbindungs- und Informationsstrang zu den Staatshierarchien bestand als auch das gegenseitige Beratungssystem funktionierte[76], lief das Informationssystem zwischen Arbeitersyndikaten und Staatshierarchien einseitig-polizeistaatlich. Das Regime mißtraute im höchsten Grade selbst den schon voll integrierten Arbeitersyndikaten, weil diese immerhin noch in Kontakt mit den Massen standen, über deren Desintegrationstendenz man sehr wohl Bescheid wußte. Mussolini selbst führte in der Sitzung des intersyndikalen Zentralausschusses am

6. Juli 1929 aus: man brauche sich nicht direkt bei den Massen nach ihren Wünsche zu erkundigen, denn dafür gäbe es „natürliche Informationsorgane: die Präfekten, die Polizeipräsidenten, die Carabinieri."[77]

Anmerkungen

[1] Zitiert bei Ernesto Rossi, *Il manganello e l'aspersorio. L'uomo della provvidenza e Pio XI,* Firenze 1958, S. 278.

[2] Von faschistischer Seite ging die Traditionslinie allerdings zurück bis auf die altrömische Republik. Dazu Giuseppe Bottai, *Von der römischen zur faschistischen Korporation*, Essen 1942

[3] Damals war der faschistische Großrat nur die Spitze der Bewegung; erst später, mit der Reform von 1925, wurde es zum Verfassungsorgan befördert. Dabei kam es zu einem ernsthaften Konflikt zwischen dem Regime und der Krone, da der Gran Consiglio del Fascismo zunächst ein Mitspracherecht bei der Klärung der Thronfolge für sich beanspruchte. Der Konflikt wurde allerdings bald zugunsten der Krone beigelegt.

[4] Protokolle der Sitzungen des Gran Consiglio, in: *Il Gran Consiglio nei primi dieci anni dell'era Fascista*, Roma Anno XI era fascista (das heißt also 1932), S. 91 f.

[5] Zitiert bei Ernesto Rossi in *Padroni del vapore e fascismo,* Bari 1966, S. 147. In der gleichen Zeitung erklärte Benni, Leiter der Confindustria, deren Beziehung zu Mussolinis Regierung seien von Anfang an durch eine herzliche und innige Zusammenarbeit bestimmt gewesen. Rossi a.a.O.

[6] Es versteht sich: die Väter der jetzigen Unternehmergeneration.

[7] E. Rossi, a.a.O., S. 153. Alle Versuche der Klein- und Mittelindustrie schlugen fehl, eine eigene Vertretung anerkannt zu sehen. Dazu: Ernesto Rossi, a.a.O., S. 149 f.; 151, 153. Vgl. auch Felice Guattieri, *Battaglie economiche fra le due grande guerre,* Milano 1952, Bd. 1, S. 66.

[8] Umgekehrt: von Amts wegen gehörte die Führungsspitze der Confindustria zu den anerkannten Machtgruppen des Regimes und wurde automatisch in die *Supreme Gerarchie* eingereiht, ohne daß ihre „Faschisierung" formell verlangt worden wäre – ein eindeutiges Zeichen der Machtsymbiose zwischen Faschismus und Kapitalismus. Ähnliches übrigens im nationalsozialistischen Deutschland: die Gewerkschaftsbe-

wegung wurde zerschlagen, Arbeiter und Unternehmer in der Fiktion der Volksgemeinschaft geeinigt – aber der Reichsverband der deutschen Industrie bestand weiter.

9 Hegel, *Phänomenologie des Geistes,* (Werke Bd. 3), Frankfurt a.M. 1970, S. 262

10 Zu diesem Sachverhalt vgl. die ausführliche und dokumentierte Darstellung bei Renzo De Felice, *Mussolini il Fascista. L'organisazzione dello Stato fascista 1925 - 29*, Torino 1968 (Bd. III. der Mussolini-Biographie), S. 286 ff.; vor allem 294 ff. Im Anhang zu diesem Band veröffentlichte De Felice die vielen Vorschläge und den endgültigen Text der *Carta del Lavoro*: *La Genesi della Carta del Lavoro*, a.a.O. , S. 525 ff.

11 De Felice a.a.O., S. 542 f.

12 Der Aufsatz wurde neugedruckt in: Ugo Spirito, *Il comunismo,* Bari 1965, S. 107 f.

13 Vorsichtshalber sei bemerkt, daß der Ausdruck Korporation nichts zu tun hat mit den corporations.

14 Wieder gedruckt in: Ugo Spirito,*Il corporativismo*, Firenze 1970, S. 352 f.; das Zitat S. 360.

15 Antonio Negri, *Del corporativismo comunista all'umanesimo scientifico: Itinerario teoretico di Ugo Spirito,* Mandurin 1964.

16 Ugo Spirito a.a.O., S. 363f.

17 Ich denke hier an meine eigene Biographie

18 Deutscher Text in: Helmut Vollweiler, *Der Staats- und Wirtschaftsaufbau des faschistischen Italien*, Würzburg/Aumühle 1939, S. 9323f.

19 Alfredo Rocco, *La trasformazione dello Stato*, Roma 1927, S. 399 ff.. Nach der Überwindung der „autodifesa individuale" – meinte Rocco – das heißt nach der Verrechtlichung der Individualkonflikte in der englischen Geschichte (Gerichtsverhandlung statt Duell), überwände der Faschismus die „autodifesa di classe“: Arbeitsgerichtsbarkeit und staatliche Schlichtung statt Streik und Aussperrung. Vgl. auch Ernesto Rossi a.a.O., S. 155 und Renzo de Felice,*Mussolini il fascista, Parte II*, Torino 1968, S. 270 ff

20 1895 - 1959, Mitbegründer des ersten Fascio (Mailand 1919), Korporationsminister 1929 - 32 und Schulminister 1936 - 43. In der Sitzung des

Gran Consiglio del Fascismo (des faschistischen Großrats) vom 24 Juli 1943 stimmte er für die Absetzung Mussolinis. 1944 wurde er von einem faschistischen Tribunal in Abwesenheit zum Tode, 1945 von einem antifaschistischem Tribunal zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er hatte sich aber bereits in der Fremdenlegion anwerben lassen. 1947 wurde er durch das entsprechende Togliatti-Gesetz amnistiert und kehrte nach Italien zurück.

[21] Dazu und zum faschistischen Begriff des gesellschaftlichen Pluralismus: Sergio Panunzio, *Teoria generale dello Stato fascista*, Padova 1937, S. 312 ff. Auf die „pluralistischen Gedankengänge" im italienischen Faschismus wies Ernst Fraenkel in der ersten Ausgabe des Fischer-Lexikons „Staat und Politik" (1957) hin. Durch diese Annäherung an den Pluralismus – schrieb damals Fraenkel – sei der Pluralismus in den demokratischen Ländern diskreditiert worden. In der zweiten Ausgabe des gleichen Lexikons fehlte unter dem Stichwort „Pluralismus" (Verfasser: Kurt Sontheimer) dieser Hinweis. Der Pluralismus war bekanntlich inzwischen zur demokratischen Ideologie befördert worden. Ein korporativistischer Autor, Goffredo Vazzana, in: *Corporativismo. Rivoluzione economica in atto*, Roma 1939, sah im Pluralismus den wesentlichen Unterschied des faschistischen Regimes zum Bolschewismus (a.a.O., S. 51 ff).

[22] Das waren die programmatischen Punkte des Korporativismus und der Carta del Lavoro. Die „Produktivitätspolitik" des faschistischen Regimes wurde im Laufe der Zeit zum allgemeinen Rechfertigungsmittel aller repressiven Maßnahmen sowohl der Regierung wie auch der Arbeitgeberverbände gegen die Arbeiter in den Betrieben.

[23] Brief der Confindustria an den Sekretär des Partito Nazionale Fascista v. 27.12.1926, ACS (Archivio Centrale dello Stato), SpD, Carteggio riservato 1922 – 34, Fasc. 2 42/R: Gran Consiglio, 5.A.

[24] Ministerratssitzung vom 1.12.1928, ACS, Consiglio dei Ministri, Verbali delle Adunanze (Sitzungsprotokolle) Vol. XVII, 1.12.1928.

[25] Daher, nach der Befreiung, die entsprechende Bestimmung in der neuen italienischen Verfassung, Art. 3,2: „Es ist Aufgabe der Republik, die Hindernisse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art zu beseitigen, die (...) die effektive Beteiligung aller Arbeiter an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation des Landes verhindern." Darin lag der linke Beitrag zum historischen Verfassungskompromiss.

[26] „Sviolinature alle masse" heißt wörtlich: den Massen Lob entgegenzeigen; „Dialogo con le folle": Dialog mit der Menge. Vgl. ACS, Carte Cianetti, Busta 4 über die Sitzung des intersyndikalen Zentralausschusses vom 6. Juli 1929. Zum Ausdruck "folle" eine kurze Bemerkung: er wird auf deutsch irrtümlich und verfälschend mit „Masse" übersetzt. Selbst die berühmte Schrift von Gustave le Bon, *La psychologie des foules* (1895) wird mit „Psychologie der Massen" wiedergegeben. „Foules" sind aber Menschen*mengen* und nicht die Massen.

[27] Vgl. darüber den Bericht von Luigi Gallo, *Esperienza di lavoro nel sindacato fascista*, in: *Stato operaio* (anno VI, Nr 8), Agosto 1932, S. 459 ff. Am Schluß des Berichts stellt Gallo knapp den Partisanencharakter der Arbeit dar, sich in eine legale Organisation einzugliedern, in ihr aber mit den Mitteln der Illegalität zu wirken. *Stato operaio* war das in Paris gedruckte, nach Italien eingeschmuggelte Organ der KPI.

[28] Vgl. Anm. 6.

[29] Vgl. dazu die Briefe Tulio Cianettis (Bottais Nachfolger als Korporationsminister) an den Vorsitzenden des Arbeitersyndikats der Marmorindustrie über die Unruhen in Carrara im Sommer 1932, in: ACS, Carte Cianetti, Busta 2, Lettere 2 Maggio e 12 Maggio 32. Cianetti erwähnt, wie bei den ersten Anzeichen von Unruhen die Industriellen Carraras nach alter Methode die *Squadre d'Azione* (Aktionsmannschaften, in etwa den deutschen SA entsprechend, die in den 20ger Jahren die Zerschlagung der Arbeiterkooperativen und der sozialistischen Organisationen besorgt hatten) wieder mobilisiert und finanziell unterstützt hätten – sechs Jahre nach der Konstitutionalisierung des Faschismus. Eine Illustration des jederzeit wieder aktualisierbaren Terrors.

[30] Lusignoli, *Cooperazione rurale*, November 1934. Lusignolis Antwort wurde bezeichnenderweise in der 7. Auflage von Fontanellis *Logica delle corporazioni* (Roma 1934) mitgedruckt. Fontanellis Thesen wurden 1935 weiter erläutert in der Schrift *La tecnica come lavoro che dirige*. Die Technik galt ihm als „Führungsfunktion" der neuen Ordnung, die Arbeit als „Ausführungsfunktion" (Vgl. dazu auch seine *Logica*, S. 99.) Was Fontanelli 1935 als Gesellschaftsprojekt vorgestellt hatte, fand sich 1941 in James Burnham *The Managerial Revolution*, New York 1941, als Analyse wieder. Das Buch erschien auf deutsch bekanntlich unter dem Titel *Das Regime der Manager* (Stuttgart 1951). Die italienische Übersetzung wies unmittelbar auf die Nähe des faschistisch gestrickten Technokratismus hin: *La rivoluzione dei tecnici*.

31 Das Problem bezieht sich unmittelbar auf die in sich zwiespältige gesellschaftliche Basis des Faschismus. Auch in dieser Hinsicht ist Lusignolis Position – und die Affektgeladenheit seiner Kritik – verständlich. Er gehörte zu den Initiatoren des Agrarfaschismus. Bis zu einem gewissen Grad hingen auch Fontanellis technokratische Tendenzen mit den Positionen des früheren städtischen Faschismus zusammen, der für das akademisch gebildete Kleinbürgertum die Integration in den Herrschaftsapparat des Staats und der Wirtschaft verlangte. Tatsächlich meinte Fontanelli das gleiche, wenn er zu den Technikern auch die „liberalen Berufe" rechnete, „jenen weiten Tätigkeitssektor, der von dem Buchführer bis zum Universitätsprofessor reicht"; vgl. L. Fontanelli, *Sindacato in movimento*, Roma 1936, S. 82 ff.

32 *Cooperazione rurale*, in Fontanellis *Logica delle corporazioni*, S. 149.

33 Die funktionale Aufteilung zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Vertretern der Unternehmer bedeutete alledings ziemlich brutal die Akkumulation der Macht bei den Vertretern der Arbeitgebersyndikate. Im mildesten Fall wurde die Übernahme der Programm- und Gesetzberatung seitens der Studienzentren der Confindustria angeboten. Vgl. Felice Guarneri, *Battaglie economiche fra le due grandi guerre*, Milano 1953 Bd. I, S. 137 ff.

34 Vgl. G. Vazzana, a.a.O. S. 51 ff.: Die Gesellschaft wird formiert, aber nicht die Wirtschaft.

35 *Osservazioni e proposte delle Confederazioni dei datori di lavoro* in ACS, SpD, carteggio riservato 19-43, fasc. 242, Gran Consiglio sotto fasc. 5, inserto A. Bei dem Konflikt der Arbeitersyndikate vs. Confindustria um die Macht im faschistischen Staat wurden die Vorschläge der Untenehmerverbände bei der Endfassung der *Carta del Lavoro* weitgehend berücksichtigt, gerade in dem zentralen Punkt der Betriebsstruktur und der Verfügungsgewalt über die Produktion.

36 In verkürzter Perspektive mag man in dieser Entmachtung einen Racheakt Mussolinis gegen das Proletariat erblicken. Das gilt höchstens für Mussolinis Zustimmung zur *Carta del Lavoro*, obwohl er offiziell deren Verfasser war. Die *Carta* selbst ist nicht an Mussolinis Schreibtisch entstanden. Dazu u.a. Camillo Berneri, *Mussolini, psicologia di un dittatore*, Milano 1966, S. 61.

37 Vgl Protokolle der Sitzung des Gran Consiglio in: PNF, Il Gran Consiglio nei primi dieci anni dell'era fascista, Roma XI (d. i. 1934), S. 265 ff.

[38] Mussolinis Referat vor dem Ministerrat am 1.12.1926. Vgl. auch ACS, Consiglio dei Ministri, Verbali delle Adunanze, Vol. XVII, Adunanza del 1. Dicembre 1926.

[39] Über den Angriff der Unternehmer gegen Rossoni und seine Gewerkschaftskonzeption: Lettera delle confederazioni padronali al segretario del partito vom 27.12.1926, in ACS, SpD, a.a.O. Über die Einstellung der Confindustria zur Aufteilung der Einheitsgewerkschaft nach Berufen und zu den entsprechenden Verdiensten des Faschismus: in einem von mir am 17.7.1967 in Rom geführten Interview, erklärte Dott. Zirano, Leiter der Dokumentationsabteilung der Confindustria: „Bottai hat das Modell der Organisationsstruktur (der Gewerkschaften) von uns übernommen. Das Autorenrecht kommt Gino Olivetti zu (...). Der Faschismus war allerdings eine etwas diktatorische Form der Industrialisierung, wir werden aber heute auf jene Schemata zurückgreifen müssen."

[40] Der Syndakalist Rinaldo Rigola sah darin eine zusätzliche Disziplinierung der Arbeitervertreter gegenüber den Vertretern der Unternehmer: „Die Herren brauchen gar nicht unserer teuren Partei anzugehören. Sie gehorchen nur ihren Interessen. Wir müssen den Interessen der Partei und des Staats gehorchen, dazu noch den höheren Interessen der Produktivität. Bei den Verhandlungen bleibt uns für die Vertretung der Interessen der Arbeiter einfach keine Zeit mehr." Ein Ausweg sei, die demokratische Praxis wieder herzustellen: Rigola, *Brief an Torquato Nanni*, Mai 1929 (ohne Tagesdatum), aus dem Fondo Rigola in der Biblioteca G. G. Feltrinelli, Mailand. Rigola war von 1906 bis 1913 Sekretär der Confederazione Generale del Lavoro (C.G.L), also der Einheitsgewerkschaft, schloß sich dann dem Faschismus an. Zu seiner problematischen Situation im Faschismus vgl. die Dokumentation in *Rivista storica del socialismo*, Nr. 5, S. 134 ff. Rigola nahm auch in der Zeitschrift *Il lavoro fascista* den Kampf gegen die "Linkslücke der symmetrischen Ordnung" auf. Die Zeitschrift wurde bald das Hauptobjekt der Angriffe der Unternehmerpresse. Rigola musste am Ende die Redaktion der Zeitschrift verlassen.

[41] Die Verbände: Confederazione Nazionale Fascista degli Agricoltori; Confederazione Nazionale Bancaria Fascista; Confederazione Nazionale dei Commercianti; Confederazione Generale Fascista dell'Industria Italiana (der mächtigste Verband, die eigentliche Confindustria), Confederazione Nazionale Fascista dei Trasporti Terrestri e della Navigazione Interna.

[42] Deutsche Texte der Gesetze: Kollektivarbeitsverträge bei Vollweiler, a.a.O. S. 274; Zwangskartelle und Industriebetriebe bei B. Mussolini, *Der Fascismus. Lehre und Grundgesetze*, Roma 1935, S. 235 f. und 246 f. Zu C. J. Friedrich (*Totalitarianism*, Cambridge, Mass., 1954): er scheint nicht zu wissen, daß die „Direktiven" in Wirklichkeit weitgehend von der Confindustria ausgearbeitet wurden. Dazu Felice Guarneri, a.a.O., S. 136.

[43] Pantaleoni gehörte als Nationalökonom zu den Anhängern Vilfredo Paretos. Ein Faschist ante litteram, gründete er 1917, nach der italienischen Niederlage von Caporetto, den Fascio parlamentare di difesa nationale.

[44] Über Konzentrationstendenzen und Kartellierungswünsche der italienischen Industrie vgl. F. Guarneri a.a.O. s. 90 ff.

[45] Vgl. dazu *Annuario 1930 della confederazione della industria*, S. 995 ff.

[46] Über Volpi und seine wirtschaftliche Tätigkeit: Ernesto Rossi *Padroni del vapore e fascismo*, Bari 1966, S. 288; über seine protektionistische Politik a.a.O. S. 20 ff.

[47] Das Herüberwechseln von Staatsfunktion zu Verbandsfunktion wurde stärker betrieben als im alten liberalen Staat. Nach seinem Ausscheiden aus dem Finanzministerium wurde Volpi Präsident der Confindustria. Später schied Guarneri als Präsident der Vereinigung der Aktiengesellschaften aus und wurde Minister für Divisen und Außenhandel.

[48] F. Guarneri, a.a.O., S. 275

[49] Die Frage wäre also, ob es einen modernen nicht faschistischen Korporativismus geben kann. Dazu Giuseppe Landi, *Le tradizioni cattoliche e italiane del corporativismo*, in: *Il grande Ideale: la conciliazione*, 1957. Ich erinnere überdies an die europäische Dikussion der siebziger Jahre, in der sehr intensiv über „Korporatismus" geredet und geschrieben wurde. Daß aus dem Korporativismus ein Korporatismus wurde, ist teils der Vorherrschaft angelsächsischer Terminologie geschuldet, teils dem lobenswerten Versuch, die Nabelschnur zum Faschismus vorsichtshalber zu kappen.

[50] Dazu u.a. Bennis Ausführungen in den *Atti dell'assemblea generale della Confederazione, Annuario 1933*, S. 36 f.

[51] Bis zur Weltwirtschaftskrise hatten bekanntlich weder Mussolini noch die anderen faschistischen Protagonisten Zweifel am kapitalistischen

Charakter der Wirtschaft im neuen Italien gelassen. „Der Kapitalismus hat noch ein paar Jahrhunderte vor sich (...) ich stelle mir moderne Kapitalisten vor: großartige Organisatoren, Feldherren der Industrie (...), ihr Erfolg ist auch der Erfolg der Nation“, Senatsrede März 1926, Deutsch in: B. Mussolini, *Gedanken und Worte*, Hrsg. v. H. Kafka, Leipzig/Wien 1935, S. 249 f. Vgl. auch a.a.O. S. 240

52 Ernesto Rosso spricht von einem „Bluff des Korporativismus“. Fraglos lagen Bluff und Sozialbetrug in dem Versprechen, Klasseninteressen zu harmonisieren und soziale Symmetrie herbeizuführen. Die Grundelemente und der Endzweck der korporativen Ordnung aber wiesen für die Krisenstrategie kapitalistischer Gesellschaften einen eindeutigen Weg. E. Rossi, a.a.O., S. 181 ff.

53 S. B. Clough, *The Economic History of Modern Italy*, New York/London 1964; italienische Ausgabe: *Storia dell´Economia italiana dal 1861 ad oggi*, Bologna 1965, S. 312.

54 Vgl. dazu auch G. Gurvitch *Quel avenir attend l´homme*, Paris 1952, S. 153. Nach Gurvitchs Ansicht gäbe es langfristig ohne Revolutionierung der Gesellschaft keinen Ausweg aus der faschistischen Gefahr.

55 Vgl. *Annnuario* a.a.O. und Interview Dott. Zirano a.a.O.

56 Beide Aspekte, der moralische und der technisch-funktionale des Streikverbots in der *Relazione sull´attività federale nell´anno 1923*, Atti dell´assemblea generale della Confederazione dell´industria, *Annuario* 1924, S. 160 ff. Zur Kriminalisierung des Streiks: Giovanni Gentile, *Origine e dottrina del fascismo*, Roma 1929, S. 31 f. Über die moralische Verurteilung der Arbeitskämpfe liegt eine umfangreiche pädagogische und politische Literatur vor.

57 Vgl. dazu Bottais Gutachten für Mussolini vom 29. August 1928, später leicht revidiert veröffentlicht in *Elementi di ordinamento corporativo*, Roma 1929, S. 44 f.

58 B. Mussolini, *Reden. Eine Auswahl aus dem Jahre 1924 bis Ende August 1924*, Leipzig 1925, S. 108 f.; M. Pantaleoni, *Bolscevismo italiano*, Bari 1922, S. 65 ff.

59 La via breve (1944), in: *Il Fascismo. Antologia di scritti critici* a cura di C. Casucci, Bologna 1961, S. 179 f.

60 Bottai, a.a.O., S. 34.

[61] P. Jannacone, *La scienza economica e l´interesse nazionale*, in: *Archivio di studi corporativi* 1932, S. 12. Jannacone befürchtete ausdrücklich die internationale Blamage einer Wissenschaft, die formale Unterschiede als revolutionäre Veränderungen ausgibt.

[62] Zitiert bei: Aldo Bertelè, *I tre sistemi economici. Liberalismo, socialismo, corporativismo*, Torino 1940, S. 77.

[63] *Rede vor der Versammlung der Aktiengesellschaften am 2. April 1931*; Vgl. A. Bertelè, a.a.O. S. 180.

[64] Ad exemplum und sehr exemplarisch: Gaetano Napolitano, *Saggi di economia corporativa*, Roma 1932, S. 52 ff.; S. 61; S. 68 zur Intergration der Artbeiter – und zwar apologetisch gemeint: der Faschismus sei die Verwirklichung der Rede des Menenius Agrippa bei der Sezession der römischen Plebs. Vgl. auch Tullio Cianetti, *La collaborazione di classe*, in: *Italia d´oggi*, Roma XIX (das ist 1941), S. 163 ff. Für die linksfaschistische Interpretation: Ugo Spirito, *Il corporativismo come liberalismo assoluto e come socialismo assoluto*, in: *Nuovi studi di diritto, economia e politica*, 1932, S. 285 ff.

[65] Bertelè, a.a.O., S. 178 ff.

[66] A.a.O. S. 182, mit Zitaten aus Roosevelts Reden. Die Diskussion über die mögliche Verwandtschaft von New Deal und Korporativismus wurde damals nicht nur in Italien geführt. So zum Beispiel W. A. Jöhr, *Amerika und der Faschismus*, Bern 1937. Die amerikanische Sozialstruktur – meinte Jöhr – ließe einen Einbruch des Faschismus nicht zu, ein Vergleich zwischen dem New Deal und der korporativen Ordnung sei möglich. Jöhr a.a.O. S. 14 ff. und 55 ff. Zu diesem Thema E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1965, S. 31.

[67] Bertelè, a.a.O., S. 131 f.

[68] A.a.O., S 206 ff.; vgl auch S. 299.

[69] A.a.O., S. 295; S. 297 ff.. Von sozialistischer Seite her entwickelte Vittorio Foa schon 1934 ähnliche Gedanken: *Vincolismo corporativo*, in: *Quaderni di Giustizia e Libertà*, II, Gennaio 1934, S. 95 ff.: Synonymität von „economia corporativa" und „programmata".

[70] Carlo Rosselli, *La realtà dello Stato corporativo. Corporazione e rivoluzione*, in: *Quaderni di Giustizia e Libertà*, II, Febbraio 1934, S. 3. Rosselli entwarf auch das Programm des „liberalen Sozialismus"; er nahm am spanischen Bürgerkrieg teil und wurde zusammen mit seinem Bruder Nello im französischen Exil 1937 von den Faschisten ermordet.

[71] A.a.O., S. 9 ff.

[72] Zum Scheitern der Zwangskartellierung vgl. Galberto Gualerni, *La politica industriale fascista*, Vol. I (1922-1935), Milano 1956, S. 39 f. Zur Diskussion zwischen Confindustria und Regierung Guarneri, a.a.O. I, S. 271. Noch präziser galt die Kritik der Confindustria einem Aspekt des Kartellgesetzes, der im Widerspruch mit dem spezifisch kapitalistischen Sinn der Kartelierung stand: die Möglichkeit kleinerer Industriebetriebe, Absprache zum Schutz gegen die Großbetriebe zu treffen. Vgl. dazu den Brief Bennis an *Il Popolo d'Italia* vom 15. April 1930 und Guarneri a.a.O., S. 276 f.

[73] Guarneri a.a.O.; den Zusammenhang von Kartell und Konzentration in der faschistischen Wirtschaftspolitik stellt Guarneri a.a.O., S. 272 ff. ausführlich dar. Daselbst Zahlenmaterial über die Zusammenschlüsse der Industriebetriebe von 1920 bis 1929.

[74] Bertelè, a.a.O., S. 181. Die Sprache erweist sich als verräterisch. In der Behandlung der kapitalistischen Faktoren weiß Bertelè sehr nüchterne Worte zu gebrauchen. Erfinder der Gleichsetzung von Faschismus und sozialem Kapitalismus war der Ingenieur Willy Müller, *Sozialer Kapitalismus. Grundsätze einer Wirtschafts- und Arbeitskultur*, Berlin 1930. Müller verlangt die Faschisierung Deutschlands und schließt sein erstaunliches Buch mit der Frage: „Wo ist der Führer, der sich mutig zu dieser neuen Ordnung bekennt? (...) Wo ist der Mann, den die späteren Geschlechter als den Messias eines neuen Zeitalters der deutschen Wirtschaftsgeschichte preisen werden? (...) Wo ist der Führer?!" a.a.O., S. 163. Galt 1930 Hitler schon als „Führer"!?

[75] Dazu Alberto Aquarone, *L'organizzazione dello Stato totalitario*, Torino 1965, S. 143 f.

[76] Nach Ugo d'Andrea, früherer Vertreter der Confindustria in einigen Korporationen, nach dem Krieg Senator der liberalen Partei, ist kaum eine wichtige politische Entscheidung ohne die vorherige Kosultation des „Palazzo delle Assicurazioni" (Sitz der Confindustria, in Rom genau gegenüber dem Palazzo Venezia, Regierungssitz des Duce, gelegen) gefällt worden. Dies gilt allerdings nur bis zum „Stahlpakt". Der Kriegseintritt Italiens 1940 erfolgte gegen die Ratschläge der Confindustria.

[77] ACS, Carte Cianetti, Busta 4.

Nachweise

Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, zuerst in: *Das Argument* Nr. 41 (Heft 6/1966), S. 449 - 461

Zur Faschismusdiskussion I und II, zuerst in: *Berliner Zeitschrift für Politologie* 9. Jg. 1968, Heft 2 und 4 (August/Dezember 1968)

Zur Faschismusdarstellung und Methode Ernst Noltes, zuerst in: Arbeitskreis Geschichtswissenschaft und Politik (Hg.), *Bürgerliche Theorie und Repression,* Berlin 1976, S. 22 - 35

J. C. Papalekas – epigonaler Ideologe des Faschismus, zuerst in: K. Lemes (Hg.), *Der gewöhnliche Faschismus an einer deutschen Universität.* (Bochumer Texte zur politischen Repression, Bd. 1), Bochum 1974, S. 52 - 68

Alfred Sohn-Rethels *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus* (gemeinsam mit Bernhard Blanke und Niels Kadritzke), zuerst als *Einleitung der Herausgeber* in: Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen.* Herausgegeben und eingeleitet von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, Frankfurt 1973, S. 7 - 37

Krise und Krisenbewußtsein im Deutschland der Zwischenkriegszeit, zuerst *Crisi e coscienza di crisi nella Germania fra le due guerre,* in: Paolo Pombini (Hg.), *Correnti ideali e le forze politiche in Europa,* Bologna 1979, S. 289 - 311. Aus dem Italienischen von Ulrike Hoffmann.

„Jenseits von Liberalismus und Sozialismus". Korporatives System, Kapitalismus und Faschismus in Italien (unveröffentlichtes Manuskript)

Eine Bibilographie der Schriften Johannes Agnolis findet sich in Joachim Bruhn/Manfred Dahlmann/Clemens Nachtmann (Hrsg), *Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag,* Freiburg 1995, S. 183 ff.

Joachim Bruhn
Was deutsch ist
Zur kritischen Theorie der Nation

Adornos bittere Bemerkung, ein Deutscher sei ein Mensch, der keine Lüge aussprechen könne, ohne sie tatsächlich zu glauben, war ein Tropfen auf den heißen Stein des gesunden Volksempfindens. Was als Kritik gemeint war und als Intervention, ist zur „Frankfurter Schule" verkommen und biedert sich an. Die linken Intellektuellen haben das Einfache, das nur schwer zu machen ist - die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft - theoretisch liquidiert, damit sie sich endlich, im Verein mit dem Klassenfeind von einst, um die „nationale Identität" sorgen dürfen. Deutschsein, das ist wieder, nach der Methode Goebbels/Weizsäcker, Schicksal und Auftrag zugleich. Und dabei bereitet es doch in Wahrheit gar keine geistige Mühe, auf die Frage, was deutsch ist, die Auskunft zu erteilen: Herrschaft, Verwertung, Vernichtung.

Aus dem Inhalt: Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen • Unmensch und Übermensch. Über das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus • Mord und Totschlag. Konsequenzen der deutschen Einheit • Psychologie der Charaktermaske. Rassismus und sekundäre Humanisierung • Das Menschenrecht des Bürgers • „Typisch deutsch" • Abschaffung des Staates. Thesen zum Verhältnis von anarchistischer und marxistischer Staatskritik

„... ein antideutscher Jakobiner" *Kornelia Hafner Archiv für Geschichte der Arbeit und des Widerstands*

„... die Aufsätze zeichnen die Geschichte der letzten fünf Jahre noch einmal so nach, daß man mit dem Augenreiben über die Amnesie und den nationalen Trubel, in die Teile der deutschen Intelligenz nach 1989 verfallen sind, kaum nachkommt."
Ludi Lodovico, links

1994. 185 Seiten. DM 24. ISBN: 3-924627-38-X

ça ira verlag
postfach 273
79002 freiburg
tel.: 0761 / 500 9 94
o. 37 939
fax: 076 / 37 949
eMail:
isf-e.v.@t-online.de





Schindlerdeutsche

Ein Kinotraum vom Dritten Reich
Herausgegeben
von der Initiative Sozialistisches Forum

„Schindlers Liste" ist ein knallhartes Stück Kulturindustrie. Denn der Film spiegelt dem Publikum exakt das zurück, was das gesunde Volksempfinden über den Faschismus schon immer sich dachte. Er demonstriert, was alle sowieso schon wissen, als herzergreifende Erkenntnis, inszeniert es als Aha-Erlebnis, das man im wohltuenden Dunkel des Kinos, allein und doch gesellig, genußvoll nachbeben kann. Endlich Anschauungsunterricht: Erlebt werden darf, daß die ziemliche Ausnahme Oskar Schindler (der im besten Moment seines Lebens - obwohl er es selbst niemals verstanden hat - kein Deutscher war und kein Kapitalist, sondern ein Mensch) niemand anderer ist als der regelrechte Deutsche, der da im Kino tränt. Der aufs Peinlichste verkitschte Schluß des Films läßt dann die verwegensten Träume wahr werden, indem der gute Deutsche Oskar Schindler seine Karriere als Stammvater von 6000 Juden beendet. In dieser Wendung erreicht der omnipotente Retter, als den der Regisseur seinen Helden agieren läßt, den Höhepunkt seiner Karriere - nach dem Tohuwabohu seiner Lehr- und Wanderjahre kommt der Held zur Ruhe. So kommt der Bildungsroman zum Ende - nicht ohne dem Publikum noch die eine Frage mit auf den Heimweg zu geben: Wie um alles in der Welt werden wir jemals soviel Geld verdienen können, um im Ernstfall so gut zu sein wie Oskar Schindler?

Mit Beiträgen von Günther Anders, Lothar Baier, Ilse Bindseil, Detlev Claussen, Dierk Spreen, Eike Geisel, Joachim Bruhn.

„... ein Buch, das Einspruch gegen den Film und seine demagogische Rezeption erhebt."

Rayk Wieland, junge Welt

1994. 192 Seiten. DM 20. ISBN: 3-924627-40-1

ça ira verlag
postfach 273
79002 freiburg
tel.: 0761 / 500 9 94
o. 37 939
fax: 076 / 37 949
eMail:
isf-e.v.@t-online.de

Ulrich Enderwitz
Antisemitismus und Volksstaat
Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung

Antisemitismus als Krisensymptom der politökonomischen Geschichte Europas • Feudalismus und Markt: Die Anfänge der Lohnarbeit • Wertbildung als Wucher: Der Burgjude • Absolutidsmus und Manufaktur: Der Hofjude • Das Bürgertum an der Macht und die Emanzipation der Juden • Industriekapital und starker Staat: Die politische Entmachtung des Bürgertums • Der deutsche Musterstaat • Antisemitismus als Staatsräson • Volksstaat und antibürgerlicher Affekt: Der Liberalitätsjude • Volksgemeinschaft und innerer Feind: Die „Reichskristallnacht" • Ideologie als Wahn: Die jüdische Weltverschwörung"

„Enderwitz demonstriert, daß der blinde Fleck der marxistischen Theorie in Sachen Antisemitismus unmittelbar ihren Halluzinationen vom „sozialistischen" oder gar „proletarischen Staat" geschuldet ist: Keine revolutionäre Praxis wird dem Antisemitismus gerecht werden können, die nicht Kapital- und Staatskritik in einem wäre und so der Intention der Kritik der *politischen* Ökonomie entspräche."

konkret

1991. 140 Seiten. DM 18. ISBN: 3-924627-28-2

KRITIK & KRISE
Nr. 6: Nationalsozialistischer Staat - postfaschistische Demokratie
Nach Rostock • Versuch über Faschismus • Das „zweite Geschlecht" und das „Dritte Reich" • Totale Vergesellschaftung und totale Herrschaft - zur Kritik Hannah Arendts • Rückblick auf die marxistische Faschismustheorie • Zwischen Hitler und Adenauer • „Ökonomie der Endlösung"? • Debatte um Postones „Antisemitismus und Nationalsozialismus"

1993. 82 Seiten. DM 15

ça ira verlag
postfach 273
79002 freiburg
tel.: 0761 / 500 9 94
o. 37 939
fax: 076 / 37 949
eMail:
isf-e.v.@t-online.de





Hans-Georg Backhaus

Dialektik der Wertform

Untersuchungen zur Marxschen Ökonomiekritik

Seit der Studentenbewegung und ihren Versuchen einer avantgardistischen Marx-Lektüre gehören die Arbeiten von Hans-Georg Backhaus mit Abstand zum besten, was man hierzulande an Einschlägigem lesen darf. Dies betrifft insbesondere seine Interpretation der gemeinhin als schwierig bis okkult verschrieenen und zumeist überblätterten ersten einhundert Seiten des „Kapital" – also der sogenanten „Wertformanalyse" –, von denen schon der alte Bebel behauptete, das sei etwas nur für Philosophen. Backhaus dagegen zeigt, daß die Philosophie in Marx, wird nur das Problem richtig gefaßt, alles andere ist denn esoterisch und vielmehr: Anstiftung zur Gesellschaftskritik.

Hans-Georg Backhaus ist Lehrbeauftragter für Philosophie und Politische Ökonomie an den Universitäten Frankfurt a. M. und Bremen, Mitglied der Marx-Gesellschaft e. V. und Mitarbeiter einschlägiger Zeitschriften wie der „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung" (Argument) und der „MEGA-Studien" (Dietz).

Aus dem Inhalt : Zur Dialektik der Wertform • Materialien zur Rekonstruktion der Marxschen Werttheorie, Teil 1 bis 4 • Zur Marxschen „Revolutionierung" und „Kritik" der Ökonomie: die Bestimmung ihres Gegenstandes als Ganzes „verrückter Formen" • Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit • Das „Rätsel" des Geldes: Ein Scheinproblem der Ökonomie oder aber ein Grundproblem der Sozialwissenschaft? • Einige Aspekte des Marxschen Kritikbegriffs im Kontext seiner ökonomisch-philosophischen Theorie • Zur logischen Misere der Nationalökonomie

1997. 550 Seiten, DM 48. ISBN: 3-924627-52-5

ça ira verlag
postfach 273
79002 freiburg
tel.: 0761 / 500 9 94
o. 37 939
fax: 076 / 37 949
eMail:
isf-e.v.@t-online.de

Für den Faschismus bleibt durchgängig konstitutiv, was für jede Form kapitalistisch organisierter Reproduktion der Gesamtgesellschaft gilt: daß die Erfordernisse der Kapitalverwertung sich durchsetzen. Am Unvermögen, der Kapitalverwertung einen alternativen Weg zu bahnen, scheiterten denn auch die bürgerlich-parlamentarische Politik der Weimarer Endphase wie alle Versuche einer bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus.

Johannes Agnoli

ISBN 3-924627-47-9